

100. - netter

STURMTRUPP

KJV DUBLING

2. JAHRGANG, 5. 10GR MITTE JUNI 36.



BEITRÄGE
ZUR GESCHICHTE DER
KOMMUNISTISCHEN
JUGENDBEWEGUNG
IN ÖSTERREICH

Die Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung in Österreich wurde bisher erst von wenigen Historikern untersucht — und diese Arbeiten sind schwer zugänglich, da es sich meist um Dissertationen und Zeitschriftenaufsätze handelt. Da auch wir mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung dieses wesentlichen Aspekts unserer Geschichte erst begonnen haben und es außerdem in erster Linie darum ging, zunächst einen gerafften Überblick vorzulegen, wurde von uns die gewissermaßen provisorische Form von „Beiträgen“ gewählt, die — schon wegen der gebotenen Kürze — unvollständig bleiben mußten.

Wir ersuchen unsere jungen Leser, uns ihre Kritik oder sonstigen Bemerkungen zu übermitteln. Gleichzeitig hoffen wir, daß diese „Beiträge“ für den einen oder anderen, der selbst dabei war, Anlaß zu einem eigenen „Beitrag“ sind, in dem ergänzt oder richtiggestellt wird. Wir sind für jeden Hinweis dankbar. (Unsere Adresse: A-1206 Wien, Höchstädtplatz 3.)

Die Beiträge von Dr. Marie Tidl und Walter Heil sind Auszüge aus umfangreicheren, bisher unveröffentlichten Manuskripten, der Beitrag von Prof. Dr. Herbert Steiner entstand auf der Grundlage einer von ihm vor zwanzig Jahren verfaßten Artikelserie, der Beitrag von Dr. Günther Grabner ist ein leicht gekürzter Abschnitt aus seiner Dissertation über die Geschichte der FÖJ. Die durch Kleindruck kenntlich gemachten Stellen stammen von der Redaktion.

Historische Kommission beim
Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Österreichs.

Beiträge zur Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung in Österreich

Herausgegeben von der Historischen Kommission
beim ZK der KPÖ

Als Manuskript gedruckt

Mitarbeiter:

Berta Brichacek (Kapitel 8), Friedl Garscha (Einleitung, Kapitel 1), Mag. Michael Graber (Kapitel 16), Dr. Günther Grabner (Kapitel 11), Bruno Guth (Kapitel 14), Walter Heil (Kapitel 13), Friedrich Hexmann (Kapitel 2), Otto Podolsky (Kapitel 12), Eva Priester (Einleitung), Prof. Dr. Eduard Rabofsky (Kapitel 15), Albert Stark (Kapitel 14), Prof. Dr. Herbert Steiner (Kapitel 9), Dr. Marie Tidl (Kapitel 7), Annemarie Türk (Kapitel 3), Walter Wachs (Kapitel 10), Willi Weinert (Kapitel 4 bis 6, Chronik), Rainer Wölzl (Umschlagentwurf).

Redaktion:

Bruno Furch, Friedl Garscha, Willi Weinert, Ernst Wimmer.

Gewidmet den Genossinnen und Genossen des
Kommunistischen Jugendverbandes und der Roten
Studenten, die im Kampf gegen den Faschismus ihr
Leben hingaben!

Der vorliegende Band erscheint anlässlich des III. Bundeskongresses der KJÖ (21./22. November 1981). Er entstand aus dem Bedürfnis der Kommunistischen Jugend nach Aufarbeitung ihrer Geschichte. Gerade für vergleichsweise junge Organisationen wie die Kommunistische Jugend und den Kommunistischen Studentenverband ist es wichtig, ihren Platz in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung kennenzulernen.

Die Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung Österreichs reichen bis ins vorige Jahrhundert zurück. Arbeiter waren es, die gemeinsam mit Studenten im Oktober 1848 das revolutionäre Wien gegen die kaiserlichen Truppen verteidigten. In den sechziger Jahren entstanden die ersten Arbeiterbildungsvereine, 1874 kam es in Neudörf bei Wiener Neustadt zur ersten Parteigründung. An der Jahreswende 1888/1889 schlossen sich die verschiedenen Gruppen auf dem Hainfelder Einigungsparteitag zur Sozialdemokratischen Partei zusammen, die als ihr Hauptziel nannte: Die Arbeiterklasse politisch zu organisieren, sie mit dem Bewußtsein ihrer Lage und ihrer Aufgaben zu erfüllen, sie geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten.

Die Gründung der Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes 1918 war eine Antwort der revolutionären Kräfte innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung auf den Verrat der SPÖ-Führung an den Zielen der eigenen Partei, als sie den ersten Weltkrieg begrüßte und mit den herrschenden Klassen in Österreich einen „Burgfrieden“ schloß.

Für das heutige Selbstverständnis der jungen Kommunisten ist die Kenntnis des heroischen Widerstandskampfs gegen den Hitler-Faschismus, für Österreichs Freiheit unerlässlich. Dieser Band kann nur ein erster Beitrag dazu sein.

Die Geschichte läuft nicht widerspruchlos ab. Auch die Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Österreich kennt Rückschläge und Verirrungen. Um aus der Geschichte zu lernen, ist es notwendig, die aufgetretenen Probleme und ihre Lösung zu untersuchen. Durch die nachstehenden „Beiträge“ zieht sich wie ein roter Faden die Erkenntnis: Die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse sind einem ständigen Wechsel unterworfen. Ein Nichterkennen geänderter Umstände hat politische Fehleinschätzungen zur Folge, die sich nicht nur in einem Rückgang des Einflusses der kommunistischen Organisationen niederschlagen, sondern eine Schwächung der Linken insgesamt bewirken.

Die Geschichte lehrt aber noch eines: Es ist möglich, daß — wie KPÖ und KJV seit etwa 1930/31 — die revolutionären Kräfte eine objektiv richtige Politik verfolgen und sich trotzdem kein Erfolg einstellt. Tritt aber ein plötzlicher Wechsel der politischen Situation ein, wie im Februar 1934, so kommt die Politik der Jahre zuvor zum Tragen: Sozusagen über Nacht wurde der KJV — in der Illegalität! — zur stärksten Arbeiterjugendorganisation.

Der vorliegende Band wurde von Mitarbeitern der Historischen Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ zusammengestellt, und zwar sowohl von jungen Historikern als auch von Autoren, welche die von ihnen beschriebene Zeit selbst erlebt, die Geschichte mitgestaltet haben. Schon in dieser Zusammenarbeit drückt sich ein wesentliches Anliegen der „Beiträge“ aus: Die Erfahrungen der älteren Generation der Jugend weiterzugeben.

Franz Muhri

Einleitung

Für viele Arbeiter, die seit Jahren der Sozialdemokratie angehörten, und auch für viele Funktionäre der Partei kam das Verhalten der sozialdemokratischen Führung beim Kriegsausbruch 1914 wie ein lähmender Schlag aus heiterem Himmel. Hatten nicht die Parteien der II. (sozialdemokratischen) Internationale noch auf ihrem letzten internationalen Kongreß vor Ausbruch des Weltkrieges, als sich die Kriegswolken schon drohend zusammensogen, sich verpflichtet, den Krieg nicht zuzulassen? Hatten sie nicht feierlich geschworen, auf den Versuch der Bourgeoisie, einen Krieg zu entfesseln, mit dem allgemeinen Generalstreik zu antworten? Dann brach der Weltkrieg aus, und nur die russischen Bolschewiki, die Bulgarische und die Irische Sozialdemokratische Partei riefen die Arbeiterklasse ihrer Länder auf, die Gewehre umzudrehen und gegen ihre Unterdrücker zu kämpfen, anstatt auf die Arbeiter und Bauern anderer Länder zu schießen. Die anderen sozialdemokratischen Parteien stellten sich unter dem Titel der „Verteidigung des Vaterlandes“ — in Deutschland und auch in Österreich unter dem Titel der „Abwehr des Zarismus“ — vorbehaltlos hinter ihre kriegführende Bourgeoisie, vergaßen auf ihre Verurteilung des Militarismus, der imperialistischen Abenteurer, vergaßen auf die internationale Solidarität. Die österreichische Sozialdemokratie brauchte nicht wie ihre deutsche Bruderpartei offiziell für die Kriegskredite zu stimmen, weil das Parlament von der Regierung ausgeschaltet worden war, doch in ihrem AZ-Leitartikel „Der Tag der deutschen Nation“ am 5. August 1914 bekannte sich die Sozialdemokratische Partei Österreichs voll zur gleichen Politik und rief, wie ihre deutschen Gesinnungsgenossen, den Burgfrieden mit der Bourgeoisie aus.

Für Revolutionäre kam die Entwicklung der Sozialdemokratie nicht überraschend, hatten doch zum Beispiel die Bolschewiki immer wieder vor dem immer stärker werdenden Opportunismus und Reformismus in der Sozialdemokratie gewarnt, der, wie Lenin sagte, „kein Zufall, keine Sünde, kein Fehltritt, kein Verrat einzelner Personen“ war, sondern das „soziale Produkt einer ganzen historischen Epoche“. Doch für Millionen ehrlicher sozialdemokratischer Arbeiter stürzte in diesen Tagen eine ganze Welt ein, wurde alles geleugnet, woran sie bisher geglaubt hatten.

Diese „historische Epoche“, von der Lenin sprach, ist der Imperialismus. „Imperialismus“ ist der politische Ausdruck für „Monopolkapitalismus“, das heißt jenes Stadium der Entwicklung des Kapitalismus, das vor allem durch die Vereinigungen von Großkapitalisten („Monopole“) gekennzeichnet ist. Der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus vollzog sich im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts. Da die Entwicklung in den einzelnen Ländern aber mit unterschiedlichem Tempo verlief, konnten beispielsweise das deutsche und das amerikanische

Monopolkapital auf dem Weltmarkt wesentlich günstigere Positionen erringen als das englische und das französische, das politisch weit mächtiger war: Diese Staaten verfügten über riesige Kolonialreiche. Das mußte zu einem Kampf um die Neuaufeilung der Welt unter den Großmächten führen, zu einem imperialistischen Weltkrieg.

Der Monopolkapitalismus führte aber auch zu gewaltigen innenpolitischen Veränderungen in den imperialistischen Staaten. Während die Bourgeoisie in ihrer „Aufstiegsphase“ im 18. und 19. Jahrhundert für demokratische Rechte eingetreten war, für die freie Konkurrenz der politischen Meinungen, griff das Monopolkapital auch nach dem politischen Monopol, bedeutete es „Reaktion auf der ganzen Linie“ (Lenin). Dank der neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten war die Bourgeoisie nun erstmals in der Lage, größere Teile der Arbeiterklasse besser zu bezahlen, zu korrumpieren. In dieser „Arbeiteraristokratie“, die in allen kapitalistischen Ländern entstand, machten sich Vorstellungen breit wie: Der Kapitalismus könne durch Reformen überwunden werden („Reformismus“), der Marxismus müsse einer Revision unterzogen werden, weil er nicht mehr aktuell sei („Revisionismus“), in Notzeiten — wie im Krieg — müsse man mit der Bourgeoisie zusammenarbeiten („Burgfrieden-Politik“).

Obwohl diese Entwicklung, die zum Beispiel in Rußland zur Spaltung der Sozialdemokratie in eine revolutionäre Mehrheit („Bolschewiki“) und eine reformistische Minderheit („Menschewiki“) geführt hatte, seit vielen Jahren in Gang war, machte erst das offene Überlaufen der SP-Führung in das Lager ihrer jeweiligen Bourgeoisie bei Kriegsausbruch den breiten Massen diese Spaltung der internationalen Sozialdemokratie bewußt.

1917 und 1918 begann die österreichische Arbeiterschaft den Schock zu überwinden. Eine entscheidende Rolle spielte die russische Oktoberrevolution, die den Menschen zeigte, daß es einen Ausweg, nicht nur aus dem Krieg, sondern auch aus der Gesellschaftsordnung, die ihn verursachte, dem Kapitalismus, gab. 1917 begannen in Österreich die ersten Streiks, steigerten sich zum großen Jännerstreik 1918 und zum Matrosenaufstand von Cattaro. Dieser Aufstand in der österreichischen Kriegsmarine (die in der Bucht von Kotor/Cattaro stationiert war) zeigte, daß die Regierung sich nicht mehr auf ihre bewaffneten Kräfte verlassen konnte.

Im Jänner/Februar 1918 gab es in Österreich eine revolutionäre Situation: Die Herrschenden waren nicht mehr in der Lage, so weiterzuregieren wie bisher, die Beherrschten waren nicht mehr bereit, so weiterzuleben wie bisher. Trotzdem kam es nicht zur Revolution, weil es keine Gruppe (Partei) gab, die sich an die Spitze gestellt und dem Protest der streikenden Arbeiter — eine dreiviertel Million in der ganzen Monarchie! — das Ziel „Sturz des kapitalistischen Systems“ gegeben hätte. Die kleine Gruppe der „Linksradi-kalen“, oppositionelle Jugendliche in der SPÖ, war zu schwach, die SP-Führung dagegen unternahm alles, um den Streik abzuwürgen.

Im Oktober/November desselben Jahres schien es noch einmal möglich, den Kapitalismus zu beseitigen: Die Revolution von 1918 war mehr als nur der Sturz eines monarchistischen Regimes. Für Millionen Menschen, vor allem für die Arbeiter und die in die Heimat zurückströmenden Soldaten, sollte sie

der Beginn einer sozialistischen Revolution sein. Überall bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte, ein revolutionäres Heer, die Volkswehr, entstand. Die Macht lag auf der Straße, der alte Staatsapparat war, wenn auch nicht ganz zerschlagen, so doch handlungsunfähig. Für Millionen Menschen war klar, daß die Revolution morgen käme, wenn sie nicht schon da war.

Mit dem Argument, die Siegermächte des ersten Weltkriegs (die „Entente“) würden ein revolutionäres Österreich aushungern und die Bauern die revolutionären Städte als ihren Feind boykottieren, gelang es der SP-Führung, Teile der revolutionären Arbeiterschaft einzuschüchtern. Natürlich sprach sie nicht von der Rettung des Kapitalismus. Was sie den Menschen versprach, war ein Sozialismus auf „milderem“ Weg als in Rußland, wo es nach der Oktoberrevolution zu einem jahrelangen Bürgerkrieg und zum Einfall ausländischer Truppen gekommen war. Die SPÖ setzte eine Reihe von wichtigen Reformen durch, wie den Mieterschutz, den Achtstundentag, die staatliche Arbeitslosenunterstützung, den bezahlten Urlaub für Arbeiter, das Gesetz über die Betriebsräte und eine Reihe anderer Maßnahmen. Doch am Wesen und an den Machtverhältnissen des Kapitalismus änderte sich nichts. Die österreichische Bourgeoisie hatte diese Zugeständnisse nur gemacht, um einer Revolution in unserem Lande zuvorzukommen — die meisten dieser Reformen fallen in die Monate des Jahres 1919, als in unmittelbarer Nachbarschaft Arbeiter regierten: Von März bis August 1919 bestand die Ungarische Räterepublik.

Die SPÖ stellte sich der arbeitenden Bevölkerung als eine ganz andere Partei als etwa die deutsche SPD, die zusammen mit Generalen und Vertretern der Großindustrie die Revolutionsbewegung blutig niedergeschlagen hatte, vor. Sie behauptete von sich, eine revolutionäre Partei zu sein, eine Partei, die den Sozialismus verwirklichen wolle, nur eben mit anderen Mitteln als es etwa in der Sowjetunion geschehen war. Ihr Ziel sei es, „in den Sozialismus hineinzuwachsen“, indem sie eine Machtposition nach der anderen erobere und schließlich die Herrschaft der Bourgeoisie beseitige. Dabei „übersah“ sie die Tatsache, daß inzwischen die Bourgeoisie ihre Positionen stärkte, auch die Staatsgewalt einige Jahre nach 1918 wieder in die Hand bekam und sich allmählich darauf vorbereitete, mit dem „Schutt der Revolution“ aufzuräumen. Die theoretische Grundlage für diese Politik wurde der „Austromarxismus“ genannt. Im „roten Wien“ führte die SPÖ der Bevölkerung vor Augen, wie ein sozialistisches Österreich aussehen würde.

„Was wollt ihr, wir bauen ja auch den Sozialismus, nur ohne Blutvergießen und Opfer“, war die Antwort, die die Jungkommunisten häufig von sozialistischen Jugendlichen erhielten. Erst das Erstarken des Faschismus führte zur zunehmenden Kritik junger Sozialisten an ihrer Parteiführung. Aber bis 1933/34, als das historische Scheitern des Austromarxismus offenkundig wurde, glaubten noch breite Kreise der Arbeiterjugend, daß man mit der SPÖ zum Sozialismus komme. Und die Euphorie wurde verstärkt durch die zweifellos großen Leistungen der „roten“ Gemeinde Wien auf sozialem Gebiet, ihre in europäischem Maßstab vorbildliche Wohnbautätigkeit, die Fürsorge für Mutter und Kind, die Schulreform und vieles andere.

Die „zentristische“ Politik, also die Politik, die in Worten revolutionär ist, aber nichts an den wirklichen Machtverhältnissen des Kapitalismus verändert, begann ihre Folgen in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre zu zeigen. Der österreichische Kapitalismus, gestützt, gestärkt und immer mehr durchdrungen vom ausländischen, vor allem deutschen Kapital, wollte auf die Dauer auch ein sozialdemokratisches rotes Wien, auch ein Österreich der Reformen und der revolutionären Worte nicht dulden. Die Reaktion begann sich ihre Massenorganisationen, vor allem die Heimwehr, zu schaffen. Daß die Heimwehr relativ rasch zu einer Massenorganisation werden konnte, lag nicht nur daran, daß die Sozialdemokratie Bauern und Mittelschichten vernachlässigte, ja oft als Gegner der Arbeiter darstellte, und den wirklichen Hauptfeind, das Großkapital, verharmloste. Es lag auch daran, daß die Sozialdemokratie mit ihrer „Reformpolitik“ nicht imstande war, die fast ständige Wirtschaftskrise und ihre Begleiterscheinung, die riesige Arbeitslosigkeit, zu verhindern. Spöttisch nannte man in sozialdemokratischen Kreisen Angehörige der Heimwehr „Safaladimänner“, weil sie für ein Handgeld und ein Stück Safaladiwurst an den Aufmärschen teilnahmen — doch für viele Arbeitslose oder Kleinbürger, die durch die Inflation Anfang der zwanziger Jahre ihre Ersparnisse verloren hatten oder ihre kleinen Werkstätten schließen mußten, war die Heimwehr die einzige Hoffnung, das Safaladibrot eine Möglichkeit, sich sattzuessen.

Ab Mitte der zwanziger Jahre begnügte sich die Heimwehr nicht mehr mit ihren Aufmärschen, sondern unternahm immer häufiger tätliche Angriffe auf Arbeiterfunktionäre und auf die Wehrorganisation der Sozialdemokratie, den Schutzbund.

Der Mord an einem Kriegsinvaliden und einem Buben im burgenländischen Schattendorf am 30. Jänner 1927 war nicht das erste derartige Verbrechen der Faschisten, jedoch das bisher scheußlichste, weshalb die österreichischen Arbeiter nach all den Freisprüchen und Bagatelstrafen der vergangenen Jahre nun endlich eine exemplarische Bestrafung erwarteten. Nach sechs Monaten fiel das Urteil: Freispruch!

Am 15. Juli standen die Wiener Betriebe still. Eine unübersehbare Menschenmenge bewegte sich in die Innere Stadt. Bundeskanzler Seipel befahl, die Polizei mit Militärkarabinern auszurüsten. Als Demonstranten den Justizpalast, von dem aus dort verschanzte Polizisten auf sie geschossen hatten, in Brand steckten, begann die Polizei eine wilde Menschenjagd, nicht nur auf die Demonstranten, sondern auch auf alle, die ihr verdächtig erschienen. Das Ergebnis waren 85 tote Arbeiter und über 1000 Verwundete.

Die Kundgebung am 15. Juli war ein Ausbruch der Empörung der Wiener Arbeiter über die „Klassenjustiz“, das heißt eine Rechtsprechung gegen die Arbeiterklasse. Die Arbeiterparteien wurden durch die Heftigkeit dieser spontanen Aktion überrascht. Die KPÖ war zu klein, um die Führung der Demonstration zu übernehmen. Sie forderte, da die „Regierung Krieg gegen die Arbeiter führt“, die Bewaffnung der Arbeiterklasse und die Ausrufung des unbefristeten Generalstreiks. Die SP-Führung hingegen spekulierte darauf, der Bourgeoisie einmal vor Augen zu führen, wozu die Arbeiter fähig sind, wenn sie nicht von der Sozialdemokratie gebremst werden. Nach dem

Massaker brach die SPÖ allerdings den Generalstreik ab, um der Reaktion „keinen Vorwand zum Bürgerkrieg“ zu geben.

Nicht zuletzt durch diesen Rückzug der Arbeiterklasse wurde der 15. Juli 1927 zu einem tragischen Wendepunkt in der Geschichte der Ersten Republik. Die Regierung und die Heimwehren wußten nun, daß die radikalen Worte der SPÖ nur leere Drohungen waren und wagten weitere Vorstöße. Der Arbeiterklasse, der die sozialdemokratische Führung ein trügerisches Gefühl der Stärke vorgegaukelt hatte, war von der Bourgeoisie eine blutige Lehre erteilt worden, daß Österreich nach wie vor ein kapitalistisches Land ist. Die Warnungen der Kommunisten vor der faschistischen Gefahr fielen nun auf fruchtbareren Boden.

In der großen Krise, die dem Weltkrieg Anfang der zwanziger Jahre folgte, und deren Kennzeichen, wenigstens in Mitteleuropa, die Inflation war, hatte das Finanzkapital verstanden, sich von den Folgen des Kriegs zu erholen und die durch Kriegswirtschaft hervorgerufene Intensivierung der Produktion zu seinen Gunsten zu nutzen. Es tat es, indem es sich mit außerordentlicher Brutalität auf Kosten von Millionen Menschen sanierte, die Arbeiterklasse verstärkt ausbeutete und einen großen Teil der Mittelschichten, vor allem kleine Unternehmer, Handwerker, Sparer, die ihre ganzen Spargroschen verloren, auf dem Wege der rasanten Geldentwertung völlig ausplünderte. Damit hinterließ es Millionen Menschen, die auf Grund ihrer Ideologie und Tradition die Schuldigen nicht dort suchten, wo sie zu finden waren, nämlich bei den Reichen, sondern beim „System“, beim Staat, bei der Revolution von 1918, bei der Arbeiterklasse, bei der „Demokratie“.

Nach einer kurzen, in manchen Ländern — wie in Österreich — kaum fühlbaren Periode der Konjunktur kam es 1929 zur kapitalistischen Weltwirtschaftskrise, die wieder zahllose Existenzen vernichtete und vor allem Millionen Arbeitslose schuf.

Schon in den zwanziger Jahren hatten mächtige Gruppen des Monopolkapitals auf den Faschismus gesetzt, erst mit ihrer Unterstützung waren die faschistischen Bewegungen groß geworden. Als die Krise nun die ganze kapitalistische Gesellschaftsordnung erschütterte, fürchtete das Finanzkapital in einigen Ländern, seine Herrschaft mit bürgerlich-parlamentarischen Mitteln nicht mehr aufrechterhalten zu können; es orientierte sich auf die Errichtung einer faschistischen Diktatur.

Ausgehend von dieser Erkenntnis hat die Kommunistische Internationale den Faschismus, wenn er an der Macht ist, als die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, imperialistischsten und chauvinistischsten Kreise des Finanzkapitals, das heißt der Bank- und Industriemonopole, charakterisiert.

Die soziale Basis des Faschismus bildeten vor allem Opfer der Krise, die das parlamentarische „System“ für ihren Ruin verantwortlich machten und empfänglich waren für die nationalistische, in manchen Ländern rassistische Ideologie. Die von der bürgerlichen Demokratie Enttäuschten waren ansprechbar für ein System mit Führern, das ihnen zugleich versprach, Ordnung zu schaffen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und eine Art von sozialer Gerechtigkeit einzuführen.

Gerade auf junge Menschen übte der Faschismus, der übrigens rein äußerlich vieles von der Arbeiterbewegung kopierte (Fahnen, Lieder...), Faszination aus. Viele glaubten die antikapitalistischen Phrasen und erkannten nicht, daß sie vom Monopolkapital für seine Interessen eingespannt wurden.

Die wichtigste Kraft, die den Faschismus abwehren kann, ist die Arbeiterklasse, vorausgesetzt, daß sie ihren Kampf gegen die faschistische Gefahr geeint führt, also die Einheitsfront herstellt und durch ihre Einheit und ihre Stärke alle Menschen an sich zieht, die kein faschistisches Regime, keine Diktatur der reaktionärsten Kräfte wollen.

Die SPÖ weigerte sich aber, die Macht der Arbeiter einzusetzen und forderte ihre Mitglieder auf, sich „nicht provozieren“ zu lassen. Das ermutigte die Faschisten weiterzugehen: 1933 löste die Regierung mit einem Trick das Parlament auf und begann mit Notverordnungen zu regieren. Die SPÖ forderte die Arbeiter auf, Gewehr bei Fuß zu stehen. Sie rief auch nicht zum Kampf, als der Schutzbund verboten wurde, als an vielen Orten in der Provinz Heimwehr und Reaktion bereits offen herrschten.

Als am 26. Mai 1933 die KPÖ verboten wurde, erkannte die SPÖ nicht, daß als nächste sie an der Reihe war. An der Basis und im Schutzbund jedoch wuchs der Widerstand gegen diese Kapitulationspolitik, wuchs nicht zum wenigsten, weil die Kommunisten, und hier in sehr großem Ausmaß die Kommunistische Jugend, in Zeitungen und Flugblättern, in vielen tausend Begegnungen und Diskussionen mit sozialdemokratischen Genossen vor der Gefahr warnten und zum Kampf gegen den Faschismus aufforderten. Am 12. Februar 1934 schlug die Reaktion zu, ging das Dollfuß-Regime dazu über, mit Hilfe der Heimwehr und anderer Organisationen dieser Art, aber auch mit Hilfe der Armee, die Diktatur zu errichten. Doch im Gegensatz zu Deutschland, wo ein Jahr zuvor die Arbeiterschaft kampfflos den Faschismus an die Macht kommen ließ, setzte sich die Arbeiterschaft in Österreich bewaffnet zur Wehr. Nicht auf Weisung der Parteiführung, in vielen Fällen gegen ihren Willen, nahmen in Linz und Steyr, in Wien und Bruck, in den großen Industriezentren, Sozialisten und Kommunisten den Kampf gegen den faschistischen Bundeskanzler Dollfuß und die Heimwehren auf. Der massive Einsatz des Militärs, die Passivität großer Teile der Arbeiterschaft, die durch die Hinhaltepolitik der SP-Führung entmutigt waren und schließlich der direkte Verrat einzelner SP-Funktionäre trugen zur raschen Niederlage der heldenhaft kämpfenden Arbeiter bei. Nach wenigen Tagen war die Regierung Herr der Lage. Der Austrofaschismus triumphierte. Er war vor allem zu Beginn eine brutale und blutige Diktatur. Eine Reihe von Kämpfern und Kommandanten des Schutzbundes wurden gehenkt, wie etwa Münchreiter, der schwerverwundet, auf einer Tragbahre, zur Exekution gebracht wurde. Tausende wurden verhaftet und in ein neuerrichtetes „Anhaltelager“, Wöllersdorf bei Wiener Neustadt, gebracht.

Der 12. Februar 1934 war ein internationales Fanal: Erstmals seit dem Septemberaufstand 1923 in Bulgarien hatte sich die Arbeiterschaft eines Landes bewaffnet dem Vordringen des Faschismus in Europa entgegengestellt.

Der 12. Februar 1934 bedeutete aber auch den Untergang der relativ größten, bestorganisierten sozialdemokratischen Partei (zehn Prozent der Bevölkerung waren schon in der ersten Republik Mitglieder der SPÖ). Tausende der besten Funktionäre der SPÖ erkannten nun auf Grund ihrer eigenen Erfahrung, wie recht die Kommunisten mit ihren Warnungen vor der faschistischen Gefahr gehabt hatten. Die KPÖ, die trotz der Korrektur ihrer früheren sektiererischen Fehler, trotz ihrer Hinwendung zu den Massen, zu einer antifaschistischen Einheitsfrontpolitik bis zu ihrem Verbot eine im Verhältnis zur SPÖ winzige Partei geblieben war, wurde nun, in der Illegalität, zur Massenpartei, zur Führerin der österreichischen Arbeiterschaft. Selbst Otto Bauer erkannte viele Irrtümer seiner Politik (vgl. sein Buch „Zwischen zwei Weltkriegen?“, das 1936 im tschechoslowakischen Exil erschien). In Österreich bildete sich in der Illegalität eine neue sozialistische Partei, die Revolutionären Sozialisten, die den revolutionären Kampf gegen die Diktatur forderten und gegen den Reformismus der alten Parteiführung Stellung nahmen.

Motor des Widerstandes waren die Kommunistische Partei und mit ihr die Kommunistische Jugend. Die Zahl der Mitglieder der Partei war von 4000 auf 16 000 angewachsen. Ihr Einfluß reichte aber weit über ihre zahlenmäßige Stärke hinaus. Mit Hilfe der Kommunisten gelang es, den Schutzbund und eine Reihe anderer Organisationen illegal zu reorganisieren und weiterzuführen. Die Kommunistische Partei überwand die sektiererische Ablehnung (die es auch in ihren eigenen Reihen gab) der Arbeit in den offiziellen Regierungsgewerkschaften: Kommunisten, Sozialisten arbeiteten in dieser „Einheitsgewerkschaft“ mit und schufen sich auf diese Art wichtige Positionen in entscheidenden Betrieben.

1933 waren die Nazis in Deutschland an die Macht gelangt. 1936 einigten sie sich mit den italienischen Faschisten, zu denen bis dahin ein Konkurrenzverhältnis bestanden hatte. „Opfer“ war der Austrofaschismus, der bis dahin von Mussolini unterstützt worden war. Die Attacken Hitler-Deutschlands auf die Unabhängigkeit Österreichs verstärkten sich. Die nach der Ermordung von Bundeskanzler Dollfuß 1934 unterdrückten österreichischen Nationalsozialisten traten immer provokatorischer in Erscheinung. Die österreichische Regierung unter Bundeskanzler Schuschnigg kapitulierte Schritt um Schritt. Statt die Bevölkerung zum Widerstand gegen die deutschen Eroberungspläne zu mobilisieren, hoffte sie weiterhin auf die Hilfe Mussolini-Italiens, das eher an einem selbständigen Pufferstaat zwischen ihm und Hitler-Deutschland interessiert war. Doch die gemeinsamen Eroberungspläne waren den beiden faschistischen Regimes wichtiger als die Existenz Österreichs.

Die österreichischen Kommunisten rollten in dieser Situation die nationale Frage in unserem Lande auf. In vielen, oft leidenschaftlich geführten Diskussionen innerhalb der illegalen Arbeiterbewegung und darüber hinaus erläuterten sie, daß die Österreicher sich zu einer eigenen Nation entwickelten und daß es Aufgabe der demokratischen, antifaschistischen Kräfte sei, diesen Prozeß zu beschleunigen. Der Kampf gegen den deutschen Faschismus müsse als nationaler Abwehrkampf geführt werden, der alle patriotischen Kräfte miteinschließt.

Als Bundeskanzler Schuschnigg im Februar 1938 vor Hitlers Drohungen in die Knie ging, organisierten die illegalen Freien Gewerkschaften auf Initiative der Kommunisten einen offenen Brief an die Regierung, in dem die Notwendigkeit einer breiten Volksfront gegen Hitler betont wurde. Voraussetzung dafür sei aber die Wiederherstellung der Rechte der Arbeiter und Angestellten in den Gewerkschaften. Wiederum auf Initiative der Kommunisten bildeten freie Gewerkschafter und Betriebsräte der legalen Regierungsgewerkschaften ein Komitee für die Verteidigung Österreichs, das in kurzer Zeit eine Million Unterschriften sammelte. In den folgenden Tagen kam es in Wien, in Graz, in Salzburg und in Innsbruck zu großen Kundgebungen. Daraufhin kündigte Schuschnigg für den 13. März eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Österreichs an. Doch Hitler ließ es nicht dazu kommen. In der Nacht vom 11. zum 12. März 1938 fielen seine Truppen in Österreich ein. Die Regierung kapitulierte, die Nazis übernahmen die Macht und organisierten überall „Begrüßungskundgebungen“ für Hitler, der am 15. März in Wien den „Anschluß“ Österreichs an Deutschland verkündete.

Noch in der Nacht des deutschen Einmarsches riefen die Kommunisten die Österreicher zum Kampf: „Volk von Österreich! Wehre Dich, leiste Widerstand den fremden Eindringlingen und ihren Agenten. Schließt Euch zusammen, Katholiken und Sozialisten, Arbeiter und Bauern! ... Der Kampf geht weiter. Durch seine eigene Kraft und durch die Weltfront des Friedens wird ein freies und unabhängiges Österreich wiedererstehen.“

In den folgenden bitteren Jahren waren es in erster Linie die Kommunisten, die unter großen Opfern diesen Kampf organisierten und damit einen wesentlichen Beitrag zur Befreiung unseres Landes leisteten. Über 1400 wurden hingerichtet, darunter viele Funktionäre des Kommunistischen Jugendverbands, Tausende kamen in den Konzentrationslagern um.

Der durch die faschistische Eroberungspolitik ausgelöste zweite Weltkrieg kostete 56 Millionen Menschen das Leben, Millionen junger Männer kehrten als Krüppel von den Schlachtfeldern heim, der ganze Kontinent lag in Schutt und Asche.

In dieser Zeit nach der Befreiung Europas von der faschistischen Herrschaft träumten überall Millionen Menschen von einem neuen Anfang auch in der Innenpolitik ihrer Länder — sei es von einer Weiterentwicklung zum Sozialismus, sei es wenigstens von einer fortschrittlichen Demokratie, in der die Interessen der arbeitenden Menschen im Vordergrund standen. Das hatte eine Reihe von Gründen: In vielen europäischen Staaten hatte das herrschende Bürgertum 1938/39 vor dem Faschismus kapituliert, in einer Reihe von Ländern hatten Teile der herrschenden Klasse sich dazu hergegeben, als Erfüllungsgehilfen der fremden Eroberer zu wirken. Obwohl im nationalen Befreiungskampf auch Teile des Bürgertums mitwirkten, hatten die Werktätigen und in großem Maße die Kommunisten den größten Anteil an diesem Kampf. Schließlich hatte die Tatsache, daß es ein sozialistischer Staat — die Sowjetunion — war, der den Hauptschlag gegen den Hitler-

Faschismus geführt hatte, eine außerordentliche moralische und politische Wirkung.

Als Ausdruck der antifaschistischen Einheit, die sich besonders in der letzten Phase des Krieges herausgebildet hatte, wurden in einigen Ländern, darunter auch in Österreich, Regierungen aller demokratischen Parteien, unter Einschluß der Kommunisten, gebildet. Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien und der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands, die heutige DDR, schlugen nach der antifaschistischen Umwälzung den Weg zum Sozialismus ein.

Auch in Österreich vollzogen sich gewaltige Veränderungen. In etwa 7000 Betrieben übernahmen die Arbeiter die Produktion, weil sich die Kapitalisten, die mit den Nazis paktiert hatten, abgesetzt hatten. Die Menschen, die in den zerbombten Städten begannen, die Schuttberge wegzuräumen, glaubten, daß nun eine neue Zeit anbreche. Der ÖVP-Bundeskanzler Figl versprach: „Das Österreich von morgen wird ein neues, ein revolutionäres Österreich sein. Es wird von Grund auf umgestaltet.“

Die Bourgeoisie mußte fürchten, ihre Macht zu verlieren. Sie begann eine massive Gegenoffensive, unterstützt vor allem durch die USA. Diese Offensive wurde durch eine gehässige antisowjetische Propaganda eingeleitet, die zum Beispiel in Österreich dahin zielte, die Sowjetarmee, der Österreich zu einem Gutteil sein Wiedererstehen als Staat und seine Befreiung vom Faschismus verdankt, als „Okkupanten“ abzustempeln.

In Österreich spielte sowohl beim Antisowjetismus als auch bei der Schaffung von Illusionen über die Richtung des Wiederaufbaus die Sozialdemokratie eine führende Rolle. Mit Berufung auf 1934 und der Erklärung, daß es „nie wieder zu einem Bruderkampf“ kommen sollte, vertrat sie eine Politik der Koalition und engen Zusammenarbeit mit der ÖVP — unter Hinweis auf die „Notwendigkeiten des Aufbaus“ auch die enge Zusammenarbeit mit den Unternehmern. Dies alles wurde immer wieder mit der Behauptung verziert, so und auf keine andere Weise könne der neue Weg zu einem sozialistischen Österreich gesichert werden.

Zwei Wege standen Österreich 1945 offen: Aufbau einer Republik des Volkes mit einem neuen, antifaschistischen Staatsapparat, Enteignung nicht nur des deutschen Kapitals im Land, sondern auch seiner österreichischen Verbündeten und Komplizen, Aufbau einer Republik, in der die Lehren von 1918 und 1934 beherzigt und so günstige Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus geschaffen werden. Oder aber Wiedererrichtung eines Staats, in dem die Profitwirtschaft erhalten bleibt und damit auch alle Ungerechtigkeiten und Übel der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, ihre Anfälligkeit für Krisen, für die Aushöhlung der demokratischen Rechte der Bevölkerung.

Die von SPÖ und ÖVP betriebene Bindung an den Westen, die Unterwerfung der österreichischen Wirtschaft unter das Diktat des amerikanischen Imperialismus („Marshallplan“) und die Einbeziehung unseres Landes in den kalten Krieg führten zu einem Wiedererstarken des Kapitalismus, der auf Kosten der Werktätigen saniert und „modernisiert“ wurde.

Die KPÖ führte einen entschiedenen Kampf gegen „Marshallplan“ und

kalten Krieg. An der Seite der KPÖ standen damals patriotisch gesinnte Österreicher, die sich gegen die Eingliederung unseres Landes in die Front der kalten Krieger wehrten und an guten Beziehungen auch zu unseren östlichen Nachbarländern interessiert waren. Viele von ihnen organisierten sich in der überparteilichen Freien Österreichischen Jugend, die sich bemühte, den Geist der antifaschistischen Einheit unter der Jugend zu erhalten. Von den kalten Kriegern wurden sie jedoch einfach als „Agenten“ und „Helfershelfer des Sowjetkommunismus“ abgestempelt. Der kalte Krieg drückte sich auch im Ausbau militärischer Positionen des „Westens“ aus, wie etwa in der Remilitarisierung des zunächst von den Westmächten besetzt gewesenen Westdeutschlands und seiner Einbeziehung in ein westliches Militärsystem. Auch in Österreich wurden westliche „Stützpunkte“ errichtet. Es wurden Pläne bekannt, nach denen Österreich Teil eines „westlichen Verteidigungssystems“ werden sollte auch um den Preis seiner Zerreißung in einen „westlichen“ und einen „russischen“ Teil.

Nachdem die Entscheidung für den kapitalistischen Weg gefallen war, wurde zur innenpolitischen Hauptfrage: Wer soll den Wiederaufbau bezahlen? Da man den arbeitenden Menschen nicht offen sagen konnte, daß es sie und nicht die Reichen sein werden, die die Kosten des Wiederaufbaus und der Modernisierung der Produktion zahlen müssen, machte man das auf dem Wege von Pakten, die zwischen dem Gewerkschaftsbund, der Regierung und den Unternehmern ausgehandelt wurden. Es wurde damit der Anschein erweckt, daß alle Opfer bringen mußten, aber auch alle etwas bekamen — was aber in der Praxis nicht stimmte. Diese Vereinbarungen trugen den Namen „Lohn-Preis-Pakt“. Im Grunde waren diese Lohn-Preis-Pakte und der Weg, auf dem sie ausgehandelt wurden, bereits der Beginn der Politik der „Sozialpartnerschaft“.

Diese Politik wurde allerdings von den Werktätigen nicht ohne weiteres akzeptiert. Bereits 1947 gab es eine erste große Demonstration in Wien dagegen. Obwohl die Führung des ÖGB sich bemühte, den Arbeitern die „Notwendigkeit“ der Pakte einzureden, gab es schon beim dritten Lohn-Preis-Pakt Proteste und Streiks. Der vierte Lohn-Preis-Pakt, der im Sommer 1950 ausgehandelt wurde, führte im September und Oktober zu Kampfaktionen, an denen Hunderttausende Arbeiter teilnahmen, Kommunisten, Sozialisten und sozialistische Funktionäre, Parteilose, Katholiken und sogar Arbeiter, die vom wiedergegründeten Nazinachfolger, dem VdU, beeinflusst waren. Dieser Kampf, der Oktoberstreik, war die größte Kampfaktion der Arbeiter in der Geschichte Österreichs nach dem zweiten Weltkrieg. Die Regierung und die ÖGB-Führung behaupteten, es handle sich um einen Putschversuch der Kommunisten, die auf diese Weise in Österreich eine Volksdemokratie errichten wollten. Dies, obwohl der Streik nicht in der sowjetischen Zone, sondern in der von den USA kontrollierten Zone Oberösterreichs, in Linz und Steyr, begonnen hatte. Erleichtert wurde der Streikbruch freilich auch durch einen schweren taktischen Fehler der Kommunisten und der den Kommunisten nahestehenden Betriebsräte, die in einer Betriebsrätekonferenz Ende September den Streik für einige Tage aussetzten und so der Regierung die Möglichkeit gaben, ihre Anhänger, vor

allem die sozialistischen Betriebsräte und Funktionäre, unter Druck zu setzen und mit vollster Kraft das Märchen vom „kommunistischen Putsch“ zu verbreiten. In der Arbeiterschaft führte der verlorene Streik zu schwerer Enttäuschung, zum Zweifel an der eigenen Kraft, zum Zweifel daran, ob der Weg des Kampfes wirklich der richtige Weg war, ob es nicht besser sei, sich mit den Unternehmern zu arrangieren.

Am 15. Mai 1955 wurde, nach jahrelangen Versuchen der USA, Österreich in ein westliches Paktsystem einzubeziehen, der Staatsvertrag abgeschlossen, der unserem Land die volle Unabhängigkeit und Souveränität gab. Angesichts der zugunsten des Sozialismus geänderten Kräfteverhältnisse in der Welt, mußten auch Politiker der VP-SP-Koalition erkennen, daß die Versuche einer NATO-Bindung Österreichs zum Scheitern verurteilt waren. Die letztlich entscheidenden Initiativen für den Staatsvertrag kamen von der Sowjetunion.

Österreich verpflichtete sich nach Abschluß des Staatsvertrags zu immerwährender Neutralität. Die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion zogen bis zum 26. Oktober 1955 ihre Truppen ab.

In den Jahren nach dem Staatsvertrag entwickelte sich die Wirtschaft Österreichs (mit einer starken verstaatlichten Industrie) fast unbelastet von Militärkosten, begünstigt auch durch die Neutralität, rasch weiter. In historisch kurzer Zeit war Österreich aus einem halbagrarischen, ständig krisengeschüttelten Land in der ersten Republik zu einem modernen Industriestaat geworden. Es entwickelte sich auch — der Beginn lag zweifellos im Befreiungskampf 1938 bis 1945 — ein immer stärker werdendes Nationalbewußtsein.

Bereits seit 1953, seit dem durch die Rüstungskonjunktur (Korea-Krieg!) verursachten Wirtschaftsboom in den kapitalistischen Ländern, war es in Österreich zu einem spürbaren ökonomischen Aufschwung und zu Reallohnerhöhungen gekommen. Gleichzeitig wurde das Netz der „sozialpartnerschaftlichen“ Institutionen — nicht zuletzt auf Grund der Lehren, die die Herrschenden aus dem Oktoberstreik zogen — immer enger geknüpft. Streikkämpfe wie der große Wiener Straßenbahnerstreik Ende 1955 wurden immer seltener.

Die ökonomische Entwicklung Österreichs, das in dieser Hinsicht eine gewisse Sonderstellung genießt, bewirkte in der Arbeiterschaft große Illusionen. Fühlbar war die Erhöhung des Lebensstandards. Weithin un bemerkt blieb, daß die Profite unvergleichlich rascher stiegen — dank langwährender Konjunktur, einer auf der Grundlage neuer Technik rasch zunehmenden Arbeitsleistung und Arbeitsintensität.

Da Österreich über einen großen verstaatlichten Sektor (Schwerindustrie, Banken, Erdölgewinnung) verfügte, führte dies zur Entstehung der weitverbreiteten Meinung, wonach Österreich kein wirklich kapitalistischer Staat, sondern ein „Sozialstaat“ mit einer „gemischten“ (das heißt kapitalistischen und sozialistischen) Wirtschaft sei. Dabei wird verkannt, daß die verstärkte Rolle des Staates in der Wirtschaft nur der Erhaltung des Kapitalismus dient, der ohne die ständigen Eingriffe des Staates nicht mehr funktionieren würde. Eine wesentliche Rolle im System des „staatsmonopoli-

stischen Kapitalismus", wie eine derartige Wirtschaftsordnung genannt wird, spielt das System der „Sozialpartnerschaft“, das heißt der „friedlichen“ Zusammenarbeit der Verbände und Organisationen von Arbeiterschaft und Kapital.

In Österreich entwickelte sich aus dieser Zusammenarbeit ein ganzes System von Kommissionen und Gremien, die von niemandem gewählt sind und von der Bevölkerung nicht kontrolliert werden können. Die „Sozialpartnerschaft“ wurde zur Herrschaftsform des Kapitalismus in Österreich.

Die durch das jahrelange Fehlen großer Wirtschaftskämpfe, die „Sozialpartnerschaft“ und den Antikommunismus bedingte Isolierung der KPÖ, der FÖJ und anderer revolutionärer Organisationen lastete schwer auf vielen Kommunisten. Insbesondere auf jenen, die nach dem Krieg geglaubt hatten, die Zeit der großen Einheit werde andauern und das neu entstehende Österreich müsse ein besonders fortschrittliches Österreich werden, das ohne große Erschütterungen seinen Weg zum Sozialismus fortsetzen werde.

Das führte dazu, daß sich in der Kommunistischen Partei, aber auch in den Jugendorganisationen, Tendenzen zur Anpassung und zum Nachgeben angesichts der Angriffe des Gegners verstärkten, daß manche das Vertrauen in die Kraft der Arbeiterklasse, in ihre geschichtliche Aufgabe, den Sozialismus zu erkämpfen, verloren. Es wurden „Theorien“ entwickelt, um dies zu rechtfertigen — zunächst unter dem Titel einer „Erneuerung“ des Marxismus. Gleichzeitig kam es zur entgegengesetzten Reaktion auf den Druck von außen: Abkapselung und Sektierertum.

Statt die neuen Verhältnisse — den staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Sozialpartnerschaft — einer gründlichen wissenschaftlichen Analyse zu unterziehen und daraus politische Schlußfolgerungen abzuleiten, statt also den Marxismus-Leninismus auf die konkrete Wirklichkeit in Österreich anzuwenden, erklärten manche leitende Funktionäre einfach den Marxismus-Leninismus für veraltet. Sie wollten — im Sinne der Anpassung — die Funktion der Kommunistischen Partei im heutigen Österreich darauf reduzieren, bei der SPÖ „anzuschließen“. Diese revisionistische Strömung hatte nichts mit der nach wie vor gültigen revolutionären Politik der Bemühungen um eine kämpfende Einheitsfront zu tun. Sie orientierte nicht auf die gemeinsame Aktion mit sozialistischen Arbeitern gegen die Partnerschaft mit dem Kapital, sondern faktisch auf Unterordnung der KPÖ unter die Politik der SP-Führung.

Dieser Kurs wurde von der Mehrheit der Mitglieder abgelehnt. Darum verbanden die Revisionisten die Preisgabe marxistisch-leninistischer Positionen mit einer zunehmenden Verletzung der innerparteilichen Demokratie — bis zum öffentlichen Auftreten in feindlichen Massenmedien gegen die Partei. Dieselben undemokratischen Methoden wurden in den Jugendorganisationen angewandt, deren Leitungen mehrheitlich auf revisionistischen Positionen standen. All dies wurde bemäntelt mit der Forderung nach „Öffnung“ der Organisationen, nach Überwindung sektiererischer Enge. Aus einer Kampfgemeinschaft sollte die Kommunistische Partei in ein Diskus-

sionsforum verwandelt werden, ja — wie einige Revisionisten unverblümt aussprachen — in einer „Neuen Linken“ aufgehen.

Die Anziehungskraft der kommunistischen Organisationen wurde schwerstens geschädigt, die Tätigkeit nach außen weithin gelähmt. Die Überwindung des Revisionismus in den Führungen wurde so zur Existenzfrage — wird es eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse geben? Sie wurde zur Voraussetzung dafür, Funktionen der kommunistischen Bewegung erfüllen zu können. Daß diese Überwindung schließlich gelang, war ein großer Erfolg der Demokratie in der kommunistischen Bewegung, der Mehrheit, die ihren Willen durchsetzte. Im Zusammenhang mit dieser unerläßlichen Auseinandersetzung kam es auch zu einer Reorganisation der Jugendverbände, zur notwendigen Berücksichtigung der tiefgreifenden Änderungen in den Kampfbedingungen seit 1945. An die Stelle der FÖJ trat die KJÖ. Aus der „Vereinigung Demokratischer Studenten“ entwickelte sich über mehrere Stufen der „Kommunistische Studentenverband“. Sie sind ein Ergebnis des Ringens um theoretische Klarheit, des Kampfs gegen den Opportunismus in der Arbeiterklasse.

Die Kommunistische Partei ging daran, die gesellschaftliche Wirklichkeit in Österreich gründlicher zu analysieren, was zunächst in den „Politisch-ideologischen Leitsätzen“ (1974) und schließlich im ersten umfassenden Programm der Partei seinen Niederschlag fand.

Auch objektiv sind in den siebziger Jahren wichtige Änderungen eingetreten: die tiefe Krise des Kapitalismus in den Jahren 1973/74, ihr mittlerweile chronischer Charakter haben gründlich die in den fünfziger und sechziger Jahren gängigen Theorien von einem „gesicherten, krisenfreien“ Kapitalismus widerlegt. Die noch anhaltende Sonderstellung Österreichs wurde abgeschwächt. Die Sozialpartnerschaft dient in zunehmendem Maß nicht mehr dazu, um durch Konzessionen die arbeitenden Menschen davon abzuhalten, sich mehr zu erkämpfen, sondern um dafür zu sorgen, daß sie stillhalten, wenn ihnen von ihren Errungenschaften genommen wird. Der Imperialismus — vor allem die USA — versucht einen Ausweg aus der allgemeinen Krise zu finden: durch Hochrüstung, durch Jagd nach „militärischer Überlegenheit“, durch verstärkten Druck auf die Freiheitsbewegungen der Welt.

Die kommunistischen Organisationen kämpfen — so wie in ihrer gesamten Geschichte seit ihrer Entstehung — auch unter diesen Bedingungen für Frieden, für die Interessen der arbeitenden Menschen.

1. Vom Verband Jugendlicher Arbeiter zum Kommunistischen Jugendverband

Als am 8. November 1918, wenige Tage vor der Ausrufung der Republik Österreich, der KJV seine erste Großveranstaltung durchführte, war dies nicht nur der Beginn einer neuen Etappe der revolutionären Jugendbewegung in Österreich, sondern zugleich auch der vorläufige Abschluß eines langwierigen Differenzierungsprozesses innerhalb der Sozialdemokratischen Partei und besonders der Jugendbewegung.

Der Verband Jugendlicher Arbeiter (VJA), wie die Sozialistische Jugend damals hieß, entfaltete seit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine rege Aktivität. Von seiten der Parteiführung war man allerdings bestrebt, diese Tätigkeit in „unpolitische“ Bahnen zu lenken, um sich die Herausbildung einer linksoppositionellen Jugend zu ersparen. Besonders tat sich dabei Robert Danneberg hervor, der nicht nur die SP-Verantwortung für die VJA, sondern zugleich Funktionen in der Sozialistischen Jugendinternationale (mit Sitz in Wien) innehatte. Er versuchte, die Politik der SP-Führung in diesen Organisationen durchzusetzen. Das Schild, das er nach Kriegsausbruch an seiner Bürotür anbrachte, lautete: „Für die Dauer des Krieges geschlossen“ und gab somit die SP-Haltung in Kurzfassung wieder.

Dagegen wandten sich international und national viele revolutionär eingestellte Jugendliche. Entgegen der „sozialchauvinistischen“ Haltung der meisten sozialdemokratischen Parteien blieben große Teile der Jugendorganisationen revolutionär, das heißt, sie wandten sich gegen die Kriegsbegeisterung der Sozialdemokratie. Lediglich der österreichische VJA unter Danneberg stand treu zu seiner „sozialpatriotischen“ Partei. Die Linksopposition gegen diese Politik mußte sich illegal organisieren. Bereits im September 1914 erschien ein hektografiertes Flugblatt mit einem Gedicht gegen die Verherrlichung des Krieges durch die „Arbeiter-Zeitung“. Die Flugblätter wurden von Genossen der VJA-Gruppe Wien XVI/1 (Ottakring) hergestellt. Weitere oppositionelle Gruppen bildeten sich in Wien-Favoriten und Wien-Leopoldstadt heraus.

Wie sehr die linke Strömung innerhalb des VJA an Boden gewonnen hatte, merkte die Vereinsleitung spätestens im Dezember 1916, als zwei Gruppen auf einer Kreiskonferenz die Annahme des „Zimmerwalder Programms“, also die Aufnahme der aktiven Agitation und des Kampfs gegen den Krieg, forderten.

Die sich gegen den „Sozialpatriotismus“ der SP-Führung wendende „Gruppe der Linksradikalen“ begann sich Anfang 1916 zu sammeln. Ihre Mitglieder kamen vor allem aus dem „Verband Jugendlicher Arbeiter“ (VJA), der „Freien Vereinigung Sozialistischer Studenten“ und dem „Verband Sozialistischer Mittelschüler“.

Die „Linksradikalen“ waren Mitglieder in dem im März 1916 neu belebten Bildungsverein „Karl Marx“, einer von den „Linken“ um Friedrich Adler und anderen

gegründeten SP-internen Organisation. Hier traten sie als geschlossene Gruppe auf, wobei sie unter anderem die Politik der „Zimmerwalder Konferenz“ vertraten. Diese hatte im September 1915 in der Schweiz stattgefunden und stellte den ersten Versuch dar, nach dem Niedergang der II. Internationale die oppositionellen Kräfte, die innerhalb der sozialdemokratischen Parteien gegen die Kriegspolitik auftraten, zusammenzufassen, um die Umwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg bis zum Sturz des Kapitalismus anzustreben. Unter der Anleitung der russischen Bolschewiki verfolgten die „Linksradikalen“ eine Politik, die dem Kriegschauvinismus der Sozialdemokratie und dem individuellen Terror (etwa dem Attentat Friedrich Adlers auf den damaligen österreichischen Ministerpräsidenten Graf Stürgkh im Oktober 1916) eine systematische, revolutionäre Arbeit und Agitation, das heißt Organisation von Streiks und Demonstrationen entgegensetzte.

Dem Attentat Friedrich Adlers folgten die Auflösung des Vereins „Karl Marx“ und Hausdurchsuchungen bei den Vorstandsmitgliedern. Die „Linksradikalen“ reaktivierten in der Folge den „Verein Sozialdemokratischer Handelsakademiker“ als wissenschaftlichen Verein mit dem Namen „Bildung“ zum Zweck legaler Betätigung.

Legale und illegale Literatur, Flugschriften und Flugblätter, teils gedruckt, teils vervielfältigt, wurden verbreitet. Junge Buchdrucker sorgten fallweise für ihre illegale Herstellung. Unter anderem druckte man die Stellungnahme des Führers der Linken in der deutschen Sozialdemokratie und späteren Mitbegründers der KPD, Karl Liebknecht, vom Dezember 1914, in der er die Ablehnung der Kriegskredite begründete.

Ende 1916 organisierten die „Linksradikalen“ die erste illegale Demonstration, bei der Frauen aus Favoriten vor das Rathaus zogen und für Frieden und Brot demonstrierten.

1917 gaben die „linksradikalen“ Jugendlichen schon ein eigenes Informationsblatt für Wien heraus, und im April 1917 errangen sie bei der Wiener Kreiskonferenz, die im Margaretner Eisenbahnerheim stattfand, erstmals die Mehrheit über die opportunistische Vereinsführung.

Folgende Resolution wurde damals angenommen: „So wollen wir offen aussprechen, daß die Jugendorganisation den Grundsätzen, die in der Partei herrschen, nicht teilnahmslos gegenüberstehen kann. Denn es gilt jetzt die Entscheidung darüber, in welcher Richtung wir künftig zu wirken haben. Denjenigen Genossen, die den Krieg moralisch stützten, die mit den Feinden des Proletariats Burgfrieden geschlossen haben, können wir nicht folgen.“

Weiters forderte man:

1. Aufklärung über das Wesen des Militarismus und der „Vaterlandsverteidigung“ durch Wort und Schrift.
2. Einführung eines Liebknecht-Fonds.
3. Verbreitung des Manifests der „Jugendinternationale“.
4. Einsetzung einer Pressekommission, um die Haltung des Verbandsorgans in diesem Sinne zu beeinflussen. Im Verbandsorgan „Der jugendliche Arbeiter“ soll ab sofort die Rubrik der (Kriegs-) „Auszeichnungen“ eingestellt werden.

Es ist verständlich, daß der SP-Parteivorstand alles daran setzte, die linke Mehrheit im Verband Jugendlicher Arbeiter rückgängig zu machen, was ihm im August 1917 auch gelang.

Die rechte Verbandsleitung versuchte, die unangenehmen Funktionäre loszuwerden, wobei sie es besonders auf Franz Koritschoner und Maximilian Lazarowitz abgesehen hatte, die von den Gruppen Wien XVI beziehungsweise Wien II zu „Bildungsräten“ gewählt worden waren. Der Konflikt endete

schließlich mit dem kollektiven Ausschluß der Gruppen II und X aus dem Verband. Durch den Ausschluß der Linken aus der einheitlichen Arbeiterjugendbewegung wurde diese nun auch organisatorisch gespalten. Die ausgeschlossenen und ausgetretenen Gruppen und Personen vereinigten sich in der Folge zum „Verband der unabhängigen Arbeiterjugend“, der aber wenige Monate später verboten wurde, so daß er seine Arbeit illegal fortsetzen mußte. Im September 1917 wurde der Verein „Bildung“ zum legalen Forum der revolutionären Linken, in dem Arbeiter, Soldaten und Studenten über die russische Revolution diskutierten, obwohl er von den Behörden scharf überwacht wurde. Dem Verein „Bildung“ folgte die „Freie Vereinigung Sozialistischer Studenten“, deren Leitung in den Händen der Linksradikalen lag.

Ständig bemüht, ihren Einfluß unter der Arbeiterschaft zu verstärken, gelang es den „Linksradikalen“, Vertrauensmänner in den Betrieben von Neunkirchen, Wiener Neustadt, Wien-Floridsdorf und Wien-Favoriten zu gewinnen. Im Spätherbst 1917 fanden sich 32 Delegierte zur ersten „Reichskonferenz der Zimmerwalder Linken“ im Föhrenwald von St. Egyden bei Wiener Neustadt zusammen. Nicht zufällig nahm der gewaltige Jännerstreik 1918 von diesem Gebiet seinen Ausgang.

Während in den meisten anderen Ländern erst das offene Überlaufen der SP-Führung in das Lager der herrschenden Klasse beim Ausbruch des ersten Weltkrieges die Spaltung der Arbeiterbewegung in revolutionäre und opportunistische (das heißt sich der herrschenden Klasse „anpassende“, in ihrem Sinne handelnde) Kräfte auch auf organisatorischem Gebiet einleitete, hatte sich in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands schon viele Jahre zuvor der Bruch zwischen „Bolschewiki“ („Mehrheitler“) und „Menschewiki“ („Minderheitler“) vollzogen. Die opportunistischen Menschewiki befürworteten sogar nach dem Sturz des Zaren (in der Februarrevolution 1917) die weitere Teilnahme Rußlands am Krieg. Die revolutionäre Mehrheit unter Führung Lenins hatte hingegen schon 1914 eine kompromißlose Haltung gegen den Krieg bezogen, da es sich hierbei um einen „imperialistischen Krieg“, das heißt einen Kampf imperialistischer Großmächte um die Neuaufteilung der Welt auf Kosten der unterdrückten Völker handelte.

Nach der Februarrevolution bildete sich in Rußland eine Doppelherrschaft heraus, das heißt das gleichzeitige Bestehen zweier Staatsgewalten: der Diktatur der Bourgeoisie (Provisorische Regierung und „Konstituante“, das war das bürgerliche Parlament) und der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern in Form der Sowjets (=Räte), die — den Erfahrungen der ersten russischen Revolution von 1905 folgend — von Arbeitern, Bauern und Soldaten gebildet wurden und gesamtrussische Leitungsorgane wählten.

Die Bolschewiki strebten danach, die bürgerlich-demokratische Februarrevolution friedlich in eine sozialistische Revolution hinüberzuleiten — unter der Losung: „Alle Macht den Sowjets!“ Im Juli 1917 riß jedoch die Provisorische Regierung die Alleinherrschaft an sich und beendete durch gewaltige Niederschlagung von Arbeiterdemonstrationen die Doppelherrschaft. Die in die Illegalität gedrängten Bolschewiki bereiteten den bewaffneten Aufstand vor. Ein Putschversuch konterrevolutionärer Militärs, den Arbeiter, Matrosen und Soldaten unter der Führung der Bolschewiki niederschlugen, offenbarte die Schwäche der Provisorischen Regierung, Rußland steuerte auf eine nationale Katastrophe zu. Die Bolschewiki, die in vielen Sowjets die Mehrheit errangen, sahen eine neuerliche Möglichkeit zur „friedlichen“ Machtergreifung, zumal da wegen des Krieges die Imperialisten anderer Länder der russischen Bourgeoisie keine wirksame Hilfe leisten konnten. Das hätte aber die Mitwirkung der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre (einer Bauernpartei)

vorausgesetzt. Diese erwiesen sich jedoch als Anhängsel der Provisorischen Regierung, woraufhin die Bolschewiki den bewaffneten Aufstand organisierten. Am 7. November (nach altem russischem Kalender 25. Oktober) wurde die Provisorische Regierung gestürzt, die Macht übernahm der Gesamtrussische Sowjetkongreß, der zu dieser Zeit in Petrograd zusammentrat. Die neue Arbeiter- und Bauernregierung („Rat der Volkskommissare“) unter dem Vorsitz Lenins erließ einen Aufruf an die Völker der kriegführenden Staaten, den imperialistischen Krieg zu beenden. Ihre ersten Gesetze waren das „Dekret über den Frieden“ und das „Dekret über Grund und Boden“, mit welchem die armen Bauern Land zugesprochen bekamen.

Besonders in Österreich-Ungarn, das sich ja mit Rußland im Kriegszustand befand, wurde das Friedensangebot der Sowjetregierung begeistert aufgenommen. Als die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk am Säbelfasseln der deutschen Militärs zu scheitern drohten und gleichzeitig die Hungerrationen noch um die Hälfte gekürzt wurden, brach der Jännerstreik 1918 aus, die größte Streikbewegung in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Das Ende der Monarchie schien gekommen zu sein.

Der Jännerstreik wurde von linksoppositionellen Jugendlichen führend mitorganisiert. In einem der Flugblätter der linksradikalen Jugendlichen, „Das Volk steht auf“, hieß es am Schluß: „Mißtraut jenen patriotischen ‚Arbeiterführern‘, die Euch seit dem ersten Tag des Krieges verraten. . . Ihr anderen aber steht nicht länger abseits. Heraus aus den Werkstätten! Dreht nicht mehr länger Mordgranaten! . . . Laßt alle Räder stillstehen! . . . Wählt Arbeiterräte, so wie in Rußland! — und der Massengewalt des Proletariats wird der Sieg gehören. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Die Verhaftungen hörten nicht auf. Nach und nach wurde davon der gesamte Kern der revolutionären Bewegung erfaßt. Trotzdem kam es im Juni 1918 zu neuerlichen Streiks und zu weiteren Verhaftungen.

Mit dem Untergang der Monarchie und der damit einhergehenden politischen Umwälzung erfolgten nicht nur die ersten Schritte zur Gründung einer kommunistischen Partei, sondern auch eines kommunistischen Jugendverbandes. Die Vorgespräche fanden in einem Dachgeschoßzimmer in Wien, am Schottenring 2, statt, wo sich auch das Parteisekretariat der KPÖ befand. Die offizielle Gründung des Verbandes erfolgte auf der Massenversammlung am 8. November 1918, fünf Tage nach der Konstituierung der KPÖ.

2. Die ersten Jahre des KJV 1918—1921

Offiziell nannte sich der KJV in seiner ersten Phase „Verband der (Kommunistischen) Proletarierjugend“. Sekretär bis zum „ersten ordentlichen Delegiertentag“ des Kommunistischen Jugendverbandes, im August 1919, war Maximilian Lazarowitz. Bei der ersten Delegiertentagung wurde dann Richard Schüller mit dieser Funktion betraut. Organisationssekretär wurde F. Hexmann. Bedeutende Mitglieder des „Zentralvorstandes“, wie sich das oberste Gremium nannte, waren in diesen Jahren Hugo Zucker, Max Stern, Friedl Fürnberg, Willy Schlamm u. a.

Der junge Verband stand vor zwei Aufgaben: der Propagierung der Machtergreifung durch das Proletariat und dem Kampf für die wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Jugend, vor allem der Lehrlinge.

Die Zielsetzung der proletarischen Revolution war durchaus nicht unrealistisch. Der Staatsapparat der Monarchie war zerfallen, der der Bourgeoisie war noch nicht stark genug. Wirtschaftliches Chaos, Massenarbeitslosigkeit, Inflation, Versorgungskrise, andererseits revolutionärer Aufschwung in den Arbeitermassen, Bildung von Betriebsräten, Arbeiter- und Soldatenräten sowie Roten Garden prägten das Bild Österreichs 1918/19. Der KJV verband die politische Agitation mit dem wirtschaftlichen Kampf. 1919 rief er die Berufsschüler zum Streik für die Abschaffung des Sonntagsunterrichts auf, was fast an allen Schulen begeistertes Echo fand. Die Sozialistische Jugend schaltete sich verspätet ein. Es kam zu einer gemeinsamen Demonstration vor dem Rathaus, an der rund 10 000 Lehrlinge teilnahmen.

1920 rief der KJV zum Streik der Lehrlinge für die Beseitigung des Samstagnachmittags- und Abendunterrichts und seine Einbeziehung in die Arbeitszeit auf, wieder mit großem Erfolg. Gleichzeitig wurden als organisierender Faktor Schülerräte in den Schulen und Klassen gewählt. Sie sollten bei der Verwaltung, beim Unterricht und bei den Prüfungen mitbestimmen. Die Sozialistische Jugend widersetzte sich zunächst der Forderung (sie wollte eine gesetzliche Regelung abwarten). Als die Bewegung aber um sich griff, schaltete sie sich wieder ein und begann ebenfalls Schülerräte zu wählen. Es kam zu einem gemeinsamen Schülerrätekongreß. Beide Forderungen wurden von Lehrlingen erkämpft. Der Fortbildungsschulrat verfügte durch Erlaß den Fachschulunterricht während der Arbeitszeit. 1921 forderte der KJV Freifahrtscheine für Lehrlinge an den Unterrichtstagen. Dagegen war die Sozialistische Jugend bis zum Schluß dagegen, mit dem Argument, daß damit die Gemeinde Wien zu stark belastet würde. Vor den nächsten Wahlen wurde aber auch dieser Forderung von der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung bewilligt.

Als „Nebenprodukt“ dieser Kämpfe entstanden kommunistische Lehrlingsgruppen in einigen Betrieben und Lehrlingsheimen. Der Verband

erstellte ein Programm für den Jugendschutz, das in einigen Punkten bis auf den heutigen Tag aktuell ist.

Die Kommunistische Jugend konnte Massen von Lehrlingen in Bewegung setzen, aber sie war nur in beschränktem Maße imstande, sie auch organisatorisch zu erfassen. Das hatte verschiedene Gründe. Die Jugend hatte die erste Generation an die Partei abgegeben, die zweite mußte erst Erfahrungen aus der Praxis sammeln.

Auch gab es eine kurze, aber kritische Phase, in der Jugendgruppen den Grundorganisationen der Partei angeschlossen wurden, was zur Einschränkung der Jugendarbeit und der vorübergehenden Einstellung der eigenen Jugendzeitschrift und zu einem Rückschlag führte. Die Zeitschrift des Verbandes hieß „Die Kommunistische Jugend“. Ihre erste Nummer erschien im Jänner 1919. Ab Juli 1922 hieß das Organ des KJV „Die Proletarierjugend“. Kam die „Kommunistische Jugend“ ziemlich regelmäßig (mit einer kurzfristigen Unterbrechung, während der sie durch eine Jugendseite in der „Roten Fahne“ ersetzt wurde) alle 14 Tage heraus, so erschien die „Prof-Jug“ jeden Monat.

Erst die Wiederherstellung der Selbständigkeit des Jugendverbandes führte zur Konsolidierung. Zudem war das Leben der Jugendgruppen, das sich in Extrazimmern von Gasthäusern abspielte, mit wöchentlichen politischen Vorträgen nicht sehr jugendgemäß. Tanzen, Kränzchen, „unpolitische“ Unterhaltungen waren verpönt. Diesbezügliche Veranstaltungen der Sozialistischen Jugend wurden als „bürgerlich“ verspottet. Wanderungen, spärliche sportliche Betätigung, Kulturabende konnten nicht genügen, um breite Kreise der Jugend an den KJV zu binden.

Während der emsigen Organisationsarbeit und der Zeit des wirtschaftlichen Kampfes ruhte keinen Augenblick die politische Aktivität. Die Jugend nahm an allen Versammlungen, Aktionen und Demonstrationen der Partei teil. An der blutigen Demonstration der Arbeitslosen und Kriegsinvaliden am Gründonnerstag 1919, an der Demonstration für die Ungarische Räterepublik am 15. 6. 1919 (bei der sieben Jungkommunisten als Opfer des Gemetzels der Polizei in der Wiener Hörlgasse tot liegenblieben), am Generalstreik und den gemeinsamen Kundgebungen mit der Sozialdemokratischen Partei für Sowjetrußland und Räteungarn am 21. 7. 1919 und der spontanen Teuerungs demonstration am 1. 12. 1921. Internationale Solidarität war für den KJV eine Sache der Tat. Leo Rothziegel eilte mit einem mit Waffen und Munition ausgerüsteten Bataillon der kämpfenden Ungarischen Räterepublik zu Hilfe. Er ließ sein Leben an der rumänischen Front. Hugo Zucker kämpfte mit seinen Leuten an der tschechoslowakischen Front.

Die in der „Entente“ zusammengeschlossenen Siegermächte des ersten Weltkriegs setzten in der Pariser Friedenskonferenz den Kampf um die Aufteilung der Welt auf dem Konferenztisch fort. Deutschland, Österreich und Ungarn wurden allein für den Krieg verantwortlich erklärt. Vor allem Deutschland wurde in Form von „Kontributionen“ zur Kasse gebeten, Ungarn verlor große Teile seines Territoriums. (Das „Dekret über den Frieden“ der Sowjetregierung 1917 hatte demgegenüber einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen gefordert.) Angesichts dieses Friedensdiktats trat in Ungarn die bürgerliche Regierung zurück, SP und KP

vereinigten sich und riefen am 21. März in Budapest die Räterepublik aus. Nach 133 Tagen warfen französische, tschechoslowakische und rumänische Interventionstruppen im Verein mit der inneren Reaktion die heldenhaft kämpfenden Arbeiter nieder, in Ungarn wütete der „weiße“ Terror.

Mit der Niederschlagung der Ungarischen Räterepublik hatte die revolutionäre Situation ihren Höhepunkt überschritten und endete mit dem letzten leidenschaftlichen Ausbruch der Arbeiterschaft gegen die Brotverteuerung am 1. 12. 1921. Während in der Partei mit Beendigung des revolutionären Aufschwungs der Richtungsstreit über den weiteren Weg begann und in einen persönlichen Machtkampf ausartete, blieb die Jugend von solchen inneren Auseinandersetzungen im wesentlichen verschont. Doch die Schwächung und Isolierung der Partei hemmte natürlich auch die Entwicklung des Jugendverbandes.

Trotz der organisatorischen Einheitlichkeit war die politische Ausrichtung des KJV in den ersten Jahren zwiespältig; einerseits Sektierertum, andererseits doch die Fähigkeit zur Massenarbeit. Nicht nur, daß ein Teil der Jugend zu dem überradikalen Flügel der Partei hielt, daß zum Beispiel im sonst ausgezeichneten Jugendschutzprogramm gesagt wurde, diese Forderungen hätten den Zweck, zum Konflikt mit der Staatsgewalt zu führen (von sonstigen revolutionären Phrasen dieser Jahre abgesehen), hielt der Jugendverband auch an der falschen Vorstellung einer „Avantgarderolle“ der Jugend gegenüber der Partei und der Arbeiterschaft fest, wie sie vom Sekretär der Kommunistischen Jugendinternationale, Willy Münzenberg, bis zum II. Kongreß der KJI vertreten wurde. Die Übertreibung und Überschätzung der Rolle der Jugend erklärt sich aus der Situation in der Arbeiterbewegung während des Krieges, wo die Jugendverbände faktisch die Aufgabe einer Partei übernommen hatten und treibende Kraft bei der Auslösung von Streiks und Antikriegskundgebungen waren.

Zwiespältig war die Haltung der österreichischen Delegation auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale in Moskau 1921.

Während die Verbände der Jugendinternationale, in deren Programm die Avantgarderolle der Jugend enthalten war, ihre Haltung korrigierten und die Unterordnung der Jugendorganisationen unter die Partei bei Wahrung der vollen Autonomie der Jugendorganisation beschlossen, hielt die österreichische Delegation an der Beibehaltung der „Avantgarderolle“ der Jugend fest.

In der Frage des wirtschaftlichen Kampfes widersprach die österreichische Delegation (ihr Sprecher war Hexmann) der vorherrschenden Auffassung auf dem Kongreß, daß jeder KJV eine universelle Organisation sein sollte, deren Tätigkeit alle Lebensbereiche der Jugend, ob Politik, gewerkschaftlicher Kampf, Kultur, Sport, Schule, Freizeitgestaltung u. a. m. umschließen sollte.

Die österreichische Delegation vertrat den Standpunkt, daß es Aufgabe des KJV sein müsse, in den bestehenden Gewerkschaftsjugendgruppen und Massenorganisationen zu arbeiten, initiativ zu werden. Allerdings hänge es nicht nur von den Kommunisten ab, ob sie in Massenorganisationen tätig sein können oder nicht. Wo aber gewerkschaftliche Jugendsektionen bestehen,

sei es notwendig, das Schwergewicht in diese Organisationen zu verlegen, „In ihnen können unsere Genossen auftreten und die grundsätzlichen Unterschiede zwischen uns und den Sozialdemokraten klar aufzeigen“, erklärte Hexmann. Durch ihre eigene Erfahrung im Zuge der Mitarbeit in diesen Organisationen würden die Jugendlichen am besten erkennen, wer wirklich ihre Interessen vertritt.

Bei diesem II. Kongreß der KJI wurde der sektiererische Beschluß über die Rolle des Kommunistischen Jugendverbandes als alleiniger, universeller Organisation der revolutionären Jugend, nicht ohne Hinweis auf die Meinung des KJV Österreichs, geändert und der kommunistischen Jugend die Aufgabe gestellt, in den bestehenden Massenorganisationen mitzuarbeiten, um dem sozialdemokratischen Opportunismus entgegenzuwirken. 1920/21 hatte der Kapitalismus die weltweite Nachkriegskrise hinter sich gebracht, der revolutionäre Aufschwung der Arbeiterklasse war zu Ende. Der KJV mußte lernen, sich auf die geänderten Kampfbedingungen umzustellen.

3. Der Kommunistische Jugendverband von 1922 bis 1933

Der Mitgliederstand des KJV war seit seiner Gründung infolge der wechselnden Kampfbedingungen und Aktionsmöglichkeiten immer einer starken Fluktuation unterworfen. Stützten sich die „linksradikalen“ Sozialdemokraten auf einige hundert Jugendliche, so wuchs der KJV nach seiner Gründung als Führer und Träger der stürmischen Streikbewegung an den Gewerbeschulen auf 1500 Mitglieder. Mit dem Abflauen dieser Aktivität und des revolutionären Aufschwungs schwankte der Mitgliederstand um 500 herum, um sich dann 1928 bei zirka 1000 Mitgliedern zu konsolidieren. (Vorausgeschickt sei, daß der KJV unter den harten Bedingungen der Illegalität während des Austrofaschismus seinen größten Aufschwung erreichte und mehrere tausend Mitglieder umfaßte.)

Der Anteil der Mädchen blieb bis 1933 immer sehr niedrig und betrug nur wenige Prozent. Erst in der Illegalität stieg er sprunghaft an. Nach 1934 gab es vereinzelt (so in den Wiener Bezirken XII, XIII und XIX) sogar Zellen des KJV, die nur aus Mädchen bestanden. Die Steigerung des Mädchenanteils kam auch in den Leitungsorganen zum Ausdruck. Unter den Jungkommunisten, die ins Konzentrationslager kamen oder hingerichtet wurden, waren auch so hervorragende Funktionärinnen wie Hedy Urach, Herma Baumbach und Hermi Sagmeister.

Einem Wandel war auch die Mitgliederstruktur unterworfen. Waren es bei der Verbandsgründung hauptsächlich Mittelschüler und Studenten (mehr als 50 Prozent), so setzten sich die Mitglieder im Jahr 1920 aus 50 Prozent Metallarbeitern, 1,8 Prozent Buchdruckern, 8 Prozent Handelsgehilfen und nur mehr 7 Prozent Mittelschülern zusammen.

10 Prozent der KJVler kamen aus Großbetrieben, 50 Prozent aus Kleinbetrieben. Dazu kam, mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, die steigende Zahl der jugendlichen Arbeitslosen.

Der organisatorische Aufbau des KJV entsprach in großen Zügen dem der KPÖ. Grundlage bildeten jene Statuten, die 1917 von den Oppositionsgruppen innerhalb der Sozialistischen Jugend ausgearbeitet wurden. Änderungen traten 1921, 1924 und 1927 in Kraft. Die Basis bildeten Orts- und Bezirksgruppen, die in Landes- und Kreisorganisationen zusammengefaßt waren.

An der Spitze des KJV stand jeweils das von den Delegiertentagen (ab 1923 hießen sie Reichskongresse) gewählte Gremium, das man Zentralvorstand, Verbandsleitung, Zentrale, Zentrale Leitung und ab dem 7. Reichstagskongreß (1926) Zentralkomitee nannte. Namen wie Richard Schüller, Maximilian Lazarowitz, Friedl Fürnberg, Oskar Großmann, Friedrich Hexmann, Willy Schlämm, Max Stern, Franz Kunert, Erwin Zucker, Anton Reisinger, Arnold Reisberg, Franz Quittner, Walter Stein, Hermann Köhler, Robert Täubl, von den Jüngeren Hedy Urach, Pepi und Fritz Lauscher, Erwin

Puschmann sollen für viele andere stehen, die damals die Politik des KJV mitbestimmten.

Auf der 6. Reichskonferenz schuf man ein Organ mit dem Namen „Plenar-Zentrale“, das in kürzeren Abständen zusammentrat, um die laufenden politischen Kampfaufgaben zu besprechen. Aus dem obersten Gremium, dem ZK, wurde ein Generalsekretär gewählt. Die direkte Verbandsleitung bestand aus drei Personen (wovon einer der Generalsekretär war), einem technischen Leiter und dem Chefredakteur der Verbandszeitung.

Die Verbandszeitung hieß ab Juli 1922 „Die Proletarierjugend“ und hatte in der Regel eine Auflage von 3000 Exemplaren. Zu den diversen Agitationswochen wurde die Auflage dann erhöht.

Im „Jungarbeiterverlag“ in der Pulverturmstraße im 9. Wiener Gemeindebezirk kamen auch Broschüren heraus. So die von Erwin Zucker (Schilling) verfaßte: „Drei Forderungen der werktätigen Jugend“ (1924); „Das politische Grundwissen der jungen Kommunisten — Leitfaden für den politischen Grundunterricht der Kommunistischen Jugendverbände“; „Der Verbandsleiter. — Heft 1: Instruktionen über den Aufbau von Betriebszellen“; „2+2½=2“ (eine Broschüre über den Zusammenschluß der rechtssozialdemokratischen Zweiten und der zentralistischen sogenannten „Internationale 2½“ zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale 1923) u. a. m.

Ein Problem begleitete den KJV ständig: das der Kader. Die wenigen gut geschulten Funktionäre waren gleichzeitig in der KPÖ tätig, wo es ebenfalls an Kadern mangelte. Dies führte schon 1919 zu jener Überzeugung zahlreicher Genossen in der KPÖ, daß es sinnvoller wäre, den Jugendverband in die Partei einzugliedern und nicht als selbständige Organisation zu belassen. Einer starken Partei würde es eher gelingen, den Problemen der Jugend gerecht zu werden, als einer schwachen Partei und einem schwachen Jugendverband. Auf dem 5. Reichskongreß des KJV beschlossen die Delegierten, ihre Organisation aus den Fraktionskämpfen der KPÖ (Tomann — Frey) herauszuhalten.

Die Kommunistische Partei Österreichs machte zwischen ihrem 6. und 8. Parteitag eine schwere innere Krise durch. Die Kämpfe der einzelnen Fraktionen untereinander machten zeitweise ein massives Eingreifen der Partei in die Klassenkämpfe der österreichischen Arbeiterschaft unmöglich, was sich besonders kraß während des Metallarbeiterstreiks im September 1924 zeigte, als eine fraktionelle Schlägertruppe eine öffentliche Versammlung des KJV sprengte.

Führer der „Rechten“, die eine Anpassung an die geänderte politische Situation (in Österreich und international) mit einer faktischen Kapitulation vor der Sozialdemokratie koppelten, war Josef Frey; die aktionistische „Linke“, die geänderte Kampfbedingungen nicht zur Kenntnis nehmen wollte, wurde von Karl Tomann und Franz Koritschoner geführt.

Im Laufe der Auseinandersetzungen verwischten sich aber die politischen Konturen der Fraktionen, die ideologischen Auseinandersetzungen machten persönlichen Angriffen Platz.

Erst nach erbitterten Auseinandersetzungen legte eine Außerordentliche Reichskonferenz am 15. und 16. November 1924 den Grundstein für eine Gesundung der Partei — sie wählte eine neue Parteileitung unter der Führung von Johann Koplenig.

(Gekürzt aus: Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs 1918—1955. Kurzer Abriss. Wien 1977, S. 77—80.)

1925/26 waren die Beziehungen zwischen Partei und Jugendverband soweit stabilisiert, daß der KJV nun unbelastet vom Ringen um Anerkennung einer eigenständigen Politik daran gehen konnte, sich zu konsolidieren.

Neben der praktischen Teilnahme am politischen und sozialen Tageskampf wurde nun der theoretischen Erziehung der Jugend größere Bedeutung beigemessen. Bereits 1920 hatte man eine „Jugendbildungsschule“ eingerichtet, deren Zweck die Heranbildung von Jugendfunktionären sein sollte. Trotz beträchtlicher personeller und finanzieller Schwierigkeiten bemühte man sich um eine möglichst systematische Bildungsarbeit.

In Extrazimmern von Gasthäusern und in Privatwohnungen (Vereinslokale besaß der KJV ja kaum) fand man sich zu Schulungs- und Literaturabenden, zum gemeinsamen Singen zusammen. Auch Ausflüge, Bergsteigen und ganz allgemeine Sportausübung gehörten zur Bildungsarbeit. Zu diesen Schulungsabenden wurden oft Studenten als Vortragende eingeladen. Häufig waren es auch ZK-Mitglieder der Partei, die vor den KJV-Mitgliedern referierten. In zahlreichen Vorträgen über Jugenderziehung, Geschichte der Revolution, Geschichte der Arbeiterbewegung sowie die Geschichte und Probleme der proletarischen Jugendbewegung konnten allein im September 1920 zweitausend Besucher registriert werden.

Eine bedeutend wichtigere Rolle als heute spielte damals das Streben der Arbeiterjugend nach mehr Wissen. Die Möglichkeiten, die dafür von den Volkshochschulen, die im „roten Wien“ eine Blütezeit erlebten, geboten wurden, nutzten auch die jungen Kommunisten. Der KJV besaß einen eigenen Bildungsausschuß, veranstaltete eigene Verbandsschulen (Lenin-Schulen) u. a. m., doch lösbar schien das Kaderproblem so wenig zu sein wie das finanzielle.

Die Zuwendungen der Partei waren bescheiden und unregelmäßig, da sie selbst von ständigen Finanznöten geplagt wurde. Zuverlässiger waren schon die Zuwendungen aus dem internationalen Solidaritätsfond der KJL. Selbst hob der KJV einen Mitgliedsbeitrag von 20 bis 40 Groschen pro Monat ein. So versuchte man mit Zeitungs- und Broschürenkolportagen, durch Abowettbewerbe und den Verkauf von Fotos gefallener Jungkommunisten und von Luxemburg und Liebknecht (den beiden 1919 ermordeten Gründern der KPD) fehlendes Geld aufzubringen. Man organisierte „Kommunistische Samstage“, die an den russischen „Subbotnik“ angelehnt waren und bei denen die Aktivisten in Gruppen durch die Wiener Gemeindebauten zogen, revolutionäre Lieder in den Höfen sangen und sich so Unterstützung erhofften. Es gab noch die „Roten Sonntage“, wo man Gruppenausflüge mit Agit-Arbeit verband, die Agitationswochen jeweils in der ersten Septemberwoche, Veranstaltungen und Feste mit kultureller Ausrichtung (sogenannte Kunstabende).

Aktivitäten des KJV

Mit dem Jahr 1921 war die Periode des revolutionären Aufschwungs zu Ende. Der KJV und die KPÖ mußten nun in ihrer Politik den Gegebenheiten einer neuen Periode Rechnung tragen.

Das eine war, um der Isolierung zu entgehen, die Hinwendung zum verstärkten Kampf für die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Lehrlinge und der arbeitenden Jugend: für Jugendschutzgesetze und ihre Durchsetzung, für die Einhaltung des Achtstundentags, für vier Wochen Urlaub, für die Staffelung des Lehrlingslohnes nach Lehrjahren. Und das geschah nicht nur durch Propaganda, sondern in direkten Interventionen bei Lehrherren, Betriebsräten, der Lehrlingsschutzstelle, in den Gewerkschaften usw.

Das andere war der Kampf gegen die wachsende Reaktion, der immer dringender wurde. Der Kapitalismus hatte die politische Krise überwunden, die SPÖ wurde aus der Regierungskoalition hinausgedrängt, die Exekutive und das Bundesheer wurden von „linken Elementen“ gesäubert, die faschistischen Heimwehren materiell unterstützt und verstärkt bewaffnet, „gelbe“ Gewerkschaften gegründet, blutige Provokationen gegen die Arbeiterklasse gesetzt. Es ist ein bleibendes Verdienst von KPÖ und KJV, daß sie bis zur Katastrophe im Februar 1934 ohne Unterlaß vor dem Faschismus gewarnt, Aktionen gegen die reaktionären Umtriebe in diesen Jahren durchgeführt haben und es nie unterließen, nach der Einheit, nach dem gemeinsamen Kampf mit den sozialdemokratischen Arbeitern, nach dem Einsatz des Republikanischen Schutzbunds zu rufen.

Als sich die Wirtschaftslage Österreichs 1922 — teilweise durch Mitschuld der Regierung — dramatisch verschlechterte, fuhr Bundeskanzler Prälats Ignaz Seipel nach Genf zum „Völkerbund“ (Vorläufer der UNO) und schloß ein Abkommen, das eine internationale Anleihe für Österreich garantierte, gleichzeitig aber die österreichische Wirtschaft an die britisch-französischen Großbanken auslieferte, die zur Sicherstellung ihrer Kredite einen Teil der Einnahmen des österreichischen Staates verpfändeten, eine Entlassungswelle bei den Staatsbeamten durchsetzten und die österreichische Souveränität durch einen „Völkerbundkommissar“ beschränkten. Seipel ließ sich als „Retter der österreichischen Wirtschaft“ feiern.

In der Mitte der zwanziger Jahre, als die Folgen der Genfer Sanierung die gesamte Arbeiterschaft erreichten, verstärkte sich der Kampf des KJV. Immer massiver trat in seinem Organ „Die Proletarierjugend“ die Aufdeckung der grenzenlosen Ausbeutung der Arbeiterjugend in den Vordergrund. Das Elend hatte auch greifbare Auswirkungen auf die Organisation. Nicht nur, daß man oft auf Todesanzeigen von KJVlern stößt, die an der „Proletarierkrankheit“ (Knochentuberkulose, Gelenksrheumatismus) starben. Auch die Tatsache, daß es vielen Jugendlichen schwerfiel, den Mitgliedsbeitrag zu entrichten, veranschaulicht diese Armut.

Betriebszellenarbeit

Auf dem 5. Reichskongreß, im Frühjahr 1923, wurde die BZ-Arbeit initiiert. Der Verband begann sich — in der Absicht, damit direkter in Kontakt mit der arbeitenden Jugend zu kommen — auf Betriebszellen umzustellen. Im März

1924 folgte die erste Betriebszellenkonferenz in Wien. „Diese Konferenz hat die Aufgabe gehabt, alle vorhandenen, für die kommunistische Jugend in Betracht kommenden Kräfte zusammenzufassen und sie mit der Aufgabe und der Bedeutung der Zellenarbeit vertraut zu machen“, hieß es in der „Prol-Jug“. Trotz eigener Betriebszellenzeitungen und einer eigenen Seite im KJV-Organ, ging es mit der Betriebszellenarbeit nicht so recht voran, wie man am 6. Reichskongreß feststellte.

Nach wie vor war der Kampf um einen 4-Wochen-Urlaub und einen 8-Stunden-Tag sowie um die Einhaltung der Jugendarbeitszeit und des Lehrlingsschutzes zentrales Thema. In der Folge waren es die Genfer Sanierung und ihre Folgen, die wirtschaftliche Verelendung, gegen die man Stellung bezog. Wie aus den Berichten zum 7. Reichskongreß zu entnehmen ist, setzte man bei der Betriebsarbeit bei den Bergarbeitern, Textil- und Metallarbeitern die Schwerpunkte.

Pfingsttreffen

Seit dem Jahre 1921 traf sich der KJV alljährlich zu Pfingsten. Vorwiegend in Niederösterreich und im Burgenland für den KJV von Wien, Niederösterreich und Oberösterreich sowie in der Obersteiermark für den KJV von Kärnten und der Steiermark fanden diese Treffen statt. Sie standen jeweils unter den aktuellen Losungen. Ein Pfingsttreffen, das sich wegen seines Verlaufes von den anderen abhob, soll hier näher beschrieben werden. Es handelt sich um das Pfingsttreffen 1925, das man in Linz angesetzt hatte. Da zur gleichen Zeit die rechtsextremistischen Vaterländischen Verbände in Linz ein Treffen angemeldet hatten, untersagten die Behörden diese KJV-Veranstaltung. Zwar sagte der Verband dieses Treffen offiziell ab, doch wurde parallel dazu eine „Besuchsreise“ nach Linz organisiert. Die Polizeikontrollen begannen bereits am Wiener Westbahnhof und sollten sich in Linz fortsetzen. Doch durch den Linzer Genossen Oskar Deubler gewarnt, stiegen die im Zug befindlichen KJVler bereits in Kleinmünchen, einer Station vor Linz, aus dem Zug aus und marschierten zu Fuß nach Linz. Eine 200 Mann starke Polizeieinheit stellte sich ihnen dort in den Weg und erzwang die Auflösung des Zuges.

Einzelnen ging man nun zum Veteranentreffen der Vaterländischen, wo ein Handgemenge unvermeidlich schien. 220 Verhaftungen wurden vorgenommen. Erst auf Intervention von Erwin Zucker und Walter Stein wurden sie bis auf 30 freigelassen und von den anderen zum Bahnhof geführt. In Wien erwartete sie wieder die Polizei. Im Zuge der Verhandlung am 12. Juni 1925 gegen die 30 in Linz inhaftierten KJVler wurden einige zu mehrwöchigem Arrest verurteilt. Nicht-Linzer wie zum Beispiel Max Stern, der Mitglied der Verbandsleitung war, erhielten zehn Jahre Stadtverbot. Die Pfingsttreffen, die gegen Ende der zwanziger Jahre immer deutlicher einen antifaschistischen Charakter erhielten (wie zum Beispiel das im Jahr 1929 in Kapfenberg, das eine Kampfansage gegen den in der Obersteiermark wuchernden Heimwehr-

faschismus war), waren ein fixer Bestandteil im Leben des KJV und eine Einrichtung, die auch nach dem zweiten Weltkrieg wieder auflebte.

Internationale Jugendtage

Sie fanden jeweils Anfang September statt und reichen in das Jahr 1915 zurück. Damals protestierten 100 000 junge Proletarier in Europa und den Vereinigten Staaten gegen den Krieg. „Krieg dem Krieg“ war ihre Losung. Sie wurde mit den verschiedenartigsten Aktivitäten verbunden. Nach dem ersten Weltkrieg führte der KJV diese Tradition fort. Den Jugendtagen ging immer eine Agitationswoche voraus, wo Versammlungen, Aufrufe, Plakate, Abzeichen, Pickerl, Flugblätter, Demonstrationen, Vorträge ausländischer Gäste u. a. m. für die kommunistische Jugend warben. Der 10. Internationale Jugendtag 1924 stand unter den Losungen:

Gegen die Teuerung!
Für ausreichende Löhne!
Für die Einhaltung des 8-Stunden-Tages!
Gegen die Reaktion!
Gegen Vaugoins Militärpolitik!
Gegen die verräterische Sozialdemokratie, für die Einheitsfront des Proletariats!
Gegen die Seipel-Regierung, für die Arbeiter und Bauernregierung!

Jugenddelegationen in die Sowjetunion

Österreich war das erste Land, das mit einer Jugenddelegation den internationalen Boykott der Sowjetunion durchbrach. Im Herbst 1925 startete die erste Delegation in die Sowjetunion. An diesen Reisen beteiligten sich auch Mitglieder der SAJ sowie Genossen des KJV. Den geplanten Gegenbesuch einer sowjetischen Jugendgruppe wußten die österreichischen Behörden zu verhindern. Diese Delegationen waren nicht gerne gesehen, weder von der Sozialdemokratie noch von der Polizei. So wurde der Obmann der Katholischen Arbeiterjugend einmal aus dem Zug geholt und an der Reise gehindert. Die Sozialdemokratie verbot nach der dritten Reise überhaupt die Teilnahme für ihre Parteigänger. Das war die Reaktion darauf, daß die gesamte SAJ-Gruppe aus Wien-Leopoldstadt nach der ersten Reise zum KJV übergetreten war.

* Das österreichische Bundesheer in der Ersten Republik war eine aus der „Volkswehr“ hervorgegangene Berufsarmee, in der Sozialdemokraten und Kommunisten starke Positionen hatten. Der christlichsoziale Heeresminister, Carl Vaugoin, versuchte daher während der ganzen zwanziger Jahre, das Bundesheer zu „entpolitisieren“, das heißt von allen fortschrittlichen Kräften zu säubern, was schließlich auch gelang: 1934 ließen sich die Soldaten von den Austrofaschisten dazu einsetzen, auf Arbeiter zu schießen.

Roter Jugendsturm

Nach den Juli-Ereignissen 1927 gründete im Jänner 1928 die KPÖ den „Österreichischen Roten Frontkämpferbund“, da man dem Versagen des bestehenden Schutzbundes in dieser Situation Mitschuld am Polizeimassaker gab. Die Jugendabteilung des österreichischen RFB hieß „Roter Jugendsturm“. Nach der behördlichen Auflösung, die bereits im April 1928 erfolgte, nannte sich die Wehrformation der KPÖ „Arbeiterwehr“. Der Rote Jugendsturm war überparteilich und hatte die Zusammenarbeit mit sozialistischen Jugendlichen zum Ziel.

Viele Schulbücher machen die Auseinandersetzungen zwischen den „Partei-Armeen“ Heimwehr beziehungsweise Republikanischer Schutzbund für den Untergang der Demokratie in Österreich verantwortlich. Tatsächlich aber war der Republikanische Schutzbund eine Organisation zum Schutz der Arbeiter vor Mordanschlägen faschistischer Banden, wie zum Beispiel am 30.1.1927, als im burgenländischen Ort Schattendorf ein Bub und ein Kriegsinvalider erschossen wurden. „Republikanisch“ hieß der Schutzbund deshalb, weil einige dieser faschistischen Banden die Wiedererrichtung der Monarchie zum Ziel hatten. Die größte Wehrformation der Rechten, die Heimwehr, war schon 1918 entstanden — als bewaffnete „Schutzverbände“ des Bürgertums gegen die drohende Revolution. Die Heimwehren waren auch an der Aufrichtung der austrofaschistischen Diktatur 1933/34 maßgeblich beteiligt.

Als am 14. Juli 1927 die Mörder von Schattendorf freigesprochen wurden, versammelten sich am Tag darauf die Wiener Arbeiter auf der Ringstraße. Die Polizei wurde mit Gewehren ausgerüstet, da Bundeskanzler Seipel („Prälat ohne Milde“) eine Kraftprobe wollte. Als empörte Demonstranten den Justizpalast stürmten und anzündeten, begann das Polizeimassaker: 85 Menschen, darunter viele Unbeteiligte, wurden von der Polizei erschossen.

Verhältnis zur SAJ

Der Sympathisantenkreis des KJV war immer ungleich höher als es die Mitgliederzahl vermuten ließ. Das hing zum Teil mit der Breite der Sozialistischen Arbeiterjugend zusammen, die den größten Teil der fortschrittlichen Jugendlichen in ihren Reihen vereinigte. In schwierigen politischen Situationen kam es allerdings innerhalb der SAJ zu inneren Spannungen, was öfter zu Übertritten zum KJV führte. Es gab von seiten des KJV immer das Bemühen, die SAJ zu gemeinsamen Aktionen, zur Zusammenarbeit zu motivieren. So waren zum Kongreß der Metallarbeiterjugend im November 1925, einer der wichtigsten politischen Veranstaltungen in jenen Jahren, auch sozialistische Jugendliche eingeladen. Von den 100 Teilnehmern waren denn auch 50 Sozialisten und Parteilose. Gleichzeitig attackierte die „Prol-Jug“ die SJ-Verbandsführung und druckte, vor allem gegen Ende der zwanziger Jahre, „Erfolgsmeldungen“ über Beitritte von SAJ-Mitgliedern zum KJV ab.

Das Antikriegskomitee, das im Juli 1929 gegründet wurde, war ein

weiterer Versuch zur Gewinnung sozialdemokratischer Jugendlicher für den gemeinsamen Kampf. In der Teilnahme etlicher jugendlicher Sozialisten am Sportfest in Kapfenberg im selben Jahr zeigten sich erste Früchte dieser Arbeit. Ab 1930 gab es zumindest in Wien verstärkt direkte Kontakte zur SAJ, zu den sozialistischen Wehrsportlern und den Roten Falken.

Die Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Kommunisten gegen die drohende faschistische Gefahr wurde Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre durch zwei Faktoren erschwert. Auf kommunistischer Seite entstand angesichts des ständigen Nachgebens der SPÖ gegenüber den Faschisten die sogenannte „Sozialfaschismustheorie“, wonach Sozialdemokratie und Faschismus „Zwillingsbrüder“ seien. Vor allem in Deutschland, wo die SPD eine besonders rechte Politik betrieb (von der sich die SPÖ wiederholt abgrenzte), war diese verhängnisvolle Theorie verbreitet. Die KPÖ stellte wiederholt fest, die SPÖ „entwickle sich zu einer sozialfaschistischen Partei“ — so zum Beispiel während der Debatte um eine Mietenrechtsreform 1929, als die SPÖ vor der Reaktion kapituliert, oder nach einer gemeinsamen Kundgebung von Schutzbund und Heimwehr für den Anschluß an Deutschland in Klagenfurt. Die „Sozialfaschismustheorie“ wurde aber nie zur alleinigen Richtschnur des Handelns gegenüber sozialdemokratischen Arbeitern.

Auf sozialdemokratischer Seite wurden, vor allem in Deutschland, schon Mitte der zwanziger Jahre Stimmen laut, die — Vorwegnahme der späteren Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus unter dem Oberbegriff „Totalitarismus“ — die Sowjetunion mit dem faschistischen Italien verglichen. Bereits 1919 waren es Sozialdemokraten wie Noske gewesen, die mit der Bemerkung „Einer muß der Bluthund sein“ die Revolution abwürgten und die Mörder von Liebknecht und Luxemburg laufen ließen. 1929 ließ der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Zörgiebel die kommunistische Maidemonstration zusammenschießen, womit er in den Augen vieler revolutionärer Arbeiter den Beweis für die Richtigkeit der „Sozialfaschismustheorie“ erbracht hatte. Während die Kommunistische Internationale diese falsche Politik 1933 korrigiert hat, ist die Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus heute noch wichtiger Bestandteil sozialdemokratischer Politik. So verbietet die Eisenstädter Erklärung der SPÖ vom 2. Oktober 1969 jede Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialisten unter Hinweis darauf.

Internationale Arbeit

1919 gehörte der KJV zu den Gründungsmitgliedern der sich zur Kommunistischen Jugendinternationale konstituierenden Sozialistischen Jugendinternationale.

In Wien gab es ein KJV-Untersekretariat (weitere davon gab es in Berlin, Basel, Stockholm und Moskau), das von Richard Schüller geleitet wurde. Es hatte die Aufgabe, die Verbindung zum Balkan aufrechtzuhalten, wo die kommunistische Jugendbewegung durch faschistische Diktaturen blutig unterdrückt wurde. Zeitweise waren die KJV aus Ungarn, Jugoslawien und Bulgarien gezwungen, ihre Organisationen von Wien aus anzuleiten.

Gute Kontakte pflegte der KJVÖ auch mit dem KJV der Tschechoslowakei. Es kam ab 1922 zu häufigen Treffen, die im Grenzort Hohenau (Niederösterreich) stattfanden. Der große KJV Deutschlands unterstützte die

österreichischen Jungkommunisten mit Literatur, Schulungsmaterialien und ähnlichem. Auf Grund der gemeinsamen Sprache waren diese Beziehungen besonders eng.

Das Ende der legalen Phase

Der KJV organisierte zahlreiche antiimperialistische und antifaschistische Demonstrationen, um die Solidarität der österreichischen Arbeiterjugend mit den Werktätigen in den faschistischen Ländern zum Ausdruck zu bringen. So veranstaltete er im März 1930 vor der griechischen, im selben Jahr vor der polnischen und im Jänner 1931 vor der jugoslawischen Botschaft Kundgebungen. Hier kam es bereits zu zahlreichen Verhaftungen, die sich dann auch bei der Demonstration vor der deutschen Gesandtschaft im April 1931, wo auch Fensterscheiben zu Bruch gingen, fortsetzten.

Am 23. September 1931 erfolgte unter anderem wegen der erwähnten Demonstrationen vor den Botschaften die behördliche Auflösung des KJV. Offizieller Grund war „Überschreitung der Statuten“. Der KJV war im Vereinsregister als „Verband der Proletarierjugend Österreichs“ eingetragen. In der Bezeichnung „kommunistisch“ sah die Polizei ebenso wie in den internationalistischen Solidaritätsaktionen einen Versuch zur Bildung einer „politischen“ Jugendorganisation, und Politik war damals für die Jugend behördlich verboten. Die KJVler ließen sich jedoch unter dem neuen Namen „Roter Jugendverband“ registrieren. Doch kaum einen Monat später war auch er verboten. Bis 1933 arbeitete der KJV halblegal. Man versuchte mit immer neuen Namen eine behördliche Zulassung der Organisation zu erreichen, scheiterte aber an den Ablehnungen. Trotz dieser Schikanen wuchs die Organisation, der KJV gewann an Einfluß, und auch die Aktionseinheit mit der SAJ wurde fester.

Zur Festigung des teilweise kameradschaftlichen Verhältnisses zu den jungen Sozialisten trugen auch die militanten Auseinandersetzungen mit den Nazis (besonders der SA) bei, die zu Beginn der dreißiger Jahre eine zunehmende Rolle spielten. Ihr Versuch, in den Wiener Arbeiterbezirken Parteilokale zu eröffnen, wurde überall — und zwar mit zustimmender Beteiligung der Bevölkerung — energisch bekämpft. Die Parole war: „Hinaus mit den Faschisten aus den Arbeitervierteln!“ In der Regel kam es dabei zu Schlägereien mit der SA und der Polizei auf der einen und den Bewohnern des Viertels und den jugendlichen Arbeitern von SAJ und KJV auf der anderen Seite.

Während der Kampftage im Februar 1934 waren KJVler aktiv dabei, sie drängten auf Offensivoperationen, zum Beispiel in den westlichen Bezirken Wiens auf Unterbindung des Verkehrs der Westbahn, wobei Karl Delian, Hrejmennou und Piller es besonders verdienen erwähnt zu werden.

Die in vielen Bezirken Wiens, aber auch in den Bundesländern nach dem 12. Februar 1934 erfolgten Massenübertritte von Roten-Falken-Gruppen, SAJlern, Wehrsportlern und Mitgliedern des Sozialistischen Mittelschüler-

bunds wären ohne die geduldige und zähe Arbeit der KJVler innerhalb dieser Organisationen kaum möglich gewesen. Das hatte nichts mit einer „Unterwanderungsstrategie“ zu tun, die den Kommunisten noch heute unterstellt wird, sondern hatte die Herstellung der so dringend erforderlichen Kampfeinheit gegen den Faschismus zum Ziel. Eine besondere Rolle spielte hierbei die Schaffung der „Antifaschistischen Aktion“, durch die die KPÖ im Sommer 1932 endgültig die Abkehr von der „Sozialfaschismustheorie“ vollzog. Wichtigster Erfolg der Antifa-Kampagne war die Verhinderung eines Wien-Besuchs Hitlers im Herbst 1932. Die Behinderungen und Verleumdungen der Antifaschistischen Aktion durch die SP-Führung veranlaßten eine Gruppe von SAJlern aus dem 13. und 14. Wiener Gemeindebezirk, Mitglieder der „Roten Falken“ und des „Wehrsports“, im Jahr 1933 zur Schaffung einer „Linksradikalen Jugendopposition“ innerhalb der Sozialdemokratie.

In diesen Jahren intensivierte der KJV auch seine Kontakte zur ländlichen Jugend. Besonders die kleinen Bauernwirtschaften wurden von der Wirtschaftskrise schwer getroffen, immer häufiger kam es zu Zwangsversteigerungen. Gemeinsam mit der KPÖ organisierte der KJV Aktionen gegen solche barbarische Maßnahmen, mit denen gerade den Ärmsten im Dorf die Existenzgrundlage entzogen wurde. Diese „Landarbeit“ der Kommunisten war um so wichtiger, als die Sozialdemokratie die arbeitende Bevölkerung auf dem Lande weitgehend vernachlässigt hatte und es teilweise den Nationalsozialisten gelang, radikalisierte Teile der dörflichen Bevölkerung mit ihrer „Blut- und Boden“-Ideologie an sich zu binden.

4. Der Kommunistische Jugendverband in der Illegalität vor 1938

Auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung war durch die Genfer Anleihe und die folgende Währungsreform die darniederliegende heimische Bourgeoisie „sanier“ worden. Bis 1929 konnte das Bruttonationalprodukt, das heißt die Gesamtsumme der in Österreich produzierten Waren und Dienstleistungen, um 19 Prozent gesteigert werden, doch die Industrieproduktion blieb hinter dem Stand von 1913 zurück. In diesem Zeitraum erfolgte eine Einbeziehung zahlreicher österreichischer Betriebe in internationale Kartelle. Am Banksektor geschah das gleiche. Die Krise, die ab 1929 die kapitalistische Welt erschütterte, zeitigte auch Auswirkungen auf Österreich, dessen stark exportorientierte Wirtschaft davon betroffen wurde. Wie am „Schwarzen Freitag“ in New York (25. 10. 1929), an dem die Banken krachten, kam es 1931/32 in Wien zum Zusammenbruch so großer Banken wie der Creditanstalt. Doch das war erst der Beginn der Krise, die 1932 ihren Höhepunkt erreichte. Die Produktion fiel, die Arbeitslosigkeit stieg und erreichte 400 000 unterstützte Arbeitslose. Vielfach gab es Kurzarbeit; man stellte „billigere“ Frauen statt Männer ein; Lohn- und Gehaltskürzungen waren die Regel.

Als 1933 der damalige Bundeskanzler, Engelbert Dollfuß, das österreichische Parlament auflöste und mittels „Notverordnungen“ aus der Monarchie regierte, setzte ein rapider Abbau der in der ersten Nachkriegsphase errungenen Sozialgesetze ein. Das Mitspracherecht bei Lohnangelegenheiten wurde praktisch abgeschafft, ebenso das Streikrecht. Man verbot die fälligen Arbeiterkammerwahlen und nach dem Februar 1934 die Freien Gewerkschaften. Die Arbeiterschaft war ihrer Vertretungsorgane beraubt. An deren Stelle wurden staatlich gelenkte Einrichtungen installiert. Das konnte natürlich nicht ohne Druck vor sich gehen, den man mittels der Heimwehren ausübte. Mit ihrer Hilfe wurde eine dem Ständestaat gegenüber loyale „Einheitsgewerkschaft“ aufgebaut und innerbetrieblicher Terror angewendet, der sich gegen die „alten“ (sozialdemokratischen) Gewerkschafter richtete. Gekennzeichnet war die Wirtschaftspolitik des „Ständestaates“, wie sich der Austrofaschismus bezeichnete, durch eine „Deflationspolitik“. Das bedeutete nichts anderes, als die Sicherung der Währungsstabilität auf Kosten einer hohen Arbeitslosigkeit. So gab es trotz enormer Goldreserven in der Nationalbank (die die Nazis nach dem Einmarsch 1938 sofort nach Berlin verschleppten und die heute in den USA liegen) und der damit einhergehenden Herausbildung des Begriffes vom Schilling als „Alpendollar“ eine hohe Arbeitslosenrate und einen Rückgang der österreichischen Wirtschaft. Mit einer solchen Politik hinkte die österreichische Regierung selbst hinter dem damals bereits erreichten Stand der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft nach: Staatliche Großaufträge mit geborgtem Geld zur Wirtschaftsankurbelung — eine Politik, die in Nazi-Deutschland, aber auch in den USA angewandt wurde. Wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland und Anstieg des Exports von Rohstoffen und Halbfabrikaten anstelle von ertragreichen Fertigwaren verhinderten eine positive Veränderung der tristen Wirtschaftslage.

Die Situation der Werktätigen verschlechterte sich bis 1938 noch weiter. Mehr als eine halbe Million Arbeitslose wurde verzeichnet, zu denen noch eine beträchtliche Anzahl von Ausgesteuerten kam, also von Menschen, die schon so lange arbeitslos waren, daß sie keine Unterstützung durch die Arbeitslosenversicherung mehr bekamen.

Die KPÖ hatte nach den Februarkämpfen schon ein Jahr illegale Tätigkeit hinter sich und besaß bereits eine gut organisierte Struktur mit funktionierenden Verbindungen zur Parteiführung, die sich im Prager Exil befand. Tausende der besten

sozialdemokratischen Kader traten zur KPÖ über, die dadurch ihre Mitgliederzahl vervierfachen konnte.

Im Gegensatz zur KPÖ, die keine Differenzen zwischen der Exilführung und den in Österreich in der Illegalität wirkenden Mitgliedern kannte, traten in den Reihen der Sozialdemokratie bald große Widersprüche zur Parteileitung in Brunn hervor. Die Folge war die Bildung einer radikalen, von jungen Funktionären gebildete Gruppe, die sich offen gegen die im Brünner Exil sitzenden „Alten“ wandte, denen sie die Schuld am Ausgang der Februarkämpfe gab. Die Revolutionären Sozialisten (RS), wie sie sich nannten, propagierten eine „revolutionäre“ Politik, welche die KPÖ von „links“ angriff. Obwohl es zeitweise zur Herstellung von Aktionseinheiten zwischen KPÖ und RS kam, gelang es nicht, ein dauerhaftes Bündnis zwischen den beiden großen illegalen Organisationen der Arbeiterklasse zustande zu bringen.

Auch der KJV konnte die Führer der RS-Jugend (RSJ), Roman Felleis und Bruno Kreisky, von der Notwendigkeit gemeinsamen Handelns nicht überzeugen, wenngleich auf lokaler Ebene Bündnisse zustande kamen.

Nach den Februarkämpfen war die Entwicklung des KJV der der KPÖ ähnlich. Aus einer mitgliederschwachen Organisation wurde zusehends eine immer einflußreichere, deren Reihen sich laufend durch Übertritte aus der sozialdemokratischen Jugendbewegung auffüllten. Diese Entwicklung setzte nicht erst ab 1934 ein, obwohl sie ab diesem Zeitpunkt sehr rasant vor sich ging. An anderer Stelle wurde schon einer dieser Übertritte von ganzen SAJ-Gruppen erwähnt, die — aus Protest gegen die Beschwichtigungspolitik der SP-Führung angesichts der Offensive des Faschismus — Anfang der dreißiger Jahre zunahmen. So erfolgte im Herbst 1931 der Übertritt einer dreißig Personen zählenden Gruppe von SAJlern aus Wien-Leopoldstadt, die geschlossen mit ihrem Obmann, Bruno Czermak, zum KJV wechselte. In der Folge kam es noch zu einigen hundert weiteren Übertritten, so im 10. und im 11. Bezirk und unter den Mitgliedern der „Linksradikalen Jugendopposition“. Unter den jungen Sozialisten, die sich damals dem KJV anschlossen, befanden sich auch Ernst Burger, Ludwig Schmid, Karl Graf, Alois Peter, Franz Karger, Karl Stromeyr, Bruno Furch, Felix Kreissler, Otto Jirik, Otto Brichacek und andere.

Obwohl sich auch in der Illegalität aus der sozialen Lage der Arbeiterjugend Anknüpfungspunkte für den politischen Kampf ergaben, ging es vorerst darum, den Klassencharakter der austrofaschistischen Diktatur aufzuzeigen. Für den KJV war dies die Fortsetzung einer Politik, deren Wurzeln bis 1923 zurückreichen, als die Kommunisten erstmals klar zum Faschismus Stellung nahmen. Recht eindeutig wurde er bereits als „Hofhund der Kapitalisten“ charakterisiert, der die „Todesangst des Kapitalismus“ signalisiere. Die Forderung, die man damals (Mai 1923) aufstellte, war nach 1933 ohne Streichung und Zusatz noch immer gültig. Sie hieß:

„... Wir dürfen deshalb nicht die Hände in den Schoß legen, sondern haben die Pflicht, mit allen Kräften den Faschismus zu bekämpfen, um ihn niederzuwerfen, noch bevor er sich völlig weiterentwickeln kann. Jede Untätigkeit, jedes Zaudern der proletarischen Parteien und der Gewerkschaften müßte die Arbeiterschaft sonst später mit zahllosen Opfern und schwerem Leid bezahlen.“ („Proletarierjugend“ Nr. 2, Mai 1923.)

Ein weiterer Punkt der Agitation vor 1938 war natürlich der Hinweis auf die Gefahr einer Annexion Österreichs durch Hitler-Deutschland. Daß damit die

Kriegsgefahr erhöht werde, fand ebenfalls seinen Ausdruck im Kampf des illegalen KJV und der kommunistischen Studenten.

In dieser Kurzdarstellung darf ein Inhalt, der sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der kommunistischen Bewegung, somit auch der Jugend zieht, nicht unerwähnt bleiben: der Kampf für die Verteidigung des ersten sozialistischen Staats der Welt, der Sowjetunion.

Neben der Darstellung der Revolution ging es in den ersten Jahren um die Aufklärung über den imperialistischen Interventionskrieg, dem die Sowjetunion ausgesetzt war. Dem folgte die Darlegung der Veränderung der Lage der Jugend durch die Revolution, ihrer Möglichkeit zur Bildung und der Sicherheit einer geregelten Arbeit.

So schlecht es auch der Jugend in Österreich ging, führte man doch eine Solidaritätssammlung durch, als deren Ergebnis ein Radiolautsprecher der Kommunistischen Jugend der Sowjetunion übergeben werden konnte.

Nach dem Februar 1934, als die Februarkämpfer verfolgt wurden, was unzählige Arbeiterfamilien an den Rand ihrer Existenz brachte, konnten zahlreiche Kinder und Jugendliche in die Sowjetunion reisen.

Umstellung auf die Illegalität

Die geänderte Arbeitssituation war nicht einfach zu bewältigen. Dazu waren neue Strategien und Techniken erforderlich, die man vielfach nicht von vornherein kannte und planen konnte. Zuerst mußte der organisatorische Aufbau des KJV geändert werden. Das zentrale, von Wien ausgehende und die Provinz einschließende System mit all seinen Verbindungen in die einzelnen Ortschaften und der damit verbundenen großen Verflechtung der Kader mußte beseitigt werden. An seine Stelle trat ein Zellenystem, wobei eine Zelle aus drei bis fünf Personen, die sich oft nur mit Decknamen kannten, bestand. Ein Mitglied solch einer Zelle hatte dann Verbindung mit einer anderen Zelle oder nur zu einem „Verbindungsmann“, der einerseits zentrales Material brachte und andererseits Informationen oder gesammeltes Geld weiterleitete. Dieses System reduzierte die Gefahr einer weitreichenden Aufdeckung durch die Polizei, war aber kein totaler Schutz zum Beispiel gegen eingeschleuste Spitzel.

Natürlich gab es dennoch weiterhin zentrale Funktionäre, die in Wien beziehungsweise im Prager Exil tätig waren, wohin auch das Zentralkomitee der KPÖ seinen Sitz verlegt hatte. Wegen Verhaftungen oder Entsendung auf die internationale Lenin-Schule in Moskau kam es immer wieder zu Veränderungen, so daß die namentliche Umgrenzung der KJV-Leitung schwer festzulegen ist. Zentrale Funktionen hatten nach dem Februar 1934 inne: Willy Frank, Josef Lauscher (war einige Zeit in Moskau, wurde dann in Wien verhaftet, ging Anfang 1937 zur Parteiarbeit über), Jula Günser, Frieda Koppel (wurde später von der Gestapo zum Spitzel gemacht), Christian Broda, Hedy Urach, Karl Graf und — ab Herbst 1937 bis zur Okkupation Otto Brichacek („Inlandsekretär“). Als „Kreispol“ waren in Wien tätig: Josef Nowak („Zigeuner“), Jaro Brezik, Bruno Furch („Stern“), Otto Jirik, Alois Peter („Felix

Falk“), Emil Huk und Fritz Hedrich (Wiener Sekretär) „Provinzinstruktoren“ waren Hermann Wildpanner und andere.

Nach den Schwierigkeiten mit der „Ziel-und-Weg“-Gruppe 1936 (siehe weiter unten ausführlicher), die sich zum Teil des Apparats der Wiener Leitung bediente, wurde in Prag eine neue Leitung festgelegt, der Ernstl Burger, Ludwig Schmidt und der von der KJI entsandte Hamburger Bruno Dubber („Walter“) angehörten.

Mit Hilfe Dubbers konnte relativ bald ein gut funktionierendes System aufgebaut werden, das es ermöglichte, rasch und gezielt auf aktuelle Vorgänge im In- und Ausland einzugehen und Aktionen durchzuführen.

Die Tatsache, daß der KJV bereits über Erfahrungen in der illegalen Arbeit verfügte, weshalb er als „Lehrmeister“ im Kampf gegen den „grünen“ Heimwehfaschismus geschätzt wurde, war ein zusätzlicher Anziehungspunkt für linke Jugendliche nach dem Februar 1934.

Hinein in die legalen Organisationen!

Die Erkenntnis, daß man nur dann seine politischen Zielvorstellungen erreichen kann, wenn man imstande ist, diese an die Massen der Arbeiterjugend heranzutragen, hatte der KJV bereits in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre in die Praxis umzusetzen versucht. Es war daher klar, daß man nach dem Verbot von 1931 diese Linie verstärkt weiterverfolgte. Vor 1934 ging man in den „GÖC-Klub“ (GÖC=Großeinkaufsgesellschaft Österreichischer Konsumvereine, eine Organisation der Arbeiterschaft zur billigeren Bereitstellung von Lebensmitteln und Konsumwaren, gegründet 1905, Vorläufer des heutigen Konsums), nach 1934 ins „Österreichische Jungvolk“ (der austrofaschistischen Staatsjugendorganisation) oder in die „Einheitsgewerkschaften“. Der VI. Weltkongreß der KJI, der im Oktober 1935 in Moskau stattfand, bestätigte die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges. Man forderte die einzelnen kommunistischen Jugendverbände zusätzlich auf, endlich Schluß zu machen mit dem Kopieren der Parteimethoden. „Die kommunistischen Jugendverbände müssen alle jene Organisationsformen ausnützen, die es ihnen ermöglichen, Sport und Spiel, alles, was die Jugend liebt, zu bieten. Aber nicht so wie die Bürgerlichen, um die Jugend zu entpolitisieren, sondern um diese breiten Massen der Jugend im marxistisch-leninistischen Geist zu erziehen... Alle legalen Möglichkeiten der Zusammenfassung der Jugend sind auszunützen. Ob in den Sportorganisationen, faschistischen oder katholischen Jugendorganisationen, überall wo Jugendliche sind, muß der Kampf um diese Jugend geführt werden.“

Es war dies der letzte Kongreß der Jugendinternationale, wie der ebenfalls im diese Zeit stattfindende VII. Weltkongreß der letzte der III. Internationale (Komintern) war. Diese Kongresse markierten einen tiefen Einschnitt in der Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung. Auf ihnen wurde die endgültige Abkehr von allen sektiererischen Verirrungen der „Kinderjahre“ des Kommunismus dokumentiert. Die in den Kämpfen der verflochtenen anderthalb Jahrzehnte gewachsene kommunistische Bewegung verfügte in vielen Ländern über starke, politisch erfahrene Parteien

und Jugendverbände, die immer weniger der Anleitung von einem internationalen Zentrum bedurften und sich immer mehr an die nationalen Gegebenheiten ihrer Länder anpaßten. Ausdruck dieses Reifeprozesses der kommunistischen Weltbewegung war die 1943 erfolgte Auflösung der III. Internationale. Die Kommunisten waren zu diesem Zeitpunkt bereits in vielen Ländern anerkannte Führer des nationalen Befreiungskampfes gegen die faschistischen Besatzer.

Osterreicherseits nahmen am VI. KJF-Kongreß teil: Hedy Urach, Fritz Pietzka, Karl Stromeyr und ein Oberösterreicher. Weiters die zu dieser Zeit gerade an der Moskauer Lenin-Schule studierenden Otto und Berta Brichacek, Ernst Burger und Ludwig Schmidt.

Daß im KJV diese Linie nicht Theorie, sondern geübte Praxis bedeutete, soll an einigen Beispielen gezeigt werden. So können wir einem Bericht der Staatsanwaltschaft vom Mai 1937 entnehmen, daß „bei den Zusammenkünften der sogenannten Rabensteiner-Gruppe des Vereins ‚Österreichischer Aeroklub Modellbau Kreß‘ kommunistische Lieder gesungen und illegale Druckwerke verteilt werden“.

Ein Situationsbericht der Behörde aus Floridsdorf teilt mit: „... 8 Personen gehören der ‚Jungen Front‘, und zwar zum Teil als Funktionäre, an.“

Der Jungen Front gehörte auch die siebzehnjährige KJV-Funktionärin Franziska Wurm an, die 1938 eine KJV-Zelle leitete und sich mit der Herausgabe der Soldatenzeitschrift „Der Rekrut“ befaßte.

Auch in dem noch existierenden „Arbeiter-Sängerbund“ konnten von dessen fünfzigköpfigem Jugendchor „zirka zwanzig Personen durch den KJV organisatorisch erfaßt“ werden, teilte das Polizeikommissariat Ottakring Ende 1936 mit.

„Unterschlupf“ boten auch die Jugendgruppen der „Guttempler“, einer Organisation für eine „saubere“ Jugenderziehung ohne Alkohol. Weiters wurden überparteiliche Organisationen gegründet, in denen man sich ebenfalls sammelte. Ein Beispiel ist das „Antifaschistische Jugendkomitee“, das als Einheitsfrontplattform mit der Sozialistischen Jugend gedacht war und vom KJV und den „Roten Studenten“ ins Leben gerufen wurde. Dieses Komitee führte zum Beispiel am Tag der Jugend (einer Veranstaltung der Dollfuß-Regierung am 27. 6. 1934) große Flugblattaktionen mit Antikriegspapieren und antifaschistischen Demonstrationen in den Industriegebieten durch. Auch durch die Gründung von Wander- und Sportvereinen, wie der als Nachfolgeorganisation des kommunistischen Sportvereins „Fichte“ gegründeten „Olympia“, versuchte man, sich geeignete Plattformen für Zusammenkünfte und illegale Tätigkeiten zu schaffen. So kann man einem Situationsbericht der Staatspolizei vom Mai 1937 folgendes entnehmen:

„Am 16. ds. abends wurde die Wahrnehmung gemacht, daß beim Schutzhaus Waxenegg bei Pernitz sich eine große Anzahl von Leuten ansammelte... Es handelte sich meist um jugendliche Kommunisten der ‚Jung-Bergsteigergruppe Nr. 10‘ des 14. Bezirkes des Touristenvereins ‚Bergfreunde‘.“

Das Elend vor allem der arbeitslosen Jugendlichen im Österreich der dreißiger Jahre hatte die offiziellen Stellen zur Durchführung von Fürsorgeaktionen wie „Jugend am Werk“ und „Jugend in Not“ veranlaßt. „Jugend am

Werk“ bot einigen hundert jungen Arbeitslosen in Wien die Möglichkeit, für ein kleines Entgelt leichte Arbeiten zu verrichten, beispielsweise in einem Zimmer der „Mollardburg“, der Berufsschule in der Mollardgasse im VI. Wiener Gemeindebezirk, Schachbretter zu basteln. Einen wesentlich größeren Kreis, nämlich Tausende Arbeiterjugendliche, erfaßten die „Jugend-in-Not“-Heime in ihren Karteien. Sie waren großteils schon von der sozialistischen Stadtverwaltung vor 1934 in den Heimen der SAJ eingerichtet worden, nach dem 12. Februar wurde die Leitung zumeist sozial engagierten Katholiken übertragen — das „Publikum“ blieb dasselbe: junge Menschen, die dort den Nachmittag verbrachten (und zwar, was im Winter wichtig war: in einem geheizten Raum!) und zur Jausenzeit ein Stück Brot und eine Dörrgemüsesuppe („Stacheldrahtverhau“) bekamen — für viele das einzige warme Essen am Tag. Selbstverständlich nutzten die KJVler diese Einrichtungen auch für die politische Arbeit. Mit manchem Heimleiter konnte man diskutieren, in Einzelfällen waren sogar politische Manifestationen (zum Beispiel zum Jahrestag der Februarkämpfe) möglich, während das Heimpersonal „zufällig“ gerade auswärts zu tun hatte. Wenn man sich auch vor Spitzeln in acht nehmen mußte, so eigneten sich doch die „Jugend-in-Not“-Heime besser als jedes Kaffeehaus zum Austausch von Nachrichten und illegalem Agitationsmaterial.

Hauptgebiete der illegalen Tätigkeit des KJV in Österreich

Die vorhin erwähnte Bergsteigergruppe war, gleich anderen, ein Bestandteil einer verzweigten Organisation des KJV entlang der Südbahnlinie der ÖBB, die die Industriegebiete dieser Gegend mit den Ortschaften Ternitz, Grünbach, Schläglmühl, Pottschach, Gloggnitz und Neunkirchen einschloß. Karl Flanner war in diesem Gebiet der leitende Funktionär, der den hier eingesetzten Erich Fein (er gehörte zu den 1931 zum KJV übergetretenen SAJ-Mitgliedern) ablöste. Trotz der geschilderten Konspiration wurden die KJV-Gruppen von der Verhaftungswelle 1934 arg getroffen, was einen Neuaufbau unter erhöhter Vorsicht erforderte. Gegen 1937 bestand dann auf der Südbahnstrecke wieder eine verästelte Organisation, die das obersteirische Industriegebiet und Kärnten einschloß, wobei die Verbindungen bis nach Hallein und Salzburg sowie Innsbruck weitergingen. Geleitet vom Mitglied der „Provinzkommission“ (PROKO) Pietzka (nach 1938 von Hermine Sagmeister) wurde hier ein Netz von Zellen vor allem in den Betrieben aufgebaut.

Auch in den westlichen Bundesländern, vor allem in Oberösterreich, hatte der KJV starke Gruppen. Im Raume Linz, Wels, Traun, Attnang-Puchheim, Ried im Innkreis sowie im Salzkammergut gab es aktive Gruppen, die es gerade hier nicht verabsäumten, auf die fortschrittliche Rolle des oberösterreichischen Bauernführers im 17. Jahrhundert, Stefan Fadinger, hinzuweisen und anzuknüpfen.

Die KJV-Organisationen in Oberösterreich waren auch deshalb von zentraler Bedeutung, weil einige von ihnen den Transport des illegalen

Materials, das aus Prag nach Österreich kam, sicherten und weiterleiteten. Eine dieser Routen ging über Krumau, über die Ruine Pürstein nach Neufeld bei Rohrbach, die andere über Sandl nach Linz. In einer Anzeige der Polizei an die Staatsanwaltschaft hieß es am 11. 9. 1935: „Am 25. Juli 1935 wurde in Freistadt . . . 78 kg kommunistisches Propagandamaterial, welches aus der Tschechoslowakei nach Österreich geschmuggelt worden war . . . beschlagnahmt.“

Das Haupttätigkeitsfeld des KJV bestand aber zweifellos in Wien. Hier liefen die Fäden der Organisation zusammen, arbeitete das Sekretariat, das die laufende Arbeit leitete. Hier entstanden auch eine große Anzahl der Texte der zentralen Flugblätter, Zeitungen und Broschüren, in denen die Politik des KJV formuliert wurde. Ob es das Zentralorgan des KJV „Proletarierjugend“, das Funktionsorgan „Der junge Bolschewik“, der vom ZK des KJV herausgegebene „Jugendführer“, der „Katholikenbrief“ oder „Der Rekrut“ (Organ für die Interessen der Bundesdienstpflichtigen) war, sie alle wurden meist in Wien konzipiert und auch hergestellt beziehungsweise von hier aus zur weiteren Verbreitung durch Kuriere in die Bundesländer gebracht. Die „Prol-Jug“ wurde ungefähr seit der Mitte des Jahres 1936 in der ČSR hergestellt und nach Österreich transportiert. In Wien bestand die beste Möglichkeit, die politischen Zielvorstellungen umzusetzen. Hier bestanden die Zentralen der offiziellen Organisationen, in die man „hineinarbeitete“ und „hineinging“, um jene Politik zu machen, welche man auf den verschiedensten Konferenzen des KJV, die in Österreich und der ČSR stattfanden (und repräsentativ beschickt waren), diskutiert und zum Beschluß erhoben hatte.

Inhalte der KJV-Politik

Die jungen Kommunisten forderten in erster Linie Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit. Sie sprachen sich gegen den drohenden imperialistischen Krieg aus und traten für die Verteidigung der Sowjetunion ein. Sie propagierten die Errungenschaften der Sowjetunion, vor allem jene, die der Jugend zugute kamen.

Weiterhin war die Solidarität ein integraler Bestandteil der Politik des KJV. Man sammelte Geld für die Familien der in Österreich Inhaftierten und Verfolgten, später für das kämpfende Spanien. In Flugblättern und Broschüren forderte man zur Bildung der proletarischen Einheitsfront, nach dem VII. Weltkongreß zur umfassenden Volksfront auf. Zentrales Anliegen war natürlich die Analyse des Faschismus und seiner zum Krieg führenden Politik.

Dabei ging es nicht nur um den deutschen Faschismus, obwohl dieser zweifellos die größte Gefahr darstellte, sondern auch um den österreichischen Faschismus der Heimwehren und der christlichsozialen Bundeskanzler Dollfuß und — nach dessen Ermordung durch die Nazis im Juli 1934 — Schuschnigg. Deren Gegnerschaft zum Nationalsozialismus war nicht prinzipiell: Sie kopierten sogar einzelne Einrichtungen der Nazidiktatur in Deutschland, und auch sie sahen in einem „Großdeutschland“, in einem neuen „Reich“ ihr Ziel — nur sollte es von Wien aus aufgerichtet werden.

Daneben gab es alte Habsburg-Monarchisten, aber auch diese schwärmten von der „deutschen Mission“ Österreichs im Osten.

Der Austrofaschismus war ökonomisch und politisch wesentlich schwächer als der deutsche oder italienische Faschismus; das war der Grund dafür, warum es etwas „gemütlicher“ zuzuging als etwa in Nazideutschland und warum sich die österreichischen Faschisten keine Aggressionen nach außen erlauben konnten. Doch auch sie rüsteten in den dreißiger Jahren auf, 1936 wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt.

Den Kampf gegen diese Maßnahmen führte der KJV im Rahmen seines allgemeinen Kampfs gegen den Militarismus und die ständig zunehmende Kriegsgefahr. Die „Soldatenarbeit“ wurde von einem eigenen, streng konspirativen Apparat unter der Leitung von Miron Pasicznik, Karl Delian und Willi Vaupotic organisiert. „Der Rote Soldat“ erschien regelmäßig, gedruckt und mit relativ hoher Auflage bereits vor der Einführung der Wehrpflicht. Für bestimmte Kasernen gab es eigene Zeitungen, so für die Trostkaserne in Wien-Favoriten den „Roten Volltreffer“. 1937/38 waren die Genossen dieses Apparats mitverantwortlich für die Auswahl der Freiwilligen zur Fahrt nach Spanien.

Der schriftlichen Agitation kam überhaupt große Bedeutung zu: waren doch alle Zeitungen „gleichgeschaltet“, wodurch der Bevölkerung wesentliche Informationen vorenthalten wurden. Dabei spielten nicht nur die erwähnten zentralen illegalen Zeitschriften eine Rolle, sondern auch lokales Agitationsmaterial. So erschien in jedem der fünf Kreise Wiens (der KJV Wien war in den ersten Jahren der Illegalität noch in Kreise unterteilt, die jeweils mehrere Bezirke umfaßten) eine eigene Zeitung. Daneben gab es verschiedentlich noch hektographierte Bezirksblätter sowie Zeitschriften für einen begrenzten Personenkreis wie zum Beispiel den „Roten Fortbildungsschüler“. In Leoben erschien „Die Rote Faust“, in Innsbruck „Der Funke“, um nur einige KJV-Organe in den Bundesländern zu nennen.

Es gab auch eine eigene illegale Zeitschrift für Kinder, „Kind und Klassenkampf“. Für die Arbeit mit den Kindern stellte der KJV auch in der Illegalität Kader frei, in der Regel ehemalige Rote-Falken-Führer wie zum Beispiel Franz Fragner.

Überparteiliche Zeitschriften erschienen in Floridsdorf — „Die Antifa-Jugend“ — und Hütteldorf — „Die junge Einheit“ (siehe dazu Seite 46). Selbstverständlich kam dazu noch eine große Zahl von Flugblättern, Streuzetteln, handgemachten Plakaten, aber auch selbst hergestelltes Schulungsmaterial, das von Hand zu Hand ging.

Der wichtigste Schwerpunkt bei der Verwirklichung der Losung „Heran an die Massen der Jugend“ waren die Betriebe: Es gab Dutzende Betriebsorganisationen des KJV, zum Beispiel im 13. Wiener Gemeindebezirk bei Winkler & Schindler, Armbruster, in der Färberei Pächt und der Feuerzeugungfabrik Dubsy-Karat.

Immer wieder rief die „Prol-Jug“ auf zur Einheitsfront und berichtete über jede gemeinsame Aktion von SAJ- und KJV-Gruppen. „Schafft die Einheitsfront, dort wo die Jugend kämpft und lebt“, hieß die Parole. In einem Flugblatt zum 1. Mai 1935 hieß es: „ . . . Macht den 1. Mai zu einem Tag der kämpfenden

Einheitsfront, gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, für die Arbeitsbeschaffung zu tariflichem Lohn, gegen Lohnabbau, für Lohnerhöhung, für die 40-Stunden-Woche zu vollem Lohnausgleich, gegen die imperialistische Kriegsausrüstung, für die Verteidigung der Sowjetunion, des Hortes des Friedens, des Vaterlandes der Werktätigen der ganzen Welt. Für die Wiederherstellung der Rechte der Arbeiterjugend, für Streikrecht, für Versammlungsrecht und Pressefreiheit."

Nach dem VII. Weltkongreß der Komintern, der 1935 in Moskau stattfand, wurde alles unternommen, um die erarbeitete politische Linie umzusetzen. Man bemühte sich um den Zusammenschluß aller antifaschistischen Kreise. Im Jänner 1937 stellte die „Prol-Jug“ die Frage, was der KJV zur Verwirklichung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses der KJL getan hat: „... Wir begannen auf breiter Basis mit der legalen Massenarbeit unter der gewerkschaftlichen und katholischen Jugend."

Daß man die Frage der Gewinnung auch bürgerlich-demokratischer Kräfte zur gemeinsamen Abwehr des Faschismus sehr ernst genommen hat und nicht nur im Programm vertrat, zeigt die Tatsache, daß es im KJV eigene „Katholikenmänner" gab, deren Aufgabe es war, Verbindung zu katholischen Kreisen aufrechtzuerhalten. Das eigens für diese Arbeit herausgegebene Organ „Katholikenbrief" schrieb in seiner ersten Nummer, die im Jänner 1937 erschien, folgendes: „Ein Wort an Österreichs Katholiken! Unser gemeinsamer Gegner, der Gegner jeglicher Kultur und Freiheit, ist der Nationalsozialismus, der uns Kommunisten und tätige Katholiken gemeinsam auszurotten versucht."

Als sich nach dem Juliabkommen 1936 zwischen Hitler und dem österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg die Annexion Österreichs durch Hitler-Deutschland abzuzeichnen begann, verstärkte der KJV seinen Kampf zur Mobilisierung der Jugend gegen diese Bedrohung der Unabhängigkeit Österreichs und des Friedens. Dies wurde nun zur wichtigsten Kampfaufgabe, was, wie es einem Rundschreiben des Staatssicherheitsdienstes zu entnehmen war, auch die austrofaschistischen Behörden mitbekamen.

Die zentralen Inhalte der Politik des KJV kamen im Referat des Parteivorsitzenden, Johann Kopenig, auf der KJV-Reichskonferenz im Frühjahr 1937 zur Sprache. Er führte unter anderem auch aus, daß das Vertrauen nur gewonnen werden kann, wenn man nicht nur in Worten, sondern auch in praktischen Taten gegen die soziale und politische Unterdrückung und Entrechtung der Jugend kämpft. Zur Frage der österreichischen Nation unterstrich er, daß es im Kampf gegen den Hitler-Faschismus notwendig ist, die nationale Entwicklung des österreichischen Volkes zu studieren und im österreichischen Volk ein nationales, österreichisches Bewußtsein zu entfachen, um den Willen zur Verteidigung der Unabhängigkeit zu entwickeln.

Die entscheidende politische Frage in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre war für Österreich die Erhaltung seiner Eigenstaatlichkeit. Die Austrofaschisten machten Nazideutschland Zugeständnisse, indem sie Österreich zum „zweiten deutschen Staat" erklärten. Die Verteidigung der

österreichischen Unabhängigkeit war auch international von großer Bedeutung im Kampf gegen die Aggressionspolitik Hitler-Deutschlands.

Das Zentralkomitee der KPÖ hatte bereits 1936 den Parteitheoretiker Alfred Klahr damit beauftragt, diese Frage theoretisch und historisch zu untersuchen. Klahrs Analyse erschien in der März- und April-Nummer 1937 der theoretischen Zeitschrift „Weg und Ziel", die zu Tausenden nach Österreich geschmuggelt wurde, unter dem Titel „Zur nationalen Frage in Österreich". Alfred Klahr wies nach, daß die Österreicher zu der Zeit, als sich endgültig die deutsche Nation herausbildete (zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts), mit den Deutschen weder staatlich noch wirtschaftlich eine Gemeinschaft bildeten, daß es eine von der deutschen verschiedene österreichische Kulturtradition gibt. Daß beide Völker dieselbe Sprache sprechen, spielt dabei keine Rolle — auch Serben und Kroaten, Dänen und Norweger, Engländer und Amerikaner sind unterschiedliche Nationen, obwohl sie jeweils eine Sprachgemeinschaft bilden. Klahr schrieb damals, daß die Herausbildung einer eigenen österreichischen Nation noch nicht abgeschlossen sei, weil ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung sich noch immer „Deutsch" fühlte. Hauptaufgabe des antifaschistischen Kampfes müsse es daher sein, eine Front aller pro-österreichisch gesinnten demokratischen Kräfte zu schaffen, den Österreichern ihre nationale Eigenart bewußt zu machen und damit gleichzeitig den Verrat der Austrofaschisten, die sich zwar sehr „patriotisch" gebärdeten, gleichzeitig aber von einer „deutschen Mission" Österreichs schwärmten, zu entlarven.

Nicht nur viele Sozialdemokraten hielten noch immer an den alten Forderungen von 1848 nach einer demokratischen deutschen Republik unter Einschluß der deutschsprachigen Österreicher fest und wollten nicht zur Kenntnis nehmen, daß sich mittlerweile längst ein Deutsches Reich unter Ausschluß Österreichs gebildet hatte, daß eine ganze historische Epoche zwischen den republikanisch-demokratischen Kräften der deutschen Revolution von 1848 und der braunen Barbarei in Nazideutschland lag. Auch innerhalb des KJV konnten erst heftige Diskussionen die Vorbehalte vieler Mitglieder ausräumen, die fürchteten, durch die Betonung des österreichisch-patriotischen Charakters des Kampfes gegen den Nationalsozialismus in eine Gemeinschaft mit den verhaßten Austrofaschisten zu geraten. Vor allem die vielen 1934 aus der SAJ zum KJV gestoßenen Mitglieder standen in der nationalen Frage zum Teil noch auf den alten austromarxistischen Positionen. Diese Diskussionen stellten gleichzeitig einen wichtigen Bestandteil der ideologischen Erziehungsarbeit dar, weshalb ihnen von der Verbandsführung großes Gewicht beigemessen wurde.

Allerdings gab es auch Versuche, die Politik des KJV in ultralinkes, trotzkistisches Fahrwasser zu drängen. „Aufhänger" dabei war die vom VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und vom VI. Kongreß der KJL (1935) proklamierte Volksfrontpolitik. Die Opposition gegen diesen Kurs des Zusammenschlusses aller antifaschistischen Kräfte, unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit, sammelte sich in Österreich in der Gruppe „Ziel und Weg" unter der Führung von Christian Broda (dem späteren SPÖ-Justizminister). Diese Fraktion innerhalb des KJV, an deren Zustandekom-

men der RS-Funktionär Bruno Kreisky nicht unbeteiligt war, forderte einen Kampf „Klasse gegen Klasse“ vom „reinen proletarischen“ Klassenstandpunkt aus. Sie wollte den Faschismus nicht durch ein Bündnis mit bürgerlich-demokratischen Kräften besiegen, sondern behauptete, daß eine sozialistische Revolution schon das nächste Ziel sein müsse. Die Volksfrontpolitik bezeichneten sie als „Revisionismus“, das heißt Abkehr von einer revolutionären Politik.

Während es dem KJV gelang, einen Teil dieser Kräfte wieder in den Verband einzubinden und sie in geduldigen Diskussionen von der zum Mißerfolg verurteilten Abenteuerlichkeit dieser ultralinken Konzeption zu überzeugen, gingen andere der revolutionären Arbeiterbewegung überhaupt verloren, indem sie entweder zur SPÖ zurückkehrten oder sich später der von Trotzki gegründeten „IV. Internationale“ anschlossen.

Doch nicht nur von trotzkistischen Kräften, auch von den Revolutionären Sozialisten (RS) beziehungsweise ihrer Jugendorganisation RSJ wurde der KJV „links überholt“. Die jungen RSler wandten sich anfangs gegen die Taktik der Kommunisten, in legale Organisationen einzutreten, um dort gegen das faschistische Regime zu agitieren und bezichtigten die KJVler auch oft der „Feigheit“, weil sie sich aus prinzipiellen Gründen weigerten, die in ihren Kreisen populäre Taktik des individuellen Terrors zu akzeptieren. Mit „Schmiervasen“ und anderen Sprengmitteln glaubten diese jungen Sozialisten, das faschistische System aus den Angeln heben zu können. Der langwierigen, zähen und oft entmutigenden „Kleinarbeit“ der Kommunisten stellten sie ihre anarchistische Losung von der „Propaganda der Tat“ entgegen: Dynamit statt Flugblätter! Das prominenteste Opfer dieser abenteuerlichen Politik war der 22jährige Wiener Schutzbündler Josef Gerl, der nach einem Eisenbahnattentat verhaftet, gefoltert und am 24. Juli 1934, einen Tag vor dem Naziputsch gegen Dollfuß, hingerichtet wurde.

Nicht nur das offensichtliche Scheitern dieser Taktik, auch die durch ein enges Netz von persönlichen Kontakten ermöglichten Diskussionen zwischen jungen Sozialisten und Kommunisten über Fragen des individuellen Terrors, der Rolle der Gewalt in der Geschichte, der Perspektiven des antifaschistischen Kampfes der Arbeiterklasse trugen dazu bei, daß die RSJ auf realistischere Positionen überging und eine dem Ringen um Demokratie und Freiheit nützlichere Politik verfolgte. Ein besonders markantes Beispiel dafür war die RS-Jugend Hütteldorf und Hadersdorf-Weidlingau im (damaligen) 13. Wiener Gemeindebezirk, die sich mit dem KJV 1936 im Zeichen der antifaschistischen Einheit auch organisatorisch vereinigte und eine eigene Zeitung herausgab: „Die junge Einheit, Organ des Vereinigten Revolutionären Jugendverbandes Hietzing-Wiental“ mit einer Auflage von 500 Exemplaren. Dieser einheitliche Jugendverband im Westen Wiens bestand bis zur Okkupation Österreichs 1938.

5. Der spanische Freiheitskampf — Internationalismus der Tat für den KJV

Die internationale Solidarität war ein nicht wegzudenkender Faktor im Rahmen des KJV. Die Solidarität mit der Spanischen Republik begann nicht erst bei Ausbruch des spanischen Freiheitskampfes 1936, sondern schon wesentlich früher.

1931 wurde die seit acht Jahren bestehende monarcho-faschistische Diktatur in Spanien durch den Wahlsieg von Sozialisten und Republikanern beseitigt und die Republik ausgerufen. Das war bereits Ausdruck für die wachsende Stärke der Arbeiterschaft, die 1936 als Volksfront einen Wahlsieg erringen konnte. Die proletarische Einheitsfront war im Begriffe, den Faschismus in die Schranken zu weisen. Der Feind aber ließ nichts unversucht. Bereits vor diesem Wahlsieg versuchte die Rechte mit allen Mitteln, die Arbeiterschaft zurückzudrängen und konnte sich dabei auf die Mithilfe der deutschen Nazis stützen. 1933 organisierte sich die monarchistische und profaschistische Reaktion, 1934 kam eine rechte Regierung ans Ruder, gegen die sich eine breite Massenbewegung entfaltete: Im nordspanischen Asturien wurde aus dem Streik der Bergarbeiter ein Aufstand, der von der Regierung blutig niedergeschlagen wurde. Gegen „Rädelsführer“ der antifaschistischen Massenbewegung wurden Todesurteile vollstreckt.

Führte die spanische Arbeiterschaft nach den österreichischen Februarkämpfen in Spanien große Kundgebungen durch, um ihrer Verbundenheit mit dem österreichischen Proletariat und seinem Kampf gegen den Faschismus Ausdruck zu verleihen, so war es bald diese in der Illegalität agierende österreichische Arbeiterschaft, die nun ihrerseits für die spanischen Klassen-genossen Aktionen setzte.

Als im Herbst 1934 die Meldung von den ersten Todesurteilen aus Spanien bekannt wurde, führte der KJV am 7. und 8. November sowohl in Wien als auch in Graz vor der deutschen und der spanischen Botschaft (in Graz vor dem Konsulat) Blitzaktionen durch, bei denen sie ihrer Empörung über die Terrorurteile Ausdruck verliehen. „Hoch die Helden des spanischen Proletariats!“, „Es lebe die Einheitsfront der spanischen Arbeiterklasse und ihre kämpfende Vorhut, die KP Spaniens!“, „Hoch die heldenhaften Jungkommunisten Spaniens!“ waren die Parolen. Aber auch kleinere Städte wie Leoben, Donawitz und Leitendorf waren Schauplatz von Kundgebungen für Spanien.

Der „Spanische Bürgerkrieg“, das heißt der demokratisch-antifaschistische Kampf des spanischen Volkes 1936—1939, ist eines der ruhmvollsten und zugleich tragischsten Kapitel in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung; gleichzeitig ist er noch immer für Trotzkisten und andere ultralinke Gruppen beliebter „Auhänger“ für antikommunistische Haßtiraden.

Nach dem Wahlsieg der „Volksfront“ im Februar 1936 wurde in Spanien eine fortschrittliche Regierung (allerdings anfangs ohne die Kommunisten) gebildet, die ein

Reformprogramm in Angriff nahm, das die Macht des Großbürgertums, des Großgrundbesitzes und der Kirche beschneidet. Deren Privilegien wiederherzustellen war das Ziel eines Militärputsches unter der Führung von General Franco im Juli 1936. Die Putschgeneräle wurden von den beiden faschistischen Mächten Italien und Deutschland unterstützt; Hitler stellte die „Legion Condor“ auf, die zum Beispiel für die Zerstörung der kleinen Stadt Guernica im Baskenland verantwortlich war. (Dieser barbarische Akt gegen die Zivilbevölkerung war der Anlaß für Pablo Picassos Gemälde „Guernica“.)

Die Westmächte erklärten sich neutral, in Wirklichkeit bedeutete ihre „Nichteinmischungspolitik“ eine Blockade: Bereits bezahlte Waffen wurden nicht geliefert, die Spanische Republik überhaupt von der Zufuhr von Rüstungsgütern weitgehend abgeschnitten (nur sowjetischen Schiffen gelang es mitunter, spanische Häfen anzulaufen) und die im Ausland gelagerten Goldreserven beschlagnahmt.

Kommunisten, Sozialisten und aufrechte Antifaschisten anderer politischer Einstellung kamen aus vielen Ländern (darunter 2000 Österreicher), um in den „Internationalen Brigaden“ mitzuhelfen, die Demokratie in Spanien zu verteidigen und den Vormarsch des Faschismus in Europa zu bremsen.

Selbstverständlich vervielfachte sich die Solidarität nach Ausbruch des Freiheitskampfes. „Das Spanien der Freiheit muß siegen!“, „Österreichs Jugend für Spaniens Freiheitskampf“ lauteten die ersten Überschriften in der „Prol-Jug“. Man begann Geld, Kleidung, Nahrungsmittel und Waffen für das Volk Spaniens, für die Kämpfer der Republik zu sammeln. Es gab aber auch Aktionen wie zum Beispiel in Wien: „Meidlinger Jugend spendet ein MG für Spanien.“ Zu Beginn des Jahres 1937 findet man die ersten Briefe aus Spanien, die die „Prol-Jug“ abdruckt.

„Kampfgruß von der Front. An den österreichischen KJV. Werte Genossen! Wir Mitglieder des österreichischen KJV senden Euch aus unserem Kampf die brüderlichen Grüße... Unser Bataillon, das den Namen des großen Führers des deutschen Proletariats — Ernst Thälmann — trägt, hat in zahlreichen Kämpfen die Fähigkeit bewiesen, dem Faschismus schwere Schläge zu versetzen...“

Die österreichischen Jungmitglieder
der Internationalen Brigade.“

Es waren über 250 KJVler, die in den Reihen der spanischen Freiheitskämpfer mit der Waffe in der Hand gegen den Faschismus kämpften, darunter viele Mädchen, die in erster Linie als Sanitäterinnen arbeiteten. Dabei war es nicht so einfach, von Österreich aus nach Spanien zu gelangen. Auch die in der Illegalität kämpfende KPÖ stellte Bedingungen an Freiwillige: Die Bewerber um die Entsendung nach Spanien mußten älter als 18 Jahre sein und vorerst einen Antrag beim Zellenleiter stellen. Stimmt er auch die Landesleitung — nach Einholung der nötigen Informationen — der Entsendung zu, war der Antrag bewilligt, und es galt nun, entsprechende (gefälschte) Dokumente zu beschaffen. Dazu bediente man sich der sogenannten „Künstler“. Das waren Genossen, die in der Lage waren, unbedenkliche Pässe herzustellen, mit denen man die weite Reise antreten konnte. Für die Freiwilligen gab es eine eigene Organisation, die den Transport über die verschiedenen „Anlaufstellen“ aufrechterhielt. Das Geld für die Reise mußte man natürlich auch erst aufbringen. In der Regel erfolgte das durch

Sammlungen. Die Reiseroute führte dann über Innsbruck in die Schweiz, oft über die „grüne Grenze“, wo man dann bereits erwartet und nach Frankreich weitergeleitet wurde.

Der spanische Freiheitskampf war für die KJV-Genossen ein Kampf, von dem sie wußten, daß er für die Freiheit Europas geführt wurde. Viele fanden dabei den Tod, wie der Steyrer Hans Hietler, der vor Madrid im Jarama-Abschnitt fiel; der Wiener Josef Willinger, der beim Tschapajew-Bataillon eine MG-Kompanie kommandierte, oder Bataillonstabschef Friedl Greilhuber, wie der „Prol-Jug“ zu entnehmen ist.

Die Österreicher wurden — soweit dies möglich war — in einem eigenen „12.-Februar-Bataillon“ zusammengefaßt, viele kämpften im von deutschen Antifaschisten geführten „Thälmann-Bataillon“, so benannt nach dem 1933 von den Nazis eingekerkerten (und 1944 im KZ Buchenwald ermordeten) Vorsitzenden der KPD, Ernst Thälmann.

Im März 1939 erlag die Spanische Republik der faschistischen Übermacht, Madrid mußte kapitulieren, die nach Frankreich geflüchteten Interbrigadisten wurden dort eingesperrt und nach der Besetzung Frankreichs durch deutsche Truppen in die Konzentrationslager verschleppt.

Die Spanische Republik war aber nicht nur an der Politik der westlichen Großmächte gescheitert, die den faschistischen Staaten erlaubten, in Spanien ihre Waffen für den zweiten Weltkrieg zu erproben. Ihre Niederlage hatte auch innere Ursachen: zum einen das Zögern und Zaudern reformistischer und bürgerlich-liberaler Kräfte in der Volksfrontregierung, zum anderen die abenteuerliche Politik ultralinken Gruppen wie der POUM in Katalonien (um Barcelona) und der anarchistischen FAI, die die Volksfrontstrategie ablehnten und „gleich“ Revolution machen wollten. Damit wurden große Teile der Landbevölkerung in das Lager der Faschisten getrieben. Eine derartige Politik im Rücken der schwer bedrängten Front konnte nicht geduldet werden: Als im Mai 1937, während die Franco-Faschisten gerade die Hauptstadt Madrid belagerten, Anarchisten und Trotzlisten in Barcelona einen Aufstand planten, wurde die ultralinke Opposition nach kurzem Kampf ausgeschaltet. Diese Ereignisse in Spanien spielten auch in den politischen Diskussionen innerhalb der illegalen Arbeiterbewegung in Österreich eine Rolle: Kam doch das Verhalten der Trotzlisten einem Verrat an der Spanischen Revolution gleich. Damit schienen auch jene großteils problematischen Maßnahmen gegen Ultralinke und solche, die dafür gehalten wurden, in der Sowjetunion 1936/37 gerechtfertigt. (Nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 wurden die zu Unrecht Verurteilten rehabilitiert.)

Für die, die das Ende und die Niederlage der Spanischen Republik gegen die Franco-Putschisten erlebten, fing oft erst ein Leidensweg an, der sie über die französischen Internierungslager in die deutschen Konzentrationslager brachte. Viele, die die Kämpfe überlebten, gingen im KZ zugrunde. Für jene aber, die beides überlebten, war nach dem zweiten Weltkrieg die Solidarität mit den Demokraten im faschistischen Spanien neuerlich Inhalt ihres Internationalismus.

6. Der Kampf um Österreichs Freiheit — der KJV 1938—1945

Mit der Vernichtung der Selbständigkeit des österreichischen Staates durch die Annexion ging auch die Zeit jener illegalen Tätigkeit zu Ende, die für die Aktivisten vergleichsweise „harmlos“ war. Zwar kamen die Antifaschisten, sofern man ihrer habhaft wurde, auch unter dem Austrofaschismus in die Kerker und Anhaltelager, doch hielten sich diese Verfolgungen (von den Standgerichtsurteilen in der ersten Phase abgesehen) in Grenzen. Nach dem März 1938 war es nicht mehr möglich, die zentrale Organisation im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten und das zentrale Verbandsorgan („Proletarierjugend“) regelmäßig von der CSR nach Österreich zu transportieren. Spätestens im Herbst 1938, als die erste Verhaftungswelle die Reihen des KJV lichtetete, wurde es nötig, eine Dezentralisierung durchzuführen. Einigen Genossen gelang es, sich diesem Schlag zu entziehen und in Sicherheit zu bringen. Neue, den Behörden noch nicht bekannte Gesichter und Namen begannen aber sehr bald Fäden wieder aufzunehmen und Organisationsstrukturen zu schaffen. Diese Versuche, die vor allem in Wien ihren Ursprung hatten, wurden von den Genossen Anton Gjada, Alfred Fenz, Elfriede Hartmann, Rosl Hoffmann, Walter Kämpf, Friedrich Mastny, Ludwig Raffelsberger, Franz Reingruber, Alfred Rabofsky und anderen mehr getragen. Diese Zeit der „zweiten Leitung“ des KJV endete im Sommer 1942 mit einem neuerlichen Schlag der Gestapo gegen diesen Personenkreis. An die 100 Jugendliche wurden bei dieser Aktion verhaftet.

Ab diesem Zeitpunkt setzte sich die bereits 1939 von der KPÖ und dem KJV propagierte These „Du bist die Partei“ durch. Mit dieser Kurzformel sollte ausgedrückt werden, daß es nicht mehr die Organisation der Partei oder des Verbandes ist, die Ausgangspunkt, Koordinator und Initiator des Kampfes gegen den Faschismus ist, sondern zum Großteil der einzelne, sich zu den Prinzipien und Zielen der Organisation Bekennende, die Hauptlast des Kampfes, seiner Umsetzung und Durchführung zu tragen hat. Man hatte aus der Entwicklung in Deutschland zwischen 1933 und 1938 und den ersten Erfahrungen in Österreich nach der Annexion die entsprechenden Schlüsse gezogen. In der Realität sah das dann so aus, daß nur mehr einzelne Gruppen, mit minimalen Verbindungen untereinander, tätig waren.

Gegen Kriegsende änderte sich die Situation dahingehend, daß im Bereich der Partisanen wieder größere Gruppen tätig wurden, die eine enge Verbindung zur Bevölkerung hatten, und in Wien bildete sich 1944 wieder eine größere KJV-Gruppe.

Illegale Aktivitäten

Die Ausrichtung der illegalen Aktivitäten änderte sich unter den veränderten Bedingungen nicht nennenswert. Wollte man die Menschen ansprechen,

mußte man in erster Linie bei ihren Problemen ansetzen, dort, wo sie von den NS-Maßnahmen betroffen wurden, wo sie darunter litten. In einer KJV-Tarnschrift mit dem Titel „Glauben und Handeln“ wurden die Richtlinien des Verbandes verbreitet. Darin heißt es: „Es ist notwendig, der Jugend unermüdlich an Hand von konkreten Beispielen aufzuzeigen, daß die katastrophale Verschlechterung ihrer Lage vor allem der Kriegswirtschaft und Kriegspolitik des deutschen Faschismus entspringt...“

Der positive Effekt der Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Österreich nach der Annexion war unter der Arbeiterschaft bald vorüber. Immer deutlicher wurde für sie sichtbar, daß man einer schlimmen Ausbeutung und Versklavung preisgegeben wurde, der man sich nicht entziehen konnte. Die „friedliche Zeit“ fand auch mit Ausbruch des zweiten Weltkrieges, am 1. September 1939, ihr rasches Ende. Von diesem Zeitpunkt an verschlechterte sich die Situation der Menschen kontinuierlich. Ob es nun die Jugend oder die Werkstätigen waren, alle wurden davon betroffen. Die Jugendlichen wurden vom Naziregime in die Nazijugendorganisationen gezwungen. Vormilitärischer Drill, Arbeitsdienst und „Pflichtjahr“ für die Mädchen kennzeichneten die Vorstellungen der Hitler-Faschisten über „Jugenderziehung“. Gleichzeitig wurde die tägliche Arbeitszeit der Arbeiter auf zehn Stunden verlängert, wurden Tausende gezwungen, nach Deutschland zu gehen, um dort zu arbeiten. Die Kommunisten waren auch unter diesen Bedingungen bemüht, die Einheits- und Volksfrontpolitik zu realisieren. Dazu stand in den oben zitierten Richtlinien:

„Alle Bemühungen und Anstrengungen des KJV und der antifaschistischen Jugend müssen gegenwärtig darauf konzentriert werden, eine einheitliche Front der österreichischen Jugend gegen die Fremdherrschaft des deutschen Faschismus zu errichten.“

Die Aufklärung der Jugend über die tatsächlichen Absichten und den wahren Charakter des Faschismus war eines der wichtigsten Anliegen.

„Die wichtigste Aufgabe des KJV und aller Antihitlerischen Jugendorganisationen und Gruppen besteht gegenwärtig in einer breiten und gründlichen Aufklärungsarbeit über den kapitalistischen und räuberischen Charakter der Fremdherrschaft des deutschen Faschismus, bei beharrlicher, tagtäglicher Entlarvung seiner Demagogie“, war in den Richtlinien zu lesen.

Entsprechend der 1937 entwickelten Strategie der KPÖ auf der Grundlage der theoretischen Arbeiten von Alfred Klahr führten die jungen Kommunisten den Kampf gegen die deutsche Fremdherrschaft als nationalen Befreiungskampf. Vom Aufruf des ZK zur Annexion Österreichs, in der Nacht des Einmarsches der deutschen Truppen über die Propagierung der „Moskauer Deklaration“ (1943) bis hin zu den Losungen der Partisanen und der Freiheitsbewegung, vertraten die Kommunisten konsequent die Forderung nach einem freien und unabhängigen Österreich. „Der Freiheitskampf des österreichischen Volkes hat somit... ein nationales Ziel: die Beseitigung der Fremdherrschaft und die Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreich auf der Grundlage der demokratischen Selbstbestimmung des Volkes...“

Neben diesen, unmittelbar den einzelnen betreffenden Themen, bezog

der KJV auch zur internationalen Politik Stellung. In erster Linie stand natürlich die Propagierung der Friedenspolitik der Sowjetunion; die Kommunisten klärten die Arbeiterschaft über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom August 1939 auf, indem sie die Winkelzüge der westeuropäischen Großmächte (England und Frankreich) entlarvten und ihr Bestreben aufzeigten, die Aggression Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion zu lenken. All diese Aktivitäten versuchten sie in ähnlicher Weise wie schon unter dem Austrofaschismus auch in die Massenorganisationen der Nazis zu tragen.

„Der Schwerpunkt dieses Kampfes liegt unter den Bedingungen der totalen faschistischen Diktatur in den Reihen der „Hitler-Jugend“, im „Bund Deutscher Mädel“ und den anderen legalen Organisationen der Sportvereine „Kraft durch Freude“ usw. . . .“ hieß es in den Richtlinien.

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 wurde der Kampf gegen den Krieg zentraler Punkt der Agitation, vor allem unter den Wehrmachtangehörigen. „Der Soldatenrat“ hieß die Zeitung, die speziell für diesen Personenkreis vom KJV herausgegeben wurde. „Wehrmachtzersetzungsschrift“ wurde in den Anklagen und Urteilen des Volksgerichtshofs diese Publikation genannt. Elfriede Hartmann, Walter Kämpf, Friedrich Muzyka, Rudolf Mašl, Anna Wala, Friedrich Mastny und Alfred Rabofsky, um nur einige Namen von vielen zu nennen, waren es, die Tausende Feldpostbriefe verfaßten und an Soldaten an die Front schickten (vgl. Seite 72). Alle führenden Köpfe fielen 1943/44 dem Schafott im Wiener Landesgericht zum Opfer.

Dasselbe Schicksal erwartete jene Personen, die die Staats- und Parteiorganisationen ausnützend, in diesen Positionen erwarben, um von hier aus gegen die Nazis tätig zu werden. So brachte es der Wiener Franz Reingruber, der im Auftrag des KJV in die HJ eintrat, bald zum Schulungsleiter mit großem Ansehen innerhalb seines Bannes (so hieß die Grundeinheit der HJ). Sein Einfluß war so groß, daß nach seiner Verhaftung diese Gruppe von seiten der NSDAP aufgelöst werden mußte, weil sich eine Opposition gebildet hatte, die für Reingruber Stellung bezog. Auch er wurde hingerichtet.

Zu Beginn wurde auf die Tatsache verwiesen, daß erst wieder gegen Kriegsende verschiedentlich breitere Organisationsstrukturen aufgebaut werden konnten. In Wien war es die „Illegale Gruppe KJV Wien 44“, die Mitte 1944 von ehemaligen dem NS-Terror noch nicht zum Opfer gefallenen KJVlern aufgebaut wurde. Es waren dies Heini Klein, Franz und Grete Kainz sowie Karl Waschowski, die versuchten, alle noch unentdeckten KJVler zu sammeln. Gemeinsam mit Ida Tanzmayer wurden eine Stadtleitung, zwei Kreisleitungen, Bezirksleitungen sowie Betriebszellen installiert. Man schuf angesichts des Terrors eine straffe, eng begrenzte Gruppe, deren Zahl Anfang 1945 an die 80 Personen umfaßte. Unter höchster Konspirativität und intensiver Arbeit in den Naziorganisationen bereitete man sich auf die Zeit des „Endkampfes“ in Wien vor. Man schirmte sich mit einer eigenen Abwehrorganisation gegen das Eindringen von Unzuverlässigen ab, trachtete aber doch mit dem Knüpfen von Verbindungen einer Isolierung zu entgehen. So gab es Kontakte zu jugoslawischen Freiheitskämpfern, in die Industriegebiete um

Wien und zur Widerstandsgruppe innerhalb der Wiener Wehrmachtzentrale. In der Zeit ihres kurzen Bestandes konnte diese Gruppe bemerkenswerte Aktivitäten entwickeln und besonders in den Westbezirken Wiens einen nicht unbedeutenden Beitrag zur Befreiung der Stadt leisten. Heini Klein war führend am Aufbau der FÖJ beteiligt.

Die Partisanen des Salzkammergutes

Zahlreiche KJVler kämpften in den Reihen der Partisanen gegen die Nazi-Besatzer. Wenn der antifaschistische Widerstandskampf in Form des bewaffneten Partisanenkrieges in Österreich auch bei weitem nicht das Ausmaß wie in anderen Ländern (zum Beispiel in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, in Polen, der Slowakei, Jugoslawien, Griechenland, Italien und Frankreich) erreichte, so war dieser Widerstandskampf kleiner zum Teil schlecht ausgerüsteter und bewaffneter Gruppen doch so stark, daß er — vor allem in den letzten Kriegsmonaten — Teile der Nazi-Wehrmacht „band“, das heißt ihren Einsatz an der Front unmöglich machte. Damit haben auch Österreichs Partisanen einen Beitrag zur Beschleunigung des Kriegsendes und der Befreiung unserer Heimat geleistet.

Partisanenoperationen gab es im Salzkammergut, im steirisch-kärntnerischen Grenzgebiet und in Südkärnten; hierzu gehört auch der Kampf österreichischer „Freiheitsbataillone“ im Rahmen der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee, die unter österreichischen Fahnen auf slowenischem Gebiet gegen die nazideutsche Fremdherrschaft kämpften. Stellvertretend für alle anderen soll hier etwas näher auf die Partisanenbewegung im Salzkammergut eingegangen werden.

Die Partisanen des Salzkammergutes rekrutierten sich unter anderem aus Waldarbeitern, Kleinbauern, Salinenarbeitern, aus Menschen also, die unmittelbar mit der Landwirtschaft verbunden waren und gute Kontakte zur Bevölkerung hatten. Das ermöglichte es ihnen, zahlreiche Einsätze erfolgreich zu beenden und den fieberhaft nach ihnen suchenden Militärpolizei- und Sicherheitsstreifen zu entgehen. Doch bevor es soweit war, durchliefen die Illegalen des Salzkammergutes all jene Phasen, die auch in den anderen Teilen Österreichs den Weg der Antifaschisten markierten. Noch aus der Zeit des Austrofaschismus gab es ein funktionierendes System des KJV, in dem Anton Straubinger, der Ischler Schuster Rettenbacher, Friedrich Hirnböck, Raimund Zimpernik, Johann Leimer, Martin Langeder und Franz Kain aus Goisern, Herbert Filla und andere mehr aktiv Anteil hatten. Die Verhaftungswelle des Jahres 1941 riß auch hier große Lücken und zwang zu einer Verringerungen der Aktivitäten.

Erst nach der von der Halleiner Kommunistin Agnes Primosic gut organisierten Flucht des Spanienkämpfers Sepp Plieseis aus dem Außenlager Hallein des KZ Dachau, begann man mit der Organisation der Partisanengruppe. Es war im Sommer 1943, als Sepp Plieseis kurz nach seiner Flucht über das Hölleengebirge wieder in heimatlicher Umgebung eintraf und mit den Antifaschisten Gitzoller und Resi Pesendorfer in Bad Ischl

eine Besprechung hatte. Das Ergebnis war die Gründung einer neuen Organisation, der man den Namen „Gruppe Willy“ gab. In ihr beabsichtigte man im Sinne der Volksfrontpolitik, alle Hitler-Gegner zu vereinen. Bald waren Kontakte nach Bad Aussee, Goisern und Bad Ischl zu den jeweiligen Pfarrämtern geknüpft, die man in die Tätigkeit integrieren wollte. Schon der folgende Winter 1943/44 zeigte, daß die Bevölkerung bereit war, die Partisanen nach Kräften mit Geld und Lebensmitteln zu unterstützen. Der Einfluß der ständig wachsenden Gruppe nahm zu. Immer zahlreicher wurden die Fälle, daß junge Männer nicht mehr an die Front zurückkehrten und statt dessen zu den Partisanen gingen, die im Toten Gebirge ihr Rückzugsgebiet hatten.

Wie weit die Verbindungen der Partisanen reichten, zeigt der Fall Gitzoller. Er wurde, als er sich der Festnahme durch eine Polizeistreife entzog, angeschossen, konnte aber entkommen. Für die Heilung seiner Wunden waren aber spezielle Medikamente notwendig, die man ja nicht so einfach in der nächsten Apotheke kaufen konnte. Hier half der im Kreisgericht Wels einsitzende KJVler Peter Huemer, dem es gelungen war, in der Anstaltsapotheke angestellt zu werden und der auch in anderen Fällen die Partisanen mit Medikamenten versorgen konnte. Schwieriger war die Beschaffung von Waffen, die man teils erbeutete, teils von Soldaten bekam, die nicht mehr willens waren, an die Front zu gehen. Zum Arsenal der Partisanen gehörten Pistolen, Gewehre, Maschinenpistolen und Handgranaten.

Die bekannteste Aktion der Partisanen des Salzkammergutes war wohl die Rettung der Kunstschatze, die die Nazis aus halb Europa gestohlen hatten und gegen Kriegsende in diese Gegend brachten, um sie in den vorhandenen Stollen der Salzbergwerke zu lagern. Als das Ende des Dritten Reiches schon absehbar war, beabsichtigten die Nazis, die in den Stollen lagernden Kunstschatze zu sprengen. Doch so geheim die Aktion der Nazis auch behandelt wurde, die Partisanen bekamen von den Bergbaubeamten entsprechende Hinweise und verhinderten — gemeinsam mit anderen Antifaschisten — die Vernichtung dieser unschätzbaren Kulturgüter.

Gegen Ende 1944 war die Zahl der Partisanen beträchtlich angewachsen. Der große Umfang der Gruppe konnte nur dadurch ohne größere Gefahren beibehalten werden, weil es eine Verankerung der Partisanen in der Bevölkerung gab. Die Bauern schlachteten illegal ihr Vieh, um die „Gruppe Fred“, wie die umbenannte Gruppe Willy sich zu diesem Zeitpunkt nannte, mit Fleisch beliefern zu können, die Jäger und die Leute der Bergwacht gaben ihnen Auskunft, halfen ihnen soweit es möglich war. In dieser Zeit, Ende 1944, hatten die Partisanen weite Teile des Gebiets zwischen Bad Ischl—Rettenbachalm—Altaussee—Mitterndorf—Obertraun unter ihrer Kontrolle, wenn sie auch nicht verhindern konnten, daß ausgerechnet das Salzkammergut zum letzten Rückzugsgebiet von SS und Sicherheitsdienst („Alpenfestung“) wurde.

Als die Nazis in den letzten Kriegstagen noch den aus Jugendlichen und Greisen bestehenden Volkssturm zur Sprengung der Traunbrücke einsetzen wollten, konnte dies von den Partisanen verhindert werden. Um diese Zeit

schuf Albrecht Gaiswinkler die „Österreichische Freiheitsbewegung“. Er war von einem englischen Flugzeug über dem Toten Gebirge abgesprungen und nahm mit Pliesseis Kontakt auf. Bis zum Eintreffen der US-Truppen kontrollierten dann die Partisanen das Salzkammergut.

Schlußbetrachtungen

Auf Grund der gebotenen Kürze war es nicht möglich, auf die Rolle des KJV beim Widerstand in den Betrieben (Sabotage der Rüstungsproduktion!) und innerhalb der Wehrmacht sowie in den Konzentrationslagern einzugehen. Ein Aspekt des Widerstands kann aber nicht unerwähnt bleiben, der es erst ermöglicht, das volle Ausmaß, die heroische Haltung dieser den Kampf gegen den Faschismus organisierenden Menschen begreifbar zu machen. Wir können heute von vielen, die damals Widerstand leisteten, verhaftet, eingekerkert und hingerichtet wurden, deren Schicksalsweg verfolgen. Von der Mehrzahl sind Daten überliefert. Aber es gibt auch solche, die mitkämpften, unentdeckt blieben und so keine „Spuren“ hinterließen. Von zahlreichen Opfern kennt man außer ein paar Daten nichts, was ihr Schicksal erhellen könnte. Eine zahlenmäßige Erfassung des Widerstandes gegen den Faschismus ist aber doch annähernd möglich. Allein die Zahl der zum Tode verurteilten und hingerichteten Menschen beträgt 2700. Sieben Jahre dauerte die Herrschaft Hitler-Deutschlands in Österreich, sieben Jahre zu 365 Tagen. Die Summe aller Tage erreicht annähernd die Zahl der Ermordeten. An jedem Tag der Woche, Samstag und Sonntag, sieben Jahre hindurch wurde ein Menschenleben vernichtet. In den KZ, den Gestapokellern, Strafbataillonen und Zuchthäusern kamen weitere 30 000 Menschen um, die über 60 000 jüdischen Opfer sowie die innerhalb der Wehrmacht Verurteilten nicht eingeschlossen.

„Wie heißen Sie“, fragte der Vorsitzende den von zwei Wachebeamten flankierten zum Tode Verurteilten, der soeben in ein einfaches schwarzes Zimmer getreten war. Er sah nicht, daß bereits sechs schwarz gekleidete Männer hinter einem Vorhang hervorgetreten waren und darauf warteten, ihn sofort nach dem vom Vorsitzenden ausgesprochenen Todesurteil von beiden Seiten zu packen, hinter den beiseite geschobenen Vorhang zu führen, um ihn dort so lange auf die Guillotine zu drücken, bis das Fallbeil dumpf aufschlagend, den Kopf vom Rumpf getrennt hatte.“ (Hans Rieger: Verurteilt zum Tode. Dokumentarbericht. Seelsorge im Gefängnis des Wiener Landesgerichtes 1942—1944.)

Auch Richard Zach, ein führendes Mitglied des Grazers KJV gehörte zu den Opfern. In seinem letzten, aus dem Gefängnis geschmuggelten Brief an seine Eltern schrieb er: „Der Tag ist gekommen, der von uns Fassung verlangt . . . Meine Lieben, es ist mir noch immer unvorstellbar, ganz vom Leben Abschied zu nehmen. Aber wenn ich nunmehr kühl überlege — und das müssen wir gerade in dieser Lage —, dann muß ich Euch wie mir eine weitere Hoffnung absprechen. Es gibt doch keine Gnade, sonst müßte sie sich jetzt schon gezeigt haben. Diesen Satz müssen wir in aller seiner Folgeschwere dulden — es ist nun einmal so . . .“

Den Inhalt und Sinn seines Kampfes faßte er in ein Gedicht mit dem Titel „Unsterblichkeit“:

Bald wirst du liegen auf kalter Bahre,
Bald wirst du Asche werden und Staub . . .
Ob man dich nun im Armengrab verscharre,
In der Heldengruft bestatt — Raub
Bist du der nagenden Zeit. O narre
Dich nicht mit dem Todesgedanken! Siehe — Laub
Grünt und verdorrt. Auch du — wie sich gebare
Die ewig-durst'ge Seele. Stirb und glaub
Du bist bloß Funke, der verglüht. Dein Name,
Marmorgemeißelt, echolos, gilt nichts,
Unsterblich bist du einzig als der Same
Des Lebens! Wage für das menschlich Wahre!
Umklammere nicht den Tag! Kämpf!
Offenbare!

Sie alle „umklammerten nicht den Tag“, sie alle offenbarten und kämpften. Franz Reingruber gehörte auch zu den vielen. In der Haft führte er ein Tagebuch, das der Nachwelt erhalten geblieben ist. Darin wollte er seinen Gedanken „freien Lauf“ lassen und „alles ungezwungen aufschreiben“, was ihm „Freude und Leid bereitete“. Er war 19jährig als er verhaftet wurde und folgendes über die Verhöre schrieb:

„ . . . Ich habe Unbeschreibliches mitmachen müssen, und in meinem Herzen stieg der Haß gegen die Methoden der Gestapo . . . Diese Bestien machen vor niemandem halt . . . Ich liege im Bett mit Spuren von Mißhandlungen und muß alles über mich ergehen lassen . . .“

Der 1. Mai 1942! Ein Jahr ist vergangen, seit ich die Flugschrift verfaßte, deretwegen ich verhaftet worden bin. Ich dachte an ihren Inhalt, an die Losungen und das pünktliche Erscheinen, daß ich nie gedacht hätte, daß diese Flugschrift mein Verhängnis werden würde, wo ich doch soviel andres machte, worauf man nicht gekommen war . . . Den diesjährigen 1. Mai begehe ich im Kreis von Gleichgesinnten . . . Wir beschlossen, aus Protest heute nicht zu arbeiten und eine Feierstunde abzuhalten. Am Vormittag begann unser Stubenältester mit einer kurzen Ansprache, in der er den Tag als den Feiertag der Arbeiterschaft hervorstrich . . . Mit dem Lied der Arbeit und der Internationale klang die schlichte Feier aus . . .“

Wie unbeugsam und ungebrochen sein Kampfwille war, läßt sich aus der Schilderung des 1. Mai 1943 ersehen, den Reingruber noch im Wiener Landesgericht beging, und über den ein Augen- und Ohrenzeuge berichten konnte. Reingruber hielt von seinem Gefängnisfenster über den Hof hinweg eine Rede, in der er sagte:

„Die Arbeiter der ganzen Welt feiern heute den großen Fest- und Kampftag mit uns. Viele sind für die großen Ziele gefallen, viele sind hinter Kerkermauern wie wir, aber Millionen kämpfen gegen den ärgsten Feind der Freiheit, gegen die braune Pest . . . Der Sieg wird unser sein! Es lebe der 1. Mai! Es lebe die unbesiegbare Rote Armee!“

„Abspritzen“ nannten es die SS-Ärzte, wenn sie Häftlingen eine Dosis tödlichen Stoffes injizierten, um sie zu töten. „Abgespritzt“ wurde auch Bruno Dubber, der Reorganisator des KJV 1936 und der Leiter der KPÖ in der ersten Zeit nach dem Einmarsch der Hitler-Truppen 1938. Jahrelang hielt er den bestialischen Verhören der Gestapo stand, der es bis zu seinem Tod 1944 nicht gelang, Details oder Namen aus der Zeit seines illegalen Kampfes von ihm zu erfahren. Die Torturen begannen gleich nach seiner Verhaftung, und er scheute sich nicht, dem Ermittlungsrichter des Volksgerichtshofes in Wien Details dieser Verhöre brieflich mitzuteilen:

„Nach meiner Verhaftung mußte ich mich im gefesselten Zustand auf den Fußboden des Autos niederlegen, mein Mantel wurde über meinen Körper geworfen, während die im Auto sitzenden Staatspolizeibeamten mit ihren Füßen auf meinem Körper herumtanzten, mich mit ihren Füßen in den Rücken traten, oder auf den Kopf . . . Diese Mißhandlungen im Auto waren aber nur der Auftakt zu noch viel schlimmeren Prügel- und Mißhandlungsszenen auf der Staatspolizeistelle Wien, am Morzinplatz . . . Da ich nicht die gewünschten Aussagen lieferte, wurde der die Vernehmung leitende Herr Leutgeb gleich rabiat und schlug mir ins Gesicht. Das war für die übrig anwesenden Herrn das Signal, sich an den Prügeleien und Mißhandlungen aktiv zu beteiligen . . . Da ich meine Kameraden nicht belasten konnte und nicht belasten wollte, da ich die Interessen meiner Partei nicht preisgeben wollte und konnte, mußte ich an diesem ersten Abend fünf- bis sechsmal die oben geschilderten Quälereien über mich ergehen lassen. Die geschilderten Quälereien wiederholten sich am zweiten, dritten und vierten Vernehmungstag.“

Ein Jahr später, im Februar 1940, richtete er einen zweiten Brief an den Ermittlungsrichter:

„Ich habe keinerlei persönliche Fehde mit Herrn Leutgeb auszutragen . . . Er könnte ebensogut Auinger, Bruneder, Streit, Hauptmann oder sonstwie heißen . . . Wenn der Name Leutgeb häufig in meinen Erklärungen auftaucht, so deshalb, weil dieser Herr als Repräsentant einer Vollzugsgewalt mir gegenübertrat. Meine Einstellung zu diesem Manne ist eine rein politische und nicht eine persönliche, nicht einmal die Prügel und die Mißhandlungen, so verabscheuungswürdig wie sie auch sein mögen, haben irgendeinen persönlichen Haß oder Rachegefühle gegen die Person des Herrn Leutgeb aufkommen lassen. Blindwütiger Haß zeichnet . . . nur jene, die wehrlose, in ihrer Gewalt befindlichen Menschen prügeln, quälen, mißhandeln und beschimpfen, und das als ihr Kampfmittel gegen weltanschauliche Gegner betrachten.“

Nach vier weiteren Jahren der Qualen schrieb er im April 1944 aus dem Zuchthaus Bremen seinen letzten Brief an seine Mutter: „Meine Krankheit ist keine Erkältungsgeschichte, sondern hat tiefe und andere Ursachen . . . Aufstehen kann ich noch immer nicht, Fieber habe ich auch noch, zeitweise bis 40 Grad. Monatelang im Fieber liegen, das zehrt an Körper und Nerven. Viel sprechen kann ich auch nicht, weil es mir große Schmerzen verursacht.“

Das waren die letzten Mitteilungen von Bruno Dubber, einem der vielen Opfer, die der KJV, die Kommunisten Österreichs in ihrem Kampf für ein freies, unabhängiges Österreich bringen mußten.

In der Auseinandersetzung mit dem Widerstandskampf wird den Kommunisten immer wieder vorgeworfen, sie hätten ihre Mitglieder in einen aussichtslosen Kampf getrieben, sie „verheizt“, anstatt einfach auf das Ende der Nazibarbarei zu warten. Diese Anwürfe, die sowohl von konservativen als auch von sozialdemokratischen Kreisen vorgebracht werden, spiegeln zwei Tatsachen wider:

1. Der Widerstandskampf in Österreich wurde zum überwiegenden Teil von den Kommunisten getragen — womit sich die Historiker gezwungen sehen, die Frage zu beantworten, wo denn die Hunderttausenden Mitglieder der beiden großen Parteien waren, worin denn deren Beitrag im Kampf gegen die Hitler-Diktatur bestand. Von diesem „Beweisnotstand“ ist natürlich der Weg zur Verunglimpfung des Widerstandskampfs der Kommunisten als „sinnlose Opferung“ nicht weit.

2. Jene, die mit diesem Argument den Kampf der Kommunisten in Zweifel ziehen möchten, begreifen nicht, daß die Widerstandskämpfer in voller Übereinstimmung mit den Gesetzmäßigkeiten der Epoche handelten. Für sie war der Widerstand moralische Pflicht und humanistischer Auftrag der Volksmassen, war härteste Klassenauseinandersetzung. All denen, die an ihm teilnahmen, ihn vorantrieben und formten, gebührt das ständige Andenken derer, die heute, unter anderen Bedingungen, den Kampf um eine bessere Welt führen.

7. Die kommunistischen Studenten 1918—1945

Die Freie Vereinigung sozialistischer Studenten

Die Gruppe der kommunistischen Studenten ist wie die der Mittelschüler und der jugendlichen Arbeiter während des ersten Weltkrieges aus der Opposition gegen die entsprechenden sozialdemokratischen Organisationen hervorgegangen. 1893 war zum 10. Todestag von Karl Marx auf Initiative von Max Adler die „Freie Vereinigung“ gegründet worden, die 1908 die Beifügung „Sozialistische Studenten Wien“ bekam.

Den Burgfrieden der ersten Kriegsjahre haben die sozialistischen Studenten, wenn auch mit steigendem Widerwillen eingehalten, so daß sie von den Behörden ungeschoren blieben.

Nach der Ermordung Stürgkhs durch Friedrich Adler jedoch wurde das Lokal der Freien Vereinigung im 8. Bezirk, Schlösselgasse 11, versiegelt. Erst Anfang 1917 konnte die Tätigkeit wieder aufgenommen werden. Zu den bald darauf Beitretenden gehörte Elfriede Eisler. Unter den zirka 20 Verhafteten unmittelbar nach dem Jännerstreik des Jahres 1918, bei dem die Linksradikalen eine vorwärtstreibende Rolle gespielt hatten, waren auch zwei Studenten, der 22jährige Rudolf Beer und der 26jährige Franz Koritschoner. Koritschoner studierte damals allerdings kaum mehr, ging ganz in der Politik auf und verdiente seinen Lebensunterhalt als Bankangestellter. Der Polizeibericht vermerkte, „daß nicht nur die ‚Freie Vereinigung sozialistischer Studenten‘, sondern auch die ‚Vereinigung der Arbeiterjugend‘ und der ‚Verein Bildung‘ der Einflußnahme äußerst radikaler Elemente unterstehen und diesen Gelegenheiten bieten, ihre auf einen gewaltsamen Umsturz abzielenden Ideen den empfänglichen Gemütern der studierenden Jugend einzupflanzen und als staatsgefährlich anzusehen sind“. Die Folge war ein neuerliches Verbot, der eine Neukonstituierung nach der Entlassung Friedrich Adlers und anderer „Politischer“ im Herbst 1918 folgte.

Die Neukonstituierung der FVsS war nicht nur ein formaler Akt. Damit war eine Vereinigung mit neuem Inhalt, mit neuen Zielen entstanden. Man trat für einen internationalen Bund freier kommunistischer Republiken ein. „Die FVsS wurde nach ihrer Neugründung mehr oder weniger kommunistisch. Nach dem Zusammengehen der Linksradikalen mit den Kommunisten — das war allerdings erst am 7.12.1918 — wurde die Freie Vereinigung zur kommunistischen Studentenorganisation, was auch in ihrem erweiterten Vereinsnamen: ‚Freie Vereinigung sozialistischer Studenten. Gruppe kommunistischer Studenten‘ ausgedrückt wurde.“ (Helge Zoitl: Kampf um Gleichberechtigung. Die sozialistische Studentenbewegung in Wien 1914—1925, phil. Diss., Salzburg 1976.)

Die Tätigkeit der „Freien Vereinigung“ umfaßte eigene Veranstaltungen zur Verbreitung fortschrittlichen Gedankengutes und zur Gewinnung neuer

Miltreiter. Bereits am 15. November 1918 wurde in einem Hörsaal der Universität Wien eine Versammlung angesetzt, bei der ein Referat über „Die Akademiker und die kommunistische Republik“ gehalten werden sollte.

Größtes Aufsehen erregte auch die für den 14. Juni 1919 geplante „Vorlesung revolutionärer Dichtungen“. Gelesen sollten Dichtungen von Hugo, Tolstoi, Herwegh, Leonhard Frank, Romain Rolland und Franz Werfel werden; die aus heutiger Sicht berühmtesten Mitwirkenden waren Alexander Moissi, G. W. Papst und Elisabeth Bergner.

Der große und der kleine Festsaal der Universität Wien waren schon bewilligt, die Zuhörer machten sich schon auf den Weg, als der Rektor die Universität sperren ließ. Als Anlaß dafür nahm er die Einladungen, Flugblätter, die sich an die „Arbeiter und Soldaten“ richteten und von der FVvS verteilt worden waren.

In der Auseinandersetzung mit den Deutschnationalen war der akademische Boden besonders umstritten. Die Polizei durfte ihn nicht betreten. Die kleine Gruppe der linken Studenten sah sich dort der Übermacht ihrer Gegner gegenüber. Am 6. Juni 1919 hatten die Deutschnationalen eine Kundgebung veranstaltet, bei der es auf der Rampe der Universität Wien zu Mißhandlungen kommunistischer Studenten gekommen war. Einen Tag später versammelten sich sozialistische und kommunistische Studenten gemeinsam mit Mitgliedern der Volkswehr in der Universität, um zu unterstreichen, daß diese in Zukunft allen gehöre. Die Veranstaltung sollte ein Symbol dafür sein, daß alle Schranken zwischen Studenten- und Arbeiterschaft fallen, daß sie als Kampfgenossen ein Ziel gemeinsam haben, einen Weg, die proletarische Revolution.

All diese Aktivitäten fanden noch vor dem Blutbad in der Hörlgasse statt, vor dem Zusammenbruch der ungarischen und der bayrischen Räterepublik. Gegen Ende des Jahres 1919 ging der Einfluß der kommunistischen Studenten an der Universität zurück. Der aktive Kern der kommunistischen Studenten sammelte sich in der „Kostufra“.

Die Kommunistische Studentenfraktion (Kostufra)

Über den genauen Zeitpunkt des Entstehens der Kostufra lassen sich keine genauen Angaben mehr machen, da die Erinnerungen der letzten Überlebenden diesbezüglich nicht übereinstimmen. Ein Teil der Energien der Kostufra wurde freilich durch die Auseinandersetzungen innerhalb der Kommunistischen Partei verbraucht, bei deren Parteitag es Delegierte der Studentenfraktion gab. Zur Kostufra gehörten damals auch der Sohn von Karl Liebknecht, Helmut, beide Brüder Hans und Fritz Glaubauf sowie zahlreiche Studenten aus den Ländern der ehemaligen Monarchie (den sogenannten „Nachfolge-“ oder „Sukzessionsstaaten“).

Innerhalb der Kostufra gab es mehrere Kreise, meist nach dem Wohnort oder der Studienrichtung, deren Mitglieder besonders eng miteinander befreundet waren. Eines der Zentren waren die „Grünzinger Baracken“, in denen politische Flüchtlinge der Nachfolgestaaten, aber auch mittellose

Nicht-Wiener wohnten. Sie waren nicht nur ein Kristallisationspunkt für die KPÖ, von der zahlreiche führende Kader dort wohnten (Koplenig, Honner u. v. a. m.), sondern auch für die kommunistischen Studenten. Nirgends wurde soviel und von so vielen gebildeten Leuten diskutiert, nirgends auch kam die Polizei so oft zu Besuch.

Ein anderes Zentrum war die Mensa der sozialistischen Studenten in der D'Orsaygasse 5, wo auch die kommunistischen Studenten ihren Hunger stillten und tägliche politische Diskussionen selbstverständlich waren.

Als 1924 eine Gruppe Professoren der Moskauer Universität sich als Studiendelegation in Wien aufhielt, wurden ihre Vorträge zu einer großen Hilfe für die Kostufra.

Viele ihrer Mitglieder traten der damals gegründeten Akademischen Legion (Aleg), der Studentengruppe des Republikanischen Schutzbundes bei, der auch der spätere Spanienkämpfer Dürmayer angehörte. Schon im Mai 1925 jedoch wurden die kommunistischen Studenten aus der Akademischen Legion ausgeschlossen. In einem Flugblatt „An alle Mitglieder der Aleg und an die gesamte Studentenschaft“ nahmen sie darauf Bezug und forderten sie auf, den Ausschluß aufzuheben und eine neue Leitung zu bilden.

Viel Energie wurde darauf verwendet, das erworbene Wissen durch Referate in die Proletarierjugend zu tragen. Die Verbindung zwischen den beiden Jugendorganisationen war sehr eng. Die Studenten nahmen an den Streikvorbereitungen und Demonstrationen der Lehrlinge und jungen Arbeiter teil. Dabei wurden diese Kontakte bewußt gesucht. Weiterhin war die Universität eine Stätte der schwärzesten Reaktion geblieben. Ja, die großdeutschen und antisemitischen Ausschreitungen erreichten 1923 nach der Besetzung des deutschen Ruhrgebietes durch französische Truppen und Hitlers verunglücktem Putschversuch in München einen Höhepunkt.

Vorsitzender war in diesen Jahren Rudolf Schlesinger (Deckname Gerber). Sein Nachfolger war Otto Mödlagl, der nach Beendigung seines Studiums an der Technischen Hochschule ins Burgenland übersiedelte, wo er an die Spitze der KPÖ-Landesorganisation trat. Pinkus FINDER wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt. In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre traten, bedingt durch die selbstverständliche Fluktuation der Studierenden, wieder andere Leitungs- und einfache Mitglieder in den Vordergrund, die sich mit anderen wirtschaftlichen Situationen und politischen Ereignissen auseinandersetzen mußten.

Als Vorsitzender fungierte unter anderem Erich Kelen, der nachmalige Arzt. Freitag und Samstag trafen sich die kommunistischen Studenten in den Kaffeehäusern des 9. Bezirkes, wo man interessante Vorträge veranstaltete. Die Mitgliederzahl war recht bescheiden und betrug zirka 20 Studenten. Unter ihnen waren Arnold Reisberg, Franz Quittner, Toni Lehr; Alfred Klahr hatte sein Studium bereits absolviert. Vielfach waren die Studenten Mitglieder des KJV, wo sie auch politisch wirkten.

In verschiedenen Zirkeln wurde das „Kommunistische Manifest“ gelesen, Lenins „Staat und Revolution“, Stalins „Probleme des Leninismus“, aber auch populärwissenschaftliche Schriften und Broschüren, die die Partei zu verschiedenen Fragen herausgab. Alfred Klahr wirkte gemeinsam mit seinem

Freund Arnold Deutsch in einer der drei KJV-Gruppen in der Leopoldstadt und organisierte den Zirkel „Freiheitskämpfer“. Dort erzählte er vom Leben großer Revolutionäre, deren Beispiel die Jugend anfeuern und begeistern sollte. Diese Verbundenheit zwischen kommunistischen Studenten und KJV manifestierte sich auch in der umgekehrten Richtung, wenn KJVler an der Universität erschienen, um ihren bedrängten Genossen im Kampf gegen die faschistischen Provokationen beizustehen.

Die Mitgliederzahl in jener Zeit war etwas höher als in den Jahren davor und bewegte sich zwischen 80 und 150, wobei die Mehrzahl Medizin studierte. Mitgliedskarten gab es damals ebensowenig wie ein eigenes Lokal, so daß sich die Aktivitäten wie bisher in den umliegenden Cafés abspielten. Die Veranstaltungen waren polizeilich gemeldet, auch die Leitungssitzungen wurden in diesen Lokalitäten abgehalten. Fast jede Woche fand eine allgemeine politische Diskussion statt; wenn Linke aus dem Ausland kamen, lud man sie ein, dort zu sprechen. 1926 trat Jenő Kostmann der Kostufra bei und wurde noch im selben Jahr in die Leitung gewählt.

Kostmann meint, daß die Hauptarbeit der Kostufra nicht so sehr studentische Belange betraf, sondern die Heranführung von Studenten an die Kommunistische Partei. Der engste Kontakt mit der Arbeiterschaft war das Ziel der Kostufra, was sich auch durch die Teilnahme an Demonstrationen der Arbeitslosen manifestierte, für die sie an der Unj agierte.

Nach wie vor waren Nazikrawalle an der Tagesordnung. Gegenaktionen konnten für linke Studenten oft recht böse Folgen haben, wie zum Beispiel für Trude Bechmann. Sie nahm an Aktionen sozialistischer und kommunistischer Studenten gegen die antisemitischen Ausschreitungen der Coleur-Studenten im Jahre 1926 teil. Als sie dem Dekan erklärte, daß er lüge, wenn er abstreite, daß die nationalen Rohlinge jüdische Studenten blutig geschlagen haben, wurde sie wegen Beleidigung des akademischen Senats relegiert, das heißt, nach einem Disziplinarverfahren von der Universität verwiesen. Kostmann erinnert sich:

„1927 hatten die sozialistischen Studenten eine Versammlung an der Universität, ich glaube es war die letzte. Nachher bekamen sie keine Räume mehr, der Kostufra wurden schon vorher keine mehr zugebilligt. Es war bekannt, daß die Nazis sich schon gerüstet hatten, die Versammlung zu sprengen. Sie hatten den Turnsaal für sich und dort ihre Latten aufgehoben, mit denen sie uns auf die Rampe hinausprügelten. Als wir unten waren, fing uns die Polizei auf. Sie riefen: ‚Auseinandergehen!‘ Ich entgegnete: ‚Ich kann nicht auseinandergehen, ich bin nur einer!‘

Wegen Auflauf, Nichtfolgeleistung und Wortstreit mit einem Wacheorgan wurde ich darauf angeklagt, kam aber mit drei Tagen bedingt und ohne Relegation davon.“

Oft kam der deutsche Dichter Erich Weinert und hatte die vollsten Säle von ganz Wien. Meistens hatte er seine Kampfgedichte selbst vorgetragen, frei natürlich. Das ganze wirkte wie eine Versammlungsrede und war ähnlich zündend wie Majakowski.

Von 1927 bis 1931 ging die Verantwortung als Vorsitzender auf den Germanisten Hans Goldschmidt über, wobei die Leitung noch immer aus den

alten Studenten wie Jenő Kostmann, Peter Edel, Roman Werfel und Fritz Jerusalem (Jensen) bestand.

Der Mitgliederstand sank wieder auf zwanzig Mitglieder ab. Zu den Vorträgen fanden sich oft 80 Studenten ein. Den größten Zulauf hatte ein Vortragszyklus von Wilhelm Reich über „Psychoanalyse und Marxismus“. Reich war eine schillernde Persönlichkeit und ein glänzender Redner. Als er 1928 der KPÖ beitrug, war das ein beachtetes Ereignis. Er hat bei der Kostufra auch über sexuelle Themen gesprochen, ebenso wie er es in Fabriken tat.

Mit Medizinstudenten, die sich dafür interessierten, errichtete Reich eine Sexualberatungsstelle.

Der Juli 1927 hatte auch unter den Studenten Auswirkungen. Für viele sozialdemokratisch Eingestellte war er der Anstoß zum Übertritt in die KPÖ. Die latente Krise machte sich erneut bemerkbar; das Leben der Studenten wurde problematischer. Sie waren leichter für Aktionen zu gewinnen. Die aktivsten Mitglieder der Kostufra empfanden ihre Organisation nur mehr als Debattierklub. Sie beschlossen eine wirklich politische Organisation zu gründen und nannten sie „Roter Studenten-Bund“.

Vom Roten Studenten-Bund zum Geeinten Roten Studenten-Verband

Der RStB bestand rund fünf Jahre. Bis 1932 war Willi Gründorfer Org.-Leiter. Mit ihm zusammen arbeiten seine Freunde Eidinger, Peter Edel, der Lebensgefährtin von Vera Liebknecht, Ernst Hoch, Elek Lustmann, Hans Goldschmidt, Leo Zimmermann und andere. Sie übten abwechselnd diese oder jene Funktion aus, meist je nach dem Ablauf ihrer Studien.

Die Zeitung, die damals von den kommunistischen Studenten herausgegeben wurde, „Der Rote Student“, erschien vermutlich 1931/32. Nazikrawalle waren so häufig wie früher. Bei ihrer Abwehr spielten die kommunistischen Studenten eine wesentlich größere Rolle als die sozialdemokratischen. Die Nazistudenten versuchten zum Beispiel immer öfter den Ausgang zur Universität für Unerwünschte einfach zu sperren. Damals, 1931, kam es zu einer Gegendemonstration, von der die „Neue Freie Presse“ schrieb, daß 2000 kommunistische Studenten daran teilgenommen hätten. Das war übertrieben, denn es waren ihnen auch viele Arbeiter zu Hilfe gekommen.

Gründorfer unterbrach im Herbst 1932 sein Studium für drei Jahre, die er ganz der Arbeit in der KPÖ widmete. Sein Nachfolger wurde Otto Langbein, der 1929 Geographie und Geschichte inskribiert hatte.

In diese Periode des RStB fällt der Übergang von der Legalität der Organisation in die Illegalität, wobei die kommunistischen Studenten schon bisher durch die Behörden schikaniert und verfolgt, sich auf das Verbot ihrer Organisation bereits vorbereitet hatten.

Die Studenten bildeten damals eine Untergruppe des KJV, waren also Josef (Pepi) Lauscher unterstellt. Immer seltener wurde nach der Parteizugehörigkeit gefragt. Jeder Kämpfer für Frieden und Demokratie, jeder Antifaschist war willkommen.

Langbein legte besonderen Wert auf die Schulung der Mitglieder. Sie

spielte sich winters in verschiedenen Lokalen, selbstverständlich nicht mehr in den früheren, der Polizei bekannten, ab. Im Sommer traf man sich vorwiegend im Überschwemmungsgebiet (Inundationsgebiet) der Donau bei Wien, und als die Polizei lästig wurde, stromabwärts in der Lobau. Sehr beliebt waren auch Ferienlager: eines auf der Burgruine Schwabegg bei Lavamünd (1933), eines zu Pfingsten 1935 am Silbersee in Klosterneuburg, ein Sommerlager am Weißensee in Kärnten, ein als Schikurs getarntes Winterlager am Stuhleck in der Steiermark, 1936 ein Osterlager in der Feistritzer Schwaig, 1937 ein 14tägiges Sommerlager in Jugoslawien, ein Winterlager in Mariensee und eines in Roseggers Waldheimat 1937 sowie ein letztes Sommerlager in Lunz am See. Manche Schulungen dauerten 3—4 Wochen und hatten bis zu 40 Teilnehmer.

Die Kurse, Vorträge und Seminare wurden sehr ernst genommen, erinnert sich Otto Langbein. Man besprach philosophische und historische Themen, beschäftigte sich mit dem dialektischen Materialismus. Auch gedrucktes Material wurde verwendet. Darunter waren die MASCH-Hefte, die Lehrbeihilfe der Marxistischen Arbeiterschule in Berlin, die zwischen 1925—1933 herauskamen. Der Chemiker Friedmann referierte über das Buch des Marxisten Eugen Varga „Einführung in die politische Ökonomie“.

Zum Alltag des Hochschullebens gehörten nach wie vor die antisemitischen Ausschreitungen. Für die Nazis waren alle Juden rot und alle Roten Juden. Solche Gesichtspunkte führten zu den Prügeleien. Gegen diesen Ungeist galt es anzukämpfen. Flugblätter wurden hergestellt, verteilt, Embleme mit den Parolen „Heil Moskau“ oder dem Hammer-und-Sichel-Symbol gestreut. Man hißte Fahnen an den unzugänglichsten Stellen, sammelte Geld und Unterschriften, veranstaltete Blitzdemonstrationen an verkehrsreichen Punkten. Alle diese Tätigkeiten wurden von den Behörden schon strafrechtlich verfolgt, wobei das Ausmaß von wenigen Tagen bis zur Einweisung nach Wöllersdorf reichen konnte. Leopold Spira, der „Abziehmensch“, der ganze Tage und Nächte mit der Herstellung der Mitteilungsblätter des GRSV in einer Wohnung mit Abziehapparat und Schreibmaschine verbrachte, wurde nach seiner zweiten Verhaftung für längere Zeit nach Wöllersdorf eingeliefert.

So gut wie machtlos waren die Aktivisten gegen die sogenannten Präventivverhaftungen, die anlässlich der verschiedenen Jahrestage oder aktueller Ereignisse, an denen die Polizei Aktivitäten erwartete, vorgenommen wurden.

Im Gefängnis und im Anhaltelager Wöllersdorf, das nicht zufällig auch als „Arbeiterhochschule“ bezeichnet wurde, kamen die Studenten in Kontakt mit den dort einsitzenden führenden Funktionären der KPÖ. Genossen, wie Fürnberg, Honner, Hexmann (der am längsten sitzende „Wöllersdorfer“), Lauscher u. v. a. m., waren Garanten für eine intensive politische Weiterbildung.

1935 schlossen sich der „Rote Studenten-Bund“ und die „Rote Vorhut“ (die Studentenorganisation der RS) zum „Geeinten Roten Studenten-Verband“ zusammen. Diese Aktionseinheit wirkte sich auch auf parteiungebundene Studenten aus, so daß der illegale GRSV zwischen 1935 und 1938

fast wieder die Stärke der legalen Anfangsphasen des RStB, das heißt 300—400 Mitglieder, aufweisen konnte.

Die Einigung war nicht ohne heftige Diskussionen vor sich gegangen, vor allem darüber, ob es sich um eine Verschmelzung der beiden Gruppen oder nur um eine Dachorganisation handeln sollte. Im Sinne der Verschmelzung war die Herausgabe einer eigenen Zeitschrift des GRSV: sie hieß „Der Rote Hochschulkampf“. Daß die völlige Verschmelzung nicht gelang, dokumentiert das Erscheinen eines besonderen Mitteilungsblattes der Kommunisten im GRSV, der „Roten Rundschau“.

Der GRSV in seinen Mitteilungsblättern

Die erhaltenen Nummern der Mitteilungsblätter des GRSV zwischen 1935 und 1937 veranschaulichen sehr lebendig die Fülle der Ereignisse, Probleme und Aufgaben, die nicht nur die österreichischen Studenten beschäftigte. In der Vielfalt der Artikel unterscheiden sie sich kaum von einer gut redigierten Tageszeitung. Sie sind aus konspirativen Gründen natürlich nicht gezeichnet, auch nicht mit Initialen oder Decknamen. Die Gefahren der Herstellung und des Vertriebes beeinflussten den Stil der Redakteure, denn jedes Wort war kostbar. Die „Geistigen Arbeiter“, wie sie sich nannten, wollten von den körperlich Arbeitenden verstanden werden. Diese Absicht prägte den Stil ebenso wie sie den Inhalt beeinflusste.

Die Ablehnung der Sozialpolitik des Ständestaates ging weit über die Gruppe des GRSV hinaus und hatte auch die „Braunen“ erfaßt.

„Die Lage der Intellektuellen schwebt nicht irgendwo in der Luft, sie ist untrennbar mit dem Geschick der übrigen arbeitenden Bevölkerung verbunden. Der verwesende monopolistische Kapitalismus verurteilt große Massen der geistigen und manuellen Arbeiter zu lebenslänglicher Arbeitslosigkeit. Der Untergang und die Überwindung des Kapitalismus durch die sozialistische Planwirtschaft ist die Lebensnotwendigkeit der gesamten arbeitenden Bevölkerung.“

Diese grundsätzliche Haltung spricht aus allen Publikationen: detaillierte Zahlenangaben über die Arbeitslosen in Österreich (offiziell wurden sie nicht veröffentlicht), Berichte über Lohnkämpfe von Arbeitern beim Straßenbau, in der Spinnerei Pottendorf, bei Siemens-Schuckert und anderswo.

Die finanzielle Lage der Studenten, die größtenteils aus Familien kleiner Beamter, Angestellter und Gewerbetreibender kamen, war äußerst trist. Nachhilfestunden, allerdings für Volksschüler, wurden um 50 Groschen in der Stunde erteilt; das waren gerade zwei Straßenbahnfahrtscheine. Geschäftsleute bezahlten die Nachhilfestunden ihrer Kinder oft nur mit einer Jause.

Viele auswärtige Studenten, die keine EBPakete von daheim bekamen, waren gezwungen, sich täglich um eine Klostersuppe anzustellen. Werkstudenten gab es in dieser Zeit der allgemeinen Arbeitslosigkeit so gut wie keine. Das hatte allerdings den Vorteil, daß die Studenten die ganze Zeit ihrem Studium und der politischen Arbeit widmen konnten und auf beiden Gebieten

ausgezeichnete Leistungen vollbrachten. Die Möglichkeit, aufgrund sehr guter Prüfungsergebnisse Befreiung von Gebühren oder gar Stipendien zu erhalten, spornte zusätzlich zu Leistungen an. Doch verschlechterten sich die Bedingungen von Jahr zu Jahr, was sich ebenfalls in den Aktivitäten der Studenten auswirkte.

Die Roten Studenten fühlten sich aufgrund ihrer sozialen Lage als Teil der Arbeiterklasse. Umgekehrt zählten die Lehrlinge und Jungarbeiter die Studenten zum ausgebeuteten Teil der Bevölkerung. Illustriert wird das durch ein Flugblatt aus dem Jahr 1935, das dem KJV zugeschrieben werden kann. Es richtete sich an „Jungarbeiter, Arbeitslose, Soldaten, Studenten und Schüler“.

Man rief nicht nur zu engen Zusammenarbeit auf, sondern führte sie auch praktisch durch. Wie seit eh und je waren Studenten beim KJV als Referenten tätig, pflegte man enge Beziehungen zum „Antifaschistischen Mittelschülerbund“. An den vorher erwähnten Ferienlagern nahmen immer Mittelschüler teil, wie umgekehrt in den Mittelschülerlagern immer Studenten anwesend waren.

Neben der sozialen Komponente ihres Kampfes gab es auch noch den Kampf gegen die „vaterländische“ Kulturpolitik. So zum Beispiel gegen das Hochschulgesetz, das am 1. 10. 1935 in Kraft treten sollte. Nach diesem neuen Gesetz sollte die Absolvierung eines zweistündigen „vaterländischen Pflichtkollegs“ bindend und Voraussetzung für ein Weiterstudium aller Hörer sein. Gegen den Militarismus fanden die Roten Studenten einen gemeinsamen Weg mit den Pazifisten; gleichwohl unterschieden sie den imperialistischen Angriffskrieg vom Verteidigungskrieg und vom bewaffneten Klassenkampf. Folgerichtig schrieb „Der Rote Hochschulkampf“ vom Mai 1935:

„Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht beschleunigt das Herannahen des Krieges, erleichtert seinen Ausbruch: darum KAMPF gegen die Wehrpflicht, KAMPF gegen jede Maßnahme an den Hochschulen, die der Militarisierung dient! . . . Der Kampf gegen die Wehrpflicht bedeutet Verzögerung des Kriegsausbruchs, das heißt weitere Festigung der Sowjetunion, bessere Vorbereitung der Revolution in den kapitalistischen Ländern. Aber nur die proletarische Revolution kann die Kriege auf immer verhindern.“

In diesem Sinne traten die Roten Studenten gegen ein zweistündiges Pflichtkolleg für Turnlehrer „Einführung in die militärische Jugenderziehung“ auf, gegen die Teilnahme an „körperlichen Ertüchtigungen“ u. a. m. Hingegen appellierten sie an alle Wehrfähigen, dem illegalen Republikanischen Schutzbund beizutreten. Die Studenten im Schutzbund hatten übrigens schon im Oktober 1934 ihren kollektiven Beitritt zum Roten Studentenbund beschlossen.

Obwohl in den Publikationen des GRSV Artikel über die Innenpolitik und solche über studentische Belange überwiegen, fehlen jene über die Außenpolitik keineswegs. Im Mittelpunkt des Interesses standen die Sowjetunion und Hitler-Deutschland.

Die Existenz der Sowjetunion lieferten den Roten Studenten die wichtigsten Argumente im Kampf um ihr Ziel, um die Erringung des Sozialismus. Immer wieder wird betont, daß es das „einzige sozialistische

Land der Welt“ ist. Vieles was vernünftig ist, gibt es daher nur in diesem Land. Nur dort „stehen die Hochschulen ausschließlich den Werktätigen offen“, nur dort steigt „die Zahl der Studenten von Jahr zu Jahr und gibt es kein Akademikerelend“. Nur dort ist die Frau mit allen ihren Fähigkeiten bei Gleichheit der Löhne und der gesetzlichen Rechte in den Produktionsapparat eingeschaltet“, und viele andere Argumente mehr.

Was die Beurteilung Hitler-Deutschlands anlangte, gab es keine Differenzen zwischen den beiden linken Studentengruppen. Es wurde als der „aggressivste imperialistische Staat in Europa“ gebrandmarkt. Deutschland und Italien waren „die großen imperialistischen Räuber“. Die marxistischen Studenten bemühten sich, den Widerspruch zwischen den Versprechungen und den Handlungen der Faschisten deutlich zu machen.

Am zweckmäßigsten schien es, bestimmte Fakten aus dem Dritten Reich und dem Land des sozialistischen Aufbaus einander gegenüberzustellen. Die verlogene Naziideologie zu entlarven, war im Hinblick auf die Nazistudenten, die man teilweise zu gewinnen hoffte, besonders wichtig. Diese kämpften gegen den grünen Faschismus und sahen im deutschen Nationalsozialismus eine Alternative zur Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur. Die „Rote Rundschau“ vom Juni 1935 schrieb daher folgerichtig:

„Wir müssen den Nazi aufzeigen, daß eben im Wesen kein Unterschied zwischen dem braunen und dem grünen Faschismus besteht. Wir müssen sie vom Kampf gegen den vaterländischen zum Kampf gegen den Faschismus überhaupt führen.“

Mit besonderer Anteilnahme wurden die Ereignisse in Spanien verfolgt. Die sich entwickelnde Unterstützung beschränkte sich nicht nur auf die Herstellung von einschlägigen Flugblättern und auf Geldsammlungen. Einige Rote Studenten entschlossen sich, alles, was sie besaßen, für Spanien einzusetzen. Rettenbacher kämpfte im Bataillon „12. Februar“, Spira im „Thälmann-Bataillon“. Robert Salzer fiel 1939 beim Rückzug in Katalonien, der Chemiker Emmerich Übeleis überlebte, doch sein weiteres Schicksal blieb unbekannt. Bruno Weingast, ebenfalls ein Chemiker, kämpfte zuerst in Spanien, dann im belgischen Widerstand, wo er als Partisan erschossen wurde.

Aktionen der Roten Studenten in Wien

Die sozialistischen und kommunistischen Studenten der Wiener Hochschulen haben sich unmittelbar vor dem ersten Jahrestag des Aufstandes der Wiener Arbeiter zu einem Kampfblock zusammengeschlossen. In den Februartagen sah man an den Wiener Hochschulen Tausende Streuzettel mit dem Drei-Pfeil-Abzeichen der Sozialisten und dem Sowjetstern. In den Gängen der Universität und der Technik war mit roter Ölfarbe die Aufschrift „Rache für die gefallenen Helden des roten Februar“ gemalt worden. In die Glasscheiben hatten die Kommunisten Hammer und Sichel geätzt, in Seminarien und Hörsälen waren Zettel mit den Parolen „Rache für Georg

Weissel", „Vorwärts zum siegreichen Aufstand" gestreut worden. „Obwohl die Polizei ständig bemüht war, alle sichtbaren Zeichen der revolutionären Propaganda raschest verschwinden zu lassen, ... haben die Aktionen unter der Hochschülerschaft doch großes Aufsehen erregt. Im Anatomischen Institut wurden wiederholt Studentinnen und einmal sogar alle Hörerinnen einer Lehrkanzel in die dortige Wachstube gebracht — und trotz ihres Protestes einer Leibesvisitation unterzogen. Auch einige Verhaftungen von Hörern sind ergebnislos verlaufen." (Illegale „Arbeiter-Zeitung"). Für den 12. Februar wurde ein Hörerstreik ausgerufen und von einer nicht unbeträchtlichen Anzahl von Studenten auch befolgt. Die Einheitsfront hatte sich positiv auf die gesetzten Aktionen ausgewirkt.

Im Mai 1935, nach der vollen Aufnahme des Vorlesungsbetriebes, führten die Roten Studenten an der Technik und an allen Institutionen der Universität ihre Mai-Aktionen durch. Die Mai-Losungen wurden in den Hörsälen und Labors verbreitet. Am Hauptgebäude der Universität wurden an über 50 Stellen die Symbole der proletarischen Revolution gemalt. In manchen Hörsälen der phil. Fakultät kursierten die Flugzettel bis in die Abendstunden. Damals gehörte es zur Pflicht der Polizei, um ¾ 8 Uhr früh alle Hörsäle nach Flugzetteln abzusuchen. Am ersten chemischen Institut wurden nach einer Vorlesung Mai-Aufrufe und Sowjetsterne auf die Straßen gestreut; am zweiten chemischen Institut wurden solche Aufrufe in der Garderobe gestreut. Am 21. Mai ertönte während der Vorlesung bei Prof. Wild, im Hörsaal 41, die Internationale aus einem versteckten Grammophon. Aus anderen Anlässen entrollte sich aus dem gassenseitigen Fenster des chemisch-pharmazeutischen Instituts in der Währinger Straße 10 eine rote Fahne mit Flugbättern. Sie war mit einer Schnur zusammengehalten, die planmäßig von Schwefelsäure zerfressen wurde. Eine andere rote Fahne wurde mit Hilfe eines Weckers während einer Vorlesung in einem Hörsaal heruntergelassen, wieder eine andere mit sportlicher Bravour auf dem Dach der Technischen Hochschule gehißt. Jeder stellte auch sein fachliches Wissen und Können in den Dienst des politischen Kampfes. Für alle Aktionen galt, wie für die Geldsammlungen zugunsten der Roten Hilfe und des VII. Weltkongresses der Komintern, die Parole: „Stärker als der Terror ist die Solidarität."

Vor der Okkupation

Am 23. November 1937 begann ein Streik mit anschließenden Demonstrationen besonders der Medizinstudenten, der im Dezember durch die nachträgliche Verhaftung von 40 Studenten noch ein Nachspiel hatte. Der Grund war eine neue Studien- und Rigorosenordnung, wonach das Medizinstudium um ein Jahr verlängert werden und die Ärzte für ihre Spitalsdienste 10 Schilling im Monat bekommen sollten. Es bildete sich ein Streikkomitee, in dem neben den „Roten" auch parteilose und Nazistudenten saßen. Die Nazis wollten die Demonstration, an der zirka 100 Studenten teilnahmen, für ihre Zwecke umfunktionieren, was aber der GRSV verhindern konnte. Erst im

nachhinein wurde vielen klar, wie gefährlich diese Koalition mit den Nazis war. Sie blieb auch die letzte.

Die Gegensätze zwischen den pro-österreichischen Kräften und den Nazis prallten auf Hochschulboden auf engstem Raum aufeinander. Man kämpfte mit offenem Visier. Die Nazis witterten schon den Sieg. Die akademischen Behörden wandten sich zwar formal gegen sie, behinderten sie aber praktisch kaum mehr. Ja versprachen ihnen sogar eine gesetzliche Vertretung, obwohl sie verboten waren. Sie steckten sich ungeniert ihre Abzeichen an. Die Roten Studenten trugen rot-weiß-rote Bändchen im Knopfloch. Am 11. März 1938 kam es zur letzten öffentlichen Demonstration gegen Hitler. Wie die der vorhergegangenen Tage war sie weder nach Betrieben noch nach Bezirken gegliedert. Nur die Studenten, die sich vor der Universität gesammelt hatten, bildeten in dem breiten, langen Zug der über die Ringstraße zog, eine eigene Gruppe.

In einer unübersehbaren Menge eingeklemt, zogen die Roten Studenten von der Universität über die Ringstraße und schrien: „Freiheit, Freiheit!" Hinter ihnen marschierten die katholischen Studenten und brüllten: „Österreich, Österreich!" Nach und nach kam ein gewisser Rhythmus in das wechselseitige Geschrei. Jede Gruppe wahrte den Abstand, vermied es, die andere zu unterbrechen, gönnte sich auch selbst Zeit, um wieder zu Atem zu kommen. Ein drittes Wort kam auf wie eine dritte Stimme. Damit war die endgültige, die gemeinsame Parole gefunden: „Freiheit für Österreich!", riefen sie immer wieder, bis sie heiser waren, und sie waren noch heiser, als die deutschen Truppen einmarschierten.

Rote Hochschüler 1938—1945

Diese Bezeichnung haben sie sich nicht wie die vorhergehenden selbst gegeben, sie findet sich in einem NS-Akt vom Prozeß gegen Bruno Dubber, wo die Namen von fünf im November 1938 verhafteten und angeklagten Studenten erwähnt werden. Es waren dies: Siegfried Köhl, Josef Leberstorfer, Rudolf Popper, Heinrich Haider und Marie Hofmann.

Der Jurist Köhl überlebte das Massaker der SS an den Häftlingen von Stein im April 1945, da er mit einer lebensgefährlichen TBC in der Spitalsabteilung lag. Der Mediziner Leberstorfer wurde als Häftling zur SS gezwungen, geriet in sowjetische Gefangenschaft und starb bald darauf. Der Mediziner Popper wurde nach 25monatiger Untersuchungshaft zwar freigesprochen, als Jude aber in ein KZ eingewiesen, wo er zugrunde ging. Haider, der Veterinärmediziner, wurde nach derselben U-Haft freigelassen, ebenso Hofmann.

Die fünf Studenten waren seit der Gründung des GRSV seine Mitglieder und hatten in dem halben Jahr vom deutschen Einmarsch bis zu ihrer Verhaftung versucht, die durch den Ausfall der jüdischen Genossen geschwächte Organisation nach verschärften konspirativen Grundsätzen wieder aufzubauen. Köhl war für die politische Arbeit an allen österreichi-

schen Hochschulen verantwortlich und hatte die direkte Verbindung zum Wiener KPÖ-Sekretär Csarmann und zu Dubber, Leberstorfer war seit dem März 1938 nur mehr lose mit den Studenten verbunden, seine Hauptaufgabe leistete er im KJV. Popper sollte so lange wie möglich die Verbindung zwischen den jüdischen und den nichtjüdischen Roten Studenten aufrechterhalten; er hatte alles schon zur Emigration nach Frankreich vorbereitet. Hofmann war Organisationsleiterin der Universität Wien.

Viele wesentliche Fakten blieben, weil die Angeklagten hartnäckig leugneten, dem Gericht zum großen Teil unbekannt, so daß der Kreis der Verhafteten sich nicht erweiterte. Die Organisationsleiter der Technik, der Juristen und andere blieben von der Verhaftungswelle verschont. Der Anklageschrift zufolge haben die fünf Studenten „im Sommer und Herbst 1938 in Wien fortgesetzt und teilweise gemeinschaftlich miteinander und mit anderen Personen das hochverräterische Unternehmen, mit Gewalt die Verfassung des Reiches zu ändern, vorbereitet, . . . wobei ihre Tat darauf gerichtet war, zur Vorbereitung des Hochverrats einen organisatorischen Zusammenschluß herzustellen und aufrechtzuerhalten . . .“

Dieselbe Anklage hätte nach dem Überfall auf die Sowjetunion unweigerlich die Todesstrafe bedeutet.

Die Verhaftungen waren persönlich, politisch und organisatorisch ein schwerer Schlag für die Studentenorganisation, die in der Folge nie mehr diese Stärke und den Umfang wie vor 1938 erreichte. Aber sie hatten doch nur zwei Leitungsmitglieder betroffen und nicht die ganze Leitung. Der übrige Teil der Organisation der Roten Studenten blieb bestehen, und auch die Verbindung zur KPÖ wurde durch den „Hochgang“ von Csarmann nur kurzzeitig unterbrochen. Sie war schon ab Ende 1938 mit Michael Haas, Ludwig Schmidt und Alois Wipplinger voll intakt und blieb es auch in den nächsten Jahren. So ging daher, nach einigen Wochen des Abwartens, die Studentenarbeit mit der teilweise erneuerten Leitung Alois Zehetbauer, Ernst Bauer, Edgar Lacina in der seit März unveränderten Organisation weiter, wobei nur die konspirativen Regeln noch strenger als früher gewahrt wurden.

An der gemeinsamen Front 1939—1945

Im Sommer 1939 kam es zur Gründung der sogenannten Mittelschichtengruppe, einer Art Angestelltengruppe, analog den Organisationen in den größten Industriebetrieben; sie sollte sich anfangs aber nur auf den 1. Bezirk in Wien beschränken. Da die Studentenorganisation relativ gut funktionierte, der Hochschulbetrieb hingegen (kriegsbedingt) immer stärker eingeschränkt wurde, hatte die Partei schon im Frühjahr 1939 erwogen und dann auch nach eingehender Diskussion beschlossen, die Studentenleitung neben der eigentlichen Aufgaben auch mit der Mittelschichtenarbeit in der Inneren Stadt zu beauftragen.

Die Studenten hatten bei dieser Arbeit einen beachtlichen Erfolg und konnten solche Gruppen im Wiener Rathaus, in der Wiener Gebietskranken-

kasse, bei der Städtischen Versicherung, bei den Krankenschwestern, Gewerbetreibenden und anderswo aufbauen. Die ganze Gruppe umfaßte 200 bis 300 Personen, von denen ungefähr 50 Studenten waren. An der vorbereitenden und beschließenden Versammlung in Mödling hatten teilgenommen: Als Vertreter der Studenten im allgemeinen und der Technik im besonderen Zehetbauer, als Vertreter der Universität der Anglist Lacina, als Vertreter der Juristen Bauer, als Vertreter der Rathausangestellten der Jurist Hanacik und als Vertreter der KPÖ das Mitglied der Stadtleitung Michael Haas. Von den damals Versammelten sind in der Folge (zum Teil wegen anderer Anklagen) alle verhaftet, Haas sogar hingerichtet worden.

Eine andere Gruppe, deren Mitglieder jedoch unentdeckt blieben, bildete sich um die Germanistin Grete Heindl. Zu der Mittelschichtengruppe hatte sie, obwohl sie mit deren Mitgliedern jahrgangsgleich war, keinen Kontakt. Es war eine reine Mädchengruppe, da von den Burschen ja nur mehr vereinzelte Invalide in den Hörsälen saßen. Eine Marxistin, eine Monarchistin, die meisten aber Bürgerliche, überzeugte Katholiken, hatten sich da zusammengefunden und setzten sich kritisch mit den Nazivorlesungen auseinander, vor allem mit den Professoren Srbik und Nadler. In beiden Gruppen wurde nur verbaler Widerstand geleistet, von den kommunistischen Studenten in Übereinstimmung mit den Richtlinien der KPÖ, die bis zum Überfall auf die Sowjetunion den Waffengebrauch ihrer Mitglieder als Abenteuerium einstufte. Das galt nicht mehr nach 1941 und nicht mehr für die Wiener Mischlingsliga, den KJV und die Gruppe Horeischy.

Ab 1940 bekamen „Mischlinge“ ersten und zweiten Grades, Söhne und Töchter beziehungsweise Enkelsöhne und Enkeltöchter von Eltern beziehungsweise Großeltern mit nur einem jüdischen Teil, keine Studierlaubnis mehr. Sie waren auch „wehrunwürdig“ und mußten daher ihr Studium abbrechen. Das ZK der KPÖ beauftragte einen dieser „Mischlinge“, O. E. Andreasch, damit, alle von den Rassengesetzen Betroffenen, wenn sie kämpfen wollten, in eine Sonderabteilung zusammenzufassen, um die anderen Kader der Partei nicht zusätzlich zu gefährden. So entstand unmittelbar nach der Annexion Österreichs die Sonderabteilung NN und hielt sich bis zur Verhaftung der aktivsten Mitglieder (durch Verrat) im Februar 1944.

1942 hatten sie einen Stand von 250 bis 300 Aktivmitgliedern aller Berufe. Der Staatsanwalt klagte Andreasch und seinen Stellvertreter Otto Horn, der nicht einmal maturieren durfte, an. Andreasch meldete sich nach seiner Verurteilung zum Entschärfen von Zeitzündern, um wieder in womöglich politischen Kontakt zur Bevölkerung zu kommen. Im November 1944 wurde er bei seiner Tätigkeit durch eine Explosion getötet.

Gemeinsam mit diesen beiden Kommunisten kämpften andere Studenten in der Gruppe NN.

Im Sommer 1941 wurde der KJV neu gegliedert und entwickelte in der Folgezeit und in Zusammenarbeit mit dem KPÖ-Funktionär Anton Gajda eine äußerst rege Tätigkeit. Genossen wie Elfriede Hartmann, Friedrich Mastny, Franz Reingruber, Walter Kämpf und Alfred Fenz waren einige aus dieser aktivsten Gruppe. Alle oben Genannten wurden hingerichtet. Hartmann hatte

Mathematik und Physik inskribiert, aber keinen zum Weiterstudium notwendigen „Ariernachweis“ erbringen können. Mastny war Absolvent einer Handelsschule, Kämpf war Schüler der Staats- und Versuchsanstalt für chemische Industrie in der Rosensteingasse im 17. Wiener Gemeindebezirk. Fenz hatte die höhere technische Lehranstalt in der Schellinggasse absolviert und war Elektroingenieur. Der Freund von Kämpf, der Mediziner Walter Burstein, der Sanitätsoffizier bei der Wehrmacht war, starb unmittelbar vor seiner Verhaftung. Die Historikerin Sophie Vitek wurde zuerst zum Tode verurteilt, dann zu 15 Jahren Zuchthaus begnadigt. Alois Kihs, der auch zu dieser Gruppe gehörte, war Maturant und kam nach seiner Verurteilung zum Strafbataillon. Ein weiterer Mitangeklagter war der Jurist Christian Broda, der der Standhaftigkeit seiner Mitangeklagten sein Leben verdankt.

All diese Studenten hatten keine Parteibücher der KPÖ. Es gab keine. Aber ausnahmslos alle betrachteten sich als ihr zugehörig und zwar in einem solchen Maße, daß sie für die gemeinsamen Ziele ihr Leben einsetzten. Sie organisierten Frontbriefe-Aktionen, gaben die Flugschriften „Der Soldatenrat“ und „Die Rote Jugend“ heraus und führten Sabotageanschläge mit selbst entwickelten Brandplättchen durch. Außer der Aufforderung zur Desertion oder zum passiven Widerstand werden in diesen Frontbriefen den Soldaten die tatsächlichen Frontberichte, das wahre Ausmaß der beginnenden Niederlage mitgeteilt. Man schrieb ihnen über die Lage in der Heimat, appellierte an ihre Heimatliebe, an die Internationalität der Arbeiterklasse. Die Aussprüche des „Führers“ wurden kritisch kommentiert, die Menschen aufgefordert, Radio London oder Moskau zu hören.

Für Hartmann und die anderen Studenten gab es keine besonderen, ihrer akademischen Ausbildung entsprechenden Ziele mehr. Sie bildeten auch keine besondere Gruppe innerhalb des KJV, sie hatten sich eingereiht in die eine rote Front. Auch im KJV 44 war ein Mediziner, Franz Kainz, führend tätig.

Es gab nur wenige kommunistische Studenten, die, obwohl sie in den sieben Jahren des „tausendjährigen Reiches“ politisch aktiv waren, nicht verhaftet wurden. Einer war der Physiker und Chemiker Kurt Horeischy. Er hatte sich gleich in den ersten Kriegsmonaten ein Asthmaleiden zugezogen, das ihn vor weiterem militärischen Einsatz bewahrte. Nach seiner Promotion konnte er als Assistent am ersten chemischen Institut in der Währinger Straße bleiben. Obwohl er äußerst konspirativ vorging, läßt sich nachweisen, daß er ohne Unterbrechung Kontakt mit anderen Widerstandskämpfern hatte. Die Gruppe, die sich im April 1945 in den Kellerräumen des Instituts versteckt hielt, bestand aus zirka 200 Personen, hauptsächlich Deserteure der Wehrmacht und der Polizei, aber auch Studenten und junge Arbeiter. In den oberen Stockwerken waren noch die Nazis an der Macht. Als am 1. April 1945 der Vorstand des ersten chemischen Instituts, der Reichsdeutsche Dr. Lange, sich anschickte, dem „Führerbefehl“ zufolge alle wertvollen Apparate am Institut, vor allem das Elektronenmikroskop, zu zerstören, traten ihm Horeischy, seine Braut und der Assistent Dr. Vollmar entgegen. Sie versuchten Dr. Lange in eine Kammer einzusperrern, aber der so Gefangene konnte nach seiner Pistole greifen und die beiden Assistenten niederschießen.

Auch in fremden Ländern haben kommunistische Studenten aus Österreich zusammen mit neuen Kameraden gegen den Faschismus gekämpft. In England bildete sich eine eigene „National Union of Austrian Students“, die zwar überparteilich war, deren Führung aber in den Händen von Kommunisten lag. Sie gab sogar eine eigene Zeitschrift heraus. Andere, wie Walter Wachs, kämpften in den Reihen der Partisanen. Er kam aus Spanien über Algerien, Persien und der Sowjetunion zur „Kampfgruppe Steiermark“, wo er, der Medizinstudent, als Sanitärer diente.

Zu jeder Zeit seit der Gründung der Ersten Republik wirkten die kommunistischen Studenten vorbildlich in den Reihen der fortschrittlichen Intelligenz, an der Seite der KPÖ für die Sache der Arbeiterklasse.

8. Kommunistischer Jugendverband im Exil in Großbritannien

Tausenden aus politischen oder rassistischen Gründen Verfolgten gelang es 1938, Österreich zu verlassen. Vereinzelt konnten auch später noch Genossen durch Aktionen internationaler Hilfsorganisationen aus Konzentrationslagern oder Gefängnissen geholt werden. Für die überwiegende Mehrzahl war das Exil keine freiwillige Auswanderung, sondern die Alternative zu Kerkerhaft, Fallbeil oder Gaskammer.

In vielen Ländern gab es Organisationen österreichischer Emigranten. Als „Musterbeispiel“ soll im folgenden Großbritannien vorgestellt werden, da gerade hier die Jugend besondere Aktivitäten entwickelte. Eine Gesamtdarstellung der kommunistischen Jugendbewegung im Exil würde den Rahmen der vorliegenden Broschüre sprengen.

Wenn man seit 1945 in den verschiedenen Publikationen über die im Exil tätigen Jugendorganisationen die Einschätzung gibt, daß die Ausdehnung des Begriffs Widerstandsbewegung auf diese antinazistische Organisationen im Exil durch den Charakter und das Ziel dieser Gruppen vollauf gerechtfertigt sei, so wird das von den in diesen Organisationen tätigen Personen (speziell von den illegal wirkenden Genossen im KJV in England) mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Die Partei und der KJV blieben im englischen Exil notgedrungen illegal. Jedes öffentliche Bekenntnis eines „enemy alien“ vor dem Eintritt der Sowjetunion in den Krieg hätte Internierung bedeutet. Nur eine kleine Gruppe von Kommunisten deklarierte sich den britischen Behörden als „Gruppe der österreichischen Kommunisten in Großbritannien“, um offiziell als Parteigruppe sprechen zu können. Ihr Verantwortlicher war Leopold („Martin“) Hornik, der für die Jugend viel Zeit opferte und ihr beim Aufbau ihrer Organisation half.

Jeder Kommunist hatte die Aufgabe, möglichst viele Freunde für unsere Idee zu gewinnen; egal ob es sich um Österreicher oder Bürger des Exillandes handelte. Und diese Aufgabe wurde auch erfüllt. Zusammenarbeit bedeutete nicht Preisgabe der eigenen Prinzipien, sondern gemeinsames Eintreten für gemeinsame Interessen (bei gleichzeitiger Beibehaltung der Überzeugung jedes Partners). Alle das Exilland betreffenden Probleme wurden mit den verantwortlichen Kommunisten dieses Landes besprochen.

Vorgeschichte

Exilländer für emigrierte Jungkommunisten aus Österreich zwischen 1938 und 1945 waren die Tschechoslowakei und Frankreich, nach deren Besetzung Großbritannien, die Sowjetunion, die Schweiz, Schweden, die USA, Argentinien und andere Staaten, darunter sogar Australien. Die Arbeit

der jungen Kommunisten war schwierig, aber interessant, und erstreckte sich auf alle Lebensbereiche. Viel Kraft und Ausdauer waren erforderlich, aber für viele wurde es eine besonders inhaltsreiche, in der Gemeinschaft von Gleichgesinnten verbrachte Zeit ihres Lebens. Zu den dringlichsten Aufgaben der Jungkommunisten im Exil gehörte es, über den deutschen Faschismus aufzuklären, aber auch die politischen Flüchtlinge zu betreuen. Dazu kam in den ersten Jahren Hilfe für die meist unter schwierigen Bedingungen lebenden jüdischen Emigranten, die in vielen Fällen ihre gesamte Familie verloren hatten.

Die österreichischen Exilorganisationen arbeiteten in den Flüchtlingsorganisationen mit und bemühten sich, den Flüchtlingen materiell und sozial zur Seite zu stehen und in vielen, durch die Verfolgung bedingten Problemen zu helfen. Vordringlich mußte auch hier darum gekämpft werden, als österreichischer Emigrant anerkannt zu werden, und den Exilsuchenden, die ihre Heimat wegen der Besetzung durch Nazideutschland und der Verfolgung verlassen mußten, diesen Status zu geben.

Zur Aufklärung über den Faschismus war es notwendig, die Zusammenhänge um die Okkupation Österreichs aufzudecken, um daraus Anerkennung und Unterstützung für den österreichischen Widerstand bei den anderen Nationen zu finden. Ebenso galt es, die Forderungen der KPÖ nach Wiederherstellung des österreichischen Staates in seinen Grenzen von 1938 zu untermauern. Damit konnte auch den in der Heimat kämpfenden Kommunisten und allen Widerstandskämpfern Unterstützung gegeben werden.

Beispiel für diese Aktivitäten waren kommunistische und demokratische Jugendbewegungen anderer gegen den Faschismus kämpfender Länder, hier vor allem des Komsomol der Sowjetunion. Bereits nach der Machtübernahme durch den „grünen“ Faschismus 1934 in Österreich drohten jungen Kommunisten, die sich aktiv am Kampf gegen den Austrofaschismus beteiligten und an der Seite des Schutzbundes, im Wehrsport oder bei den Roten Falken für die Verteidigung der demokratischen Rechte der Werktätigen gekämpft hatten, Verfolgung und Aburteilung durch die Klassenjustiz. Dem zogen viele bereits damals das Exil vor (unter anderem Valentin Strecha, Jaro Brezik). Diese politischen Flüchtlinge wurden nach vorübergehendem Exil in der Tschechoslowakei gemeinsam mit den emigrierten Schutzbündlern fast ausschließlich von der Sowjetunion aufgenommen.

1938, nach der Okkupation Österreichs durch Nazideutschland, mußten junge politische Verfolgte verstärkt in die Tschechoslowakei flüchten, wo sich Anlaufstellen des Zentralkomitees des KJV in Brünn und Prag befanden. Dort wurden die Notwendigkeiten des Exils überprüft und entschieden, ob ein Funktionär des Jugendverbandes nach einiger Zeit wieder ohne Gefahr für sich und die bestehende illegale Organisation, mit einem I(legalen)-Namen versehen, in die Heimat zurückkehren und im Kampf eingesetzt werden konnte oder im Exil verbleiben und hier politische Aufgaben übernehmen mußte.

Funktionäre wie Ernst Burger und Ludwig Schmidt, die sich nicht im Exil befanden, sondern für einige Zeit die illegale Tätigkeit des KJV vom Ausland

her leiteten, waren Berater dieser Anlaufstellen. Gemeinsam mit ihnen wurden, nachdem sich die Auslieferung der Tschechoslowakei an Hitler-Deutschland durch ihre Verbündeten Großbritannien und Frankreich abzeichnen begann, Entscheidungen getroffen, wer für längere Zeit nicht mehr in der Heimat eingesetzt werden konnte, weil durch den Bekanntheitsgrad bei der Exekutive und bei den faschistischen Gruppen ein Unsicherheitsfaktor gegeben war. Für wen dies zutraf und wer außerdem die Landessprache nicht beherrschte, dem wurde empfohlen, die Tschechoslowakei zu verlassen und ein anderes Exil zu erreichen.

Die Beneš-Regierung tat alles, um, wie sie es nannte, „den Feind (Nazideutschland) nicht zu provozieren“. Trotzdem gelang es manchem österreichischen KJVler sich darauf vorzubereiten, an der Seite der deutschen Sektion des Kommunistischen Jugendverbandes der ČSR den Eindringlingen Widerstand zu leisten. Doch das Münchner Abkommen führte zur Besetzung großer Teile der Tschechoslowakei und wenige Monate später zur endgültigen Liquidierung des tschechoslowakischen Staates durch die Hitler-Truppen: Böhmen und Mähren wurden deutsches Protektorat, die Slowakei ein „unabhängiger“ faschistischer Staat.

Das sogenannte Münchner Abkommen war eine am 29. September 1938 in München getroffene Vereinbarung über die Zerstückelung der Tschechoslowakei. Es wurde von England, Frankreich, Deutschland und Italien unterzeichnet. Obwohl die beiden Großmächte mit der ČSR verbündet waren, erlaubten sie Hitler, die von überwiegend deutschsprachiger Bevölkerung bewohnten Randgebiete Böhmens und Mährens („Sudetenland“ ist eine von Deutschnationalen geprägte, geografisch unsinnige Bezeichnung!) zu besetzen, womit die tschechoslowakische Republik ihre ganzen Grenzbefestigungen verlor und die Eroberung der „Rest-Tschechei“, wie sich die Nazis ausdrückten, nur noch eine Frage von Monaten war: Im März 1939 rückten deutsche Truppen in Prag ein. Die Regierung Beneš kapituliert, anstatt das Volk zum Widerstand aufzurufen, und lehnte auch eine militärische Hilfe der Sowjetunion ab.

Das Münchner Abkommen war der Höhepunkt der sogenannten „appeasement policy“, der Politik der Beschwichtigung, des Entgegenkommens der Westmächte gegenüber den faschistischen Mächten, die auch im Spanischen Bürgerkrieg zum Ausdruck kam. England und Frankreich hofften bis zum Ausbruch des zweiten Weltkriegs, die Aggressivität der Nazis gegen die Sowjetunion zu lenken und waren dafür sogar bereit, ihre eigenen Verbündeten zu opfern (ČSR, Polen). Die Versuche der Sowjetunion, ein Bündnis gegen Deutschland zustande zu bringen, wurden von England und Frankreich sabotiert, die nur drittklassige Unterhändler nach Moskau schickten, welche die Verhandlungen endlos hinauszögerten.

Als im August 1939 dann aber die Sowjetunion auf ein deutsches Angebot einging und die Außenminister Molotow und Ribbentrop den Nichtangriffsvertrag schlossen, schrien sie Zeter und Mordio und beschuldigten die Kommunisten, mit den Faschisten gemeinsame Sache zu machen (obwohl Tausende in deutschen Kerkern und Konzentrationslagern litten und, wie auch jüngste historische Forschungen bewiesen haben, der Widerstand der Kommunisten gegen das Naziregime keine Minute nachließ!) — dies bekamen auch die im englischen oder französischen Exil lebenden österreichischen und deutschen Kommunisten zu spüren, die als „feindliche Ausländer“ („enemy alien“) behandelt wurden.

Im Jahr 1938 hatte eine Delegation österreichischer Jungkommunisten, die sich im Prager Exil befanden, noch an einem großen Jugendlager im Grenzgebiet teilgenommen, wo die anwesenden deutschen Antifaschisten

von ihnen seit 1933 im illegalen Kampf gemachten Erfahrungen berichteten. Gustav Schramm, der Sekretär aller vier Sektionen des tschechoslowakischen KJV (der tschechischen, slowakischen, deutschen und ungarischen), organisierte damals die Teilnahme an diesem Lager, wo neben wertvollen Erfahrungen für den illegalen Kampf den Teilnehmern auch Mut für die auf sie zukommenden Probleme gegeben wurde. Schramm, der dann als Partisan kämpfte, wurde nach der Befreiung 1945 von Faschisten meuchlings ermordet.

Im englischen Exil war Otto Brichacek später einer der erfahrensten und in der illegalen Arbeit geschultesten Jungkommunisten. Er hatte bereits an den Kämpfen 1934 teilgenommen und wurde einige Male verhaftet; verbrachte ein Jahr in Wöllersdorf und wurde dann von der Gestapo gleich nach der Annexion verhaftet. Nach drei Wochen entließ man ihn, doch bald darauf begann die Gestapo ihn wieder zu suchen. Der KJV organisierte seine Flucht nach Prag und später nach England, wo er in der Folge die Leitung des KJV übernahm.

Ein Großteil der politischen Flüchtlinge aus Österreich, die sich bereits seit 1938 im tschechoslowakischen Exil befunden hatten, bekam seine Einreisemöglichkeit nach Großbritannien über das „British Committee for Refugees from Czechoslovakia“. Der „Czech Refugees Trust Fund“ trat in dieser Zeit als Kollektivbürge für alle jene Flüchtlinge auf, die in den nach dem Münchner Abkommen an das Deutsche Reich abgetretenen Gebieten ihren Wohnsitz gehabt hatten und diesen aus politischen Gründen verlassen mußten.

Die Zulassung der Tätigkeit dieses Fonds kann als Ausfluß des schlechten Gewissens der britischen Öffentlichkeit gegenüber der Tschechoslowakei angesehen werden, denn der Protest gegen die britische Politik führte zu seiner Bildung. Finanziert wurde er mit Geld aus dem Eigentum der tschechoslowakischen Republik und aus den Spenden. Er kam für den Transport, die Unterkunft und die Unterstützung in Großbritannien auf. Dadurch ergab sich auch für den KJV die Möglichkeit, politische Jugendarbeit unter den jungen Österreichern zu organisieren. Nur wenige der österreichischen Emigranten waren, als sie nach England kamen, Jungkommunisten. Viele wurden es erst, als sie die Zusammenhänge zwischen der imperialistischen Politik der „Beschwichtigung“ der westlichen Staaten gegenüber Hitler-Deutschland („Appeasement-Politik“), der „Nichteinmischung“ und der Politik der Hinlenkung der Aggression Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion begriffen. Die Aufrechterhaltung der Politik des Münchner Abkommens durch die britische Regierung und die Proteste der englischen Arbeitermassen dagegen gaben den jungen Kommunisten die Möglichkeit, politische Arbeit unter den Emigranten zu leisten. Diese erforderte von Beginn an viele organisatorische, politische, kulturelle, aber auch administrative Aktivitäten der KJVler.

Fast 5000 Österreicher aus den Gebieten der von Hitler-Deutschland okkupierten Tschechoslowakei erhielten aufgrund einer regierungsamtlichen Garantie als anerkannte politische Flüchtlinge Asyl. Darunter auch die Gruppe Winterberg (siehe nächste Seite), die ihre politischen Aktivitäten

entwickeln konnte, was der KJV für seine Arbeit auszunützen verstand. Hier ergab sich vorerst die Möglichkeit (ohne große Schwierigkeiten befürchten zu müssen), die politische Aufklärungsarbeit zu beginnen.

Den Flüchtlingen wurde, da sie vorerst keine Arbeitserlaubnis bekamen, eine finanzielle Unterstützung gewährt. Um aber Kontakt zur Bevölkerung zu bekommen und politisch tätig werden zu können, übernahmen die Jungkommunisten ehrenamtliche Funktionen.

Später arbeiteten sie unter anderem auch in der britischen Rüstungsindustrie. Einige von ihnen wurden 1944 für die Arbeiten in der überparteilichen Organisation „Young Austria“ freigestellt. Diese Organisation zählte weit über tausend Mitglieder.

Aufbau der Organisation

Die schnelle Kontaktaufnahme mit allen Flüchtlingen war dringend, alle jungen Kommunisten mußten aber erst organisatorisch erfaßt und die Mittel für eine geplante administrative Tätigkeit (Korrespondenz, Herausgabe von Materialien etc.) aufgebracht werden.

Durch die Mitgliedsbeiträge und Spenden von Sympathisierenden, auch von englischen Jungkommunisten und Antifaschisten, wurde die Gruppe rasch und unbürokratisch unterstützt. Zur Errichtung einer Bibliothek, als möglichen Mittelpunkt kultureller Aktivitäten, wurden deutschsprachige politische Bücher und Belletristik, die von den nach Übersee Ausgewanderten in den Buchhandlungen antiquarisch abgesetzt wurden, aufgekauft. Weiters galt es, Klubs aller Art, auch kirchliche Institutionen, die die Mitglieder einluden und die Möglichkeiten für Treffen boten, ausfindig zu machen. Adressen derjenigen, die in andere Länder auswanderten, wurden gesammelt, um den Kontakt aufrechtzuerhalten und ihnen die Publikationen senden zu können. Später halfen die Jungkommunisten auch, Literatur für jugendliche Kriegsgefangene und die in den Internierungslagern untergebrachten Flüchtlinge herzustellen.

Von Anfang an gab es sehr viele Helfer bei der Kontaktaufnahme mit englischen Jugendlichen. Hans Winterberg, der zum Unterschied vom größten Teil der österreichischen Jugendlichen die englische Sprache beherrschte, war Leiter einer der größten Gruppe von Österreichern, der auch die Verfasserin dieses Beitrags angehörte. Sie kam Anfang Dezember 1938 über Gdynia (Polen) und Kopenhagen nach Großbritannien. Diese abenteuerliche Fahrt erfolgte mit dem Auswanderer- und Flüchtlingsschiff „Pilsudski“, das später von den Deutschen versenkt wurde.

Die schöne Stadt Kopenhagen, wo die Österreicher eine Zwangsrast einlegen mußten, sah die Gruppe nur durch vergitterte Fenster, da sowohl die für sie vorgesehene Räumlichkeit mit dem nächtlichen Strohlager als auch das sie transportierende Polizeiauto vergittert waren.

In England befand sich bereits Eva Kolmer, die eine der Organisatoren für die geplanten großen Zusammenfassungen der Flüchtlinge im „Austrian

Center“ und „Free Austrian Movement“ war. Sie war eine junge Genossin, zu der die Verfasserin schon in Wien, im Herbst 1937, in der Frauengemeinschaftszelle des Gefängnisses auf der Elisabethpromenade („Lisl“) Kontakt hatte. Sie genoß sowohl bei den Jungkommunisten als auch bei den österreichischen Flüchtlingen und den Helfern in England großes Ansehen, und ihrer Initiative ist es auch mitzuverdanken, daß bereits im März 1938 in Paddington das erste österreichische Klubhaus eröffnet werden konnte.

Junge, organisatorisch erfahrene, im praktischen Kampf gewachsene Funktionäre gingen daran, die österreichischen Flüchtlinge über Hilfsorganisationen zu sammeln und zu organisieren. Das „Austrian Center“ zählte im Juli 1939 1500 Mitglieder. Sigmund Freud war sein Ehrenpräsident. Es gab verschiedene Aktivitäten und Einrichtungen. So die Bibliothek, die von Elisabeth Dichter (seit 1934 im KJV) geleitet wurde, Lesezimmer, Vorträge, ein Restaurant (das an Sonntagen bis zu 1000 Gäste zählte), Veranstaltungen der Kleinkunstabühne „Laterndl“ und fast für alle Berufssparten (von den Bildhauern bis zu den Hausgehilfinnen) eine organisatorische Zusammenfassung. Gleichzeitig wurde die Bevölkerung des Exillandes mit Veröffentlichungen in englischer Sprache über den Faschismus aufgeklärt.

Ende 1941 wurde das „Free Austrian Movement“ gegründet, das gleich am Beginn elf Organisationen umfaßte und die „Einheit aller Österreicher im Kampf gegen Hitler anstrebte“, wie es in einem Aufruf des „Council of Austria“, der Dachorganisation aller österreichischer Gruppen in Großbritannien, hieß. Ende 1943 gehörten dem „Free Austrian Movement“ 27 verschiedene Organisationen mit 7000 Mitgliedern an, und es wurde ein Informationsbulletin herausgegeben. Die jungen Kommunisten nahmen innerhalb der Bewegung an allen Aktivitäten teil und organisierten vor allem Solidaritätsaktionen zur Unterstützung der Sowjetunion. So gab es zum Beispiel im Herbst 1941 die sechswöchige Hilfsaktion für die Sowjetunion oder die im Juni 1942, wo durch die Sammlung von Tageslöhnen 4000 Pfund für den Ankauf von zwei Röntgenwagen für die Rote Armee aufgebracht wurden.

Unter den Tausenden Flüchtlingen in England befanden sich viele Jugendliche. Wichtig war es, diesen jungen Menschen ein österreichisches Nationalbewußtsein zu geben, um sie so für den politischen Kampf zu interessieren und diesem auch ein klar definiertes Ziel zu geben. Zustatten kam den emigrierten KJVlern dabei die bereits im illegalen KJV in Österreich geführten Diskussionen im Anschluß an die Alfred-Klahr-Artikel in „Weg und Ziel“ (1937) zur nationalen Frage.

Politisch erfaßt wurden diese jungen Menschen in der überparteilichen Organisation „Junges Österreich“, die breite Kreise ansprach, über einen eigenen Verlag verfügte und zahlreiche Publikationen herausbrachte.

Die Behandlung der nationalen Frage war auch im Exil von besonderer Bedeutung, und es erwies sich als nützlich, daß einige der jungen Kommunisten zwischen 1936 und 1938 Gelegenheit hatten, persönlich mit Klahr über die von ihm gemachten Untersuchungen zu sprechen.

Für die Diskussion und die politische Aktivierung der jungen Menschen

war es weiters notwendig, die Faschismusdefinition der Komintern zu vermitteln. Es galt, den Klassencharakter des Faschismus aufzuzeigen und ihn als „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ zu charakterisieren.

Die Lehren daraus waren, daß man den Faschismus nur in Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Kräften besiegen kann. Das war auch die Basis für die Bündnispolitik der österreichischen Kommunisten im Exil.

Eine der ersten Zusammenkünfte als KJV, wo diese Fragen diskutiert wurden, fand bei einer den antifaschistischen Flüchtlingen wohlgesinnten Engländerin, Mrs. Fordham, in Golders Green zu Beginn des Jahres 1939 statt. Man sprach darüber, was man tun könnte, um den Genossen in England und den in der Heimat Lebenden zu helfen. So sollte man zum Beispiel den britischen Gewerkschaften beitreten, politische Funktionen annehmen, in den Wohngebieten Zellen bilden, regelmäßige Zusammenkünfte organisieren u. a. m.

Viel später erst, durch die historische Erklärung der drei Großmächte auf der Moskauer Konferenz („Moskauer Deklaration“) 1943, durch die die Wiederherstellung Österreichs zum Kriegsziel der Anti-Hitler-Koalition erklärt wurde, trat der Kampf um die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs in ein entscheidendes Stadium. Die österreichische Jugend im Ausland, natürlich auch unser „Junges Österreich“, in dem von den Kommunisten in dieser Hinsicht schon einiges geleistet worden war, begrüßten die „Moskauer Erklärung“ stürmisch.

Es erging an die Österreicher in aller Welt die Aufforderung, die Schaffung eines Nationalkomitees mit ganzer Kraft zu unterstützen. Denn mit der Bildung eines Nationalkomitees wurde auch der Wunsch nach Errichtung einer österreichischen Kampfformation realistischer. „Jugend voran“, die Zeitschrift der österreichischen Weltjugendbewegung, schrieb im Winter 1943: „Die Jugend in der Heimat rechnet mit unserer Unterstützung im schweren harten Kampf gegen den barbarischen Feind.“ Der Aufruf war unterzeichnet vom Vorsitzenden der österreichischen Weltjugendbewegung und des „Jungen Österreich in Großbritannien“, Fritz Walter (das ist Otto Brichacek).

In den Internierungslagern, die 1940 mit österreichischen Flüchtlingen überfüllt waren, gelang es den Kommunisten sogar mit den Sozialisten politische Fragen und gemeinsame Beschlüsse zu fassen und durchzusetzen, was insofern Beachtung verdient, als es damals keine Zusammenarbeit mit der offiziellen Vertretung der emigrierten österreichischen Sozialdemokraten gab.

Mitunter führten die Kontakte zu Sozialisten auch zu deren Hinwendung zur kommunistischen Bewegung, zum KJV. Einer davon war Stefan Brill. Sein Vater war von den Nationalsozialisten ermordet worden, und er emigrierte nach London. Hier hatte er Kontakt mit den Revolutionären Sozialisten. Bei einer unserer Veranstaltungen, die auch oft von RSIern besucht wurden, konnte er für die Tätigkeit im KJV aktiviert werden. 1940 trat er dem KJV bei. Anfang 1945 starb er nach einer Erkältung an einem Herzversagen und

konnte so die Rückkehr in die befreite Heimat und den Wiederaufbau in Österreich nicht mehr erleben.

Eine weitere Aktivität war das Bemühen, die in Großbritannien lebenden Österreicher in einer militärischen Kampfformation, im zivilen Verteidigungsdienst und in der Kriegsproduktion für den Sieg der Alliierten zu mobilisieren und darum auch die Änderung des „enemy alien“-Status der in diesem Land lebenden Österreicher zu erreichen.

Mehrere Hundert Österreicher meldeten sich zum Dienst in der britischen Armee, einige fielen, mehrere wurden verwundet, viele erhielten militärische Auszeichnungen.

So angesehen die von den Jungkommunisten aufgebaute Organisation und die Hilfe für die Alliierten waren, so wenig lieb war es den britischen Behörden, als man 1945, nach Beendigung des Krieges, raschest die Heimreise antreten wollte. „Für Großbritannien bestünden keine einsichtigen Gründe, Kommunisten bevorzugt die Einreiseerlaubnis nach Österreich zu erteilen“, hieß es in einem Bescheid im Frühjahr 1945. Hingegen gab es für Angehörige der alliierten Armee die Möglichkeit, eine Rückreiseerlaubnis nach Österreich zu erhalten.

Nicht alle Österreicher, auch nicht alle Jungkommunisten, wollten zurück in die Heimat gehen, einige hatten Familien gegründet und ein neues Zuhause gefunden. Sie sind teilweise heute noch politisch engagiert. Die meisten aber konnten bald wieder in die Heimat zurückkehren und beteiligten sich mit aller Kraft am Wiederaufbau einer fortschrittlichen Jugendorganisation, der „Freien Österreichischen Jugend“ (FÖJ).

9. Die Anfänge der FÖJ

Die Gründungsversammlung der Freien Österreichischen Jugend fand im Turnsaal der alten, grauen Hauptschule in der Glasergasse im 9. Wiener Gemeindebezirk statt. Wenige Wochen vorher hatte noch der Donner der Kanonen gehallt und der Kampf um Wien getobt. Unzählige Opfer hatte dieser schreckliche Krieg gekostet. Endlich war das Grauen zu Ende, und Wien und Österreich waren wieder frei. Doch der Krieg hatte tiefe Wunden hinterlassen. Von den bekannten Wahrzeichen Wiens blieb nicht viel übrig. Die Oper und das Burgtheater waren zerbombt, Stephanskirche und Rathaus ausgebrannt, die Wiener Bahnhöfe waren Schutthaufen.

Zu Fuß mußten die meisten der Jugendlichen aus allen Teilen Wiens zur Hauptschule in die Glasergasse gehen. Es war der 16. Mai 1945, und nur die wenigsten Straßenbahnlinien waren in Betrieb. Mehr als 600 junge Menschen drängten sich dicht auf den Bankreihen des festlich geschmückten Turnsaals. Unter ihnen waren junge Sozialisten, Katholiken, Kommunisten und andere, die sich sagten: Jetzt muß es anders werden, wir alle müssen fest zusammenhalten.

Als Wien von der Roten Armee befreit wurde, sammelten sich in verschiedenen Bezirken Jugendliche, die hier eine Gruppe aufbauten, die sie „Rote Falken“ nannten, dort „Demokratische Jugend Österreichs“, da „Pfadfinder“. Es gab Gruppen „Kommunistischer Jugendverband“, und es gab solche, die sich den Namen „Freie Jugend Österreichs“ gaben. Alle hatten den Wunsch, gemeinsam an einem neuen demokratischen Österreich zu bauen, an einem Österreich der Jugend, wie sie hofften. Dieser Wunsch, über weltanschauliche Schranken hinweg, gemeinsam zu handeln, hatte sie auch in den Turnsaal in der Glasergasse geführt.

Unter den ersten und auch aktivsten beim Aufbau der Jugendorganisationen und bei der Gründung der Freien Österreichischen Jugend befanden sich junge Kommunisten und Kommunistinnen, die mit großer Tapferkeit zum Kampf um die Befreiung Wiens beigetragen hatten. Ihre entschlossenen Taten und das Vertrauen, das ihnen die anderen Jugendlichen mit Recht schenkten, hatte sie in die vorderste Reihe gestellt. Die Hilfe, die sie der Roten Armee leisteten, war eine patriotische Tat für unsere Heimat. Natürlich waren viele von ihnen am 16. Mai in der Glasergasse.

Unter den Delegierten befanden sich auch junge Österreicher, die in den österreichischen Bataillonen der jugoslawischen Volksarmee gegen Hitler gekämpft hatten. In ihren Uniformen, mit den rotweißroten Aufschlägen, wurden sie freudig begrüßt.

Um 15 Uhr begann der Kongreß. Das alte Jugendlied „Nun gilt's, den Blick nach vorn zu wenden...“ wurde angestimmt, und mit Begeisterung wandten sich die Blicke der Jugendlichen zu den zahlreichen rotweißroten Fahnen im Saal. Über dem Präsidium war die Losung angebracht: „Einheit der Jugend — Einheit des Volkes“, und lebendig kam dies durch die rotweißroten Bündel der Jugendlichen zum Ausdruck. Auch Pfadfinder in ihren Trachten waren anwesend. Heini Klein, der an den Kämpfen in

Ottakring teilgenommen hatte, übernahm den Vorsitz. Als erster Teilnehmer sprach der ehemalige Bezirksleiter der Roten Falken, Kurt Rabensteiner. Kurt erzählte über die Jugendorganisationen vor dem Jahre 1934, über ihre Verdienste und ihre Fehler. Dann forderte er die Jugendlichen auf, einheitlich zu kämpfen und einheitlich an den Wiederaufbau Österreichs zu schreiten. Beifall und Zustimmung dankten seinen Worten, auch die ihm folgenden Redner wurden stürmisch begrüßt.

Mit Jubel erhoben sich die 600 jungen Menschen von ihren Plätzen und beschlossen die Gründung der „Freien Österreichischen Jugend“. Sie stimmten dafür, daß eine Organisation geschaffen wurde, die alle ehrlichen jungen Menschen umschließen sollte, die für den demokratischen Aufbau Österreichs und für die Rechte der Jugend eintreten. Die Gründungsversammlung wählte auch die erste Stadtleitung der „Freien Österreichischen Jugend“, denn vom Kongreß heimgekehrt, wollten alle die Arbeit fortsetzen, gestärkt durch die Kraft ihrer Organisation.

Die schönen Hoffnungen des 16. Mai 1945 sind nicht in Erfüllung gegangen. Aber das war nicht die Schuld der 600. Ausgehend von dieser Versammlung, leistete die FÖJ einen bedeutsamen Beitrag in den schwierigen ersten Monaten des Wiederaufbaus im kriegszerstörten und in vier Teile zerrissenen Österreich.

SPÖ und ÖVP spalten einheitliche Jugendbewegung

In allen Teilen Österreichs entstanden Gruppen der „Freien Österreichischen Jugend“. Während sich in den von den Sowjettruppen befreiten Gebieten Niederösterreichs, Wiens, des Burgenlands, der Steiermark und Oberösterreichs die FÖJ und alle anderen demokratischen Organisationen ungehindert entfalten konnten, war das in anderen Teilen Österreichs nicht so. Die amerikanischen, englischen und französischen Militärkommandanten verweigerten in ihren Besatzungszonen einige Monate lang die „Anerkennung“ der FÖJ. Dies brachte zwar verschiedene unliebsame Schwierigkeiten mit sich, aber konnte die Entwicklung der Organisation nicht aufhalten. In den ersten Monaten nach der Befreiung wuchs die FÖJ rasch. Begeistert folgten Tausende Jugendliche ihrem Ruf, am Aufbau eines neuen, demokratischen Österreichs teilzunehmen. Obwohl viele Politiker die mutige Leistung der FÖJ in Worten lobten, bereiteten sie insgeheim die Spaltung der einheitlichen Organisation der Jugend vor. Schließlich beschlossen die Parteivorstände der SPÖ und der ÖVP die Bildung eigener Parteijugendorganisationen. Allein die Kommunistische Partei stand zu ihren Worten und erklärte, die Bemühungen der FÖJ auch weiterhin unterstützen zu wollen.

Die Gründung der „Sozialistischen Jugend“ und des „Jugendbundes“ (Organisation der ÖVP) war ein Ausdruck der Veränderungen, die in den Monaten nach der Befreiung international und im Lande vor sich gegangen waren. So ungern sich auch manche Politiker heute an den großen Anteil der Mitglieder der Freien Österreichischen Jugend am Wiederaufbau Österreichs

erinnern, so läßt sich dieser Einsatz in der schwierigen Zeit der Zweiten Republik nicht wegdenken.

Erste Aktionen der FÖJ

Im Sommer 1945 rief die FÖJ ihre Mitglieder auf, in die Dörfer zu fahren, den Bauern bei der Vorbereitung und Einbringung der Ernte zu helfen. Über 2000 junge Menschen beteiligten sich an der Aktion „Jugend bringt Brot“. Zahlreiche Schwierigkeiten gab es zu überwinden, manche der behördlichen Stellen waren skeptisch, und es war nur wenig Hilfe zu erwarten. Es gab Bauern, die die Erntehilfe ablehnten, weil sie den stark verbreiteten Gerüchten Glauben schenkten, die „Russen“ würden nur darauf warten, das hereingebrachte Korn zu beschlagnahmen. Trotz der Passivität gewisser Regierungsstellen und des ÖVP-Bauernbunds wurde der Einsatz der FÖJ auf dem Lande ein großer Erfolg. Die Gemeinde Kapfenberg würdigte besondere Arbeitsleistungen der Jugendlichen bei der späteren Vermittlung von Arbeitsplätzen. Die Bürgermeister von Mariazell, Pfaffstetten, Golling und vielen anderen Gemeinden schrieben Dankbriefe an die FÖJ.

Aus den vielen schwierigen Arbeiten der Gruppen der Freien Österreichischen Jugend aus dieser Zeit seien hier nur einige hervorgehoben. Aus Wiener Neustadt hatten die Nazis Hunderte Kinder in sogenannte KLV-Lager verschleppt. Die besorgten Eltern wußten nichts vom Schicksal ihrer Kinder, bis sich einige beherzte Funktionäre der FÖJ aufmachten und die Kinder in Salzburg und Oberösterreich fanden. Sie brachten den Eltern die ersten Nachrichten und organisierten später den Heimtransport der Kinder. In dieser meistzerstörten Stadt Österreichs war es die FÖJ, die in freiwilliger Arbeit als erste begann, den Schutt auf dem Hauptplatz von Wiener Neustadt wegzuräumen. In Voitsberg stellten Mitglieder der Freien Österreichischen Jugend das beschädigte städtische Schwimmbad wieder her, und auch die Eröffnung des Hietzinger Strandbades in Wien war der FÖJ zu verdanken. Die FÖJ in Vorarlberg ging für die alten Leute Holz sammeln, ihre Aktion „Jugend bringt Holz“ wurde damals allgemein anerkannt. Ähnlich handelten die FÖJ-Mitglieder in Herzogenburg in Niederösterreich. Die Gruppe Laaerberg führte in Eichgraben das erste Kindererholungslager nach der Befreiung durch.

Erinnert sich die Gemeinde Grünbach noch daran, daß die FÖJ ihr das Reinertragnis ihres Jugendfestes am 1. 7. 1945 in der Höhe von 2600 Mark als willkommene Spende für die Gemeindekassa abführte?

Die Gruppen der Freien Österreichischen Jugend hatten auch beträchtlichen Anteil am Wiederaufbau des kulturellen Lebens. In vielen Gruppen entstanden Chöre, Kapellen, Spielgruppen und Tanzgruppen. Mehrmals mußte die Spielgruppe Hallein der begeisterten Bevölkerung „Lumpazivagabundus“ aufführen. Besondere Verdienste um den kulturellen Aufbau in den Jugendgruppen erwarb sich Frau Professor Hanna Berger.

Auch das heute unter der Schuljugend populäre „Theater der Jugend“

wurde in den schwierigen Tagen des Jahres 1945 von der FÖJ gemeinsam mit anderen gegründet: Am 30. Juli 1945 sammelten sich vor dem Renaissance-theater Hunderte junge Menschen mit blauen Hemden und erwarteten den Beginn von Nestroys „Einen Jux will er sich machen“, der ersten Aufführung des „Theaters der Jugend“.

Tausende Jugendliche waren damals arbeitslos, es gab nur wenig Lehrstellen zu vergeben, die Berufsschulen waren erst im Aufbau begriffen. Das waren für die Jugend und ihre Zukunft ernste Probleme. Am 30. Juni 1945 fand unter dem Vorsitz von Stadtrat Afritsch eine Besprechung der Vertreter der Freien Österreichischen Jugend, der Sozialistischen Jugend und des Jugendbundes im Rathaus statt. Es wurde vorgeschlagen, die freiwillige Mitarbeit der Jugendlichen bei der Wiederherstellung von Sport- und Erholungsstätten und bei der Schuttaufräumung zu organisieren. Die Gemeinde Wien würde ihrerseits ein warmes Mittagessen und 1 Mark Taschengeld zur Verfügung stellen. Die Vertreter der FÖJ verlangten eine Erweiterung des Programms von „Jugend am Werk“ — unter diesem Titel lief die neue Aktion. Sie forderten die Errichtung ganztägiger Lehrwerkstätten, von provisorischen Reparaturwerkstätten für Schneider, Schuster und Mechaniker und auch den Einsatz von Jugendlichen in landwirtschaftlichen Berufen. Weiters sollten die Jugendlichen der „Jugend-am-Werk“-Gruppen bei der Vergebung von Lehr- und Arbeitsplätzen bevorzugt werden. Diese gemeinsame Aktion der Jugendverbände und der Gemeinde Wien half zahlreichen Jugendlichen, den Weg in einen Beruf zu finden. Ihr erster Leiter war Fritz Konir, der von den Funktionären der FÖJ, Ferdi Hackl und Robert Lauterbach, unterstützt wurde.

Im September 1945 führte die Freie Österreichische Jugend eigene Schulungskurse für Lehrlinge durch, deren Berufsschulung durch die Kriegsergebnisse unterbrochen worden war, und half ihnen, sich für die Lehrabschlussprüfung vorzubereiten.

Die großen Leistungen der Freien Österreichischen Jugend wurden von vielen Menschen gewürdigt. Bekannte Sportler, wie die Fußballer Melchior und Stojaspal, die Radrennfahrer Rudi Valenta und Ernst Deutsch, die Skimeisterin Rikki Mahringer und andere, waren Mitglieder der FÖJ. Der große österreichische Maler Oskar Kokoschka widmete der FÖJ zu Weihnachten 1945 sein aufrüttelndes Bild „Dem Gedenken der Kinder Europas“. Die Freie Österreichische Jugend bemühte sich weiter, auch mit den anderen Jugendorganisationen zusammenzuarbeiten. Immer wieder suchte sie das Gemeinsame. Vor allem mit den Mitgliedern und vielen Funktionären der Sozialistischen Jugend gab es damals enge freundschaftliche Verbindungen. So gut sich die jungen Menschen trotz verschiedener Anschauungen verstanden, so unangenehm war dies manchen Mitgliedern der Parteivorstände. Am ersten „Jugendtag“ sollte sich dies deutlich zeigen.

Die Vertreter der verschiedenen Jugendorganisationen beschlossen, am 16. September 1945, bei einem Jugendtag, der Bevölkerung ihre Kraft und ihren Willen zum Wiederaufbau zu zeigen. Man einigte sich, alles Trennende zurückzustellen, jede Organisation sollte in ihren Trachten, mit ihren Fahnen zur gemeinsamen Kundgebung marschieren. Aber einige Führer der Parteiju-

gendorganisationen bereiteten sich auf Provokationen vor. Es wurden Parteilösungen gerufen und versucht, die Jugend gegeneinander aufzubringen. Es war eine offene und ernste Warnung. Einen Tag nach dem ersten Wiener Jugendtag führte die FÖJ ihre erste Mitarbeiterkonferenz mit Funktionären aus vielen Teilen Österreichs durch. In einem ausführlichen Referat erklärte Jaro Brezik die Grundsätze und Ziele der Freien Österreichischen Jugend. Die FÖJ hat durch viele Taten bewiesen, daß sie ihren selbstgewählten Aufgaben treu geblieben ist. Einen Tag später fand eine interessante Aussprache zwischen Vertretern der FÖJ und des „Jugendbundes“ statt, die Vertreter der Sozialistischen Jugend waren nicht erschienen.

Im April 1945 hatten junge Freiheitskämpfer ehemalige Heime der Hitler-Jugend übernommen. Sie retteten die Lokale vor Plünderungen und Verwüstungen, mit eigenen Kräften richteten sie sie zu Heimen der Jugend her. Mit der Bildung anderer Jugendorganisationen begann ein unselliger Streit um diese Heime. Das Wohnungsamt der Stadt Wien, das berufen gewesen wäre, diese Frage gerecht zu regeln, schob die Lösung zum Schaden der Jugend immer wieder hinaus. Im September 1945 zogen Abordnungen der FÖJ aus allen Teilen Wiens unter Führung Heini Kleins singend zum Rathaus, wo gerade eine Sitzung des Stadtsenats stattfand. Bürgermeister Körner (der spätere Bundespräsident) und Stadtrat Slavik (der spätere Bürgermeister Wiens) empfingen die Delegierten und versprachen, sich für eine gerechte Lösung einzusetzen.

Die Gründung des Weltbundes der Demokratischen Jugend

Für 29. Oktober 1945 wurde in London der erste Weltjugendkongreß einberufen. Die demokratischen Jugendorganisationen der ganzen Welt waren eingeladen, an der Gründung einer neuen umfassenden internationalen Jugendverbindung teilzunehmen. Nach eingehenden Besprechungen wurde die Delegation für den Londoner Kongreß bestimmt. Sie setzte sich aus Vertretern der Sozialistischen Jugend, des Jugendbundes, der Pfadfinder und der FÖJ zusammen.

In der größten Halle Londons, der berühmten Albert Hall, wurde im Beisein von 5000 jungen Menschen der Weltjugendkongreß eröffnet. Den Ehrevorsitz hatte der britische Handelsminister Sir Stafford Cripps übernommen, der auch eine Grußbotschaft des englischen Königs verlas. Der amerikanische Präsident Truman, der britische Ministerpräsident Attlee und Minister und Persönlichkeiten aller demokratischen Länder hatten der in London versammelten Jugend Grüße gesandt. Es war ein unvergeßlicher Moment, als die Delegationen der 63 Länder mit ihren Fahnen durch den Mittelgang des Saales zum Präsidium marschierten. Der beliebte Sänger Edric Connor sprach die Worte vor, die alle wiederholten: „Wir werden uns immer dieser Einigkeit erinnern, die wir Oktober 1945 gemeinsam schmiedeten. Nicht nur heute, nicht nur dieses Jahr, sondern immer, bis wir diese Welt aufgebaut haben, die wir alle erträumen und für die wir kämpfen.“ Durch eine

Schweigeminute wurden die Millionen Jugendlichen geehrt, die im Kampf für Freiheit und Demokratie ihr Leben ließen, und anschließend verlasen die Vertreter aller Delegationen kurze Begrüßungen.

Die Beratungen dauerten vom 29. Oktober bis 10. November. 437 Delegierte und 148 Beobachter der verschiedensten Jugendorganisationen, religiöse wie politische, Gewerkschaftsgruppen und Sportorganisationen waren gekommen, um über die vielfältigen Erfahrungen zu verhandeln. Die unterschiedlichsten Meinungen wurden geäußert, aber es war eine freundschaftliche und notwendige Aussprache. Es gab Jugendliche, die im bewaffneten Kampf gegen die Faschisten in Europa und Asien gestanden waren, es gab solche, die in den Betrieben der alliierten Länder gearbeitet hatten, und es waren andere, die in Afrika die Schrecken des Kolonialregimes kennenlernten. Sie alle einte der feste Wille, daß es nie mehr zu einem Krieg kommen sollte, daß die Jugend gemeinsam den Frieden erhalten müsse.

In Österreich hatten, wie erwähnt, alle demokratischen Jugendorganisationen besprochen, ihre Vertreter nach London zu entsenden. Die Sozialistische Jugend sagte im letzten Moment ab, obwohl zahlreiche sozialistische Jugendorganisationen an der Konferenz teilnahmen. Der Vertreter des Österreichischen Jugendbundes erkrankte unmittelbar vor der Abreise. Der Österreichische Jugendbund und später die Österreichische Jugendbewegung waren mehrere Jahre Mitglieder des Weltjugendbundes und bei einigen Konferenzen des WBDJ vertreten. Von den Pfadfindern kam Karl Prohaska nach London. Von der Freien Österreichischen Jugend wurde Franz Danimann — ein ehemaliger Auschwitz-Häftling — entsandt. Der österreichischen Delegation gehörten noch Herbert Steiner, Max Ungar und Emmy Walter (Berta Brichacek) an, die die österreichischen Jugendgruppen im Ausland vertraten. Innerhalb der österreichischen Jugenddelegation herrschte gutes Einvernehmen, und Prohaska, den die Nazis in ein Konzentrationslager gesperrt hatten, zeigte sich kameradschaftlich und aufgeschlossen. Heute noch kann man alles gutheißen, was Prohaska damals auf der Konferenz und zu den anderen österreichischen Delegierten sagte, aber leider kam es anders ...

Die Weltjugendkonferenz beschloß, den „Weltbund der Demokratischen Jugend“ zu gründen. Der WBDJ, der von seiner Gründung weg die stärkste und vielfältigste internationale Jugendorganisation war, die es je gab, entwickelte sich in den folgenden Jahren rasch. Von ihm ging auch der Gedanke der Weltjugendfestspiele aus.

Schon 1945 stellte die FÖJ mit den Jugendorganisationen der Nachbarländer freundschaftliche Beziehungen her. Unter schwierigen Bedingungen reisten Vertreter nach Ungarn, Jugoslawien und in die Tschechoslowakei. Zum Unterschied von manchen anderen Organisationen trat die FÖJ immer dafür ein, daß aus Österreich alle Besatzungsmächte abziehen mögen. Es gab Politiker, die es gerne gesehen hätten, daß zwar die Sowjets abziehen, aber die Amerikaner hierbleiben sollten. Trotzdem hatte die FÖJ mit vielen jungen Soldaten der Besatzung gute Verbindungen, und vor allem waren es viele junge Soldaten der Sowjetarmee, die selbst Komsomolzen, das heißt

Mitglieder des sowjetischen Jugendverbandes waren, die der FÖJ Sympathie entgegenbrachten.

Für die Interessen der Jugend

Im Mai 1946 erhielt die FÖJ durch die Wahl von Fritz Weissenbeck zum Wiener Leiter und stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesleitung eine große Verstärkung. Fritz war als Jungkommunist im Jänner 1938, als einer der jüngsten Freiwilligen, zum Schutz der Demokratie gegen die Faschisten nach Spanien gegangen. Später wurde er von den Nazis in das Konzentrationslager Dachau gesperrt, wo er sich durch seinen Mut und seine Hilfsbereitschaft viele Freunde erwarb. Nach der Befreiung Österreichs war er für die Jugendarbeit innerhalb der Kommunistischen Partei verantwortlich gemacht worden. Damals entstanden die kommunistischen Jugendaktivs, die sich im Frühjahr 1946 entschlossen, teils in der FÖJ, teils in der Kommunistischen Partei zu arbeiten. Zum ersten Geburtstag der FÖJ sprach Fritz Weissenbeck im Wiener Radio. Fritz wurde bald zu einem der beliebtesten und fähigsten österreichischen Jugendfunktionäre.

Im Jahre 1945 und auch noch 1946 gab es große Schwierigkeiten bei der Ernährung der Bevölkerung. Jede Woche wurden die vorhandenen Lebensmittel auf Karten abgegeben. Es gab Normalverbraucherkarten, Arbeiterkarten und Schwerarbeiterkarten, und wehe, wenn jemand ein Normalverbraucher war! Dabei konnte er langsam verhungern.

Der größte Teil der jungen Menschen war unterernährt und gesundheitsgefährdet. Die Untersuchungen in Betrieben und von der Gewerkschaft zeigten erschreckende Ergebnisse. Die jungen Arbeiter und Lehrlinge in den Betrieben forderten immer lauter eine bessere und ergiebigere Ernährung. Damals entstand die Forderung, den Jugendlichen die „Schwerarbeiterkarte“ zu gewähren. In den zahlreichen Betrieben wurden darüber Versammlungen abgehalten, Resolutionen an die zuständigen Stellen geschickt und Delegationen häuften sich, die bei Parteien, Gewerkschaft und Regierung vorsprachen. So wie bei den meisten Forderungen der Jugend seit 1945, war es die FÖJ, die zuerst den Kampf unterstützte. Nach kurzer Zeit schon war es aber der gemeinsame Kampf der Gewerkschaftsjugend, der Sozialistischen Jugend und der FÖJ, der sich immer stärker ausbreitete.

Im Mai 1946 erreichten die Lehrlinge von Donawitz den ersten Erfolg. Ihnen wurde für jede zweite Woche die Schwerarbeiterkarte zugestanden. Die Sozialistische Jugend sprach beim sozialistischen Ernährungsminister Frenzel vor, der angesichts der wachsenden Bewegung plötzlich erklärte, daß der Alliierte Rat gegen die Vergabe der Schwerarbeiterkarte sei. Bald stellte sich heraus, daß dies nicht den Tatsachen entsprach. Eine Delegation führender Funktionäre der FÖJ unterbreitete am 23. Mai Bundeskanzler Ing. Figl folgende Forderungen: 1. Die Schwerarbeiterkarte für die arbeitende Jugend, 2. Säuberung der österreichischen Hochschulen von belasteten Nazis und 3. das Mitspracherecht der Jugend bei allen Gesetzen, die sie

betreffen. Bundeskanzler Figl sagte der Delegation „vollste Unterstützung“ zu. Daß die Jugendlichen nach einiger Zeit wirklich die notwendige und wohlverdiente Schwerarbeiterkarte bekamen, ist dem Einsatz zehntausender Jugendlichen in Betrieben und Berufsschulen zu danken, die an ihrer Forderung nicht lockerließen.

Im Unterrichtsministerium wurde noch auf Initiative des ersten Staatssekretärs für Unterricht, Ernst Fischer, die Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände gebildet. In ihr waren alle demokratischen Jugendorganisationen vertreten, und lange Zeit gab es in allen wichtigen Fragen der Jugend Übereinstimmung. Trotz mancher Meinungsverschiedenheiten und gegensätzlichen Auffassungen wurde damals, in den ersten Jahren, durch die Zusammenarbeit mehr für die Jugend erreicht als in vielen Jahren später. Durch die Arbeitsgemeinschaft der Jugendorganisationen wurde auch der „Österreichische Jugendherbergsverband“ gegründet. Vorsitzender wurde der Pfadfinderführer Karl Prohaska, und von der Gründung an, bis zur Zeit, als die FÖJ auf Wunsch höchster Stellen der Kirche und des ÖVP-Ministeriums für Unterricht aus dieser Organisation ausgeschaltet wurde, war der damalige Bundessekretär der FÖJ, Herbert Steiner, stellvertretender Vorsitzender.

In allen Bundesländern war die FÖJ aktiv am Aufbau des Österreichischen Jugendherbergsverbandes beteiligt und stellte als erste Organisation alle ihre Erholungsheime und Hütten dem ÖJHV zur Verfügung. Im ÖJHV zeigte es sich besonders deutlich, wie fruchtbringend eine kameradschaftliche Zusammenarbeit sein kann.

Der erste Bundeskongreß

Im Jänner 1946 traten die Funktionäre der FÖJ in Wien zu ihrer ersten Bundesberatung zusammen. Es wurde beschlossen, im Frühsommer 1946 den ersten Bundeskongreß der FÖJ einzuberufen. Die Monate vor dem Bundeskongreß waren mit gründlichen Vorbereitungen ausgefüllt. Ein Vorschlag für ein Programm der FÖJ wurde in den Gruppen und unter den Funktionären gründlich diskutiert. Zahlreiche Abänderungs- und Ergänzungsvorschläge wurden bei der endgültigen Fassung berücksichtigt. Neue Mitglieder wurden für die FÖJ geworben, denn alle Bezirke und Gruppen bemühten sich, möglichst viele Delegierte zum Bundeskongreß entsenden zu können. Die Stärkung der FÖJ zeigte sich deutlich am Abend des 13. April, dem Vorabend des 1. Jahrestages der Befreiung Wiens. In einem eindrucksvollen Fackelzug zogen Tausende FÖJ-Mitglieder über die Ringstraße. Im Spalier standen auch viele Mitglieder anderer Jugendorganisationen. Es waren so viele Jugendliche gekommen, daß es zum Bedauern so mancher Teilnehmer nicht genügend Fackeln für jeden gab. Ebenso zeigte die starke Beteiligung der FÖJ in Wien und in allen Bundesländern bei den Aufmärschen am 1. Mai 1946, daß sich die FÖJ zu einer wohlorganisierten Kraft entwickelt hatte.

Der erste Bundeskongreß im Juni 1946 bewies, daß die FÖJ auch in der

politischen Öffentlichkeit Ansehen genoß. Bei der feierlichen Eröffnung des Bundeskongresses sprachen zu den 1200 FÖJlern aus allen Bundesländern und den ausländischen Gästen der Bundesminister für Unterricht Dr. Hurdes (ÖVP), der Präsident des Wiener Stadtschulrates Dr. Zechner (SPÖ) und Nationalrat Ernst Fischer (KPÖ). Damit wurden mehrmals die Möglichkeiten der demokratischen Einigung der Jugend unterstrichen, es war ein vorläufig letztes Bekenntnis, bevor zum Schaden der Jugend Österreichs die Politik des kalten Krieges in den Vordergrund und die Hilfe für die Jugend immer mehr in den Hintergrund trat.

An dem Kongreß nahmen die Sekretärin des Weltbundes der Demokratischen Jugend, Kitty Hoochham, die Vertreter der Jugendorganisationen Bulgariens, Ungarns, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei und der Chefredakteur der Moskauer Jugendzeitung „Komsomolskaja Prawda“ teil. Die Begrüßungen der ausländischen Freunde, die mit großem Beifall aufgenommen wurden, unterstrichen die internationale Verbundenheit der Jugend. Die ausländischen Delegierten wurden vom Bürgermeister Wiens, Dr. Körner, und vom Unterrichtsminister Dr. Hurdes zu Aussprachen empfangen. Zu den Höhepunkten des Kongresses zählte die Übergabe ruhmreicher Traditionsfahnen der österreichischen Jugend an die FÖJ. Die Fahnen wurden von mutigen Jugendlichen unter Einsatz ihres Lebens in den Jahren des Austrofaschismus 1934—1938 und während der deutschen Fremdherrschaft 1938—1945 versteckt gehalten. Da war ein Wimpel der besten Roten-Falken-Gruppe aus Favoriten, die Fahne der Roten Jugendwehr Hallein, die Fahne des Wiener Sozialistischen Wehrsports, die Fahne des Kommunistischen Jugendverbandes Wiener Neustadt, die Fahne der Zentralvereinsjugend Graz, die zweitälteste Fahne des Arbeiterturnvereins Steyr, die Rosa-Hoffmann-Fahne der jungen Österreicher in England, ein Wimpel der Slowenischen Jugend Kärntens und schließlich die Fahne des Zweiten Österreichischen Bataillons der Jugoslawischen Befreiungsarmee.

Im ersten Programm der FÖJ, das von den Delegierten einstimmig beschlossen wurde, hieß es: „Die FÖJ will das Ihre dazu beitragen, Österreich restlos vom faschistischen Ungeist zu reinigen, den Geist der Demokratie und Menschlichkeit wachsam und tapfer hochzuhalten. Die Fahne der Jugend muß die Fahne des Friedens, der Freiheit und des Fortschritts sein.“

Kalter Krieg

Der Sieg über den Faschismus in Europa im Mai 1945 war das Ergebnis eines opferreichen vierjährigen Krieges. Die militärischen Anstrengungen der Alliierten (Sowjetunion, USA, England) sowie der Einsatz der Partisanen und Widerstandskämpfer aller von Hitler-Deutschland besetzten Länder waren für die Niederlage des Faschismus ausschlaggebend. Die größten Opfer — 20 Millionen Tote — gab es unter den Völkern der Sowjetunion. Der mutige Einsatz der Roten Armee, vor allem in den Schlachten um Stalingrad, Leningrad und Moskau, bedeutete den Vormarsch der Hitler-Armee und brachte die große Wende im zweiten Weltkrieg. Im Verlauf des

Krieges verstärkte sich die antifaschistische Einheit trotz großer Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten und innerhalb der nationalen Widerstandsbewegungen. Die bedeutendsten Ergebnisse waren die Gründung der Vereinten Nationen (UNO), die Konferenzen von Jalta, Teheran und Potsdam sowie die großen historischen Prozesse gegen die Naziverbrecher in Nürnberg.

In allen befreiten Ländern bildeten sich Regierungen der antifaschistischen nationalen Einheit, an denen auch Kommunisten teilnahmen. Es gab berechtigte Hoffnungen, daß die antifaschistische Einheit weitergeführt und zu fortschrittlichen und gesellschaftsverändernden Maßnahmen führen werde. Die Vertreter der mächtigen Konzerne, die den Aufstieg des Faschismus aktiv finanziell und politisch unterstützt hatten, sahen in der militärischen Niederlage des Faschismus eine Gefährdung ihres Einflusses, ihrer Profite und Privilegien. Besonders in den USA verstärkten sie ihren Einfluß und bemühten sich mit allen Mitteln, auf der ganzen Welt das wachsende Ansehen der Sowjetunion zurückzudrängen. Der militärisch völlig sinnlose und brutale Abwurf der ersten beiden amerikanischen Atombomben über Hiroshima und Nagasaki im August 1945 sollte vor aller Welt das Atombombenmonopol der USA als Mittel der politischen Einschüchterung demonstrieren.

Die von den multinationalen Konzernen begonnene und von der Regierung der USA unterstützte immer stärker werdende antikommunistische Propaganda und Politik hatte den Zweck, das kapitalistische System zu festigen und die fortschrittlichen Kräfte zu schwächen. Die Hauptangriffe richteten sich gegen die Sowjetunion und die Kommunisten. Man knüpfte sogar an die faschistischen ideologischen Traditionen des Antikommunismus an.

Der unmittelbare Zweck dieser Kampagnen, die die Periode des kalten Krieges einleiteten, war es, das Bündnis der Alliierten zu schwächen und schließlich zu zerstören, sowie die antifaschistische Zusammenarbeit in einzelnen Ländern zu beenden.

In einigen Ländern, wie in Griechenland, führte der kalte Krieg zu einem blutigen Bürgerkrieg. In Korea und später in Vietnam versuchten amerikanische Imperialisten durch den Einsatz ihrer modernen Armeen das alte Kolonialsystem wieder zu installieren. Der opfervolle und mutige nationale Befreiungskampf in diesen Ländern, der von den fortschrittlichen Kräften auf der ganzen Welt solidarisch unterstützt wurde, führte schließlich zur Niederlage der amerikanisch-imperialistischen Intervention und war damit ein entscheidender Beitrag zur Eindämmung dieser reaktionären Aggression.

Als Folge des kalten Krieges kam es in den meisten Ländern West- und Mitteleuropas zur Herausdrängung der Kommunisten aus den Regierungen und zur teilweisen erfolgreichen Sprengung der antifaschistischen Einheit. In den USA selbst wurde im Zeichen des Antikommunismus eine großangelegte Verfolgungs- und Propagandaaktion gegen alle fortschrittlichen Kräfte geführt.

Der kalte Krieg und der politische und geheimdienstliche Druck der USA auf und in den Ländern, in denen größere gesellschaftliche Veränderungen vorgenommen wurden (Volksdemokratien), führten in diesen Ländern zu einer Vergiftung des politischen Klimas, zu Verdächtigungen und schwerwiegenden Verfolgungen. Führende und verdiente Funktionäre der kommunistischen Parteien wurden unter Vorwänden verhaftet, es gab Schauprozesse und zahlreiche Hinrichtungen. Der XX. Parteitag der KPdSU hat selbstkritisch diese ernsten Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit und ihre schweren Folgen aufgezeigt. Die Verfolgungen unschuldiger Menschen in den Volksdemokratien wurden von der antikommunistischen Propaganda des kalten Krieges ausgenutzt und brachten dem Ansehen der Kommunisten und ihren Beziehungen zu anderen politischen Kräften schweren Schaden.

In der Folge des kalten Krieges bildete sich unter Führung der Sowjetunion das Lager der sozialistischen Staaten und unter Führung der USA ein Bündnisssystem verschiedener kapitalistischer Staaten. Die USA drängten immer stärker auf Konfrontationskurs, während die Sowjetunion sich bemühte, Vorschläge zur internationalen Verständigung zu unterbreiten. Auch in Österreich schiedene die Kommunisten aus der Regierung aus. Der Antikommunismus wurde verstärkt, und besonders

die Niederlage im Oktoberstreik 1950 wurde zu einer maßlosen Hetze gegen die Kommunisten und zu ihrer weitgehenden Isolierung ausgenutzt.

Funktionäre der FÖJ wurden aus einheitlichen Organisationen, wie dem Österreichischen Jugendherbergsverband, ausgeschlossen und gemeinsame Aktivitäten der verschiedenen Jugendorganisationen abgelehnt. Der rabiate Antikommunismus in Österreich führte zu einem Mitgliederrückgang der FÖJ und zu ernststen Schwierigkeiten auf allen Gebieten. Der Einfluß der FÖJ innerhalb der österreichischen Jugend nahm stark ab.

Der Kampf um vier Wochen Urlaub und um das Jugendschutzgesetz

Seit 1948 bekommen alle jungen Arbeiter unter 18 Jahren und alle Lehrlinge vier Wochen bezahlten Urlaub im Jahr. Diese wichtige Bestimmung ist neben zahlreichen anderen Rechten im Jugendschutzgesetz enthalten. Seit vielen Jahrzehnten führte die österreichische Arbeiterjugend den Kampf um ein modernes Jugendschutzgesetz. Der Höhepunkt dieser Kämpfe war in den Jahren 1946—1948.

Im Sommer 1946 wurde im Parlament der Antrag für ein neues Arbeiterurlaubsgesetz eingebracht. Die Abgeordneten der ÖVP verhinderten, daß darin auch eine Bestimmung für den bezahlten 4-Wochen-Urlaub der Jugend aufschien. Obwohl das Parlament den 4-Wochen-Urlaub nicht bewilligte, erkämpften sich die Jugendlichen in zahlreichen Betrieben dieses Recht. Im August waren es bereits 150 Betriebe in Wien, die großen Fabriken Brevillier und Urban in Neunkirchen, Schöller-Bleckmann in Ternitz, die Steyrer-Werke in Oberösterreich und die Betriebe der Konsumgenossenschaften in allen Bundesländern.

In allen größeren Betrieben Österreichs wurden Betriebsversammlungen für das Jugendschutzgesetz durchgeführt, Resolutionen wurden an die Gewerkschaft und die zuständigen Ministerien gesandt. Die Forderungen wurden von den FÖJlern gemeinsam mit jungen Sozialisten und Katholiken sowie der Gewerkschaftsjugend erhoben. Die FÖJ führte eine Unterschriftenaktion unter den jungen Arbeitern für das Jugendschutzgesetz durch. Im Mai 1947 waren bereits 50 000 Unterschriften gesammelt. Eine Delegation von Jugendvertrauensmännern der Alpine Montan (Donawitz), der Eisenwerke Krieglach, der Maschinenfabrik Andritz, des Autowerks Fross-Büssing, von Waagner-Biró, Austro-Fiat, Austria-Email, der Wiener E-Werke, des Gaswerks Simmering, des Feinstahlwerks Traisen und führende Funktionäre der Freien Österreichischen Jugend sprach mit den Unterschriften im Bundeskanzleramt, im Sozialministerium, beim Gewerkschaftsbund und bei den politischen Parteien vor. Bundeskanzler Figl und der Sozialminister hatten keine Zeit, die Delegation zu empfangen, dafür wurde aber ein Überfallskommando der Polizei aufgebildet. Das Überfallskommando eilte der Delegation zu allen Stellen voraus und empfing sie, als sie dort ankam. Im Gewerkschaftsbund dankte der Jugendsekretär Konir für die Unterstützung, die die Jugendvertrauensmänner bei der Aktivierung der Jugend gegeben hatten.

Am 22. Mai 1947 fand im Gewerkschaftsheim in der Königseggasse eine große Versammlung der Wiener Gewerkschaftsjugend statt, die die rasche-

ste Annahme des Jugendschutzgesetzes mit vier Wochen Urlaub forderte. Die Freie Österreichische Jugend betrachtete es als ihre Aufgabe, möglichst viele junge Arbeiter und Lehrlinge in diesen wichtigen Kampf miteinzubeziehen. Vor den Fortbildungsschulen in Wien und in den Bundesländern fanden täglich Versammlungen statt, in denen FÖJ-Funktionäre über den Kampf um das Jugendschutzgesetz berichteten. Die Lehrlinge gaben begeistert ihre Zustimmung. Es war nicht verwunderlich, daß reaktionäre Kreise diese Tätigkeit nicht gerne sahen und alles versuchten, die Versammlungen zu unterbinden. Als allerlei Einschüchterungen nichts genützt hatten, beauftragte Innenminister Helmer die Polizei, die Versammlungen zu verbieten. In der Begründung hieß es: „Es scheint unzulässig, daß Schüler während der Schulzeit — und als solche muß auch die zur Erholung vom Unterricht bestimmte Pause angesehen werden — an einer außerhalb der Schule veranstalteten Versammlung ohne Bewilligung des Stadtschulrates teilnehmen.“ Als erster Funktionär der FÖJ wurde Georg Schwarz vor der Mollard-Schule verhaftet. Es war am selben Tag, als der Nazifreund Guido Schmidt (Außenminister unter Schuschnigg) von einem österreichischen Gericht von der Anklage des Hochverrats freigesprochen wurde! Vor der Fortbildungsschule Hütteldorfer Straße wurde Heini Klein verhaftet. Paul Frischauer, der damals bei derartigen Versammlungen sprach, erhielt eine Strafverfügung des Kommissariats Wien 15 zu drei Tagen Arrest, „weil er trotz mehrmaliger Aufforderung, das Reden und Aufhetzen der Jugendlichen einzustellen, nicht Folge geleistet hatte“. Die Polizei hatte es übrigens damals gar nicht so leicht, die Verhaftungen durchzuführen. Hunderte Lehrlinge stellten sich schützend vor die FÖJ-Funktionäre, und wenn es ihnen nicht gelang die Verhaftung zu verhindern, so begleiteten sie sie zum Kommissariat und demonstrierten dort so lange für die Freilassung, bis sie selbst von einem größeren Polizeiaufgebot zerstreut wurden. Im Juli 1947 gab es den ersten großen Erfolg. Der Nationalrat beschloß einstimmig, den 4-Wochen-Urlaub für alle Jugendlichen unter 18 Jahren gesetzlich zu verankern. Die Jugendlichen der Land- und Forstwirtschaft wurden leider ausgenommen.

Als Ende Juni 1948 bekannt wurde, daß auf der Tagesordnung des Nationalrates das Jugendschutzgesetz oder, wie es damals hieß, „Beschäftigungsgesetz“ aufschien, begann in vielen Betrieben eine große Bewegung. Betriebsversammlungen wurden abgehalten, Delegationen bestimmt, die im Nationalrat bei den Parteien vorsprechen sollten. In den Bundesländern besuchten Delegationen ihre Abgeordneten, in Salzburg fand eine Sondersitzung des Jugendbeirates statt, in Donawitz, Knittelfeld und Fohnsdorf gab es große Protestversammlungen. In Wien beschlossen Delegierte aus 60 Betrieben, zum Parlament zu ziehen und dort ihre Forderungen bekanntzugeben. Die Regierung und die meisten Abgeordneten wollten aber die Meinung der Jugend nicht hören. Wieder ließ man die Polizei ausrücken. Mehr als tausend Polizisten wurden gegen die jugendlichen Demonstranten aufgebildet. Aus Floridsdorf und Stadlau marschierten junge Arbeiter aller politischen Richtungen gemeinsam zum Parlament. An ihrer Spitze befanden sich auch die Mitglieder der Bundesleitung der FÖJ Georg Schwarz und Fritz Vosol. Vor dem Rathaus versuchte ein starker Polizeikordon die Jugendlichen abzu-

drängen. Mehrere junge Arbeiter wurden verhaftet. Inzwischen hatten sich Delegationen aus zahlreichen Betrieben beim Parlament eingefunden.

Der Wiener Leiter der FÖJ, Fritz Weissenbeck, schlug den Jugendlichen vor, eine kleine Delegation zu bestimmen, um bei den Abgeordneten der drei Parteien vorzusprechen. Er wurde bei seiner Ansprache zweimal von einem hohen Polizeioffizier von der Kiste, auf die er gestiegen war, heruntergerissen. Zahlreiche Jugendliche wurden erheblich verletzt und ihre Kleidung zerrissen. Die Abordnung der Jugendlichen wurde nicht ins Parlament gelassen. Als einziger Nationalrat kam der kommunistische Abgeordnete Ernst Fischer aus dem Parlament und versprach den versammelten Jugendlichen, daß sich die Kommunistische Partei im Parlament für das Jugendschutzgesetz einsetzen werde. Das Jugendschutzgesetz wurde an diesem Tag im Parlament beschlossen. Der Antrag wurde vom damaligen sozialistischen Nationalrat Erwin Scharf eingebracht.

Einer Intervention der Bundesleitung der FÖJ gelang es, bis zum nächsten Tag alle verhafteten Jugendlichen freizubekommen. Der Erfolg des Kampfes um das Jugendschutzgesetz war das Ergebnis der gemeinsamen Bemühungen Tausender junger Arbeiter in ganz Österreich.

Gegen die Willkür der US-Besatzer

An dieser Stelle verdienen noch einige Kämpfe kurz erwähnt zu werden, die die FÖJ für die Jugend und die Demokratie in Österreich führte. Als im Jahre 1947 in Ischl eine große Demonstration für eine verbesserte Milchzuteilung an Kinder und Jugendliche stattfand, wurde der FÖJ-Bezirksleiter Raimund Zimpernik von den Amerikanern verhaftet. Zimpernik, der wegen seiner antifaschistischen Tätigkeit schon unter den Nazis eingesperrt war, erhielt von einem amerikanischen Militärgericht 15 Jahre Gefängnis. Die FÖJ führte eine Protestaktion gegen dieses Schandurteil im „Ischler Milchprozeß“ durch. Dem Protest schlossen sich alle zehn österreichischen Jugendorganisationen an. Besonders beschämend war dieses Urteil, da zur selben Zeit die zwei faschistischen Flüchtlinge Wassiljew und Balabenko, die den FÖJler Oskar Gebesreiter bei einer Veranstaltung in Salzburg ermordet hatten, von einem amerikanischen Militärgericht freigesprochen wurden. Die Proteste gegen die Verurteilung Zimperniks nahmen einen derartigen Umfang an, daß die Amerikaner gezwungen wurden, den bewährten Jugendfunktionär nach acht Monaten freizulassen.

Bereits 1947 und 1948 wies die FÖJ in einer großen öffentlichen Diskussion auf die Gefahren der Aufstellung eines neuen Bundesheeres hin. Anlaß dafür war die in der amerikanischen Besatzungszone gebildete „B-Gendarmerie“. Die FÖJ forderte, daß die großen finanziellen Mittel lieber für den Bau von Schulen und Jugendheimen verwendet werden sollten.

Am Michaelerplatz, Ecke Herrengasse, ist eine Tafel zum Gedenken an den Unteroffizier Pollet angebracht, die daran erinnert, daß sich dieser im Jahre 1848 weigerte, auf das demonstrierende Wiener Volk schießen zu

lassen. Diese Tafel hat eine interessante Geschichte: 1934 hatte das faschistische Dollfuß-Schuschnigg-Regime, das selbst Kanonen gegen das österreichische Volk schießen ließ, die Tafel entfernt. Zum 100. Jahrestag der Revolution von 1848 veranstaltete die FÖJ eine Gedenkundgebung am Michaelerplatz und brachte ein Plakat an der Stelle an, wo früher die Tafel war. Einige Zeit später veranlaßte der Wiener Gemeinderat die Wiederanbringung der Gedenktafel. Im Mai 1948, als die reaktionäre griechische Regierung Tausende griechische Demokraten bestialisch ermorden ließ, führte die FÖJ eine große Protestkundgebung vor der griechischen Gesandtschaft in Wien durch. Jugendliche aus vielen Betrieben kamen mit ihren Protestresolutionen. Der Gesandte weigerte sich, die Delegation zu empfangen. In Sprechchören riefen die Jugendlichen: „Hinaus mit den griechischen Faschisten aus Österreich!“

Die Kämpfe und Demonstrationen unter Führung der FÖJ zeigten, daß diese würdig die Traditionen der österreichischen Arbeiterjugend fortführte. Selbstverständlich bekämpfte die FÖJ, gemeinsam mit der Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit im ÖGB (heute Gewerkschaftlicher Linksblock) und mit zahllosen sozialistischen und parteilosen Arbeitern, die Politik der Restaurierung und Sanierung des kapitalistischen Systems in Österreich, die die Koalitionsregierung und die sozialpartnerschaftlichen Spitzen der ÖGB-Führung unter dem Titel „Lohn- und Preispakete“ durchführte. auch beim „Oktoberstreik“ gegen den IV. Lohn-Preis-pakt 1950 waren junge Betriebsarbeiter, die der FÖJ angehörten, mit vollem Einsatz beteiligt.

Der Oktoberstreik 1950

Unter vielen Entbehrungen und durch eine mit großem Enthusiasmus durchgeführte Aufbauarbeit war es der österreichischen Arbeiterklasse binnen weniger Jahre gelungen, die vom Krieg schwer in Mitleidenschaft gezogene Wirtschaft unseres Landes nicht nur wieder in Gang zu bringen, sondern in vielen Bereichen sogar das Niveau von 1937, das letzte Jahr vor der Besetzung Österreichs, zu überbieten. Doch bereits 1947/48 zeigte es sich, daß sowohl die ÖVP als auch die SPÖ gewillt waren, die Kosten für den Wiederaufbau allein auf die Werktätigen abzuwälzen. Der letzte kommunistische Minister — Karl Altmann, verantwortlich für Energiefragen — verließ daher die Koalitionsregierung. Regierung, Gewerkschaftsspitze und Unternehmervertreter handelten in der Folgezeit sogenannte „Lohn-Preis-Pakte“ aus, durch welche die Löhne minimal erhöht, die Preise dagegen kräftig angehoben wurden. Dabei hatte auch die amerikanische Besatzungsmacht die Finger im Spiel, denn die im Rahmen des „Marshallplans“ gewährten US-Kredite sollten in Österreich möglichst gewinnbringend eingesetzt werden.

Während 1950 die größten Unternehmen bereits wieder hohe Gewinne verbuchen konnten, wurde ein neuerliches (bereits das vierte) Lohn-Preis-Abkommen ausgehandelt, das zu einer Reallohnsenkung geführt hätte. Als die „Volksstimme“ im September den Kuhhandel aufdeckte, brach der Sturm los: Ausgehend von der Linzer VOEST breitete sich in ganz Österreich eine Streikbewegung aus, deren wichtigste Zentren Linz, Steyr, das Wiener-Neustädter Industriegebiet und Wien waren. Am Höhepunkt des Streiks beschloß in Wien-Liesing eine Konferenz vor allem kommunistischer Gewerkschafter, den Streikenden zu empfehlen, bis zur Einberufung einer gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz die Arbeit wieder aufzu-

nehmen. Diese Betriebsrätekonferenz, die am 30. September 1950 in der Montagehalle der Floridsdorfer Lokomotivfabrik zusammentrat, stellte der Regierung ein Ultimatum: Entweder Zurückziehung der Preiserhöhungen (oder Verdoppelung der im Abkommen vorgesehenen Lohnerhöhung) — oder am Mittwoch, den 4. Oktober würde der Streik fortgesetzt. Doch am 4. und 5. Oktober wurde der Streik, vor allem mit Hilfe von Prügelgardien der von Franz Olah geführten Bauarbeitergewerkschaft, rasch abgewürgt. (25 Jahre später gab Olah in einem Interview mit der BRD-Illustrierten „Stern“ faktisch zu, daß seine Gewerkschaft dafür Geld aus den USA erhalten hatte.)

Der Beschluß, den Streik zu unterbrechen, war ein verhängnisvoller Fehler, wie die KPÖ später selbstkritisch eingeschätzt hat. Regierung und ÖGB-Spitze erhielten dadurch Zeit, ihre gesamten Mittel gegen die kampfbereite Arbeiterschaft in Bewegung zu setzen. Die „AZ“ beschimpfte die Streikenden als „Faschisten“, SPÖ-Betriebsräte verbreiteten das Gerücht, die Kommunisten planten einen Putsch in der sowjetischen Besatzungszone. Obwohl bei der großen Demonstration auf dem Wiener Ballhausplatz vor dem Bundeskanzleramt nicht eine einzige Fensterscheibe in Brüche ging, die Streikenden sich auch sonst äußerst diszipliniert verhielten (verglichen etwa mit Kampfaktionen der Arbeiter in anderen Ländern wie Frankreich und Italien), wird die Lüge vom angeblichen „Kommunistenputsch“ unermüdlich wiedergekaut: in Schulbüchern, bei zeitgeschichtlichen Ausstellungen, bei Festreden usw. (Vgl. die spannend geschriebene Broschüre von Eva Priester: „Der große Streik — Tatsachenbericht über den Oktoberstreik 1950“, Wien 1980.)

10. Die FÖJ in den fünfziger Jahren

Gegen die Remilitarisierung Österreichs

Im Jahre 1951 war ein entscheidender Schwerpunkt die erhöhte Tätigkeit der Organisationen der Freien Österreichischen Jugend für die Erhaltung des Friedens, für einen Friedenspakt der fünf Großmächte, gegen die Einbeziehung Österreichs in die Kriegsvorbereitungen der Westmächte als Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion und unsere volksdemokratischen Nachbarn und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Lage der arbeitenden Jugend unseres Landes.

Höhepunkte waren die Vorbereitungen und Durchführung des Pfingsttreffens der 50 000 in Wien, die Entsendung von mehr als 2000 jungen Österreichern zu den III. Weltjugendfestspielen nach Berlin und der 3. Bundeskongreß der FÖJ in Wien.

„Und wenn die Amis noch so kläffen, es wird ein mächtiges Jugendtreffen.“ Und das war es wirklich, das Treffen der mehr als 50 000 für Frieden und Freiheit, wo nicht nur aus allen Teilen unserer Heimat Burschen und Mädchen kamen. Es war das größte Jugendtreffen in der Geschichte der österreichischen Jugendbewegung, das durch Abordnungen der Jugendorganisationen aus den volksdemokratischen Nachbarländern und der Sowjetunion stark im Zeichen der internationalen Solidarität stand. Nach dem Pfingsttreffen wandte sich die Bundesleitung der FÖJ an die österreichische Jugend mit einem Aufruf, in dem es unter anderem hieß:

„Das Jugendtreffen der 50 000 für Frieden und Freiheit kann nur der machtvolle Auftakt der österreichischen Jugend für den Frieden, für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes sein. Unsere Jugend wird sich mit dem ganzen Schwung und der Begeisterung des Jugendtreffens an die Spitze der Unterschriftensammlung für den Friedenspakt der fünf Großmächte stellen. Denn nur ein Friedenspakt der Großmächte kann die Grundlage für eine friedliche und glückliche Zukunft der Jugend sein.“

Die FÖJ setzte sich das Ziel, bis zum 3. Bundeskongreß (20./21. 10. 1951) 100 000 Unterschriften für den Friedenspakt der Großmächte aufzubringen. Bis zum Kongreß unterschrieben 104 000 Österreicher diese Forderungen. Die Aktion stand unter der Losung „Ami go home — Österreich darf keine Alpenfestung werden“. Gleichzeitig mit der Unterschriftensammlung liefen die Vorbereitungen für die Gewinnung von Teilnehmern an den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten für Frieden und Freiheit in Berlin (Hauptstadt der DDR). Letzten Endes fuhrten 2300 junge Österreicher nach Berlin: junge Sportler, Kulturgruppen, junge Menschen verschiedener politischer und religiöser Anschauungen.

Aber den westlichen Besatzungsmächten, besonders den Amerikanern,

war dieses Welttreffen für Frieden, Völkerverständigung und Freundschaft ein Dorn im Auge. Sie versuchten mit allen Mitteln, im Salzburgischen (Saalfelden) die britischen und französischen Teilnehmer auf ihrer Fahrt nach Ostösterreich durch Auswaggonieren und brutale Behandlung einzelner Teilnehmer zum Umdrehen zu bewegen. Anderswo versuchte man das gleiche mit der italienischen Delegation. Das Solidaritätsgefühl der österreichischen Bevölkerung, die Findigkeit von aufrechten Antifaschisten und Kämpfern für den Frieden halfen mit, Sperrungen und Hindernisse zu umgehen, überwand die Schikanen der westlichen Besatzer, und die Teilnehmer der verschiedenen Nationen konnten rechtzeitig Berlin erreichen.

Die österreichische Delegation kehrte voll Begeisterung und positiver Erlebnisse zurück. Die meisten Teilnehmer hatten den Willen, sich konsequent für den Frieden einzusetzen. Noch viele Wochen nachher erhielten FÖJ und viele Österreicher Briefe von englischen, französischen und italienischen Delegierten, in welchen diese sich für die internationale Solidarität und die hilfreiche Betreuung bedankten.

Der 3. Bundeskongreß war ein weiterer Höhepunkt im Kampf um die Erhaltung des Friedens, gegen die Pläne der Westmächte, Westösterreich zu remilitarisieren und — mit Unterstützung der ÖVP-SPÖ-Regierung! — unser Land als Aufmarschgebiet für einen Krieg gegen die Sowjetunion und unsere volksdemokratischen Nachbarn zu benutzen. Das Hauptreferat war zu einem großen Teil dem Kampf um die Erhaltung des Friedens gewidmet, und viele Debattenredner drückten klar aus, daß die österreichische Jugend nicht bereit sei, Kanonenfutter für die angloamerikanischen Imperialisten abzugeben, Kader für eine volksfremde Armee zu stellen. In ihren Beiträgen führten sie die nach wie vor triste soziale und kulturelle Lage der Arbeiterjugend auf die Kriegsvorbereitungen zurück: Große Jugendarbeitslosigkeit (50 000 zwischen 14 und 18 Jahren), zum Teil überlange Arbeitszeit (bei manchen bis zu 70 Stunden in der Woche), Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz, ungenügende Bezahlung u. a. m.

Der Bundeskongreß richtete an die österreichische Jugend, an alle österreichischen Jugendorganisationen einen Appell, in dem es unter anderem hieß:

„... Vor unseren Augen wird in unserer Heimat, im Westen Österreichs zum Kriege gerüstet. In fieberhaftem Tempo werden in Salzburg, Tirol und Kärnten Kasernen und Munitionsdepots, unterirdische Treibstofflager und Flugplätze gebaut. Wiederum werden in unserem Lande Kriegsstraßen angelegt und halten kriegsmäßig ausgerüstete fremde Truppen Manöver ab. Auch österreichische Abteilungen, getarnt als Gendarmerieeinheit, ausgerüstet mit amerikanischen Waffen, nehmen an diesen Manövern teil. Man will uns zu Landsknechten fremder Interessen machen... Unsere Regierung und ihre Presseorgane, die zu all dem schweigen, können nicht aus der Welt schaffen, wovon sich jeder selbst überzeugen kann... Unsere Worte wenden sich daher an alle jungen Österreicher, an die Leitungen aller Jugendorganisationen. Unterstützt den Kampf für den Frieden, den Kampf gegen die Wiederaufrüstung Österreichs. Nur gemeinsam können wir die Gefahr abwenden und den Frieden und damit unsere Heimat retten. Wenn wir unsere

Kräfte vereinen und uns gegen die kapitalistischen Kriegsbrandstifter zusammenschließen, dann sind wir eine Macht. Noch ist es nicht zu spät; stellen wir alles, was uns trennen mag, zurück, um das kostbarste Gut, unser Leben, unsere Heimat und den Frieden zu schützen...“

Wer für die Verständigung der Großmächte ist, ist ein Freund der Jugend und des Friedens, wer dagegen ist, kann nur ein Feind der Jugend und des Friedens sein. Laßt uns in dieser ernsten Stunde für unsere Heimat der großen Sache des Friedens unsere Treue geloben.

Für die Heimat!

Für den Frieden!

Das sei die Losung aller.“

Die Unterschriftensammlung für die Friedenspolitik der Großmächte wurde fortgesetzt, in den Folgejahren fanden weitere Pfingsttreffen unter der Losung „Für die Heimat, für den Frieden“ statt. Triebfeder für die verstärkte Aufklärungsarbeit der FÖJ war die Erkenntnis aus Friedensaktionen in Frankreich, Italien und Westdeutschland, die besagte:

„Um den Frieden kann man nicht bitten,

auf den Frieden kann man nicht warten,

den Frieden muß man gewinnen.“

Sozialkampf, Bildungsarbeit

Der wirtschaftliche Aufschwung in den fünfziger Jahren erfolgte zum Teil auf Kosten von Gesundheit und Lebensstandard der werktätigen Jugend in Stadt und Land. Neben der miserablen Bezahlung waren vor allem die mangelnden Freizeiteinrichtungen und kulturellen Betätigungsmöglichkeiten charakteristisch für die Lage der Arbeiterjugend. Die FÖJ stellte sich darum das Ziel, verstärkt für deren Rechte und Forderungen einzutreten und gleichzeitig nach der Herstellung der Kampfeinheit der verschiedenen Organisationen der werktätigen Jugend zu streben.

Für eine lebendige, anziehende, gesellig-kulturell und sportlich-jugendgemäße Arbeit gab es viele anregende Beispiele in den Diskussionsbeiträgen: Der Kongreß stellte daher die Aufgabe, diesen Bereich der Jugendarbeit wesentlich zu verstärken, da er erfahrungsgemäß der beste Weg zur Erfassung und Gewinnung junger Menschen ist. Der Kongreß mußte auch zu neuen Erscheinungen — zum Einfluß des „american way of life“, schädlichen Auswirkungen von Schmutz und Schund auf die österreichische Jugend — Stellung beziehen. In der Resolution des Kongresses heißt es unter anderem: „Um gegen diesen schädlichen Einfluß auf die Jugend anzukämpfen und gleichzeitig den Aufgaben unserer Organisation gerecht zu werden, unserer Mitgliedschaft höheres Wissen zu vermitteln, schlagen wir die Schaffung eines Abzeichens ‚Gutes Wissen‘ vor, um das sich alle Mitglieder der FÖJ, wie auch alle daran interessierten Jugendlichen bewerben können.“ Die Teilnehmer an der Lernbewegung konnten der Reihe nach das Abzeichen „Gutes Wissen“ in Bronze, Silber und Gold nach Ablegung einer jeweiligen Prüfung erwerben. Die Kurse behandelten Probleme wie: Lage der Jugend,

Kampf um den Frieden, Fragen der österreichischen Geschichte und der politischen Ökonomie.

Zu allen Themen gab es Lehrhefte. Wenn zum Beispiel das Abzeichen in Bronze erworben war, konnte sich der Teilnehmer für das nächsthöhere bewerben. Viele Hunderte Jugendliche bereicherten ihr politisches und ideologisches Wissen und ihr Zugehörigkeitsgefühl zur internationalen revolutionären Arbeiterbewegung.

Der Bundeskongreß manifestierte auch einen weiteren Schritt zur engeren Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei Österreichs. Angesichts der gesteigerten ökonomischen, politischen und ideologischen Aktivitäten der kalten Krieger, angesichts der täglichen Hetze gegen die Sowjetunion und gegen unsere Nachbarvölker, die den Weg des Sozialismus beschritten, sowie gegen die Kommunistische Partei Österreichs wurde in der Öffentlichkeitsarbeit und in der ideologischen Diskussion in der FÖJ stärker und bewußter das Kampfbündnis mit der KPÖ hervorgehoben. Die Freie Österreichische Jugend stand zu diesem Zeitpunkt bereits fest auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus.

„Marxismus-Leninismus“, „wissenschaftlicher Sozialismus“ oder „wissenschaftlicher Kommunismus“ wird die von Marx und Engels begründete und später von Lenin weiterentwickelte Weltanschauung genannt. „Kommunistische“ Vorstellungen gab es schon in früheren Jahrhunderten, zu einer Wissenschaft würde der Kommunismus aber erst, als es Karl Marx gelang, die ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Ausbeutung aufzudecken. Marx und Engels wiesen nach, daß der Übergang der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus und Kommunismus ebenso notwendigerweise erfolgen wird, wie der Übergang vom mittelalterlichen Feudalismus zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Kennzeichen des Sozialismus ist das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und die Arbeitsmacht.

Der langjährige Vorsitzende Fritz Walter (Brichacek) gab seine Funktion an Hubert Schwab ab, Bundessekretär Herbert Steiner wurde wiedergewählt. Mit Ende 1952 gab Herbert Steiner seine Funktion an Walter Wachs ab.

In den folgenden Jahren verstärkte die FÖJ — entsprechend den Beschlüssen des 3. Kongresses — ihre Aufklärungstätigkeit für den Frieden, brachte ihre internationale Solidarität mit den verfolgten jugendlichen Friedenskämpfern verschiedener Länder zum Ausdruck, setzte sich entschieden für die Rechte der arbeitenden Jugend unseres Volkes ein, baute ihre sportliche, gesellige und kulturelle Tätigkeit aus, um mehr Mitglieder und neue Mitkämpfer zu gewinnen. 1952 gab es Pfingsttreffen „Für die Heimat — für den Frieden“ in Linz und Graz (amerikanische und englische Besatzungszone), denen in den folgenden Jahren in immer mehr Landeszentren Pfingsttreffen folgten. Die FÖJ stand an der Spitze von Kampfaktionen gegen Versuche, neofaschistische und neonazistische Jugendorganisationen zu gründen. Sie führte Demonstrationen und Aufklärungsaktionen durch gegen die Versuche der Westmächte, Österreich in zwei Teile zu zerreißen oder in ein Aufmarschgebiet gegen die Länder des Sozialismus zu verwandeln, gegen Soldatentreffen, welche die „Heldentaten“ der Hitler-Wehrmacht würdigten. Zur Überwindung der starken Jugendarbeitslosigkeit schlug die FÖJ immer wieder Maßnahmen vor wie Jugendeinstellungsgesetz, Errich-

tung öffentlicher Lehrwerkstätten, Jugendschutzgesetz und forderte auch die Erfüllung konkreter Forderungen wie 150 Schilling Weihnachtsgeld für arbeitslose und in Arbeitsämtern erfaßte Jugendliche, eine Schülermonatskarte für Straßenbahn, Autobus und Eisenbahn für alle jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren u. a. m.

Die FÖJ und der österreichische Staatsvertrag

Der 4. Bundeskongreß fand vom 9. bis 11. April 1955 — wenige Wochen vor Unterzeichnung des Staatsvertrages statt. Der Kongreß richtete an alle jungen Österreicher einen Aufruf, in dem es unter anderem heißt:

„Wir alle wollen in Frieden leben und nicht wie die Jugend von 1914 und 1938 in den Krieg ziehen, um auf fremder Erde zu sterben oder gar als Krüppel zurückzukehren. Wir wollen unser Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Die Jugend hat ein Recht auf Arbeit und auf die Früchte ihrer Arbeit. Sie hat ein Recht auf eine menschenwürdige Wohnung, auf die Förderung ihrer Fähigkeiten, auf Bildung, Freizeit und Lebensfreude. Diese Rechte können aber nur in einem unabhängigen, einigen Österreich und nur in Frieden Wirklichkeit werden. Wenn die österreichische Jugend leben will, muß sie für die Unabhängigkeit Österreichs kämpfen. Dieses Land soll unser Land sein, Freundschaft haltend mit allen Völkern, aber nicht fremden Zielen, sondern der eigenen Zukunft dienend.“

Mit einer eindringlichen Mahnung an Österreichs Jugend über Parteischranken und Meinungsverschiedenheiten hinweg, schließt der Aufruf:

„Vereint Euch zum Kampf für Euer Lebensrecht, für Euren Sieg über Not und Sorge, für Freiheit und Frieden, für den Aufstieg der Jugend in einem unabhängigen Österreich.“

Außer der in dem Aufruf vorrangigen Aufgabe des Kampfes um ein freies Österreich beschäftigte sich der Kongreß mit der Schaffung von Lehrstellen und Lehrwerkstätten sowie mit einer richtigen Verbindung der drei Seiten einer erfolgreichen Tätigkeit einer fortschrittlichen Jugendorganisation: Kampf um ein besseres Leben und um den Frieden; Lernen; Sport, Spiel und Unterhaltung. Die Wahl der neuen Bundesleitung, der 44 Mitglieder angehört, brachte Veränderungen. Hubert Schwab wurde von Walter Wachs als Bundesvorsitzender abgelöst, Hans Brenning wurde Bundessekretär. Eine Reihe neuer Leitungsmitglieder trat an die Stelle langjähriger Mitglieder, die aus alters- oder berufsmäßigen Gründen ausschieden.

Der Abschluß des Staatsvertrages rollte das für die Jugend wichtige Problem der Landesverteidigung auf. Die FÖJ stellte fest, daß der stärkste Schutz und die beste Verteidigung der Neutralität und Unabhängigkeit Österreichs in einer Politik der Demokratie, des Friedens und der Verständigung mit allen Völkern liegt. Sie sei bereit, gemeinsam mit der gesamten Jugend und mit ihrer ganzen Kraft ein solches Österreich zu verteidigen! Sie lehne aber alle Versuche einer Neubelebung des Militarismus, jeden Arbeitsdienst, Schliff und Drill, Kasernengeist ab. (Vgl. Kap. 11)

Die Unterzeichnung des Staatsvertrages am 15. Mai 1955 wurde von der

FÖJ begrüßt. Das FÖJ-Organ „Jugend voran“ hob im Juni-Heft 1955 fünf Punkte hervor:

- Österreich ist nun frei und unabhängig (Selbstbestimmung).
- Abzug der Besatzungstruppen.
- Österreich neutral: keinem Militärbündnis wird sich Österreich anschließen. „Österreich wird ein Land des Friedens.“
- Die Reichtümer gehören Österreich, das Erdöl und das ehemals deutsche Eigentum. So wird Österreich reicher.
- Handel mit allen Ländern.

„Handelsverträge mit der Sowjetunion und anderen Ländern bedeuten Vollbeschäftigung, Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit, gute Ausbildungsmöglichkeiten für die Jugend.“

Alle freuen sich über den Staatsvertrag und mit Recht. Aber gerade wir jungen Menschen müssen dafür sorgen, daß alles, was uns der Staatsvertrag bietet, auch verwirklicht wird...“, schrieb die „Jugend voran“.

Der Abschluß des Staatsvertrages und die damit verbundenen besitzmäßigen Veränderungen hatten aber auch negative Auswirkungen auf die Tätigkeit der FÖJ. Im Bericht der Bundesleitungssitzung vom 17./18. 12. 1955 wurde festgehalten:

„Während der Staatsvertrag und die damit verbundenen Veränderungen fast keine ungünstigen Auswirkungen auf unsere Organisationen in den westlichen Bundesländern hatten, verursachte er in den ehemaligen sowjetisch verwalteten Betrieben sowie in den von der sowjetischen Besatzungsmacht verwalteten Bundesländern Schwierigkeiten, die bis heute nicht überwunden werden konnten und zum Teil hemmend wirken. Am stärksten betroffen wurden die Landesorganisationen Niederösterreich und Wien, wo der Hauptteil unserer Organisationen Betriebsgruppen waren. Es zeigte sich, daß alte Möglichkeiten und Arbeitsmethoden unter den neuen Besitzern nicht mehr anwendbar waren. Es gab Kaderschwierigkeiten durch Abbau, Versetzungen, Abwanderungen und verstärkten politischen Druck.“

Der Bericht schlug aufgrund der bisherigen Erfahrungen eine Umstellung der Arbeitsmethoden vor, darunter verstärkten Rückhalt für die Betriebsgruppen durch eine stärkere Belebung der lokalen Wohngruppen.

Der 5. Bundeskongreß

1957 begannen die Vorbereitungen für den 5. Bundeskongreß am 7. und 8. 12. 1957. Zur ideologischen und programmatischen Vorbereitung des Kongresses wurde unter dem Titel „Die Jugend Österreichs von heute und morgen“ ein Entwurf für „Grundsätze der Arbeit der Freien Österreichischen Jugend“ zur öffentlichen Diskussion gestellt. Er enthielt nach einer kurzen Einleitung über die gewaltigen Veränderungen in der Welt seit Ende des zweiten Weltkrieges einen Abschnitt über den Kapitalismus, einen über den Sozialismus, einen für ein besseres Leben (Ziele der FÖJ auf politischem, ökonomischem, kulturellem und sportlichem Gebiet), einen „Mit der Kommunistischen Partei“ und einen über die Erziehungsziele.

Auf dem Bundeskongreß standen neben den Grundsätzen im Vordergrund: Die kritische Stellungnahme der FÖJ zu den Versuchen der bürgerlichen Massenmedien, die jungen Menschen als „Halbstarke“ darzustellen; der Beweis, daß die jungen Österreicher von heute arbeitsam und lerneifrig sind; die ökonomische Lage der arbeitenden Jugend und ihre Lebensprobleme; das Bundesheer und die Forderungen der FÖJ im Interesse der werktätigen Jugend. Auf organisatorischem Gebiet wurden die Probleme der Veränderungen behandelt, die durch den Abschluß des Staatsvertrages eingetreten waren und aufgrund der ersten Erfahrungen Wege für die weitere Arbeit der Gruppen erarbeitet. Der Kongreß nahm die durch die Diskussion ergänzten Grundsätze an. Zum Bundesvorsitzenden wurde wieder Walter Wachs, zum Bundessekretär Karl Reiter gewählt, der Hans Brenning ablöste.

Das Wiener Festival

In der Tätigkeit und Geschichte der FÖJ spielten die Weltjugendfestspiele eine wichtige Rolle. Einerseits weil die FÖJ zu diesen alle zwei Jahre jeweils in einer anderen Hauptstadt Europas stattfindenden großen politischen, kulturellen und sportlichen Treffen eine für unser Volk verhältnismäßig zahlenmäßig starke Delegation schicken konnte, andererseits weil die Vorbereitungsarbeiten dazu viele Monate dauerten und mit den wichtigsten Abschnitten der Tätigkeit der Organisation, wie Frieden, Völkerfreundschaft, Rechte der Jugend, nationale Belange, Kultur und Geselligkeit, verbunden werden konnten. Dazu kam noch, daß viele Delegationen auf dem Weg zur Festivalstadt, die bis 1957 jeweils in einem der sozialistischen Länder lag, durch Österreich führen, was immer für Freundschaftstreffen genützt wurde.

Die Idee, Weltjugendfestspiele abzuhalten, entstand knapp nach Ende des zweiten Weltkrieges, als die Menschheit noch unter dem Eindruck der ungeheuren Opfer und Schäden stand und sich alle einig waren, daß in Zukunft eine solche Katastrophe verhindert werden müsse. Damals sprach der eben gegründete „Weltbund der Demokratischen Jugend“ (WBDJ), dem die FÖJ angehörte, den Gedanken aus, die Jugend für den Kampf um die Erhaltung des Friedens aufzurufen und ihre Begeisterung, ihren Opfermut, ihre Zielstrebigkeit für dieses hohe Ziel zu gewinnen. Die ersten Weltjugendfestspiele fanden im Sommer 1947 in Prag und die folgenden in Abständen von je zwei Jahren in Budapest, Berlin, Bukarest, Warschau und Moskau statt. Vor den Moskauer VI. Weltjugendfestspielen legte das Internationale Vorbereitungskomitee folgende Prinzipien fest: „Beim Festival darf keine politische, philosophische oder religiöse Tendenz Vorrang haben. Alle Programmpunkte müssen im Geiste der gegenseitigen Achtung, des gegenseitigen Verstehens und der internationalen Freundschaft abrollen.“

Das Internationale Vorbereitungskomitee für die VII. Weltjugendfestspiele beschloß Anfang 1958, Österreichs Regierung um die Erlaubnis zur Abhaltung des Festivals in Wien zu ersuchen, die auch erteilt wurde. Mit

Bekanntwerden der Neuigkeit, daß die VII. Weltjugendfestspiele vom 26. Juli bis 4. August 1959 in Wien, in der Hauptstadt des neutralen Österreich, in einer Stadt der sogenannten „freien Welt“ stattfinden werden, begann auch schon eine in vielen Ländern, vor allem aber in Österreich, zugespitzte Debatte über Für und Wider des Festivals und den Austragungsort. Es begann eine organisierte Arbeit verschiedener Geheimdienstzentralen und Organisationen, die sich schon als kalte Krieger bewährt hatten, mit dem Ziel, die VII. Weltjugendfestspiele zu einem unvergeßlichen Fiasko zu machen. Ungeheure Geldmittel wurden flüssiggemacht. Tausende Antifestivalagitatoren wurden angeworben und aus vielen Teilen der „freien Welt“ nach Wien gebracht. Der Bundesjugendring und die Hochschülerschaft und die in ihnen erfaßten Organisationen distanzieren sich vom Festival, geben Agitationsmaterial heraus, arbeiten in Informationsstellen. Der Österreichische Rundfunk und die Presse legten um die einzelnen Veranstaltungen des Festivals eine Mauer des Schweigens, während gleichzeitig gegen die Tatsache der Abhaltung des Festivals in Wien gehetzt wurde. Der Vatikan, einflußreiche Kreise der Bundesrepublik sowie der CIA waren eifrig mit im Bunde der Festivalgegner. Aus München wurde während der Weltjugendfestspiele täglich die Antifestivalzeitung „Wiener Nachrichten“ in sieben Sprachen nach Wien eingeflogen. Der Schriftsteller Fritz Molden berichtet in seinem Buch „Besatzer, Toren, Biedermänner“ (S. 277) von einer zweitägigen Antifestivalberatung in Südtirol, an der auch Dr. Kreisky teilnahm. Wie begründeten diejenigen, die eine Teilnahme am Festival ablehnten, ihre Haltung?

1. Die Weltjugendfestspiele seien eine kommunistische Angelegenheit und die Leitung liege fest in Händen kommunistischer Funktionäre.

2. Die Neutralität Österreichs werde mißbraucht. Unter dem Schutz der Neutralität würden Jugendliche besonders aus der westlichen Welt nach Wien gebracht, um hier kommunistischer Propaganda „ausgeliefert“ zu werden.

3. Jene Jugendfunktionäre, die meinten, in Wien ein wirkliches Gespräch über Ost-West-Probleme abhalten zu können, würden getäuscht werden. Aus den Ländern des Sozialismus würden nur sorgfältig ausgewählte und geschulte Funktionäre kommen. Und die aus den westlichen Ländern kämen, würden nicht repräsentativ sein. Mit jungen Menschen aus der Masse der Jugend dieser Länder werde es keine Möglichkeiten des Gesprächs geben.

4. Die Weltjugendfestspiele hätten das einzige Ziel, die Jugend der Welt von den friedlichen Absichten des „Ostblocks“ zu überzeugen und die Länder des Westens als Kriegstreiber und Kolonialisten hinzustellen (so die Vatikanzeitung „Osservatore Romano“).

5. Die Jugend und die Bevölkerung Österreichs seien gegen den „kommunistischen Rummel“.

Nun, trotz aller Gegen- und Störaktionen waren die VII. Weltjugendfestspiele für Frieden und Freundschaft in Wien ein voller Erfolg hinsichtlich ihres vielseitigen Inhalts, hinsichtlich der immer enger werdenden freundschaftlichen Beziehungen der jungen Menschen aus fünf Kontinenten mit der Wiener und der österreichischen Bevölkerung, der man wochenlang nahegelegt

hatte, ja nicht mit dem Festival in Berührung zu kommen. Die Abschlusßerklärung des Internationalen Festkomitees sagte dazu unter anderem:

„18000 Burschen und Mädchen aus 112 Ländern haben dem heißen Streben unserer Völker nach Fortschritt, Freiheit und Frieden Ausdruck gegeben... Verschiedene politische Richtungen, religiöse Überzeugungen und Nationalitäten vetretend, haben wir uns im Geist der gegenseitigen Achtung getroffen und uns frei unsere Gesichtspunkte dargelegt.“

An die Genfer Außenministerkonferenz gewandt, hatte eine großartige, dem Frieden gewidmete Feier die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß eine friedliche Lösung der schwebenden internationalen Probleme gefunden werden muß. Auf einer unvergeßlichen Feier der Solidarität mit der Jugend der kolonialen Länder und der Länder, die in jüngster Zeit ihre Unabhängigkeit erlangten, wurde der Wille nach Freiheit und Gleichheit für alle Völker bekräftigt.

Die Anstrengungen der Gegner des Festivals blieben erfolglos“, heißt es in dem Dokument. „Das Internationale Komitee und das Festival, die die verschiedensten Kräfte und Jugendorganisationen vertraten, waren für alle offen, ohne jegliche Diskriminierung und auf der Grundlage voller Gleichberechtigung...“

In Wien haben uns Zehntausende Jugendliche mit großer Gastfreundschaft empfangen“, heißt es in der Erklärung weiter. „Sie sind nicht mit jenen gegangen, die die Spaltung verewigen wollten, sie sind uns entgegengekommen, sie haben sich uns angeschlossen, um die Bande der Freundschaft mit allen Jugendlichen unserer Länder zu stärken.“ Und an einer anderen Stelle: „Bei den immer großartiger werdenden Veranstaltungen, an denen nahezu eine Million Österreicher teilnahmen, haben wir die Sympathie, die Solidarität, die Freundschaft, die uns die Jugend und die Bevölkerung Österreichs entgegenbrachten, von Tag zu Tag wachsen sehen.“

Die FÖJ, mit starker Unterstützung durch die Kommunistische Partei Österreichs und durch viele Antifaschisten und aufrechte Demokraten, hatte wesentlich zu diesem durchschlagenden Erfolg des Festivals beigetragen. Der Erfolg war um so höher einzuschätzen, da es zum ersten Mal in einer kapitalistischen Hauptstadt stattfand, wo den Festivalgegnern, geduldet und unterstützt von öffentlichen Stellen und den großen politischen Parteien unseres Landes, alle Möglichkeiten für Störaktionen offenstanden. Die österreichischen Aktivisten des Festivals sind der großen Ehre und Verpflichtung, das Festival vorbereiten und durchführen zu dürfen, vollauf gerecht geworden. Es gelang, neue Kreise inner- und außerhalb Österreichs für die große Sache des Friedens und der Völkerverständigung zu gewinnen, das Ansehen Österreichs als neutrales Land zu stärken und den Verfechtern des kalten Krieges eine Abfuhr zu erteilen.

Nach dem Festival

In der Vorbereitungszeit des 6. Bundeskongresses am 23. und 24. April 1960 gab es Aktionen um die Rechte der Jugend (zum Beispiel 40-Stunden-

Woche, höhere Lehrlingsentschädigungen), gegen neofaschistische Provokationen (zum Beispiel Schillerfeier am Wiener Ring) und Aufklärungsarbeit für den Frieden. Der Kongreß selbst wandte sich an Österreichs Parlament und an die Regierung sowie an die Großen Vier mit einem Appell zur Abrüstung, der folgendermaßen schloß:

„Wir wenden uns an die Staatsoberhäupter und Ministerpräsidenten der vier Großmächte mit dem Ersuchen, die allgemeine Abrüstung zu beschließen und die Menschheit für immer von der Drohung des Krieges und der Völkervernichtung zu befreien. Damit würde für die Jugend eine Welt entstehen, in der sie ihre Begeisterung, ihren Arbeitswillen, ihren Hang zur Technik und ihr Streben nach vorwärts für ein besseres Leben der Menschheit einsetzen kann.“

Zwischen dem 3. und 6. Bundeskongreß (also in den fünfziger Jahren) hatte sich die FÖJ immer eindeutiger zur österreichischen Arbeiterjugendorganisation entwickelt, die durch ein enges Kampfbündnis mit der KPÖ verbunden war. Ihre Hauptaufgaben sah sie darin, die jungen Menschen zu Kämpfern und Funktionären für die Rechte der arbeitenden Jugend und der österreichischen Arbeiterbewegung zu erziehen. Sie stand unversöhnlich gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und bekannte sich zum Sozialismus. Sie wirkte für Frieden und Entspannung, gegen Atomaufrüstung und kalten Krieg. Die internationale Solidarität mit den um ihre nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völkern und die Freundschaft mit der Jugend der Welt waren ein wichtiger Teil ihres Handelns. Viele FÖJ-Funktionäre setzten, der Jugendarbeit entwachsen, ihre Tätigkeit in der Kommunistischen Partei fort, wo sie verantwortungsvolle Funktionen übernahmen.

11. FÖJ und Bundesheer

Wie erwähnt, stellte der Abschluß des österreichischen Staatsvertrages im Mai 1955 das Problem der Aufstellung einer österreichischen Armee auf die Tagesordnung. In den westlichen Bundesländern waren dazu schon seit Jahren Vorbereitungen im Gange: Unter dem Schutz der amerikanischen Besatzungsmacht wurde die sogenannte B-Gendarmerie aufgestellt, in der auch Offiziere der Hitler-Wehrmacht wieder ein Betätigungsfeld vorfanden. Diese B-Gendarmerie sollte zum Kern des künftigen österreichischen Heeres werden, dessen Ausrichtung auf das westliche Bündnis die US-Besatzer sichern wollten. Tatsächlich wurde der größte Teil dieser Truppe in den Kader des Bundesheeres übernommen.

Die FÖJ bekämpfte die Aufstellung der B-Gendarmerie als Teil der Angriffsvorbereitungen der kalten Krieger gegen die sozialistische Staatengemeinschaft. Als nun die Möglichkeit auftauchte, eine souveräne Armee zum Schutz der österreichischen Neutralität aufzubauen, wollte die FÖJ diese Frage zuerst einer Volksabstimmung unterwerfen (ob die Österreicher die Aufstellung einer bewaffneten Macht überhaupt befürworteten), wobei auch die betroffenen Jugendlichen stimmberechtigt sein müßten. Im Falle eines positiven Volksentscheids trat die FÖJ für eine demokratische Miliz mit viermonatiger Grundausbildung ein.

Bereits vor Abschluß des Staatsvertrages wandte sich die FÖJ an die Gewerkschaftsjugend, die Sozialistische Jugend und die Sozialistische Arbeiterjugend (das war die Jugendorganisation der Linksozialisten, welche sich 1956 mit der KPÖ vereinigten). In diesen Organisationen gab es starke antimilitaristische Strömungen. Die Freie Österreichische Jugend schlug vor, in der Wehrfrage gemeinsam vorzugehen:

„Diese Einheit im Kampf gegen einen neuen Barras, aber auch um die Erfüllung der wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Jugend, herzustellen, ist eine der vehementesten Aufgaben, die die FÖJ sich stellt.“ („Volksstimme“, 23. 3. 1955)

In der Juni-Nummer des FÖJ-Organs „Jugend voran“ faßte die FÖJ ihre Argumente zusammen: „Bewaffneter Schutz der Heimat — ja oder nein?“

Wenn ja: Söldnerheer (Berufsheer) wie vor 1938?

Allgemeine Wehrpflicht von ein bis zwei Jahren oder Miliz (ähnlich wie in der Schweiz) mit einer kurzen Ausbildungszeit?“

Die FÖJ lag damit auf derselben Linie wie die KPÖ, die im Nationalrat eine Volksabstimmung über das Bundesheer verlangte, was von ÖVP und SPÖ abgelehnt wurde. Gegen das von der Koalitionsregierung geplante Wehrgesetz lief die FÖJ Sturm. So veranstaltete die FÖJ am 20. September 1955 im Wiener „Salzburger Hof“ eine Kundgebung der Jugend gegen das Wehrgesetz. Eine nach der Kundgebung stattfindende Demonstration der FÖJ wurde von folgenden Sprechchören geprägt:

„Neun Monate wollen sie uns schleifen — wir werden ihnen was pfeifen!“

„Vier Monate und nicht mehr, das ist genug fürs Bundesheer!“

Mit diesen Forderungen fand die FÖJ Bündnispartner bei Teilen der SJ.

So hieß es bei einer Kundgebung der jungen Sozialisten, dem „Roten Jugendtag 1955“ der SJ in Steyr, unter anderem: „Lehrpläne für Schulen, nicht für das Bundesheer!“

Am Tag vor der Nationalratsabstimmung über das Wehrgesetz wurde auf einer Versammlung der Privatangestellten-Jugend Wien von Landesobmann Horak für eine Dienstzeit von besser vier, höchstens sechs Monaten und die Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten, gesetzlichen Schutz und umfassende Rechte für die Vertrauensmänner plädiert. Am Tag vor der Abstimmung über das Wehrgesetz im Nationalrat schrieben FÖJler vor dem Parlament und in Favoriten „Stimmt gegen das Wehrgesetz“ auf die Straße.

In einer Diskussion „Wer will unter die Soldaten“ mit Referent SPÖ-Zentralsekretär Otto Probst erklärte Karl Reiter für die FÖJ, daß die Armee so aussehen werde wie ihre Offiziere, die aus der Heimwehr und der Hitler-Wehrmacht kommen. Reiter protestierte auch dagegen, daß die Jugend von der Mitentscheidung ausgeschlossen wurde. Probst stempelte daraufhin alle anwesenden Gegner des Wehrgesetzes, darunter viele junge Sozialisten, zu Kommunisten.

Im Laufe der Jahre änderte sich an der kritischen Haltung der FÖJ gegenüber dem Bundesheer nichts. Im Referat der Bundesleitung der FÖJ, gehalten von Fritz Sperl am 18. Parteitag der KPÖ 1961, wurde vor allem auf die Entwicklung im Bundesheer hingewiesen, so zum Beispiel, daß der neue Verteidigungsminister Schleinzer ehemaliger Langenmark-Schüler (Nazi-Eliteschule) war usw. Der Nationalratsbeschluß zu den freiwilligen Waffenübungen wurde von der Bundesleitung als gefährlich angesehen. Der Aufbau eines Grenzschutzes, wobei in den Grenzbezirken selbst aufgrund der freiwilligen Waffenübungen aus der dort wohnhaften Bevölkerung Einheiten geschaffen werden sollten, wurde als „ernste Gefahr für die demokratische Entwicklung unseres Landes“ und als provokatorisch gegenüber den sozialistischen Nachbarländern angesehen. Sperl bedauerte für die Bundesleitung, daß oft (in FÖJ und KPÖ) übersehen werde, daß bestimmte in der Bevölkerung vorherrschende Gedanken über eine Sache eine Änderung erfahren. So sei es der Argumentation der Befürworter des Bundesheeres gelungen, „zumindest bei Teilen der Bevölkerung die ursprüngliche Reserviertheit und Ablehnung gegenüber dem Bundesheer abzuschwächen“. Neben FÖJ und Bund Demokratischer Frauen müßten sich laut Sperl vor allem kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte für die Präsenzdienstleistenden einsetzen. (Schutz vor Schikanen, Übergriffen, Schläff, Drill, sozialrechtlicher Schutz). Die FÖJ sei auch gegen reaktionäre Beeinflussung der Soldaten beim Bundesheer und für den Kampf um die Verbesserung der materiellen Lage der Präsenzdienstleistenden (Erhöhung des Taggelds auf zehn Schilling, freie bzw. ermäßigte Fahrt auf öffentlichen Verkehrsmitteln und insbesondere die Schaffung eines Heeresversorgungsgesetzes).

12. Die FÖJ in den sechziger Jahren

In den fünfziger Jahren bestimmte eine von ÖVP und SPÖ gebildete Koalitionsregierung das politische, wirtschaftliche und geistige Leben in unserem Land. Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens wurden vom Proporzdenken zwischen „schwarz“ und „rot“ — und vom Antisowjetismus und Antikommunismus — durchdrungen. Das in- und ausländische Kapital hatte alle Voraussetzungen, um in einem Klima der „Sozialpartnerschaft“ und des „sozialen Friedens“ Maximalprofite zu schöpfen.

Das in Österreich herrschende politische System ist der „staatsmonopolistische Kapitalismus“. Kapitalistisch ist es, weil trotz eines relativ breiten verstaatlichten Sektors der von der gesamten Bevölkerung erarbeitete Reichtum einer kleinen Schicht von Kapitaleigentümern zugute kommt: Ein Zehntel Promille (0,001%) der Bevölkerung, nämlich rund 700 Leute, verfügen über 40% des gesamten Vermögens. Die österreichische „Bourgeoisie“, also die Klasse der Kapitalisten, ist natürlich größer, aber innerhalb dieser Klasse ist es eine verschwindend kleine Gruppe, die das „Sagen“ hat; Rund 700 (von insgesamt fast 145 000) Betriebe verfügen über 70% des Betriebsvermögens. Das sogenannte „Rohvermögen“ (ohne steuerliche Abschreibungen und ähnlichem) dieser Betriebe beträgt 1942 Milliarden Schilling.

Als „Monopol“ bezeichnet die marxistische Theorie eine Vereinigung von Kapitalisten, die in ihren Händen die Produktion und den Absatz eines bedeutenden Teiles der Erzeugnisse eines oder mehrerer Industriezweige konzentriert. Auf dieser Grundlage üben sie auch auf allen anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens (Politik, Kultur, Freizeit, Bildung . . .) bestimmenden Einfluß aus. Das Monopol ist also nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Kategorie, was besonders bei den „Multis“ deutlich wird: Internationale (oder: transnationale) Monopole sind Riesenkonzerne, die ganze Bereiche der Weltwirtschaft (Erdöl, Elektronik) kontrollieren. Sie setzen ihre ganzen Machtmittel ein, wo sie ihre Profite gefährdet sehen — zum Beispiel Sturz der Regierung Allende in Chile 1973. Auch in Österreich gibt es Zweigbetriebe der „Multis“ (ITT, General Motors, Erdölkonzerne und ähnliche.)

Wenn zum Funktionieren der „Wirtschaft“ ständige staatliche Eingriffe nötig sind, spricht man vom „staatsmonopolistischen Kapitalismus“. In Österreich erfolgen diese Eingriffe nicht nur über das Budget, über Subventionen, Steuervergünstigungen, Preisregulierungen zugunsten der Monopole u. ä., bei uns spielt auch die verstaatlichte Industrie eine bedeutende Rolle. Als nach 1945 die Privatwirtschaft durch die Kriegsfolgen schwer angeschlagen war, übernahm der Staat einen Großteil der Grundstoffindustrie (Eisen, Stahl, Bergbau, Chemie) und lieferte an die private Fertigwarenindustrie zu günstigen Preisen Roh- und Halbfertigprodukte. Außerdem übernahmen der Staat und die verstaatlichte Industrie die teure und risikoreiche Forschung und Entwicklung. Im staatsmonopolistischen Kapitalismus ist der kapitalistische Grundwiderspruch auf die Spitze getrieben: Während die Produktion „gesellschaftlich“ organisiert ist (im Gegensatz zum Handwerker und Bauern im Mittelalter), bleibt die Aneignung (der Profite) privat.

Die in der Mitte der fünfziger Jahre einsetzende Wirtschaftskonjunktur verschleierte den klassenmäßigen Charakter dieser Entwicklung — die Stärkung der Positionen des Großkapitals, zumal sich zur selben Zeit das System der „Sozialpartnerschaft“ herausbildete, die ständige Zusammenarbeit zwischen den Unternehmerverbänden und der Spitzen der Gewerkschaften und Arbeiterkammern. Die Methode dieses Systems, durch Konzessio-

nen Bewegungen zu verhindern, zu entsolidarisieren, wirkte sich in zunehmendem Maß auf die Arbeiterschaft aus, aber auch auf die Jugend. Erst ab Mitte der sechziger Jahre wurden bestimmte Veränderungen im Bewußtsein, vor allem der jüngeren Generation, spürbar. Hauptmomente dafür waren das veränderte Kräfteverhältnis zwischen den beiden Weltsystemen, das eindeutig zugunsten der Länder des realen Sozialismus ausfiel, und die immer offener zutage tretenden unmenschlichen Verbrechen des amerikanischen Imperialismus, besonders in Indochina (Vietnamkrieg). Die vorbehaltlose Unterstützung dieser Verbrechen durch die Monopolbourgeoisie und deren politische Stützen in den kapitalistischen Ländern öffnete Teilen der Jugend — vor allem der Studierenden — den Blick für die Verkommenheit dieses Systems. Gleichzeitig erschütterten erste Anzeichen einer Wirtschaftskrise 1966/67 den Glauben an einen grenzenlos wachsenden Wohlstand im Kapitalismus.

Einfluß auf die fortschrittliche Jugend in Österreich übten die Studentenbewegung im Mai 1968 in Frankreich, die Aktionen der Studenten in der BRD in den Jahren 1967/68 sowie die Kämpfe der italienischen Studenten 1968/69 aus. Viele Funktionäre der Freien Österreichischen Jugend und der damaligen KPÖ-nahen Studentenorganisation VDS sahen Möglichkeiten, aus der Isolation und Stagnation, in der sich FÖJ, VDS, die Partei und ihr nahestehende Organisationen befanden, auszubrechen. Der Rückgang ihres Einflusses auf die Arbeiterjugend und der Eindruck der gewaltigen Studentendemonstrationen in Westeuropa verleiteten sie zu der Meinung, daß nur von den Universitäten her ein neuer Schwung in die revolutionäre Bewegung gebracht werden könne. Der Begriff einer „Neuen Linken“ gewann immer mehr an Bedeutung und wurde von führenden „Ideologen“ wie Ernst Fischer (der bereits Anfang der sechziger Jahre ein Buch über „Probleme der jungen Generation“ herausgebracht hatte) und Franz Marek auch „theoretisch untermauert“. Manche der damaligen führenden Funktionäre der FÖJ und der VDS folgten ihnen und gerieten auf den Weg des Revisionismus. Ihre Tätigkeit führte direkt in die schwerste Krise der KPÖ und ihrer Jugendorganisationen.

Kampforganisation der Arbeiterjugend

Am 23. April 1960 fand in Wien der 6. ordentliche Bundeskongreß der FÖJ statt. Unter der Losung „Für ein besseres Leben der österreichischen Jugend — für Frieden und Sozialismus“ berieten rund 300 Delegierte die kommenden Aufgaben der Organisation. In seinem Referat unterstrich Karl Reiter, der auf diesem Kongreß zum neuen Bundesobmann der FÖJ gewählt wurde, die Bedeutung der Weltjugendfestspiele 1959 in Wien, die Bedeutung des Kampfes für Frieden, Entspannung und Abrüstung sowie der weiteren Verbesserung der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der FÖJ in Verbindung mit der Stärkung und Festigung der Organisation. Besonders hob Karl Reiter das enge Kampfbündnis mit der KPÖ hervor als der konsequentesten Verfechterin der berechtigten Forderungen der arbeitenden Jugend.

In der Diskussion spielten eine besondere Rolle: die Fragen des Bundesheeres, das Auftreten gegen neofaschistische und revanchistische Tendenzen und Hauptforderungen der Arbeiterjugend. Besonders erwähnt seien hier die Forderungen nach Einführung der 40-Stunden-Woche für alle Jugendlichen, nach perzentueller Angleichung der Lehrlingsentschädigung an die niedrigsten Gehilfenlöhne, der gesetzliche Schutz für Jugendvertrauenspersonen sowie die Schaffung eines modernen Berufsausbildungsgesetzes.

Ausgehend von den Beratungen des 6. Bundeskongresses entfaltete die FÖJ zahlreiche Aktionen in Betrieben und Berufsschulen sowie auf der Basis der Wohnorganisationen. Es muß allerdings festgestellt werden, daß diese Aktionen besonders in den Betrieben keinen nennenswerten Widerhall fanden, wozu nicht zuletzt die Haltung der Österreichischen Gewerkschaftsjugend beitrug, die Kampfkaktionen ablehnte und ihrerseits die Jugendlichen aufrief, es den verschiedenen Institutionen und Gremien der „Sozialpartnerschaft“ zu überlassen, auf dem Verhandlungswege bestimmte Reformen durchzusetzen. Auch von seiten anderer Jugendorganisationen gab es keinerlei Unterstützung für die Forderungen der FÖJ. Dennoch blieb dieser Kampf nicht ohne Erfolg. Gemeinsam mit der KPÖ und ihrer Gewerkschaftsfraktion gelang es immer wieder, Diskussionen zu entfachen und Menschen von der Richtigkeit der Forderungen zu überzeugen. Daß heute eine ganze Reihe davon erfüllt sind, ist nicht zuletzt diesen Aktionen und Diskussionen, diesem unermülichen Kampf für die Durchsetzung der berechtigten Forderungen der Arbeiterjugend zu verdanken.

Der 7. Bundeskongreß der FÖJ im Frühjahr 1964 stand unter der Losung „Miteinander reden — gemeinsam handeln“. Maßgebend für die Losung war vor allem die innenpolitische Situation in Österreich, die Einschätzung, daß die Absetzung Alfons Gorbachs als ÖVP-Parteibobmann und Bundeskanzler und seine Ersetzung durch Josef Klaus einen Rechtskurs der Regierung einleitete. Karl Reiter betonte in seinem Referat die Notwendigkeit des Gesprächs mit jungen Menschen aller politischen Richtungen und wandte sich entschieden gegen aufkeimende sektiererische Tendenzen innerhalb der FÖJ, gegen die Meinung, daß das „Gespräch mit Andersdenkenden“ derzeit keinen Sinn hätte. Im Referat wurde darauf hingewiesen, daß der Einfluß der Organisation mitglieder- und organisationsmäßig zurückgegangen sei.

Gemeinsam mit der KPÖ sollten neue Wege zur Gewinnung von jungen Menschen beschritten werden. Als positives Beispiel dafür wurde die 1962 gemeinsam mit der KPÖ durchgeführte Konferenz junger Menschen bezeichnet, die neben der Erarbeitung grundsätzlicher Forderungen eine Reihe neuer Kontakte, besonders zu Arbeiterjugendlichen, brachte. Kritisch vermerkt wurde dabei, daß es Partei- und Jugendorganisationen nicht gelungen war, die positiven Ansätze dieser Konferenz auszunützen.

Die letzten Jahre der „großen Koalition“ — wie die ÖVP-SPÖ-Regierungen 1947 bis 1966 genannt wurden — waren durch zunehmenden Verschleiß dieses „Proporzsystems“ auf dem Hintergrund einer Abschwächung des Wirtschaftswachs-

tums gekennzeichnet. Mittlerweile hatte sich die Sozialpartnerschaft als Organ der Zusammenarbeit zwischen den von beiden Parteien kontrollierten Verbänden voll entfaltet. Die ÖVP benutzte die sich mehrenden Streitigkeiten in der Regierung und die Diskreditierung des „Proporzsystems“, um offen den Anspruch auf Alleinregierung zu erheben. Die Sozialistische Partei hingegen orientierte auf Fortsetzung der „großen Koalition“ und gab auf den verschiedenen Gebieten dem Druck der ÖVP nach. Um eine ÖVP-Alleinregierung zu verhindern, empfahl die KPÖ ihren Wählern, bei den Wahlen 1966 für die SPÖ zu stimmen. Das war ein schwerer Fehler. Der ÖVP-Wahlsieg, die Bildung einer Alleinregierung, wurde nicht verhindert, wohl aber bei vielen Linksendenkenden der Eindruck erweckt oder verstärkt, daß zwischen ÖVP und SPÖ ein unüberbrückbarer Unterschied bestehe, ja daß der Unterschied zwischen beiden Parteien größer sei als zwischen ihnen und der KPÖ. In der SPÖ erleichterte es die Wahlniederlage den rechten Kräften, mit Bruno Kreisky die Führung zu erringen, mit der Orientierung, die SPÖ für den staatsmonopolistischen Kapitalismus „unentbehrlich“ zu machen.

Im Mai 1967 wurde der 8. Bundeskongreß der FÖJ abgehalten. Das Bedeutendste an diesem Kongreß war die Beschlußfassung über die neuen Grundsätze der FÖJ, in welchen es einleitend hieß: „Das Bekenntnis zur österreichischen Nation bildet die Grundlage der Tätigkeit der Freien Österreichischen Jugend. Durch ihr aktives Eintreten für die Erhaltung der Neutralität und für den Ausbau der Demokratie wirkt die FÖJ an der Gestaltung unseres Landes mit. Sie läßt sich in ihren Vorschlägen und Gedanken für die Zukunft Österreichs von den Interessen der österreichischen Jugend leiten.“

Im Schlußkapitel wurde wie folgt formuliert: „Die Freie Österreichische Jugend ist in ihrer Tätigkeit eng mit der Kommunistischen Partei Österreichs verbunden. Die Zielsetzung der Kommunisten zur Überwindung der Klassengesellschaft ist auch ihre Zielsetzung.“

Diese Grundsätze wurden einstimmig beschlossen und der neuen Bundesleitung als Arbeitsgrundlage mitgegeben. Daß es nicht lange dauerte, bis der Schlußteil der Grundsätze seitens führender Funktionäre der FÖJ in Frage gestellt wurde, hängt eng mit personellen Veränderungen zusammen, welche der 8. Bundeskongreß brachte. Aus dem Bundessekretariat der Jahre 1960—1967 schiedেন Karl Reiter als Bundesobmann, Walter Opferkuh als Bundessekretär sowie die Genossen Erich Zagler und Walter Pold aus. Es verblieben Fini Seif, Karl Lerch (der wenig später ebenfalls ausschied), Franz Mikolasch und Otto Podolsky aus der alten Leitung. Neu hinzugewählt wurden: Fritz Zapf als Bundesobmann sowie Herbert Brunner und Walter Pesek, die Landesobmänner von Wien bzw. Niederösterreich.

„Amis 'raus aus Vietnam!“

Höhepunkt des Kongresses war der Abschluß einer Sammelaktion für den Ankauf eines Krankenwagens für Vietnam, wie allgemein zur Entwicklung der FÖJ festgestellt werden muß, daß Fragen der internationalen Solidarität, des Kampfes für Frieden und Abrüstung (Ostermärsche) einen bedeutenden Raum im Leben der Organisation einnahmen. Es sei hier an die

Spendenaktion für das von einem Hurrikan heimgesuchte revolutionäre Kuba im Jahre 1964 erinnert und vor allem auch an die großen Solidaritätsaktionen mit dem heldenhaft kämpfenden Volk von Vietnam. Hier hat sich die FÖJ große Verdienste und bedeutendes internationales Ansehen erworben.

Von der Mitte der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre war die zentrale Losung bei antimperialistischen Kundgebungen nicht nur in Österreich: „Amis 'raus aus Vietnam!“

Nach dem Sieg über die französische Kolonialmacht 1954 war dem vietnamesischen Volk vom amerikanischen Imperialismus die Teilung des Landes und — im Süden — ein korruptes, halbfaschistisches Regime aufgezwungen worden. In Südvietnam formierte sich daher eine breite Partisanenbewegung, die von den Kommunisten bis zu religiösen Gruppen alle demokratischen Kräfte der Bevölkerung umfaßte. Die USA führten einen jahrelangen Bombenkrieg gegen die von der Nationalen Befreiungsfront (Vietkong) befreiten Gebiete und gegen Nordvietnam, wobei sie neue Waffen, wie Napalmbomben und Entlaubungsgifte, verwendeten. Verstümmelungen der Zivilbevölkerung und Erbschäden waren die Folgen, unter denen das vietnamesische Volk noch heute zu leiden hat.

Am Vorabend des 1. Mai 1975 errang das vietnamesische Volk den Sieg über die USA und ihr Marionettenregime: die letzten amerikanischen Besatzungssoldaten verließen Hals über Kopf das Land. Nord- und Südvietnam wurden wieder vereinigt.

Eine große Rolle im Leben der FÖJ spielte in den fünfziger und sechziger Jahren das Internationale Jugendzeltlager am Keutschacher See in Kärnten. Anfangs der fünfziger Jahre waren es rund 500 Jugendliche, die jeweils an einem der drei Turnusse teilnahmen. Die überwiegende Zahl von ihnen waren junge Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge, die gemeinsam mit Vertretern von Jugendorganisationen aus den sozialistischen Ländern und mit Vertretern fortschrittlicher Organisationen aus Westeuropa ihren Urlaub verbrachten. Zu Beginn der sechziger Jahre, als im Zeichen der wirtschaftlichen Entwicklung Massentourismus und Motorisierung rasant zunahmen, war dies mit ein Grund für den Rückgang der Teilnehmerzahl am Jugendlager, und es wurden künftig nur mehr zwei Jugendturnusse durchgeführt. Dafür wurde ein sogenannter Familienturnus organisiert, der sich größten Zuspruchs erfreute. 1968 fand das letzte Sommerlager statt, da aufgrund eines neuen Campinggesetzes Investitionen notwendig gewesen wären, welche die Möglichkeiten der Organisation weit überstiegen hätten. Damit ging eine Periode zu Ende, die zu den schönsten der FÖJ zählte. Für jeden, der einmal in Keutschach war, werden die Diskussionen, die Film-, Sport- und Kulturveranstaltungen, die Begegnungen mit Freunden anderer Länder unvergeßlich bleiben.

Es erscheint aber auch notwendig, zusammenfassend einige Worte zur organisatorischen Entwicklung der FÖJ in den sechziger Jahren zu sagen. Gestützt auf drei Grundpfeiler der Jugendarbeit:

- die politisch-ideologische Erziehungsarbeit,
 - den Kampf für die Rechte der Jugend,
 - das gesellige, kulturelle und sportliche Leben,
- entfaltete die Organisation ihre Tätigkeit. Die ideologische Arbeit erfolgte in enger Verbindung mit der KPÖ und führte dazu, daß zahlreiche Funktionäre der FÖJ ihre Tätigkeit in verantwortlichen Funktionen der KPÖ fortsetzten. Der Kampf für die Rechte der Jugend brachte Teilerfolge, die sich jedoch nicht

in einer Stärkung der Organisation auswirkten. Die von der FÖJ durchgeführten Wettbewerbe zur Gewinnung neuer Mitglieder, die in der Verleihung der Bundeswanderfahne an das beste Bundesland gipfelten, führten zuweilen zu unqualifizierter Werbung und zu einer Überbewertung des dritten Schwerpunktes der Jugendarbeit. Mit beträchtlichem Kraft- und Zeitaufwand wurden Jugendklubs gegründet, die zeitweise jeweils mehr als hundert junge Menschen erfaßten. Die dort tätigen FÖJ-Funktionäre ließen sich aber derart mit organisatorischer Tätigkeit belasten, daß die politisch-ideologische Arbeit zu kurz kam. Trotzdem es der FÖJ durch diese Klubs gelang, an breitere Schichten der Jugend heranzukommen, wirkte sich die Vernachlässigung der Schulungsarbeit in den späteren ideologischen und politischen Auseinandersetzungen negativ aus.

FÖJ und KPÖ

Die Freie Österreichische Jugend, 1945 als überparteiliche, antifaschistische Jugendorganisation gegründet, verband ein enges Kampfbündnis mit der KPÖ, der Vorkämpferin für ein demokratisches, unabhängiges und fortschrittliches Österreich, für Frieden und Sozialismus, für die elementaren Rechte und Bedürfnisse der arbeitenden Menschen. Es war in den ersten Jahren sicher richtig, an der überparteilichen Linie der FÖJ festzuhalten, waren doch viele Mitglieder der FÖJ, die im antifaschistischen Kampf bzw. in den schweren Jahren des Wiederaufbaus unserer Heimat zur Organisation gekommen waren, bereit, sich für Frieden und Fortschritt zu engagieren, ohne gleich den Weg in die KPÖ zu finden. Auch die Periode des kalten Krieges und große Streikbewegungen der österreichischen Arbeiterklasse gegen die Lohn-Preis-Pakte (Oktoberstreik) machten eine möglichst breite Aktionseinheit notwendig.

Spätestens aber Mitte der fünfziger Jahre hatte sich die Situation geändert, sowohl politisch als auch ökonomisch. Die große Koalition ÖVP-SPÖ funktionierte in den Augen der Masse der österreichischen Bevölkerung leidlich, ihre betont antikommunistische, auf weitere Stärkung des kapitalistischen Systems orientierte Politik trat immer mehr zutage. Kommunisten und aktive Mitglieder der FÖJ waren Schikanen und Diskriminierungen am Arbeitsplatz ausgesetzt. Auch der beginnende konjunkturelle Aufschwung in der Wirtschaft wurde spürbar und führte dazu, daß es „sozialpartnerschaftlichen“ Gewerkschaftsfunktionären gelang, ein bestimmtes Klima der Ablehnung gegenüber politischen und sozialen Kampfmaßnahmen in den Betrieben zu erzeugen.

Damals begannen in der FÖJ erstmals Diskussionen über eine nähere Bindung der FÖJ an die KPÖ beziehungsweise über die Gründung eines kommunistischen Jugendverbandes. Auch in der KPÖ wurden ähnliche Diskussionen geführt, und am 17. Parteitag (März 1957) spielte diese Frage eine größere Rolle. Es wurde jedoch damals daran festgehalten, daß es notwendig sei, die FÖJ angesichts der politischen Situation in unserem Lande in ihrer bisherigen Form beizubehalten. Maßgebend für diesen Standpunkt

war die Auffassung, daß ein beträchtlicher Teil der Mitglieder der FÖJ diesen Schritt in eine kommunistische Jugendorganisation nicht mitmachen würde und daß die Partei vorerst durch neue Bemühungen sowie die Entfaltung von Kampfaktionen mehr Einfluß in der jüngeren Generation gewinnen müsse. Sollte dies gelingen, könnte die Frage erneut zur Diskussion gestellt werden.

Die Bemühungen der KPÖ und FÖJ für die Gewinnung neuer junger Menschen fanden mit der bereits erwähnten Jugendkonferenz (1962) einen gewissen Höhepunkt. In den folgenden Jahren spielte die Jugendfrage immer wieder eine bedeutende Rolle. Wiederholt wurde auf den Parteitagen der KPÖ auf die Schwächen in der Jugendarbeit hingewiesen. Es muß hier vermerkt werden, daß die Leitung der FÖJ in diesen Jahren tatsächlich alle Anstrengungen unternahm, um einerseits die eigene Organisation zu stärken und andererseits der KPÖ neue, junge Kader zuzuführen. Ein neuer Versuch, mehr Einfluß unter den jungen Menschen zu gewinnen, war der Beschluß der Plenartagung des ZK der KPÖ am 24. 11. 1966 über die Gründung einer „KPÖ-Bewegung der Jungen“. Sie sollte den Übergang von der FÖJ in die Partei besser koordinieren und vor allem verhindern, daß FÖJ-Mitglieder, wenn sie aus dem Jugendleben herauswachsen, der Partei verlorengehen. Mitbestimmend war auch, daß das Leben in den Grundorganisationen der Partei in vielen Fällen für junge Menschen wenig attraktiv war. Damit wurde allerdings ein Beschluß gefaßt, der sich in den Augen vieler aktiver FÖJler als Schaffung einer neuen Organisationsform darstellte und von ihnen entschieden abgelehnt beziehungsweise nicht unterstützt wurde.

Viele FÖJler arbeiteten weiter in ihrer eigenen Organisation beziehungsweise in den Grundorganisationen der Partei mit, es gab keinen nennenswerten Zuwachs an neuen jungen Menschen in die wenigen Sektionen der „KPÖ-BdJ“, womit auch diese Initiative zur Gewinnung junger Menschen zum Scheitern verurteilt war.

FÖJ nach dem 8. Bundeskongreß: Entwicklung des Rechtsopportunistismus

„Opportunisten“ sind Menschen, die sich an die jeweiligen Verhältnisse prinzipienlos anpassen und Schwierigkeiten aus dem Wege gehen.

In der Arbeiterbewegung versteht man unter „Opportunisten“ das Nachgeben gegenüber dem Druck des Kapitals, die Abkehr von einer revolutionären Politik und vom Klassenkampf, die Anpassung an die bürgerliche Ideologie.

Der „Rechtsopportunisten“ oder „Revisionismus“ behauptet, der Marxismus sei veraltet und müsse einer „Revision“, einer Überprüfung unterzogen, den heutigen Bedingungen angepaßt werden. Diese Anpassung wird aber nicht so verstanden, wie etwa Lenin den Marxismus unter den Bedingungen des Imperialismus weiterentwickelte, sondern als Abkehr von den revolutionären Prinzipien. Die Arbeiterbewegung soll sich ausschließlich mit dem Kampf um Reformen im Rahmen des kapitalistischen Systems zufriedengeben („Reformismus“).

Der „Linksopportunisten“ (Anarchismus, Trotzismus, Maoismus) wirft den Kommunisten „Revisionismus“ vor: Er lehnt jeden Kampf um Reformen ab und will den Kapitalismus sofort abschaffen, ohne auf die konkreten Bedingungen zu achten. Auch eine solche „ultralinke“ Politik ist im Interesse des Kapitals: Indem diese Leute nämlich die Arbeiterklasse vom hier und heute Machbaren abhalten wollen, sie auf

unrealistische Ziele festzulegen versuchen und diese mit zum Teil abenteuerlichen Mitteln (Terroranschläge und ähnliches) verfolgen, verhindern sie, daß die Arbeiterklasse alle ihre Kräfte für die Durchsetzung realistischer Ziele konzentriert.

Der Linksoportunismus wird in Österreich vor allem von Studentengruppen vertreten. Gerade Studenten und Intellektuelle registrieren sehr empfindlich die negativen Auswirkungen der „Sozialpartnerschaft“, die Entsolidarisierung der Arbeiterklasse und die Übernahme bürgerlicher Wertvorstellungen. Daraus ergibt sich bei vielen eine Selbstüberschätzung und der Glaube, die Arbeiterklasse habe ihre revolutionäre Potenz (daß heißt ihre Fähigkeit zur Umwälzung der Gesellschaft) verloren, weshalb sich Ultralinke vor allem auf Randgruppen der Gesellschaft orientieren. Auf internationalem Gebiet behaupten sie, revolutionär seien nur noch die armen Völker der dritten Welt, während sie die Sowjetunion unter dem Begriff „Supermächte“ mit den USA in einen Topf werfen.

Dem Rechtsopportunisten gelang es, in den sechziger Jahren bis in die Reihen der KPÖ einzudringen — führende Vertreter waren Ernst Fischer und Franz Marek. Sie wollten die Rolle der Kommunistischen Partei darauf beschränken, bei der SPÖ „links anzuschieben“ sowie kritischen Arbeitern und Intellektuellen eine gewisse organisatorische Basis in Form von Treffs, Diskutierklubs und ähnlichem zu geben. Die traditionelle Form der Parteiorganisation, die die Grundlage der Verankerung der Partei in der Bevölkerung und in der Arbeiterklasse ist, wollten sie abschaffen.

Wie bereits berichtet, brachte der 8. Bundeskongreß der FÖJ größere personelle Veränderungen im Bundessekretariat mit sich, die zum Teil entscheidende Auswirkungen für die weitere Orientierung hatten.

Im ersten Jahr (bis August 1968) wurde im wesentlichen an der Realisierung der Beschlüsse des 8. Bundeskongresses gearbeitet, ohne daß es zu nennenswerten politischen oder organisatorischen Meinungsverschiedenheiten kam. Die FÖJ hatte zu diesem Zeitpunkt in ganz Österreich 29 Grundorganisationen (Wien 12, Niederösterreich 9, Steiermark 3, Kärnten 1, Oberösterreich 3, Salzburg 1) und 2052 Mitglieder. Die Tätigkeit der Organisation reichte von Verträgen und Schulungen bis zu öffentlichen Aktionen mit antimperialistischem Charakter. Das internationale Jugendlager in Keutschach wurde auch 1967 und 1968 mit internationaler Beteiligung durchgeführt, und breiten Raum nahm die Vorbereitung der Weltjugendfestspiele im Sommer 1968 ein.

Angesichts des Aufschwunges der studentischen Bewegung in Westeuropa trat bei einer Reihe von leitenden Funktionären der FÖJ ein immer größerer Unglaube an die führende Rolle der Arbeiterklasse im revolutionären Kampf zutage. Zweifellos darf hier der Einfluß führender Funktionäre der KPÖ, die später offen revisionistische Positionen bezogen, nicht übersehen werden (Fischer, Marek und andere). Die Folge davon war eine immer stärkere Vernachlässigung der politischen und ideologischen Arbeit in der FÖJ selbst, ein „Sichanhängen“ an jede studentische Initiative. Zeitweise waren führende FÖJ-Funktionäre öfter an Universitäten und bei diversen Diskussionsveranstaltungen anzutreffen als in der eigenen Organisation.

Dazu kam eine im führenden Kader um sich greifende Unzufriedenheit mit dem Arbeitsstil und den Arbeitsmethoden der KPÖ, die vielfach als versteinert und dogmatisch hingestellt wurde. Zweifellos war ein Teil dieser Kritik berechtigt, hatte es doch die Kommunistische Partei in ungenügendem Maße verstanden, notwendige Veränderungen einzuleiten und ihren Arbeitsstil den neuen Gegebenheiten anzupassen. Die Kritik einer Reihe von FÖJ-

Funktionären war aber nicht konstruktiv, helfend, sondern artete in systematische Diskriminierung einzelner Personen aus. Ausdruck dieser Haltung war unter anderem auch der Ruf nach einer Altersbeschränkung im leitenden Kader der Partei, um „endlich jüngeren Leuten Platz zu machen“. So wurde das „Generationsproblem“ von den Revisionisten vorgeschoben, um ihre Absichten zu tarnen, die KPÖ in opportunistisches Fahrwasser zu drängen.

21. August 1968

Diese Entwicklung führte zu ersten Meinungsverschiedenheiten im FÖJ-Bundessekretariat. Die Hilfsaktionen der Truppen des Warschauer Paktes im August 1968 zur Verteidigung der sozialistischen Ordnung in der ČSSR war der äußere Anlaß für den offenen Bruch. Am 21. August 1968 veröffentlichte die Bundesleitung der FÖJ eine Erklärung, in der sie ihren „leidenschaftlichen Protest gegen die Intervention“ zum Ausdruck brachte und verlangte, „daß die Schande des bewaffneten Überfalls auf ein befreundetes Land“ beendet werden müsse. Gegen die Erklärung stimmten die Genossen Fini Seif und Walter Heil während 10 Mitglieder (von 36!) der Bundesleitung dafür stimmten. Zahlreiche Mitglieder der Bundesleitung (darunter Otto Podolsky, Hans Haderer und andere) waren zu diesem Zeitpunkt nicht in Wien und hatten daher keine Möglichkeit, an der kurzfristig einberufenen Sitzung teilzunehmen.

Dieser Beschluß, der durch den Einfluß der Ideen der „Neuen Linken“ und durch die Negierung des konterrevolutionären Charakters der Entwicklung in der ČSSR in den ersten Monaten des Jahres 1968 zustande kam, wurde bestimmend für die Haltung der Mehrheit im Bundessekretariat der FÖJ. Das Organ der FÖJ „Jugend 68“ (verantwortlicher Redakteur war damals Hubert Friesenbichler, der später leitender Redakteur des theoretischen Organes der SPÖ „Die Zukunft“ wurde) stellte sich völlig in den Dienst einer antisowjetischen und antisozialistischen Hetzkampagne, und im Bundessekretariat der FÖJ wurde ernsthaft die Frage eines Abbruches der Beziehungen zu den befreundeten Jugendorganisationen der sozialistischen Länder erwogen. Dies konnte jedoch verhindert werden, und es wurde beschlossen, Kontaktgespräche mit diesen Organisationen zu führen (laut Protokollen der Bundessekretariatssitzungen vom September 1968).

Die Intervention von Truppen der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrags in der ČSSR am 21. August 1968 war das Ergebnis einer krisenhaften Entwicklung in der ČSSR, die die sozialistische Ordnung in diesem Land in Frage stellte und eine zunehmende Gefährdung der Sicherheit der übrigen Staaten des Bündnisses wurde, weshalb sich diese — nach vielen vergeblichen Versuchen, die Führung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei zu einem energischen Vorgehen gegen die Konterrevolution im eigenen Lande zu bewegen — zum militärischen Eingreifen entschlossen.

Die tschechoslowakische Krise von 1968 hatte ihre Ursache in Fehlern der Parteiführung in den sechziger Jahren. Neue Probleme wurden ignoriert, kritische Stimmen mit bürokratischen Maßnahmen zum Schweigen gebracht, wirtschaftlichen Fehlentwicklungen nur ungenügend entgegengetreten. Der bürokratische Leitungs-

still, auch innerhalb der Partei, brachte es mit sich, daß ideologische Diskussionen vernachlässigt wurden und opportunistische und bürgerliche Vorstellungen sich breit machten.

Die im Jänner 1968 neugewählte Parteiführung unter Alexander Dubček nahm zwar ein Reformprogramm in Angriff, öffnete aber gleichzeitig allen opportunistischen Einflüssen Tür und Tor. Kräfte, denen es nicht um eine sozialistische Erneuerung, sondern um die Beseitigung des Sozialismus überhaupt und ein Herausbrechen der ČSSR aus der sozialistischen Staatengemeinschaft ging, konnten im Laufe weniger Monate Spitzenpositionen in Staat und Wirtschaft, vor allem aber innerhalb der Massenmedien, besetzen. Eine Welle antisowjetischer Hysterie und des öffentlichen Gesinnungsdruckes gegen aufrechte Kommunisten war die Folge.

Eine Abtrennung der ČSSR vom Warschauer Pakt hätte die politische und militärstrategische Situation in Europa grundlegend geändert. Nicht nur, daß sich der Einflußbereich der NATO bis unmittelbar an die Grenze der Sowjetunion ausgedehnt hätte, die Imperialisten wären auch auf den Geschmack gekommen, weitere Versuche in dieser Richtung zu unternehmen. Eine Destabilisierung der Lage in Europa und eine Erhöhung der Kriegsgefahr international wären die Folge gewesen.

In dieser Phase der Arbeit im Bundessekretariat war ein immer stärker werdender Einfluß führender revisionistischer Funktionäre der Partei auf die Mehrheit der Jugendleitung spürbar (Marek, Kodicek, Spira und andere). Sie setzten es auch durch, daß der sich geradezu rabiät antisowjetisch gebärdende Hans Margulies, bis dahin für die sogenannte „KPÖ-Bewegung der Jungen“ verantwortlich, den Sitzungen des Bundessekretariats der FÖJ beigezogen wurde.

In dieser Periode der endlosen Diskussionen blieb für die eigentlichen Organisationsfragen kaum mehr Zeit. Das Ergebnis war ein deutlicher Rückgang der Mitgliederzahl (Ende 1968: 1666, Mitte Juni 1969: 811) und der Anzahl der Gruppen (Oktober 1968: 20, alle Zahlen laut Sekretariatsprotokollen vom 16. 10. 1968 beziehungsweise 2. 6. 1969). In dieser Zeit konzentrierte sich die Mehrheit des Bundessekretariats der FÖJ fast ausschließlich auf die innerparteilichen Diskussionen und im besonderen auf die Vorbereitung des 20. Parteitages der KPÖ.

Die FÖJ und der 20. Parteitag der KPÖ

Im Zeichen der innerparteilichen Diskussionen stand auch eine Jugendkonferenz, die am 10. 12. 1968 stattfand und an der rund 100 Funktionäre und Aktivistinnen der FÖJ, des VDS, des Forums der Mittelschüler sowie der KPÖ-Bewegung der Jungen teilnahmen. Seitens der KPÖ nahmen Parteivorsitzender Franz Muhri, vom Politischen Büro Friedl Fürnberg, Alfred Ruschitzka, Franz Marek und Egon Kodicek teil. Der Titel der Konferenz „KPÖ — mit oder ohne Jugend?“ sollte — nach den Vorstellungen der Revisionisten — von der Parteiführung als „ernste Warnung“ verstanden werden. Viele Diskussionsbeiträge bewegten sich in die Richtung, entscheidende Grundsätze einer kommunistischen Partei über Bord zu werfen. FÖJ-Bundesobmann Fritz Zapf machte für den Rückgang des Einflusses der FÖJ unter politisch interessierten jungen Menschen das Nahverhältnis zur KPÖ verantwortlich. Die Revisionisten kleideten ihre Angriffe auf die KPÖ, wie erwähnt, in das damals

modische Gewand des „Generationskonflikts“: Die Alten seien eben „orthodox“ und verstünden die Zeichen der Zeit nicht, während die Jugend von vornherein „progressiv“ sei.

Im Laufe der Vorbereitungen des 20. Parteitages der KPÖ spitzten sich die Meinungsverschiedenheiten im Bundessekretariat der FÖJ immer mehr zu. Fini Seif und Otto Podolsky wandten sich entschieden gegen den — gegenüber der Kommunistischen Partei — „autonomen Kurs“ der Gruppe Zapf und Margulies und distanzieren sich wiederholt von den antisowjetischen Haßtiraden, wie sie in „Jugend 68“ veröffentlicht wurden. Auch in den Organisationen gab es unterschiedliche Auffassungen in dieser Frage, obwohl Zapf und Margulies immer wieder von sich behaupteten, im Namen der Jugendorganisationen zu sprechen. So waren zum Beispiel von den damals elf bestehenden Wiener Gruppen der FÖJ fünf für eine engere Bindung an die Partei und gegen den „autonomen Kurs“ innerhalb der FÖJ-Leitung (X., XI., XIV., XXII. und FÖJ-Ensemble).

Für die Wahl der Jugendvertreter in das 87köpfige ZK schlug das Zentralkomitee der KPÖ vor: Fritz Zapf und Hans Margulies (wie bisher), Ernst Berger (VDS), Paul Kolm (VDS), Roman Kuntner und Otto Podolsky (beide FÖJ). Diese Genossen wurden am 20. Parteitag in das neue ZK gewählt.

Der 20. Parteitag der KPÖ im Jänner 1969 war von gehässigen Angriffen der revisionistischen Gruppierung auf die Grundprinzipien der Kommunistischen Partei geprägt, aber auch von der konsequenten und internationalistischen Haltung der Mehrheit der Mitglieder, die den Revisionisten eine eindeutige Abfuhr erteilten und das Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus, zum proletarischen Internationalismus, zur Verbundenheit mit der Sowjetunion und den Ländern des realen Sozialismus klar zum Ausdruck brachte. Das am Parteitag von Fritz Zapf gehaltene Jugendreferat entsprach dagegen in seiner Grundtendenz völlig den Auffassungen der revisionistischen Gruppierung.

Bei der konstituierenden Sitzung des neugewählten Zentralkomitees wurde Fritz Zapf in das Politische Büro (das oberste Führungsgremium der KPÖ) als Jugendverantwortlicher gewählt, dem er bis zu seiner Abwahl im November 1969 angehörte, wobei er diese Position ausnützte, um opportunistische Auffassungen in die Jugend zu tragen. Fini Seif und Otto Podolsky widersetzten sich diesen Bestrebungen. Auch vom ZK der KPÖ wurde die Schreibweise von „Jugend 68“ kritisiert. Trotz eindringlicher Appelle der Mehrheit des ZK, dem sie ja selbst angehörte, war die revisionistische FÖJ-Führung mit Zapf an der Spitze jedoch nicht bereit, eine Änderung der Schreibweise ihres Organs vorzunehmen.

Auch die ersten Diskussionen über die Ausarbeitung eines neuen „Jugendmaterials“ der Partei (das heißt eines Arbeitspapiers über die Formen der politischen Arbeit unter der jungen Generation), die im Frühjahr 1969 begannen und für die Zapf die Hauptverantwortung trug, ließen erkennen, daß der Kurs nicht auf engere Zusammenarbeit mit der KPÖ hinauslief, sondern auf eine „Autonomie“ gegenüber der Partei. Damit war aber nicht die selbstverständliche organisatorische Trennung von Kommuni-

stischer Partei und Jugendorganisation, die Erarbeitung eigener, jugendgemäßer Arbeitsmethoden durch die FÖJ gemeint, sondern die Schaffung einer organisatorischen Basis für Intrigen und Spaltungsversuche in der Partei, die aber — unter dem Vorwand der „Autonomie“ — der Verantwortung gewählter Parteiorgane entzogen werden sollte. Dies war aber nicht nur eine Verletzung der innerparteilichen Demokratie, sondern degradierte auch den Jugendverband zu einem Instrument KPÖ-interner Auseinandersetzungen, zum Schaden der tatsächlichen Interessen der österreichischen Arbeiterjugend.

Die entscheidende Frage dabei war, ob Kommunisten die Beschlüsse ihrer Partei auch außerhalb der Parteiorganisationen — also zum Beispiel in der FÖJ — zu vertreten haben oder ob sie dort eine gegen die Partei gerichtete Politik betreiben können.

Ein grundlegendes Organisationsprinzip der Kommunistischen Partei, das in der Parteikrise 1968/69 von den Revisionisten in Frage gestellt wurde, ist das des demokratischen Zentralismus.

Die Arbeiterbewegung steht im Zeitalter des Imperialismus einem mächtigen, international organisierten Monopolkapital gegenüber. Sie kann ihr Ziel — die Niederrichtung dieses Gegners und die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse — nur erreichen, wenn sie sich organisiert. Und zwar nicht in der Form der eher losen Zusammenschlüsse der alten sozialdemokratischen Parteien der Gründungszeit der internationalen Arbeiterbewegung, sondern als „Partei neuen Typs“, wie sie Lenin schuf: Einheitliches Auftreten nach außen, straffe Disziplin und demokratischer Meinungsbildungsprozeß im Inneren.

Das Prinzip des demokratischen Zentralismus besagt, daß alle Entscheidungen demokratisch von unten nach oben in gründlichen Diskussionen erarbeitet werden und alle Mitglieder zur Vertretung der demokratisch erarbeitenden Linie, zur Durchführung der Beschlüsse verpflichtet sind.

Aber auch innerhalb der FÖJ-Führung verletzen die opportunistischen Kräfte, die ständig eine „Demokratisierung“ der kommunistischen Parteien forderten, demokratische Prinzipien. Es wurden Maßnahmen eingeleitet, die zu einer weiteren Stärkung der Gruppe um Zapf beitragen sollten. So wurden nach dem Ausscheiden von Fini Seif aus dem Bundessekretariat neue Funktionäre zu den Sitzungen beigezogen beziehungsweise kooptiert, die alle auf revisionistischen Positionen standen. Auch in der Bundesleitung wurde ähnlich vorgegangen, so daß im Sommer 1969 an Bundesleitungssitzungen vielfach nicht einmal mehr die Hälfte der am 8. Bundeskongreß gewählten Mitglieder teilnahmen. Alle anderen waren entweder „beigezogen“ oder „kooptiert“. Dadurch kam es bei Abstimmungen immer zu großen Mehrheiten für den revisionistischen Kurs, was dem Kräfteverhältnis innerhalb der Gesamtorganisation widersprach.

Es war daher eine politische Notwendigkeit, sich von der rechtsopportunistischen Gruppe zu distanzieren und an eine Zusammenfassung jener jungen Kommunisten innerhalb und außerhalb der FÖJ zu gehen, die fest zu den Grundprinzipien der kommunistischen Bewegung standen: In vielen Bezirken Wiens und in den Bundesländern entstanden „Gruppen junger Kommunisten“, die kurz darauf eine große Rolle bei der Schaffung einer neuen marxistischen Jugendbewegung spielten. Den auf enge Zusammenarbeit mit der Partei orientierten FÖJlern wurde große Unterstützung durch die Mehrheit

der Parteimitglieder entgegengebracht. Es waren die Genossinnen und Genossen in den Bezirks- und Wohngebietsorganisationen der KPÖ und die Mehrheit der ZK-Mitglieder, die es durch ihren konsequenten Kampf gegen die revisionistische Gruppierung innerhalb der Partei erst ermöglichten, auch in der Jugendorganisation einen klaren Standpunkt herauszuarbeiten. Sie ermöglichten es durch die Überwindung der Parteikrise, auf dem Boden der politisch-ideologischen Einheit der Partei eine neue Jugendorganisation, die Kommunistische Jugend Österreichs, zu gründen.

13. Zur Gründung der Kommunistischen Jugend Österreichs

Der 20. Parteitag der KPÖ (Jänner 1969) hatte die Ausgangspositionen für die nun unvermeidlich gewordene innerparteiliche Auseinandersetzung geklärt: Der Mehrheit der Grund- und Bezirksorganisationen stand ein Teil der Parteiführung gegenüber, welcher der Gesamtpartei seinen revisionistischen Kurs aufzwingen wollte. Die revisionistische Gruppierung stützte sich auf ein Drittel der Mitglieder des Zentralkomitees, einen Teil des Politischen Büros des ZK, die Mehrheit im Sekretariat der Wiener Stadtleitung sowie auf die Mehrheit in den Leitungen der mit der KPÖ zusammenarbeitenden Organisationen „Gewerkschaftliche Einheit“, „Bund Demokratischer Frauen“ und „Freie Österreichische Jugend“. Zwar gab es von seiten der Revisionisten Versuche, die inneren Widersprüche durch verbale Erklärungen zugunsten der Einheit der Partei und durch Lippenbekenntnisse zu einem „Neubeginn“ nach dem 20. Parteitag zu verdecken, doch hielt das die revisionistische Gruppierung nicht davon ab, von ihren Positionen in der Partei, besonders aber in den parteinahen Organisationen, ihre Angriffe auf die Grundprinzipien der KPÖ fortzusetzen.

Innerhalb der FÖJ verliefen diese Auseinandersetzungen besonders scharf und nahmen zum Teil gehässige persönliche Formen an. (So mußten Gegner der Revisionisten sich als „Gesinnungslumpen“, „bezahlte sowjetische Agenten“ und ähnliches beschimpfen lassen.)

Die „Gruppen junger Kommunisten“

Am Beginn des Jahres 1969 war klar, daß es nicht so sehr um die Haltung der FÖJ zum sowjetischen Eingreifen in der CSSR als um Grundfragen der kommunistischen Bewegung überhaupt ging. Die Revisionisten stellten die Funktion einer kommunistischen Partei, den demokratischen Zentralismus als verbindliche Norm im Parteileben und natürlich die Aufgaben einer kommunistischen Jugendbewegung in Frage. Dagegen begann sich seit dem Sommer 1968 an der Basis der FÖJ der Widerstand zu organisieren. Zentren dieses Widerstands gegen die schrittweise Zerstörung der kommunistischen (Jugend-) Bewegung in Österreich entwickelten sich zuerst in einer Reihe von Wiener Bezirken, aber auch in einigen Grundorganisationen in den Bundesländern. Unabhängig voneinander, oftmals revisionistisch dominierten Leitungen gegenüberstehend, haben damals diese jungen Kommunisten unter schwierigsten Voraussetzungen in ihren Jugendgruppen nicht nur den organisatorischen Zusammenhalt ihrer Organisation gewährleistet, sondern

darüber hinaus auf der Basis der Marxismus-Leninismus und des Internationalismus für die ideologische Einheit ihrer Organisation Sorge getragen.

Die ersten organisatorischen Kontakte zwischen diesen Gruppen entwickelten sich im Frühjahr 1969. Damals erörterten die Vertreter der FÖJ-Gruppen Favoriten, Simmering, Penzing, Donaustadt und des Wiener Ensembles der FÖJ mit Otto Podolsky (Bundessekretariat) Maßnahmen zur Verhinderung einer von den Revisionisten geplanten Provokation bei der 1.-Mai-Demonstration in Wien. Bereits Wochen vor dem 1. Mai 1969 berieten die von ihnen dominierten FÖJ-Leitungen, wie die 1.-Mai-Kundgebung der KPÖ — im Zeichen der „Autonomie der Jugendorganisation“ — zu einem antisowjetischen Spektakel umfunktioniert werden könnte. „Solidarität mit Dubček!“ und „Breshnew, wo bleibt der Sozialismus?“ waren die Losungen, unter die sie ihre Demonstration stellen wollten. Dem entschlossenen Auftreten der oben erwähnten Bezirksgruppen der FÖJ und anderer junger Kommunisten gelang es, im Zusammenwirken mit Mitgliedern der Wiener KPÖ-Leitung, nicht nur die geplante Provokation zu verhindern, sondern auch den revisionistischen Parolen erstmals öffentlich und massiv unter der Losung „Jugend — Partei — Einheit“ entgegenzutreten.

Kurz vor dem 1. Mai hatten in Wien Landtags- und Gemeinderatswahlen stattgefunden, bei denen die KPÖ schwere Verluste hinnehmen mußte. Bemerkenswert war, daß der von der revisionistischen FÖJ-Führung durchgesetzte „Jugendwahlkampf“ (losgelöst vom allgemeinen Wahlkampf der Partei) kaum auf Echo unter jungen Menschen stieß. Ein Teil der FÖJ-Gruppen lehnte allerdings diesen „Jugendwahlkampf“ ab und brachte seine Verbundenheit mit der KPÖ durch Teilnahme an der politischen Arbeit der Parteiorganisationen zum Ausdruck.

Demokratischer Zentralismus und „Autonomie“

In dieser Situation wurde von der FÖJ der organisatorische Umbau beziehungsweise die politische Neuorientierung des Verbandes diskutiert. Eine Diskussionskommission des Zentralkomitees der KPÖ legte Ende Mai 1969 eine Diskussionsgrundlage vor, in welcher anstelle der FÖJ die Schaffung einer „Kommunistischen Jugendbewegung“ (KJB) empfohlen wurde, zog diesen Vorschlag allerdings wieder zurück, nachdem ihn die FÖJ-Bundesleitung als ungeeignet zurückgewiesen hatte. Drei „Arbeitskreise“, die nun eingesetzt wurden, um ein neues Dokument auszuarbeiten, wurden von Revisionisten dominiert.

Die Empfehlungen dieser „Arbeitskreise“ liefen darauf hinaus, an die Stelle einer kommunistischen Organisation ein Konglomerat verschiedener linker oder sich als links verstehender Gruppen zu setzen. Nicht eine marxistisch-leninistische Organisation, welche eine breite Bündnispolitik verfolgt, war das Ziel. Die neue „Organisation“ sollte bereits selbst ein Bündnis sein, in dem alle Platz haben. Selbstverständlich sollten die Kommunisten in dieser Vereinigung von der Verpflichtung entbunden werden, die Beschlüsse ihrer Partei durchzuführen, da der Jugendverband ja „autonom“ sein müsse.

Diese Vorstellungen wurden auch von führenden Mitgliedern der KPÖ unterstützt. Auf einer Diskussionsveranstaltung von FÖJ und VDS im Juni 1969 erklärte Franz Marek (damals noch Mitglied des Polbüros der KPÖ): „Eine revolutionäre Jugendbewegung kann keine Jugend einer Partei sein.“ Der revolutionären Jugendorganisation müsse man „völlige Entscheidungs-freiheit überlassen, wann, wie, wo und mit wem sie kämpfen wolle“.

Auf seiner fünften Tagung nach dem 20. Parteitag setzte sich das Zentralkomitee der KPÖ Anfang Juli 1969 grundsätzlich mit den Angriffen der Revisionisten auf die Grundpositionen der Partei auseinander. Gestützt auf die überwiegende Mehrheit der Grundorganisationen der Partei wandte sich das ZK mehrheitlich „gegen eine politische Linie, die eine sogenannte Neue Linke an die Stelle der KPÖ setzen will“. Parteivorsitzender Franz Muhri gab seiner Befürchtung Ausdruck, „daß eine solche neue Jugendbewegung, wie sie Genosse Marek vertritt, nicht nur eine unrichtige Stellung zur KPÖ haben würde, sondern auch eine unrichtige Stellung zur Sowjetunion und zu den sozialistischen Ländern, indem unter Umständen Prinzipien des Internationalismus und der Solidarität preisgegeben werden, die auch für eine neue revolutionäre Jugendbewegung von fundamentaler Bedeutung sind“.

Die FÖJ-Leitung war jedoch nicht bereit, die Kritik des Zentralkomitees zum Anlaß einer Überprüfung ihrer Politik und der Schreibweise des Monatsorgans „Jugend 69“ zu nehmen. In öffentlichen Erklärungen bekräftigte sie ihre Positionen. Im Herbst 1969 legten die von ihr eingesetzten „Arbeitskreise“ ihr Konzept für die Bildung einer neuen Jugendorganisation vor. Als „schärfster Widerspruch, der die Basis für den augenblicklichen Kampf gegen die Unterdrückung bilden kann“, als „Element des Klassenkampfes“ wurde in diesem Konzept der Generationskonflikt eingeschätzt. Nicht mehr der Kampf gegen den Kapitalismus, gegen die Ausbeutung der Arbeiterjugend sollte im Mittelpunkt der politischen Tätigkeit der kommunistischen Jugendorganisation stehen, sondern der Kampf gegen die „Bevormundung der jungen Generation“. Da der KPÖ die Fähigkeit fehle, dieses politische Konzept unter der Jugend zu vertreten, könne „die Jugendorganisation auch nicht die Transmissionsfunktion der Beschlüsse der Partei übernehmen, sondern muß schon aus diesem Grunde eine selbständige politische Rolle in der jungen Generation spielen“.

Vertreter der FÖJ-Gruppen und Gruppen junger Kommunisten, die nicht bereit waren, solche Positionen zu unterstützen, trafen sich daraufhin im September 1969 im Arbeiterheim „Wielandschule“ in Wien-Favoriten. Sie gingen davon aus, daß die „Jugenddiskussion“ nur Teil einer die ganze kommunistische Partei erfassenden Auseinandersetzung mit dem Rechtsopportunismus war und die Schaffung einer neuen kommunistischen Jugendorganisation nicht losgelöst oder gegen die KPÖ erfolgen könne. Die Beratung beschloß, ein entsprechendes Material für die bevorstehende Plenartagung des ZK der KPÖ auszuarbeiten, in welchem die Vorschläge der „Arbeitskreise“ zurückgewiesen und die Argumente der Revisionisten widerlegt werden. Weiters einigte man sich, die politischen und organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die bei dieser Zusammen-

kunft vertretenen Gruppen (FÖJ-Ensemble, X, XI, FÖJ-XIV/XV, XXII und XXIII) den Kern einer neuen kommunistischen Jugendbewegung in Wien bilden können.

Der organisatorische Bruch

Wenn auch eine Neuformierung der kommunistischen Jugendbewegung längst überfällig war, so war doch der Bruch mit einer Organisationsform wie der FÖJ nicht leicht. Und zwar nicht nur, weil sich damit viele liebgeordnete Traditionen verbanden, sondern weil sie, oberflächlich betrachtet, auch eine breitere Basis für die politische Tätigkeit zu bieten schien als ein Verband, der sich rückhaltlos zur kommunistischen Weltanschauung bekennt. Eine ähnliche Haltung nahmen auch verschiedene Funktionäre der KPÖ ein, die ihrer Partei breitere Einflußmöglichkeiten zu sichern glaubten, wenn sie dem herrschenden Antikommunismus Konzessionen machten und auf Distanz zu den sozialistischen Ländern gingen. Selbst wenn es gelingt, mit einer solchen Politik breitere Kreise der Bevölkerung anzusprechen (der FÖJ gelang es offensichtlich nicht); Der revolutionären Arbeiterbewegung ist mit einem derartigen Opportunismus, mit Konzessionen an den Klassegegner sicher nicht gedient. Aus den angeführten Gründen dauerte es noch einige Monate, bis die endgültige Trennung der Kommunisten von der FÖJ vollzogen war, die sich in der Folgezeit zu einem (allerdings politisch ziemlich bedeutungslosen) organisatorischen Zentrum des Revisionismus entwickelte.

Ausgangspunkt war eine „erweiterte Plenartagung“ (Vollversammlung mit beigezogenen weiteren Teilnehmern) des Zentralkomitees der KPÖ. Am 27. Oktober 1969 diskutierte das 7. Plenum des ZK die Fragen der Jugendorganisation und Jugendzeitung — unter Beiziehung von Vertretern der FÖJ und der „Gruppen junger Kommunisten“. Dem ZK lagen die Materialien der „Arbeitskreise“ der FÖJ vor sowie ein Material, das Werner Korotin und Walter Heil im Auftrag einer Reihe von Gruppen junger Kommunisten ausgearbeitet hatten. In diesem Material wurde das Verhältnis von Jugendorganisationen und Partei, zum Unterschied vom „autonomen“ Konzept der FÖJ, als ein Verhältnis enger Beziehungen und Zusammenarbeit definiert.

Fritz Zapf, damals Bundesobmann der FÖJ und Mitglied des Politischen Büros des ZK, vertrat das vorgelegte Jugendkonzept der FÖJ, das von der Vorstellung der „Autonomie“ des Jugendverbandes ausging und den Generationskonflikt als „Element des Klassenkampfes“ einschätzte. Er versuchte das Zentralkomitee unter Hinweis auf die Überalterung der Partei unter Druck zu setzen, die Vorstellungen der „Jungen“ zu akzeptieren, da die Frage der weitestgehenden Autonomie der Jugendorganisation zu einer „Lebensnotwendigkeit“ für die Partei selbst geworden sei.

Die Gruppen junger Kommunisten hatten andere Vorstellungen über die Zukunft der kommunistischen Jugendbewegung in Österreich. Walter Heil erläuterte das Verhältnis von Partei und Jugendorganisation: „Die spezifische Aufgabenstellung der Arbeit unter den jungen Menschen erfordert spezifische Formen, moderne, der Gegenwart angepaßte Methoden und

Hilfsmittel. Eine kommunistische Jugend muß daher autonom in allen Bereichen und Möglichkeiten ihrer Jugendtätigkeit sein, sie muß aber politisch und ideologisch auf der Plattform der Partei stehen. Die KJÖ wird dadurch nicht zum Überbringer oder Lautsprecher der Parteibeschlüsse, sondern die Kommunisten in der Jugendorganisation werden für alle Kommunisten verbindliche Beschlüsse ihrer Partei in dieser Jugendorganisation womöglich durchzusetzen versuchen. Die Mitarbeit, die Mitentscheidung, die Möglichkeit aller Kommunisten in ihren Organisationen, Leitungen, Konferenzen an der Beschlußfassung mitzuwirken, erfordert daher auch von den Kommunisten in der Jugendorganisation, sich gegenüber Beschlüssen verantwortlich zu fühlen. Wir wollen keine Parteiministranten erziehen, die zu allem ja und amen sagen, was von oben kommt und beschlossen wurde, aber man sollte klar und deutlich sagen: Eine kommunistische Jugendorganisation kann keine selbständige politische Kraft neben der Partei sein, eine Ersatzpartei, ein Sammelbecken für potentielle Parteioptionen — eine kommunistische Jugendorganisation sollte unserer Vorstellung nach die Jugendorganisation der Partei sein, für sie soll die politisch-ideologische Plattform der Partei verbindlich sein.“

Nach einer teilweise heftigen Diskussion, die zeigte, daß die Revisionisten in der KPÖ endgültig in die Defensive gedrängt waren, beschloß die Partei die Gründung einer revolutionären Jugendorganisation. Nicht nur um die bestehende Zersplitterung der Kräfte zu beenden, sondern auch, weil der Kampf um den Frieden, die Verstärkung der internationalen Solidarität und die gesellschaftliche Situation in Österreich eine klare, parteiiche Haltung des Jugendverbandes erforderten. Die Erfahrung zeige, daß die, unter ganz anderen Bedingungen und Perspektiven, im Jahre 1945 gegründete Freie Österreichische Jugend den veränderten Verhältnissen nicht mehr entspreche, aber auch das Nebeneinander von FÖJ und „KPÖ-Bewegung der Jungen“ sich nicht bewährt habe. Die neue kommunistische Jugend solle von vornherein nicht auf einem Apparat von Freigestellten aufgebaut werden, sondern sich weitgehend auf Funktionäre stützen, die in der Produktion beschäftigt sind. Sie solle eine selbständige Organisation der Arbeiter- und Angestelltenjugend sein. Zu den übrigen, der KPÖ nahestehenden, Jugendvereinigungen stellte das ZK fest:

„Die bestehenden befreundeten Organisationen der Studenten und Mittelschüler, die unter den spezifischen Bedingungen, unter denen sie tätig sind und wirken, ihre eigenen Aufgaben haben und vielfach andere Formen der Arbeit entwickeln, bleiben von dieser Entwicklung unberührt. Dabei wird eine Aktionseinheit der Kommunistischen Jugendbewegung und der Studenten im Kampf um konkrete gemeinsame Forderungen angestrebt. Das Verhältnis zwischen Kommunistischer Jugendbewegung und Kommunistischer Partei ist bestimmt durch die gemeinsame politisch-ideologische Basis. Daher besteht zwischen ihnen eine Kampfgemeinschaft bei voller Wahrung des Grundsatzes der Selbständigkeit der Jugendorganisation in bezug auf die Entwicklung origineller Formen und Inhalte ihrer Tätigkeit und Aktion. Die Kommunistische Jugendbewegung stellt sich zur Aufgabe, die Interessen der arbeitenden Jugend konsequent zu vertreten, jungen Menschen, besonders

junge Arbeiter und Angestellte, für den Sozialismus und die Kommunistische Partei zu gewinnen.“

Das ZK der KPÖ ersuchte die FÖJ, alle Gruppen aufzufordern, den Vorschlag der Gründung einer Kommunistischen Jugendbewegung zu diskutieren und sich dieser neuen Organisation anzuschließen.

Das Zentralkomitee wandte sich auch an alle Bezirksorganisationen der KPÖ mit dem Appell, die Gründung von Gruppen und Organisationen der Kommunistischen Jugend in den Bezirken und Gemeinden zu unterstützen. Die Funktionäre der FÖJ weigerten sich, den Beschluß des ZK der KPÖ anzuerkennen. Ihre Vertreter lehnten es ab, im Vorbereitungskomitee für die Gründung einer Kommunistischen Jugendbewegung mitzuarbeiten. Die Rest-FÖJ geriet völlig auf antikommunistische Positionen.

Das Vorbereitungskomitee hatte eine schwierige Aufgabe zu bewältigen, doch der Elan, die Opferbereitschaft, der Optimismus und die Geduld der jungen Kommunisten — in Wien-Donaustadt die Gruppe um Brigitte Oftner und Georg Zanger, in Favoriten um Vera Hirsch, Tanja Sandmann und Fini Seif, im XXIII. Bezirk um Käthe Mittel und Kurt Vodnek, im kleinen Wiener Ensemble um Ernst Laschober und Willi Rau, im XIV. Bezirk um Gerhard Wagner und Kurt Waldinger — meisterten gemeinsam mit den Mitgliedern des Vorbereitungskomitees die Schwierigkeiten der Organisationsgründung. Ähnlich war es in den Bundesländern. Gruppenabende mit regelmäßigem Programm wurden durchgeführt, Veranstaltungen organisiert, Flugblattverteilungen, Betriebsaktionen, Unterschriftensammlungen usw. eingeleitet. Kurz, ein aktives Jugendleben entstand gemeinsam mit Unterstützung der Parteiorganisationen, und in diesen Monaten begann die Parole „Jugend — Partei — Einheit“ sich in vielen Formen zu realisieren.

Aufgrund der Weigerung der FÖJ, an der Gründung einer Kommunistischen Jugendbewegung mitzuarbeiten, wurde das am 7. Plenum des ZK der KPÖ nominierte „Vorbereitungskomitee zur Gründung einer Kommunistischen Jugendbewegung“ in der Folge ergänzt. Es setzte sich Ende 1969 aus folgenden Mitgliedern zusammen: Franz Muhri, Walter Wachs (Polbüro des ZK), Otto Podolsky, Walter Heil, Helmut Ritz, Josef Möbs, Karl Lerch, Willi Rau, Vera Hirsch und Peter Micheroli.

Am 13. und 14. November 1969 fand eine Beratung junger Kommunisten in Mauerbach bei Wien statt, an der neben den Vertretern der Wiener Gruppen auch Genossen aus Niederösterreich (Stockerau, Gänserndorf, St. Pölten, Purkersdorf), Oberösterreich, Salzburg, der Steiermark, Kärnten und dem Burgenland teilnahmen.

Bereits Ende Jänner 1970 trat eine „Gesamtösterreichische Aktivistenkonferenz der Kommunistischen Jugendbewegung Österreichs“ zusammen. Die Tagung beschäftigte sich mit der Stellung junger Kommunisten zu den Nationalratswahlen und mit Fragen der Wahlarbeit an der Seite der KPÖ sowie mit seiner ersten Diskussion über Fragen der Politik und Organisation des Verbandes.

Damit begannen die Vorbereitungen für die Ausarbeitung der politisch-ideologischen Plattform, eines Aktionsprogramms und des Statuts für die neue Kommunistische Jugendorganisation. Am 25. März 1970 veröffentlichte

die „Volksstimme“ den Entwurf für die politisch-ideologische Plattform der „Kommunistischen Jugend Österreichs“.

Neben einer Analyse des Kapitalismus, der Auswirkung des Kapitalismus in Österreich auf die Jugend und der Ausarbeitung der sozialistischen Zielstellung wurde die Funktion der KJÖ wie folgt erklärt:

„Auf marxistisch-leninistischer Grundlage, in enger Kampfgemeinschaft mit der KPÖ, ist eine wirksame, auf eine Änderung der bestehenden Gesellschaft gerichtete Tätigkeit möglich. Die Kommunistische Jugend Österreichs wendet sich vor allem an die jungen Arbeiter und Angestellten, die im Produktionsprozeß stehen, an die junge Generation, die mit der Arbeiterklasse verbunden ist; sie zu organisieren, mit den Grundlagen des Marxismus-Leninismus vertraut zu machen und aktiv in die Klassenkämpfe einzubeziehen, darin liegt die Funktion der KJÖ.“

Das Verhältnis zur Kommunistischen Partei wurde eindeutig festgelegt: „Die Kommunistische Jugend Österreichs ist eine selbständige Organisation, die mit und in der Jugend tätig ist. Sie hat eine gemeinsame politisch-ideologische Basis mit der KPÖ und will erreichen, daß möglichst viele ihrer Mitglieder ihre politische Tätigkeit als Mitglieder der KPÖ fortsetzen.“

Die Kommunistische Jugend kann nicht losgelöst von der KPÖ ihre Aufgaben erfüllen. Sie arbeitet im Interesse einer möglichst wirksamen gesellschaftsändernden Praxis auf allen Ebenen, auf allen Gebieten des politischen Kampfes mit der Partei zusammen.

Die gemeinsame politisch-ideologische Basis mit der KPÖ und der selbständige Charakter der Organisation auf allen Gebieten der Tätigkeit für und unter jungen Menschen, eröffnen der KJÖ Möglichkeiten für alle Initiativen, die im Interesse des Kampfes für Demokratie, Sozialismus, für die Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Jugend notwendig sind.“

In allen Gruppen, Zirkeln usw., wurde dieser Entwurf diskutiert und zahlreiche Änderungsvorschläge, die zum Teil die politische Aussage klarer formulierten, eingebracht und berücksichtigt.

Der Gründungskongreß

Am 10. Mai 1970 beschlossen 160 Delegierte aus Gruppen in allen Bundesländern, am Gründungskongreß der KJÖ in Wien die Bildung der „Kommunistischen Jugend Österreichs“.

„Die Zukunft — Sozialismus“ war die Losung des Kongresses. Sie und das Referat von Otto Podolsky widerspiegelten nicht nur den Schwung und den Optimismus des Kongresses, sondern die eindeutige politische Aussage. Otto Podolsky wurde zum Vorsitzenden der KJÖ gewählt, Walter Heil, Vera Hirsch, Karl Lerch, Josef Möbs, Brigitte Oftner und Willi Rau als Mitglieder des Bundessekretariats. Nach eingehender Debatte wurde die politisch-ideologische Plattform, das Forderungsprogramm und das Statut beschlossen.

Mit dem Gründungsprozeß war zwar der politisch-organisatorische Bruch vollzogen, die eigentlichen Schwierigkeiten aber begannen erst. Die junge

Organisation stand vor großen Problemen — war es doch den Revisionisten gelungen, innerhalb weniger Jahre die kommunistische Jugendbewegung praktisch zu liquidieren. Eine der wichtigsten Aufgaben der ersten Monate war daher die Rückgewinnung ehemaliger FÖJler, die sich — zum Teil, weil sie durch die internen Streitigkeiten angewidert waren — ins Privatleben zurückgezogen hatten. In vielen Fällen gelang es allerdings nicht, aus den zerfallenden FÖJ-Gruppen Mitglieder für die KJÖ zu gewinnen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit war, die Organisation in der breiten Öffentlichkeit überhaupt einmal bekanntzumachen, was am besten durch politische Aktionen vor Berufsschulen und Betrieben gelang. Tatsächlich konnten im Zuge dieser Aktionen eine Reihe junger Menschen gewonnen werden, die sich mit großem Eifer in die Arbeit stürzten. Gerade aus diesem raschen Mitgliederzuwachs der ersten Zeit ergaben sich aber auch Probleme: Es gab eine gewisse Diskrepanz zwischen dem erfahrenen Kader, der jahrelang in der FÖJ tätig gewesen war, und jungen, unerfahrenen und ungedulden Mitgliedern, denen jede Organisationserfahrung fehlte und die daher zu den typischen „Kinderkrankheiten im Kommunismus“ neigten, deren Schädlichkeit bereits Lenin aufgezeigt hatte.

Eine weitere Aufgabe der KJÖ war es, sich Beachtung und Anerkennung seitens der anderen Jugendorganisationen zu erkämpfen. Auch hier zeigte es sich, daß durch konsequente Arbeit im Interesse der arbeitenden und lernenden Jugend am ehesten Erfolge zu erzielen waren. Im Zusammenhang mit der Chile-Solidaritätsbewegung 1973 kam es zu ersten dauerhaften Aktionseinheiten mit anderen Jugendorganisationen. Seit 1972 gibt die KJÖ auch eine eigene Monatszeitung („explosiv“) heraus, regelmäßig erscheinende Mitteilungsblätter verschiedener KJÖ-Grundorganisationen gab es seit der Gründung des Verbands. Nicht zuletzt dank der Mitwirkung an Veranstaltungen und Aktionen des Weltbunds der Demokratischen Jugend errang die KJÖ auch internationale Anerkennung und Beachtung.

Die Gründung der Kommunistischen Jugend Österreichs war das Ergebnis eines erbitterten politischen und ideologischen Kampfes gegen den Revisionismus in der KPÖ, zu dessen Überwindung vor allem die Mitglieder „an der Basis“ beitrugen — was zugleich ein Erfolg der innerparteilichen Demokratie war. Die Gründung der KJÖ war aber nicht nur ein Teil des politisch-ideologischen Klärungsprozesses innerhalb der revolutionären Arbeiterbewegung in Österreich. Mit der KJÖ war auch eine Jugendorganisation entstanden, deren Organisationsform dem Entwicklungsstand der revolutionären Kräfte in Österreich entsprach: War 1945, im Zeichen einer gesamtgesellschaftlichen „Aufbruchsstimmung“ und der Möglichkeit einer antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in unserem Lande, die Bildung einer überparteilichen Jugendorganisation in Übereinstimmung mit der allgemeinen Entwicklungsrichtung Österreichs gestanden, so hatte ein Festhalten an dieser Orientierung einer überparteilichen Jugendorganisation trotz geänderter objektiver Bedingungen („Sozialpartnerschaft“) notwendigerweise zu einer Schwächung der fortschrittlichen Kräfte innerhalb der Jugendbewegung geführt, was die Herausbildung des Opportunismus begünstigte.

14. „Kinderland-Junge Garde“: Eine proletarische Kinder- und Elternorganisation

Vor dem ersten Weltkrieg war in der österreichischen Arbeiterbewegung eine starke Kinder- und Elternorganisation entstanden, „Freie Schule — Kinderfreunde“, die internationale Anerkennung und Nachahmung fand. Dieser Tradition folgend, haben nach der Befreiung 1945 führende Kommunisten die Kinder- und Elternorganisation „Demokratische Vereinigung Österreichs — Kinderland“ gegründet, die vom Innenministerium mit 1. April 1946 genehmigt wurde.

In den ersten Satzungen wird die Vereinigung als interkonfessionell und an keine Partei gebunden dargestellt. Ihre Aufgabe war die unterschiedslose Erfassung aller Kinder zum Zwecke ihrer Betreuung und Erziehung nach fortschrittlichen pädagogischen Grundsätzen. Weiters stellte sich die Vereinigung die Aufgabe, Eltern, Erzieher und Freunde der Kinder zur Wahrung und Vertretung der kulturellen und sozialen Interessen der Kinder zusammenzufassen. Mitglied konnte jedermann ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses und der Parteizugehörigkeit werden. Kommunisten, die sich mit großem Elan in die Arbeit stürzten, waren die treibende Kraft und die führenden Funktionäre der Organisation.

Aufbau der Organisation

Bald entstanden in Wien und in einigen Bundesländern zahlreiche Grundorganisationen mit einem reichhaltigen und vielfältigen Kinderprogramm. Zur Linderung der Not wurden Kinderheime geschaffen. Betriebe haben diese Heime unterstützt, Bergwerke haben Kohle geliefert, und selbst von internationalen Hilfsorganisationen wie der UNICEF, vom Schweizer Roten Kreuz und vom Schwedischen Kinderhilfswerk wurden für die Kinderheime Lebensmittel, Kleidung, Decken und Heimausstattungen zur Verfügung gestellt.

Pädagogen, Ärzte, Erzieher und Kulturschaffende nahmen neben werktätigen Frauen und Männern am Aufbau der Kindergruppen und der Elternorganisationen teil und entwickelten ein umfassendes Programm: Kindermusikkapellen, Kinderchöre, Gesangsgruppen, Theatergruppen, Kasperltheater, Sport- und Wandergruppen entstanden. Um die freiwilligen Erzieher zu befähigen, kindergemäße und sinnvolle Zusammenkünfte mit fortschrittlichen Inhalten zu gestalten, arbeitete eine pädagogische Kommission Programme, Hilfsmaterialien wie Lieder- und Spielbücher aus und

organisierte Erzieher Schulen. Teilweise brachten Jugendführer und Funktionäre Erfahrungen aus ihrer Tätigkeit in der Arbeiterkinderorganisation der Ersten Republik mit. „Unsere Zeitung“, eine künstlerisch und inhaltlich hervorragende Kinderzeitung, gerne gelesen und öffentlich kolportiert, unterstützte die erzieherische Arbeit von Kinderland.

Besonders gefördert wurde die Sozialarbeit für Kinder in der sowjetischen Besatzungszone. Aus einem Bericht des Jahres 1948 geht hervor, daß mit Hilfe der sowjetischen Stellen in 30 Wiener Betrieben 13 Kindergärten und 17 Horte mit 33 bezahlten Erzieherinnen eingerichtet wurden. In Niederösterreich wurden von diesen Stellen sechs Kindergärten, 16 Horte und 45 Spielgruppen geführt. Oberösterreich verfügte über 12 Hortbetriebe. Im April 1949 fand der erste Bundeskongreß der Vereinigung Kinderland statt, an dem über 600 Delegierte aus allen Bundesländern teilnahmen. Es wurden 23 578 Mitglieder ausgewiesen. In 26 Anträgen wurde zu den verschiedensten Fragen und Aufgaben Stellung genommen. Schon damals wurde von Kinderland der Kampf um eine demokratische Schulreform, für die Gründung von Elternvereinen an den Schulen und gegen Kriegshetze geführt und die Forderung nach Einführung einer einheitlichen Mittelschule für alle 10- bis 14jährigen Kinder erhoben.

Große Bedeutung wurde der erzieherischen Tätigkeit in den Kindergruppen beigemessen. Die 10- bis 14jährigen Kinder erhielten für ihre Gemeinschaft den Namen „Junge Garde“.

In deren 10 Geboten heißt es unter anderem:

„Wir achten alle arbeitenden Menschen.

Wir lieben unsere Heimat.

Wir bekennen uns stolz zum Weltbund der Demokratischen Jugend.

Wir kämpfen für eine bessere und gerechtere Welt.

Wir leben nach diesen Gesetzen. So bauen wir mit an einem glücklicheren und schöneren Österreich.“

Später wurden auch die 6- bis 10jährigen Kinder in eigenen Gruppen zusammengefaßt und erhielten den Namen „Sturmvögel“.

Schwierigkeiten

Infolge der unterschiedlichen Verhältnisse in den einzelnen Bundesländern nahm die Organisation keine einheitliche Entwicklung. Anders als in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland, kam Kinderland in den Bundesländern Tirol, Vorarlberg und Salzburg kaum über einige Anfangserfolge hinaus. Doch in den Bundesländern Steiermark und Kärnten waren starke Kräfte vorhanden, die trotz widriger Umstände in der Lage waren, ihre Tätigkeit zu entfalten und daran gewöhnt wurden, auf eigenen Füßen zu stehen.

Die als Vereinstätigkeit organisierte Arbeit mit den Kindern und den Eltern erlaubte keine Unterbrechung. Wollte man in der Bevölkerung glaubhaft bleiben, war eine ständige Tätigkeit erforderlich. Vielfach verliefen jedoch

Kampagnen wie der Kampf um bessere Schulverhältnisse, um Errichtung von Kindergärten und Schülerhorten und von Spielplätzen für Kinder, der Kampf gegen Tbc, gegen Schmutz und Schund im Sand. Überschneidungen bei Aufgabenbereichen verschiedener Organisationen — der FÖJ, des Bundes Demokratischer Frauen und Kinderlands — führten oft zu Kompetenzstreitigkeiten. Im Kinderland selbst bildeten sich gegensätzliche Auffassungen heraus: Soll die Organisation Kinderland die österreichische Tradition aufrechterhalten und als Kinder- und Elternverein weiterbestehen? Oder sollen die Kindergruppen, dem Beispiel anderer Länder folgend, als Teil der Jugendorganisation geführt werden?

Sollen Erziehungsfragen, Schulfragen, der Kampf um kulturellen und sozialen Fortschritt für Kinder aus dem Aufgabenbereich von Kinderland ausscheiden und dem Bund Demokratischer Frauen übertragen werden?

Soll die politisch-erzieherische Verantwortung für die Junge Garde die Freie Österreichische Jugend tragen?

Dieser Meinungsstreit hat sicher die Entwicklung gehemmt. Führende Funktionäre wurden von Kinderland abgezogen oder verloren selbst das Interesse an der Arbeit in dieser Organisation.

Das Organisationsbüro der Partei vertrat 1950 die Meinung, Kinderland sollte seine Tätigkeit hauptsächlich auf die Kinder konzentrieren. 1952 wurde die Junge Garde an die Freie Österreichische Jugend angeschlossen.

Zwei Jahre später wurde der Beschluß rückgängig gemacht, weil die Kinderbewegung nicht die erwartete Aufwärtsentwicklung genommen hatte. Es wurde dabei übersehen, daß die Jugendorganisation weder über die entsprechenden Kräfte zur Führung von Kindergruppen verfügte noch die Mittel dazu besaß und so ein entsprechendes Vertrauensverhältnis zu den Eltern der Gruppenkinder nicht herstellen konnte. In vielen Orten, in denen Kinderland aktive Ortsgruppen besaß, war außerdem die FÖJ gar nicht präsent.

Erfolge

In den Jahren, in denen Kinderland nur für die Kleinen, die 6- bis 10jährigen Sturmvögel, verantwortlich war, entwickelten sich volkstümliche, landesübliche Formen der Kinderbeschäftigung. Der Grundgedanke bestand darin, daß man die herkömmlichen Feste und Bräuche zu Großveranstaltungen benutzte und den Versuch unternahm, diese mit fortschrittlichen Inhalten zu erfüllen. So gab es die großen Weihnachtsfeiern unter dem Motto „Weihnachtsfeier — Fest des Friedens“. Den Kindergruppen wurden von zentraler Stelle Programmanschläge zur Verfügung gestellt, die sie mit Sorgfalt und Eifer einstudierten. Kulturell interessierte Arbeiterfunktionäre schalteten sich ein, oft wurden örtliche Musikgruppen zur Mitwirkung gewonnen. So entstanden eindrucksvolle Weihnachtsfeiern in großen Sälen der Industrieorte, politische Friedensfeiern. Dazu gab es künstlerisch gestaltete Plakate. Aus einem Bericht geht hervor, daß 1952 in sieben

Bundesländern 158 Weihnachtsfeiern mit 35 400 Kindern und 7330 erwachsenen Besuchern gezählt wurden.

In ähnlicher Weise gab es Faschingsfeste, Muttertagsfeiern, Wintersportveranstaltungen, Ostereiersuchen, Pfingsttreffen usw. Weiters wurden Familienfeste zum Internationalen Tag des Kindes am 1. Juni veranstaltet. Am 1. Mai nahm Kinderland jedesmal an den Kundgebungen der KPÖ teil. Am 1. Juni 1952, anlässlich des Internationalen Tag des Kindes, hat Kinderland ein Forderungsprogramm veröffentlicht, das als Grundlage seines sozialpolitischen Kampfes dienen sollte. Nach einer gründlichen Analyse der Verhältnisse, unter denen damals die Kinder lebten, wurden wichtige und richtunggebende Forderungen erhoben:

1. Für den Schutz der Gesundheit der Kinder.
2. Für bessere Bildungsmöglichkeiten der Kinder.
3. Für bessere Erziehungs- und Lernmöglichkeiten der Kinder.
4. Gegen die Verbrecher- und Wildwestfilme und die Schundliteratur.
5. Gegen die Kriegshetze und für Völkerverständigung.

Im Bericht an den 2. Bundeskongreß 1945 wurde mitgeteilt, daß in sieben Bundesländern 160 Kindergruppen (Sturmvogel-Gruppen und gemischte Gruppen) mit 2500 Kindern erfaßt waren. Allerdings waren nur 10 Prozent der Delegierten auf dem damaligen Bundeskongreß parteilos. Breiten Rahmen auf der Konferenz nahmen die Protest- und Massenaktionen der Organisation Kinderland ein, die sich gegen die Erhöhung der Kindergartenbeiträge richteten. Weiters gab es Aktionen zur Einrichtung von Kindergärten, zur Einführung von Schülerautobussen, zum Kampf gegen Schmutz und Schund, für die Einrichtung von Kinderabteilungen in Spitälern, für Schulneubauten, Aktionen für verbilligte Schulmilch, gegen Verkauf von Kriegsspielzeug, gegen Wechselunterricht, für die Errichtung von Kinderspielplätzen, für die Errichtung von Lehrwerkstätten, gegen die Aufnahme der neofaschistischen „Heimattreuen Jugend“ in den Jugendbeirat.

Eine erziehungspolitische Zeitschrift, der „Elternbrief“, wurde von Kinderland herausgegeben. Diese Zeitschrift nahm eine erfreuliche Entwicklung und war eine wertvolle Erziehungshilfe.

Ferienaktionen

Da die Organisation die Erfahrung gemacht hatte, daß Kindererholungsaktionen während der Schulferien viele Kinder und Mitarbeiter zu mobilisieren vermögen, wurde dieser Tätigkeit besonderes Augenmerk geschenkt. Hier kann Kinderland während eines drei- beziehungsweise vierwöchigen Aufenthaltes systematische Erziehungsarbeit leisten, hat breite Möglichkeiten, Kontakte zu Eltern und Mitarbeitern herzustellen und ist vor die Aufgabe gestellt, einen sozialpolitischen Kampf um öffentliche Mittel für die Kindererholung zu führen.

Anfangs notdürftig in Mietheimen untergebracht, wurden Anstrengungen um zweckmäßige Ausstattung und Einrichtung der Ferienheime unternom-

men, die teilweise von der Öffentlichkeit gefördert wurden und neue Kräfte für die Organisation mobilisierten.

Die Kinderland-Ferienaktion entwickelte sich in den folgenden Jahrzehnten so erfolgreich, daß verschiedene Landesorganisationen darangehen konnten, eigene Heime zu bauen. Damit verbunden war auch ein gewisser finanzieller Rückhalt für die Organisation, da die Mitarbeiter in der Ferienaktion ehrenamtlich tätig sind. Die Kinderland-Ferienaktion findet nicht nur bei den Kindern und Eltern Anerkennung, auch öffentliche Stellen schätzen sie. Neben einem betont auf die Interessen der Kinder abgestimmten Turnusverlauf legt Kinderland Wert auf ein gezieltes Erziehungsprogramm. Es sollen die kulturellen und politischen Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung gepflegt werden und ebenso wie die großen politischen Probleme der Gegenwart bewußt gemacht werden.

Die Kinderland-Ferienaktion erhält durch die guten Kontakte zu den sozialistischen Ländern und durch die alljährlichen Einladungen in internationale „Pionierlager“ besondere Glanzpunkte. Mit den angrenzenden sozialistischen Staaten Ungarn, ČSSR und Jugoslawien sowie mit der DDR finden Austauschaktionen statt.

Die Massenorganisation der Schüler zwischen 10 und 15 Jahren, die 1922 in der Sowjetunion gegründet wurde, heißt „Pionierorganisation W. I. Lenin“. Sie bildete das Vorbild für die internationale Pionierbewegung, die in den zwanziger Jahren vor allem von den kommunistischen Parteien getragen wurde und sich den Kampf gegen Kinderarbeit, für eine fortschrittliche Schule und demokratische Erziehungsmethoden zur Aufgabe machte. Symbole der Pionierbewegung: „Pioniergruß“, dreieckige Halstücher (meist rot, in Österreich mit rotweißem Streifen), Wimpel, Fanfaren. Nach dem zweiten Weltkrieg entstanden in allen sozialistischen Ländern, aber auch in vielen kapitalistischen Staaten und Ländern der dritten Welt große Pionierorganisationen, mit denen die österreichische „Junge Garde“ freundschaftliche Beziehungen unterhält.

Probleme der „Jungen Garde“

Nachdem im Herbst 1954 die „Junge Garde“ wieder in den Schoß von Kinderland zurückgekehrt war, wurden auf einer Konferenz Richtlinien für diese wichtige Kindertätigkeit ausgearbeitet. Die Organisation führt seither den Namen „Demokratische Vereinigung Kinderland-Junge Garde“.

In den folgenden Jahren wurden große Anstrengungen unternommen, um die Sturmvogel- und Junge-Garde-Gruppen zu stärken und entwickeln. Die Erziehungsarbeit wurde jährlich unter ein Generalthema gestellt, zum Beispiel „Menschen, die uns Vorbild sind“. In kindgemäßer Art wurde versucht, sozialistisches Gedankengut zu vermitteln. Durch Arbeitsgemeinschaften und Arbeitsmaterial („Spiel und Arbeit“) vorbereitete Gruppenleiter trafen sich allwöchentlich mit ihren Kindergruppen zu den Heimgnachtsmitten.

Wettbewerbe, gesamtösterreichische Kindertreffen sollten die Kinderbewegung beleben. 1955 waren in 143 Junge-Garde-Gruppen 2561 Kinder und in 87 Sturmvogel-Gruppen 1300 Kinder erfaßt.

Als nach Abschluß des Staatsvertrages die Förderung durch die sowjetischen Stellen ihr Ende fand, änderten sich die Verhältnisse in Wien und Niederösterreich. 1962 gab es in 75 Junge-Garde-Gruppen und 31 Sturmvogel-Gruppen zusammen 1567 Kinder. Von der Ferienaktion desselben Jahres waren 2333 Kinder erfaßt.

Internationale Solidarität

Selbstverständlich hat die Eltern- und Jugendorganisation „Kinderland-Junge Garde“ nach ihren Möglichkeiten ständig Anteil an allen großen nationalen und internationalen Ereignissen genommen. Sie war an den Wahlkämpfen und an internationalen Solidaritätsaktionen beteiligt, sie hat an den Weltfestspielen und Jugendtreffen aktiv mitgewirkt, sie hat ihre Kontakte zur CIMEA (der Kinderorganisation des WBDJ), zu den Pionierorganisationen und internationalen Kinderkongressen durch aktive Beteiligung gefestigt. 2500 österreichische Kinder nahmen an den Weltfestspielen der Jugend und Studenten 1959 in Wien teil. Die Solidaritätsaktion für griechische Kinder 1949, die Solidaritätsaktionen für Algerien 1961, für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Skopje, dann für Vietnam und Chile lösten sowohl bei den Eltern wie auch bei den Kindern breite Bewegungen aus.

In einem Beschluß des Politbüros der KPÖ wurde 1958 bekräftigt, daß die Hauptaufgabe von Kinderland in der Entwicklung der Jungen Garde bestehen muß. Die sozialpolitische Arbeit wurde als nicht effektiv genug kritisiert und eine verstärkte Zusammenarbeit mit der FÖJ und dem BDF gefordert. Aber die Tätigkeit der Kommunisten im Kinderland wurde als wichtige Parteiarbeit gewertet.

Die Ereignisse vom August 1968 in der ČSSR hatten in der Folge auch heftige Diskussionen im Kinderland verursacht, zumal leitende Funktionäre der FÖJ revisionistische Positionen bezogen. Im großen und ganzen aber wurden die Grundsätze von Kinderland-Junge Garde weiterhin als richtig anerkannt und beibehalten und ein verstärkter Kampf gegen den Antikommunismus und Antisowjetismus als notwendig erkannt. In einem Beschluß des ZK der KPÖ vom Februar 1971 wurde die Aufgabenstellung der Eltern- und Kinderorganisation neu bestätigt.

Damals konnten 45 Kindergruppen mit 626 Junggardisten und 351 Sturmvögeln ausgewiesen werden. Es bestanden 75 Kinderlandortsgruppen mit 2300 Mitgliedern. An der Ferienaktion nahmen 2097 Kinder teil, bei den Massenveranstaltungen wurden 16 244 Kinder und Erwachsene gezählt. Wert wurde auf die Tatsache gelegt, daß Kinderland weiterhin in der Lage war, anerkannte Erziehungsarbeit in den Kindergruppen, den Massenveranstaltungen und in der Ferienaktion zu leisten und viele gute Kontakte zu nichtkommunistischen Eltern und Mitarbeitern hatte.

Für die Gesamtschule

Eine gute und erfolgreiche Kampagne für die Demokratisierung der österreichischen Schule wurde 1972/73 geführt. Unter Beteiligung der Ortsgruppen wurden die Schulverhältnisse in 55 Industriegemeinden untersucht und die Ergebnisse auf einer Bundeskonferenz ausgewertet. In der Resolution der Konferenz wurde festgestellt:

„Nach wie vor sind die Kinder von Arbeitern, Angestellten und der Landbevölkerung in ihrer Schulausbildung benachteiligt und dadurch in ihren Berufschancen erheblich geschädigt. Die größte Diffamierung erblicken wir in der Aufspaltung der 10- bis 15jährigen Kinder in Schüler der Volks- und Hauptschule, der Allgemeinbildenden Höheren Schule und des Polytechnischen Lehrganges. Weder pädagogische noch erzieherische Gründe sind stichhaltig für diese Aufsplitterung. Lediglich konservative Vorurteile und Standes- beziehungsweise Klasseninteressen verhindern den natürlichen Zusammenschluß aller körperlich und geistig normalen Kinder in gemeinsamen Schulklassen während des Pflichtschulalters.

Wir fordern aus diesem Grunde eine einheitliche Schule auch für die 5. bis 9. Schulstufe als Gesamtschule, die richtiger Mittelschule heißen sollte. Dabei ist in dem Lehrplan das praktische, gesellschaftliche Leben so einzubauen, daß die Schüler nach Abschluß ihrer Schulpflicht eine ausreichende Berufsorientierung besitzen, wenn sie nicht eine weiterführende Schule besuchen wollen. Damit kann der Polytechnische Lehrgang, dieser nicht lebensfähige Koalitionszwitter, entfallen und als 9. Schuljahr in die Gesamtschule eingebaut werden.“

Auf diese Untersuchungen folgte eine intensive Aufklärung der Öffentlichkeit durch Plakate, durch Informationsmaterial, durch Artikel in der Presse und in den Gemeinde- und Betriebszeitungen der KPÖ.

Die „Steinhauser Konferenz“

Auf der Bundeskonferenz 1972 wurden auch die Erziehungsziele von Kinderland-Junge Garde zur Diskussion gestellt. Da die Tagung keine einheitliche Auffassung fand, wurde die neue Bundesleitung beauftragt, im Herbst 1972 eine Konferenz über die „Politischen Erziehungsaufgaben von Kinderland-Junge Garde“ durchzuführen. Die als „Steinhauser Konferenz“ in die Geschichte der Organisation eingegangene Veranstaltung fand am 26. Oktober 1972 im Kinderlandheim in Steinhaus am Semmering statt. Sie beschloß eine Neufassung der Erziehungsziele von Kinderland-Junge Garde, die dann in der Bundesleitungssitzung vom 11./12. November 1972 bestätigt wurde. In der Einleitung zu den Erziehungszielen heißt es:

„Es ist eine Erfahrung, daß das Klassenbewußtsein nicht automatisch am Arbeitsplatz entsteht, daß betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe, so notwendig sie auch sind, nicht unbedingt und nicht ohne dauerndes Bemühen einer revolutionären Arbeiterpartei in ein sozialistisches Bewußtsein münden.

Da die Menschen von ihrer frühesten Jugend an durch die Umwelt und die Gesellschaft (Familie, Schule, Massenmedien usw.) geformt und geprägt werden, zeigen sich hier die Bedeutung und die Möglichkeiten einer bewußten politischen Erziehung.

Diese muß schon im Pflichtschulalter einsetzen, da Kinder in diesem Alter beginnen, die Zusammenhänge zu verstehen und ihren weltanschaulich-politischen Standort zu suchen.

Besonders bei uns in Österreich, wo es mit der Politik der Sozialpartnerschaft gelungen ist, die Klassenkämpfe auf ein Minimum einzuschränken und mit Hilfe des Antikommunismus jede revolutionäre Regung zu unterbinden versucht wird, erhalten Fragen der sozialistischen Erziehung, wie sie unsere Eltern- und Kinderorganisation zum Inhalt hat, erhöhtes Gewicht.“

Kinderland-Junge Garde hat sich unter anderem zum Ziel gestellt, die Kinder gegen das kapitalistische Gesellschaftssystem und für den Kampf um eine sozialistische Gesellschaft zu erziehen. Das Bestreben muß es daher sein, die Erziehungsarbeit so zu gestalten, daß die Kinder den Weg zur Jugendorganisation der KPÖ, der KJÖ, als Teil der kämpfenden Arbeiterbewegung finden.

15. Die kommunistischen Studenten nach dem zweiten Weltkrieg

Die Befreiung Wiens durch die Truppen der Sowjetunion schuf die Voraussetzungen für die Aufnahme der Tätigkeit an Universitäten und Hochschulen, die nun vom Ungeist der Hitler-Herrschaft gesäubert werden mußten.

Als die von Renner, Schärff, Kunschak und, namens der Kommunistischen Partei Österreichs, von Koplenig unterzeichnete Proklamation über die Selbständigkeit, das wichtigste Staatsdokument Österreichs, am 1. Mai 1945 im Staatsgesetzblatt Nr. 1 veröffentlicht wurde, war der zweite Weltkrieg noch nicht zu Ende. Aber mit der Einsetzung einer Provisorischen Regierung (StGbl. Nr. 2) und der Regierungserklärung (StGbl. Nr. 3) wurde bereits deutlich, daß die Wiederaufnahme einer nach demokratischen Grundsätzen ausgerichteten Hochschultätigkeit als eine wichtige Aufgabe des wiedererstandenen Staates betrachtet wurde. Schon bei den ersten Vorbereitungen hierzu wurden die Aktivisten des antifaschistischen Widerstandes unter den Studenten, zu denen vor allem auch die kommunistischen Studenten zu zählen waren, mit herangezogen.

Am 19. Juli 1945 wurden die gesetzlichen Grundlagen für die Aufnahme des Unterrichts an den österreichischen Hochschulen im StGbl. Nr. 19 erlassen. Verbunden mit den durch die gewaltigen Kriegsschäden notwendig gewordenen Aufräumarbeiten, an denen sich Studenten und Lehrer beteiligten, war bereits im Sommersemester ein provisorischer Betrieb aufgenommen worden, um den Verlust von Studienzeiten, die durch den Hitler-Krieg eingetreten waren, möglichst gering zu halten. Auch die Einrichtung einer demokratischen Studentenvertretung erfolgte auf Grund der Initiative der antifaschistischen Studentengruppen. Als am 27. September 1945 die Verordnung über die studentische Selbstverwaltung erlassen wurde, hatte diese bereits organisatorische Gestalt angenommen. Die Hochschulen nahmen mit Beginn des Studienjahres 1945/46 ihre Tätigkeit auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen auf. Die Studenten fanden in den Hochschülerschäften der einzelnen Hochschulen ihre öffentlichen Interessenvertretungen und wurden von dem Zentralausschuß der Österreichischen Hochschülerschaft in ihr Gesamtheit repräsentiert. Neben den an die drei politischen Parteien angeschlossenen Studentengruppen bestand auch ein Komitee der am Kampf gegen den Hitler-Faschismus aktiv beteiligten und vom Naziregime geschädigten Studenten, das sich besonders für die Säuberung des Hochschullebens vom Nazifaschismus in allen seinen Formen einsetzte.

Bereits im Mai 1945 hatten sich die kommunistischen Studenten und die mit ihnen sympathisierenden Hochschüler an den ersten Aufbauarbeiten beteiligt. Aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern, aus Truppentei-

len der gegen die Hitler-Armeen kämpfenden Völker, aus Partisaneneinheiten, aus Kriegsgefangenenlagern und aus der Emigration kommend, hatten sich zahlreiche junge Kommunisten zusammengefunden, die sich als „Kommunistische Studentengruppe“ konstituierten. Als erste Leiterin setzte die KPÖ Marie Tidl ein, die damals ihr Studium absolviert hatte. Erst im Herbst 1946, vor den ersten ÖH-Wahlen, wurde eine reguläre Leitung gewählt: Obmann wurde Eduard Rabofsky, Sekretär Fritz Hanacik.

Die Mitglieder der Kommunistischen Studentengruppe waren in allen studentischen Organen und auch im Zentralausschuß vertreten. Eine wichtige Aufgabe sahen sie in der Verbesserung der drückenden Bedingungen, unter denen die Studenten damals leben und arbeiten mußten.

Eine wesentliche Forderung der antifaschistischen Studenten war jene nach Säuberung der Hochschulen von nationalsozialistischem Gedankengut und dessen führenden Repräsentanten, die, wie sich bald zeigen sollte, nur auf die Gelegenheit warteten, um sich wieder eine organisatorische Basis zu schaffen. Die kommunistische Studentenbewegung verband die Aufgabe der Säuberung mit einer breiten Aufklärungstätigkeit über den menschenfeindlichen Charakter des Nationalsozialismus. Da der Nationalsozialismus auf die studierende Jugend in Österreich über das die österreichischen Universitäten maßgeblich beeinflussende Großdeutschum einwirkte, mußte die Säuberung vor allem als ideologischer Kampf gegen dieses ausgetragen werden. Tatsächlich hat der bewußte Einsatz der kommunistischen Studenten mit dazu beigetragen, diese wichtigste Aufgabe aller demokratischen Studenten grundsätzlich bis in die Gegenwart an den Universitäten zu verankern.

Gegenüber Professoren, die einst Mitglied der NSDAP waren, vertraten die kommunistischen Studenten den Standpunkt, daß durch den Beweis eines wirklichen Bruchs mit dem Nazigedankengut und dem echten Bekenntnis zu einem unabhängigen, demokratischen Österreich die Voraussetzungen für ein weiteres Wirken in Lehre und Forschung zu schaffen wären. Entschieden wandte sich die Kommunistische Studentengruppe jedoch gegen solche faschistische Ideologen wie den berüchtigten Philosophieprofessor Hans Eibl, der nicht nur den Deutschnationalismus in seinen Unterricht einbettete, sondern sich rühmte, die entscheidenden Gespräche zwischen den Vertretern Hitlers und Persönlichkeiten des österreichischen Klerus zur Billigung der Besetzung Österreichs organisiert zu haben.

Das Auftreten der Kommunistischen Studentengruppe, die im Wintersemester 1945/46 etwa 150 Studentinnen und Studenten umfaßte, führte zu einer Vertiefung der Beziehungen mit den sozialistischen und fortschrittlichen Kreisen der katholischen Studenten, was seinen Ausdruck in der Bildung eines Kontaktkomitees fand. Die Studentenzeitschriften „Akademische Rundschau“ (Organ der ÖH) und „Strom“ (Organ des VSSÖ) brachten Beiträge kommunistischer Studenten, die für die Fortsetzung des Kampfes gegen den Faschismus und für eine Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte eintraten.

Von den kommunistischen Studenten ging eine Reihe von Anregungen zur Unterstützung materiell ungesicherter Hochschulen, von Verbesserungen im Lehrbetrieb und Prüfungswesen aus. Sie waren es auch, die in der

Hochschülerschaft für Gesetzesvorschläge zur Erleichterung des Studiums für Arbeiterkinder eintraten. Ebenso waren sie um die Unterstützung der damals sehr zahlreichen Werkstudenten bemüht.

Massendemonstration der Arbeiter gegen Naziprovokationen an der Uni

Die Mehrzahl der zirka 18 000 Studenten in Wien verhielt sich gegenüber den Zielen eines demokratischen Österreich zunächst passiv, ein Teil sogar feindlich. Es kam mitunter zu antisemitischen und antisowjetischen Propagandaaktionen von Gruppen faschistisch verseuchter Studenten, auf welche die Hochschulbehörden und der Lehrkörper meist nicht reagierten. Anlässlich der Hochschulwahlen am 19. November 1946 holten die Nazigruppen zu einem Schlag aus und organisierten bei einer Wahlveranstaltung im Wiener Auditorium maximum einen Tumult, der zu tätlichen Angriffen auf antifaschistische Studenten führte.

Dieser an die schlimmsten Zeiten des braunen Terrors an der Wiener Universität erinnernde Skandal fand in den Wiener Großbetrieben eine erbitterte Reaktion. Die Betriebsräte luden unverzüglich kommunistische und sozialistische Studentenfunktionäre zu Berichten ein. Die Großbetriebe in Floridsdorf, Stadlau und Favoriten beschloss, den nationalsozialistischen Provokationen mit einer mächtigen Demonstration zu antworten. Kurze Zeit nach dem Naziexzeß marschierten mehr als 20 000 Wiener Arbeiter vor der Universität auf. Eine Abordnung mit Gemeinderat Theodor Maller an der Spitze erschien bei Rektor Adamovic, der Maßnahmen zusicherte, daß der akademische Boden nicht mehr so wie früher zu einer Angriffsstätte von Faschisten gegen demokratische Studenten werden könne.

Für die Einheit der demokratischen Studenten

Haben diese Ereignisse einerseits die Bereitschaft unter den demokratischen Studenten verstärkt, eine einheitliche Studentenorganisation zu schaffen, die entsprechend der historischen Erfahrungen den Kampf gegen Faschismus und Großdeutschum gemeinsam führen sollte, so waren andererseits in der ÖVP und SPÖ massive Kräfte am Werk, die für streng parteigebundene Hochschulorganisationen eintraten. Die Beteiligung der „Österreichischen Hochschülerschaft“ mit einer gemeinsamen Delegation am 1. Weltstudentenkongreß in Prag im Sommer 1946 gab noch einmal einen Impuls zur Schaffung einer einheitlichen demokratisch-fortschrittlichen österreichischen Studentenorganisation. Die Kommunistische Studentengruppe unterstützte, wie aus ihrem Bericht an den 13. Parteitag der KPÖ (1946) hervorgeht, alle Bemühungen demokratischer Kräfte, die einen Zusammenschluß zum Kampf für gemeinsame Hochschulinteressen anstrebten. Sie beteiligte sich stets an allen Körperschaften und Ausschüssen ebenso wie an Aktionen, die den allgemeinen Interessen der österreichischen Studenten

dienten. Ungeachtet dessen förderten sie in ihrem Kreis, aber auch darüber hinaus, die Einführung und die Fortbildung in marxistischer Theorie, dies um so mehr, als dem Lehrkörper der Universität nur ein einziger Marxist, nämlich Prof. Dr. Leo Stern, angehörte. Neben zahlreichen Einzelveranstaltungen führte die Kommunistische Studentengruppe schon im Sommer 1946 einen vierwöchigen Kurs für Antifaschisten aus Wien durch, und in der Folge wurden solche Kurse auch in der Steiermark organisiert.

Noch 1946 gab es Bemühungen, eine organisatorische Grundlage für die Bildung eines demokratischen Studentenverbandes zu schaffen. Als 1947 Statuten eines solchen Verbandes (Vereinigung Demokratischer Studenten — VDS) eingereicht wurden, stießen diese auf den Widerstand der Behörden, die sich auf ein Gesetz beriefen, das die Parteigebundenheit von Studentenorganisationen voraussetzte. SP-Innenminister Helmer begünstigte einerseits die Schaffung einer organisatorischen Plattform für die „Ehemaligen“ (Nazis) — den „Verband der Unabhängigen“ (VdU) — und bereitete andererseits den Aktivitäten antifaschistischer österreichischer Kräfte größte Schwierigkeiten. Der aus dem großdeutschen Flügel der SPÖ stammende Teil der Funktionärsclique, der am antifaschistischen Widerstand nicht beteiligt war, hat nicht nur den Zusammenschluß demokratischer Studenten auf breiter Basis bekämpft, sondern später (nach 1955) auch Naziprofessoren wie Helfried Pfeiffer (Jurist) und Taras Borodajkewycz (Historiker) den Zugang zu den Universitäten wieder ermöglicht. Wenn in der Folge sich immer wieder Studenten zum Kampf gegen alle Erscheinungen des Faschismus an den Universitäten zusammenfanden, so bewegten sie sich in der von den antifaschistischen Studenten unter aktivster Beteiligung der Kommunistischen Studentengruppe seit 1945 eingeschlagenen Richtung.

1948, nach Gründung der VDS löste sich die Kommunistische Studentengruppe auf. Diesem Schritt ging eine Entscheidung der Partei voraus, die die Bildung einer überparteilichen Organisation nach dem Vorbild der FÖJ vorsah, während das Entstehen einer großen überparteilichen, demokratischen Organisation durch die VP- und SP-gebundenen Studentengruppen behindert wurde. Die Mehrheit der Studenten organisierten sich entsprechend ihrer politisch-weltanschaulichen Zugehörigkeit. In der VDS verblieben im wesentlichen die Kommunisten und die mit ihnen sympathisierenden Studenten.

16. Von der VDS zum KSV

Mit der VDS und später mit der Gründung des KSV setzte sich auch in der Zweiten Republik eine unter den Studenten wirkende, von Lenin erkannte Gesetzmäßigkeit fort: „Die Studentenschaft wäre nicht was sie ist, wenn ihre politische Gruppierung nicht der politischen Gruppierung in der ganzen Gesellschaft entspräche.“ (Werke, Bd. 7, S. 43) Allerdings nicht im Sinne einer proportionalen Vertretung wie in der übrigen Gesellschaft.

In Österreich gibt es eine lange Tradition des revolutionären Flügels der Studentenschaft, der stets mit der klassenbewußten Arbeiterschaft verbunden war. Doch zeigt die Entwicklung, insbesondere der sechziger und siebziger Jahre, daß sich dieses Bündnis nicht automatisch oder im Selbstlauf ergibt. Es setzt die ständige politische und ideologische Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie und dem Antikommunismus sowie den Kampf gegen verschiedene opportunistische Einflüsse in der Studentenschaft voraus.

Die Hochschulen waren in den fünfziger Jahren wieder völlig vom Bildungsprivileg des Bürgertums gekennzeichnet. Die soziale Zusammensetzung der Studenten wurde faktisch eingefroren, nach einem Hoch in den ersten Nachkriegsjahren auf Grund des kriegsbedingten „Rückstaus“ gingen die Studentenzahlen zurück und erreichten 1955 ein Minimum von 15 000. Der wirtschaftliche Wiederaufbau wurde mit den vorhandenen Fachkräften durchgeführt, so daß kein ökonomischer Druck für eine Ausweitung der Hochschulen bestand. Die Professorenschaft war trotz „Entnazifizierung“ (in Wien und Graz mußten zwei Drittel des Lehrkörpers die Universitäten verlassen) in ihrer Grundeinstellung reaktionär; antifaschistische Lehrer waren die Ausnahme. Unter den Studenten gab es überhaupt keine Entnazifizierung, was sich auch auf die Studentenorganisationen auswirkte. Bereits 1950 wurde der „Bund Unabhängiger Studenten“, ein Vorläufer des RFS, zugelassen, der 1951 schon 17 Prozent bei den ÖH-Wahlen erhielt. 1952 wurde, vier Jahre vor der Gründung der FPÖ, der „Ring Freiheitlicher Studenten“ gegründet, zu dessen ersten Vorsitzenden Norbert Burger zählte, der spätere Chef der Neonazipartei NDP. Deutschnationale, antisemitische, arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Burschenschaften und „Verbindungen“ versuchten, an die reaktionärsten Traditionen der Ersten Republik anzuknüpfen. In dieser Atmosphäre erhielt der RFS bis ein Drittel der Stimmen bei Hochschülerschaftswahlen.

Der „Wahlblock“, in dem sich alle mit der ÖVP liierten Studentengruppen sammelten und der die Mehrheit in der ÖH stellte, machte ausschließlich standesbornierte Politik und vermittelte über den CV die höheren Posten.

Ein Höhepunkt der reaktionären Umtriebe an den Hochschulen und unter den Studenten war die sogenannte Schillerfeier des Jahres 1959. Einige tausend Studenten in Wuchs und Säbel paradierten unter dem Schutz der Polizei über die Ringstraße. Kein Wunder, daß sich in der Arbeiterschaft ein tiefes Mißtrauen gegen die Studenten hielt, ja verstärkte.

Die kommunistischen Studenten waren zur Zeit des kalten Krieges relativ isoliert und spielten in den fünfziger Jahren nur eine unbedeutende Rolle. VDS-Gruppen gab es nur in Wien und Graz. Trotzdem organisierte die VDS Aktionen gegen den Neofaschismus an den Hochschulen und verbreitete das Bekenntnis zur österreichischen Nation unter den Studenten. Einen wichtigen Ansatzpunkt der VDS bildete damals die schlechte soziale Lage vor allem der werktätigen Studenten. Eine breite Bewegung unter Führung der VDS gab es zum Beispiel 1953 gegen die Erhöhung der Studiengebühren.

Naziprovokation an der Hochschule für Welthandel

Eine politische Wende wurde erst Mitte der sechziger Jahre sichtbar. Es war die Affäre um den Naziprofessor Taras Borodajkewycz, die diese Wende 1965 einleitete. Dieser Professor hielt an der damaligen Hochschule für Welthandel (heute Wirtschafts-Uni) Vorlesungen gegen das „Geflunker von der österreichischen Nation“ und „unterhielt“ seine Zuhörer mit antisemitischen Bemerkungen. Seine Vorlesungen zeichneten sozialistische Studenten auf und veröffentlichten sie. Auch das Fernsehen griff den Skandal auf — ein damals unerhörter Vorgang, galt es doch bis dahin als ausgemacht, daß die Öffentlichkeit kein Recht habe, in den Elfenbeinturm der Hochschulen hineinzuleuchten.

Bezeichnenderweise verschanzten sich alle Reaktionäre, vom VP-Unterrichtsminister Piffl bis zum damaligen Hochschülerschaftsvorsitzenden, hinter der sogenannten Hochschulautonomie. Den eigentlichen Skandal, das öffentliche Bekenntnis des Professors Borodajkewycz zu seiner Nazivergangenheit, werteten sie als Kavaliersdelikt. Diesmal aber kam es zu einer Sammlung der demokratischen Kräfte unter den Studenten und weit über die Hochschulen hinaus. Ein antifaschistisches Studentenkomitee, dem VSSÖ, VDS und konfessionelle Gruppen angehörten, konstituierte sich. Es kam zu antifaschistischen Demonstrationen, aber auch zu Störaktionen der Neonazis und des RFS. Die SPÖ mußte im Parlament eine Anfrage an den VP-Unterrichtsminister stellen, mit dem sie in der Koalitionsregierung saß. Bei einer Demonstration am 31. März wurde der 65jährige Kommunist und ehemalige KZler Ernst Kirchweger von einem Chemiestudenten, dem Neonazi Günther Kümel, niedergeschlagen. Einige Tage später erlag Kirchweger seinen schweren Verletzungen. Das Gericht verurteilte den Mörder zu einer Bagatelldstrafe mit der Begründung, auch das Opfer sei schuld! Das Begräbnis wurde zur größten antifaschistischen Demonstration der Zweiten Republik. 25 000 Menschen marschierten hinter dem Sarg über die Ringstraße. An der Spitze führende Kommunisten und die damaligen SP-Regierungsmitglieder der „großen Koalition“.

Die in dieser Auseinandersetzung gestärkte Position der linken und fortschrittlichen Studenten trug wesentlich zur Linkswendung im VSSÖ im Studienjahr 1965/66 bei.

Revisionistische Verirrungen

Diese neue Situation konnte jedoch von der VDS nicht genutzt werden. Die VDS war zu dieser Zeit organisatorisch schwach und ideologisch konfus. Die ideologische Schwäche muß allerdings im Zusammenhang mit der damaligen Situation in der Kommunistischen Partei gesehen werden. Schon vor dem 19. Parteitag (1965) wurden revisionistische Strömungen und Kräfte stärker, die angesichts der langen Konjunktur und des anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs, der vollen Entwicklung des staatsmonopolistischen Systems und der Sozialpartnerschaftspolitik, der politischen Rückschläge und der Isolierung der Kommunistischen Partei einen Weg nach rechts an die Seite der SPÖ „anboten“. Der Marxismus sollte „entdogmatisiert“ und auf eine „Denkmethode“ reduziert werden.

Etwa seit 1964 kamen Studenten mit solchen Ansichten in die VDS. Sie gaben eine Zeitung heraus („Trend“), die sie weniger als hochschulpolitisches Organ, sondern als Plattform der ideologischen Auseinandersetzung mit der Partei betrachteten. Zum 19. Parteitag der KPÖ verhielten sie sich insofern skeptisch, als er ihnen als zu wenig „erneuernd“ erschien. In einem damals veröffentlichten Programmentwurf hielt die VDS die „ideologische Koexistenz“ von Marxisten und Opportunisten innerhalb der Kommunistischen Partei für einen wichtigen Bestandteil dieser „Erneuerung“. Schließlich galt die Formel: Vom Kampf gegen die „bürokratisierten Apparate der Arbeiterparteien“ (SPÖ und KPÖ) zum Kampf gegen „alle Apparate“. Als die ersten Ausläufer der antiautoritären Studentenbewegung auch Österreich erreichten, verschwand die VDS 1966/67 praktisch von der Bildfläche und ging in der „Neuen Linken“ auf. Sie kandidierte auch bei den ÖH-Wahlen 1967 nicht mehr.

Um die VDS zu reaktivieren, übernahm im Oktober 1967 eine Gruppe damaliger FÖJ-Funktionäre um Ernst Berger und Paul Kolm die Leitung der VDS.

Linksentwicklung und ihre Ursachen

Die Linksentwicklung, die sich seit Anfang der sechziger Jahre in den führenden kapitalistischen Ländern und seit 1965 auch in Österreich unter den Studenten abzeichnete, hatte ihre tiefste Ursache in der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Die imperialistische Welt befand sich unter dem Druck geänderter Kräfteverhältnisse in einer politischen, ideologischen und moralischen Krise und Defensive. In Europa verblaßten die alten antikommunistischen Klischees des kalten Krieges, die imperialistische Führungsmacht, die USA, war wegen des Krieges in Vietnam schwer diskreditiert. Der antikoloniale und antiimperialistische Befreiungskampf nahm einen bedeutenden Aufschwung. Erstmals nach dem zweiten Weltkrieg wankte die ökonomische Stabilität des staatsmonopolistischen Systems, große Streiks deuteten auf eine Intensivierung des Klassenkampfes in Westeuropa.

Die linke Studentenbewegung trat in den sechziger Jahren in den meisten kapitalistischen Ländern relativ gleichzeitig auf — ein Hinweis darauf, daß die nationalen Besonderheiten jedes Landes die Entwicklung der Studentenbewegung, die Anknüpfungspunkte zwar bedeutend beeinflussten, die Ursachen aber in der allgemeinen krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Welt zu suchen waren. Lenin charakterisierte einmal die Studenten als den am feinsten reagierenden Teil der Intelligenz. Gerade dieser Teil war aber, bedingt durch die wissenschaftlich-technische Revolution, zu einer rasch wachsenden sozialen Gruppe geworden. Auch in Österreich hatten sich seit Mitte der fünfziger Jahre die Studentenzahlen verdreifacht. Dadurch änderte sich die soziale Zusammensetzung der Studenten. Auch kleinbürgerliche Schichten, niedere Angestellte und Beamte konnten sich dank des wirtschaftlichen Aufschwungs nun das Studium ihrer Kinder leisten. Trotz Abschaffung der Studiengebühren erhöhte sich der Arbeiteranteil unter den Studenten dagegen nur unwesentlich. Immerhin ging aber eine Veränderung und Auflockerung des politischen Klimas an den Hochschulen vor sich. Die sozialen Probleme der Studenten bekamen wieder einen größeren Stellenwert, auch wenn sie vorerst nicht im Mittelpunkt der Forderungen der demokratischen Studentenbewegung standen.

Die Linksentwicklung unter den österreichischen Studenten führte allerdings nicht zu einer breiten Massenbewegung wie in anderen kapitalistischen Ländern. Dazu trug nicht nur die besonders drückende Rückständigkeit der Hochschulen, sondern auch die allgemeine Schwäche der Linken in der Arbeiterbewegung, die Isolierung der KPÖ bei sowie kaum vorhandene marxistische Traditionen in der österreichischen Intelligenz.

Die linke Studentenbewegung beeinflusste dennoch das gesamte politische Geschehen an den Hochschulen und wirkte darüber hinaus auf breite Teile der Jugend. In dieser Bewegung waren verschiedene ideologische Einflüsse wirksam. Das Neue und Positive aber war ein vor allem moralisch begründeter antiimperialistischer Protest und eine „radikal-demokratische“ Infragestellung der etablierten bürgerlichen Mächte und Institutionen. Den eigentlichen Kern dieser Studentenbewegung bildeten anfangs antiautoritäre Gruppen, die die organisierte Arbeiterbewegung ablehnten und die zum Teil auch mit antikommunistischen Vorurteilen behaftet waren. Dafür waren in Österreich nicht nur ideologische Einflüsse aus der westeuropäischen, vor allem der bundesdeutschen Studentenbewegung verantwortlich, sondern auch Enttäuschung über die Kommunistische Partei, deren Einfluß zurückging, und die sich auf Grund des Angriffs der rechten Opportunisten in einer schweren politisch-ideologischen Krise befand. Nicht wenige der antiautoritären Aktivisten kamen aus kommunistischen Familien.

Antiimperialistische Demonstrationen

1967 und 1968 gab es die ersten größeren antiimperialistischen Studentendemonstrationen in Wien gegen den US-Krieg in Vietnam, gegen das iranische Schahregime und gegen das griechische faschistische

Obristenregime, das 1967 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen war. Die traditionelle pazifistische Ostermarschbewegung der sechziger Jahre wurde damit durch einen kämpferischen Antimperialismus abgelöst. Linke Studenten solidarisierten sich auch erstmals mit streikenden Arbeitern in der Elin und in der Lokomotivfabrik Floridsdorf. Aus einer Spaltung des VSStÖ im Mai 1968, die der SP-Parteivorstand durchsetzte, ging schließlich die „Föderation Neuer Linker“ (FNL) hervor, die das politische Zentrum der antiautoritären Bewegung bis 1969 war.

Auch im bürgerlichen Studentenlager ging eine Umgruppierung vor sich. Erstmals bildete sich eine linksliberale Gruppe („Aktion“), die gegen den Wahlblock auftrat. Der Wahlblock selbst, die seit Jahrzehnten VP-treue Wahlgemeinschaft, zerfiel, stattdessen wurde die Österreichische Studentenunion (ÖSU) gegründet (in der zunächst weniger konservative Kräfte dominierten).

Die VDS mußte also bei ihrer Wiederbelebung im Herbst 1967 in dieser veränderten Situation ihren Standort neu bestimmen. Eine solche Standortbestimmung mußte auch eine Einschätzung der beginnenden Hochschulreformbestrebungen beinhalten. Unter dem Druck der neuen staatsmonopolistischen Anforderungen an das Bildungssystem, aber auch unter dem Druck der Studentenbewegung waren die überkommenen Hochschulstrukturen unhaltbar geworden. Die gewachsenen Studentenzahlen rüttelten an dem beschaulichen Gefüge der alten Ordinarienuiversität.

Ein bedeutender Teil des Studentenprotests richtete sich deshalb gegen die verschiedenen Privilegien („unter den Talaren: der Muff von 1000 Jahren“). Die Unvereinbarkeit der sogenannten Massenuniversität (wie die konservativsten Kräfte diese Entwicklung bezeichneten) mit der alten Hierarchie und patriarchalischen Führung führte auch zu Differenzen unter den Professoren. Erstmals wurden auch liberale Professoren Rektoren und Dekane. Die Entwicklung unter einem Teil der Lehrenden begünstigte ebenfalls das politische Klima einer Öffnung nach links und vergrößerte den Spielraum der Studentenbewegung beziehungsweise verhinderte ihre hochschulpolitische Isolierung. Fortschrittliche Seminare und Diplomarbeiten und Dissertationen wären noch zehn Jahre früher kaum möglich gewesen. Das alte Disziplinarrecht wurde durch Obstruktion der Studentenvertretungen abgeschafft.

Erste Reformschritte und die Einrichtung einer parlamentarischen Hochschulreformkommission wurden daher noch unter der VP-Alleinregierung (1966—1970) beschlossen. Die SPÖ — in Opposition — sah hier eine Möglichkeit, unter Ausnutzung der Studentenbewegung Positionen der ÖVP anzugreifen.

Zerfall der „Neuen Linken“

Im Frühjahr 1969 flaute die antiautoritäre Welle ab. Die FNL zerfiel, und der VSStÖ büßte an Ansehen ein. Die Bedeutung der VDS nahm entsprechend zu.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt stellte sich heraus, daß die VDS über keine theoretischen und programmatischen Grundlagen für eine solche Standortbestimmung und für eine wirklich revolutionäre Studentenpolitik verfügte. Zwar spielte die VDS in fast allen Studentenaktionen zu dieser Zeit eine aktive, zum Teil führende Rolle, es wurde auch wieder eine eigene Zeitung herausgegeben („Wandzeitung“, Oktober 1968 bis Jänner 1971), die Orientierungslosigkeit in Grundsatzfragen machte sich aber jetzt stärker bemerkbar. Dazu kam der Umstand, daß sich die führenden VDS-Funktionäre um Kolm und Berger während der Parteikrise, insbesondere nach dem 21. August 1968, eng an die in der KPÖ bestehende rechte Gruppe um Franz Marek anlehnten. Mit ihrer von dort übernommenen Theorielosigkeit in bezug auf die kapitalistische Wirklichkeit in Österreich mußten sie bald in Widerspruch zu den nach links drängenden politisierten Studenten kommen.

Die Gretchenfrage: Haltung zur KPÖ

In der fortschrittlichen Studentenbewegung war die Einsicht fest verankert, daß der Kampf um eine echte Demokratisierung der Hochschulen nur Bestandteil des Kampfes um demokratische Rechte im Maßstab der gesamten Gesellschaft sein konnte. Die Haltung zur klassenbewußten Arbeiterschaft und zur KPÖ wurde dadurch rasch zur Gretchenfrage für den bewußtesten Teil der Studentenbewegung. Der Standort der VDS machte es aber nicht leicht, diese Frage zu beantworten. Die rechten Opportunisten in der Partei antworteten auf ihre Weise. So schrieb zum Beispiel „Weg und Ziel“ (Chefredaktion Franz Marek) im Juni 1968: „Auf welcher ideologischen Grundlage kann eine Brücke geschlagen werden?... Rudi Dutschke [die ‚Leitfigur‘ der damaligen antiautoritären Studentenbewegung in der BRD] hat klargemacht, daß er Sozialist ist und eine Umwälzung will, aber eben einen demokratischen Kommunismus sucht und nicht einen autoritären... unsere Auffassungen decken sich weitgehend mit dem, was Dutschke gesagt hat.“

Die Revisionisten sahen in der Studentenbewegung samt ihren antikommunistischen Vorurteilen einen Faktor, auf den sie sich in der innerparteilichen Auseinandersetzung stützen konnten, was zu opportunistischer Anpassung und zur Überschätzung der Studentenbewegung führte. Die Studenten haben es ihnen allerdings nicht gelohnt: Die von der KPÖ abgespaltene Gruppe um die Zeitschrift „Tagebuch“ und die FÖJ („Bewegung für Sozialismus“) haben auch später kaum Einfluß in der Studentenbewegung erlangt.

Allerdings fand auch die marxistisch-leninistische Mehrheit der Partei bis zur Lösung der Parteikrise keinen praktischen Zugang zur Studentenbewegung und den komplizierten Entwicklungs- und Differenzierungsprozessen, die sich dort abspielten und in der VDS widerspiegeln. Das war einerseits auf die innerparteiliche Auseinandersetzung mit dem Revisionismus zurückzuführen, die zu dieser Zeit die zentrale Frage war, andererseits spielten aber auch langjährige Versäumnisse in der Politik unter den Intellektuellen und der

studierenden Jugend eine Rolle. Dazu kam, daß die wenigen Kontakte der Partei zur Studentenbewegung von den Revisionisten monopolisiert wurden.

Zwei Tendenzen

Nachdem die rechte Gruppierung in der KPÖ mit dem 21. Parteitag (Jänner 1970) ausgeschaltet wurde und die Partei ihre politisch-ideologische Krise zu lösen begann, traten in der VDS zwei gegenläufige Tendenzen auf. Ein Teil der führenden VDS-Funktionäre um Kolm und Berger entfernte sich weiter von der KPÖ, während gleichzeitig — gefördert durch eine gezielte Politik der Partei — ein wachsender Zustrom von Aktivisten und Sympathisanten einsetzte, die sich mit den Illusionen und politischen Auffassungen der Revisionisten auseinandersetzten. Während die „Wandzeitung“ der rechten VDS-Funktionäre mit der Regierungsübernahme der SPÖ im März 1970 noch eine „Bewegung zur Ausweitung der bürgerlichen Demokratie“ verkündete und der Studentenbewegung „genügend weitertreibende Faktoren“ andichtete, die sie befähige, „zeitweise stellvertretend für andere Klassen handeln zu können“, wandte sich ein Teil der linken Studentenbewegung bereits von den Illusionen über die bürgerliche Demokratie, über die SP-Führung und über eine Führungsrolle der Studentenbewegung im Klassenkampf ab.

In der VDS entbrannte daher vom Frühjahr 1970 bis November 1971 eine heftige politische und ideologische Auseinandersetzung, welche die Suche nach einer neuen revolutionären Orientierung widerspiegelte. Wichtige Diskussionsthemen waren: Welche klassenmäßige Stellung nehmen die Studenten ein? Wie können und sollen sich revolutionäre Intellektuelle organisieren? Auch hier spielten bereits Argumente, die von der Partei systematisch in die VDS hineingetragen wurden, eine Rolle.

Die Belebung der marxistischen Diskussion in der VDS führte schließlich zur Anerkennung der wesentlichen Funktionen der Kommunistischen Partei. Gerade die Selbstkritik der KPÖ, die Auseinandersetzung mit dem Revisionismus in den eigenen Reihen ließ dieser neuen Studentengeneration die Partei wieder attraktiv erscheinen.

Die Rechten verlassen die VDS

Vor die Entscheidung gestellt, mit der revisionistischen Gruppe um die Zeitschrift „Tagebuch“ und der FÖJ oder mit der Kommunistischen Partei zu brechen, verließ schließlich der rechte Flügel um Kolm und Berger im November 1970 die VDS.

Die neue Führung um Walter Lindner setzte sich nicht mehr aus ehemaligen FÖJlern oder aus dem „Forum der Mittelschüler“ (der in den sechziger Jahren bestehenden, der KPÖ nahestehenden Mittelschülerorganisation) zusammen, sondern aus Studenten, die bisher kaum etwas mit der KPÖ zu tun hatten, aber eine Verbindung zur revolutionären Arbeiterbewe-

gung suchten. Die Abgrenzung vom rechten Revisionismus führte zunächst zu einer scharfen Distanzierung von „Tagebuch“ und FÖJ und zu einer Verbesserung der Beziehungen zur KPÖ. Auf hochschulpolitischem Gebiet wurden die Konsequenzen, die sich aus der Regierungsübernahme der SPÖ ergaben, gezogen und eine grundsätzliche ideologische Auseinandersetzung mit dem VSStÖ begonnen. Diese Politik erwies sich als richtig, denn die Regierungsübernahme der SPÖ führte zu Zersetzungserscheinungen im VSStÖ, so daß die VDS rasch zum Sammelbecken verschiedener linker Gruppen wurde, die sich in und außerhalb der bestehenden Studentenorganisationen während des Aufschwungs der linken Studentenbewegung gebildet hatten. Es gelang deshalb der VDS mit Hilfe der Kommunistischen Partei in relativ kurzer Zeit, in den Hochschulstädten außerhalb Wiens Gruppen zu bilden. Auch die ÖH-Wahlen vom Jänner 1971, bei denen die VDS ihre Stimmen gegenüber 1969 mehr als verdoppeln konnte, deutete auf den gewachsenen Einfluß. Schließlich erklärte sich eine Reihe führender oder ehemaliger VSStÖ-Funktionäre vor der Nationalratswahl 1971 öffentlich für die KPÖ.

Der politische und ideologische Klärungsprozeß, der in der VDS gegenüber rechts vollzogen wurde, erwies sich allerdings nur als Zwischenetappe auf einem komplizierten Weg, der zur Herausbildung einer wirklich kommunistischen Studentenorganisation führte.

Die MLS entsteht und bricht mit der Partei

Die Wirkungen der fortschrittlichen Studentenbewegung, das zahlenmäßige Anwachsen der VDS-Aktivisten und Sympathisanten, das Heraustreten aus der Isolierung und die Zunahme der objektiven Bedeutung und Möglichkeiten eines marxistischen Kerns in der Studentenbewegung führten zunächst zum Ende der VDS in ihrer bisherigen ideologisch und organisatorisch unverbindlichen Form. Nach außen wurde diese ideologische und organisatorische Klärung (bis dahin hatte es nicht einmal die Institution der Mitgliedschaft gegeben) durch die Umbenennung in „Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation“ (MLS) sichtbar. In diesem Zusammenhang kam es allerdings bereits wenige Wochen nach der erwähnten Wende vom November 1970 zu einem ersten ernstem Konflikt in der MLS, der die weitere politische Entwicklung bereits vorzeichnete. Die Umbenennung enthielt nämlich auch eine deutliche Spitze gegen die KPÖ. Sie vermied die Bezeichnung „kommunistisch“ und brachte damit den Anspruch einer von Walter Lindner geführten Mehrheit nicht nur auf politische und organisatorische, sondern auch auf ideologische Unabhängigkeit von der KPÖ zum Ausdruck. Auch die in den Bundesländern konstituierten Gruppen nannten sich entweder MLS (Linz), Marxistische Studentenorganisation (Graz) oder Marxistischer Studentenverband (Salzburg).

Obwohl die MLS vorerst die Anstrengungen der Partei anerkannte, die Reste des Rechtsopportunismus, vor allem in der Betriebs- und Gewerk-

schaftsarbeit zu überwinden, nahmen die führenden MLS-Funktionäre diese positive Haltung zur KPÖ unter dem Vorwand, die KPÖ bleibe im „revisionistischen Sumpf“ stecken, immer mehr zurück. Gleichzeitig verstärkten sich die ultralinken Züge in Politik und Ideologie der MLS. Obwohl sich die VDS/MLS seit November 1970 als Bündnisorganisation der KPÖ „im intellektuellen Bereich“ verstand, blieb die Zusammenarbeit mit der KPÖ auf wenige praktische und politische Kontakte beschränkt. Als Studentenpolitik wurde nur ideologische Propaganda gewertet. Jeder Versuch einer Minderheit in der MLS um Josef Ehmer, Michael Graber, Andreas Rasp und Susanne Sohn, eine Verstärkung und Konkretisierung der Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei zu erreichen, wurde abgelehnt und als Angriff auf die ideologische Führungsrolle, die sich die MLS inzwischen anmaßte, aufgefaßt. Schließlich wurde sogar in intellektueller Überheblichkeit behauptet, die Aneignung der „allgemeinen Lehren des Marxismus-Leninismus“ durch die MLS rechtfertige einen Bruch mit der organisierten revolutionären Arbeiterbewegung, der KPÖ. Schließlich ging die MLS dazu über, den Aufbau „revolutionärer Kerne in der Arbeiterklasse“ gegen die KPÖ zu propagieren, wobei sie die Studentenbewegung als Rekrutierungsfeld ansah.

Die Gefahr einer solchen Politik blieb allerdings selbst der MLS nicht verborgen. Wenige Monate vor dem Bruch mit der KPÖ und dem Ausschluß der KPÖ-Mitglieder in der MLS, erklärte deren Leitung: „Im Falle eines Bruches bestünde die Gefahr, daß antikommunistische Tendenzen aufkämen beziehungsweise sich verstärken. . . Solange wir mit der KPÖ zusammenarbeiten, richten sich ‚linke‘ antikommunistische Vorurteile auch gegen uns. Im Falle eines Bruches fiel dies weg und es bestünde die Möglichkeit, daß wir zu einem Anziehungspunkt gerade auch solcher ‚Linker‘ würden.“

Genau das trat nach dem Bruch mit der KPÖ im November 1971 ein. Die MLS ging sehenden Auges in die ultralinke sektiererische Sackgasse. Wie von ihr selbst vorhergesagt, trat daraufhin ein Großteil der ehemaligen „Föderation Neuer Linker“ in die MLS ein. Diese ehemaligen „Neuen Linken“ hatten sich von der MLS ferngehalten, solange diese mit der KPÖ zusammengearbeitet hatte.

Wie schon in früheren Etappen der Studentenbewegung spielten allerdings auch hier Einflüsse aus der westdeutschen Studentenbewegung eine bedeutende Rolle. Die ultralinke Entwicklung führte wie in der BRD zur Übernahme der maoistischen Ideologie — ebenfalls als Ideologieimport aus der BRD. Dort fand ein bedeutender Teil der ehemals Antiautoritären im Maoismus eine Möglichkeit, unter formaler Anerkennung der revolutionären Mission der Arbeiterklasse die alten antikommunistischen und antisowjetischen Vorurteile in neuem „revolutionärem“ Gewand hinüberzuretten.

Gründung des Kommunistischen Studentenverbands (KSV)

Die auf dem Boden des Marxismus-Leninismus und mit der KPÖ in Verbindung stehenden Studenten mußten im November 1971 organisatorisch neu beginnen. Sie sammelten sich in Wien vorerst unter der Bezeich-

nung „Gruppe Kommunistischer Studenten“. Das vordringlichste Ziel bestand in der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Linksradikalismus und in der Erarbeitung eines kommunistischen Studentenprogramms. Dabei mußte allerdings nicht neu begonnen werden. Denn der Kern der Gruppe, die Genossen Ehmer, Graber, Rasp und Sohn, war schon seit einigen Jahren in der Studentenbewegung aktiv und hatte die verschiedenen Fehler und Schwächen, aber auch die positiven Erfahrungen der Studentenbewegung kennengelernt.

Eine wichtige Unterstützung für die ideologische Konsolidierung waren die theoretischen Konferenzen der KPÖ, auf denen erstmals nach dem 21. Parteitag die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und seine Besonderheiten in Österreich diskutiert wurden. Das neue Programm der Kommunistischen Studenten ging von der Rolle der Hochschulen im staatsmonopolistischen System, der politischen Stellung der demokratischen Studentenbewegung als möglicher Bündnispartner der Arbeiterbewegung auf der Grundlage gemeinsamer antimonopolistischer und demokratischer Interessen aus.

Eine besondere Bedeutung erhielt die Orientierung auf die sozialen Interessen der Mehrheit der Studenten — die „gewerkschaftliche Orientierung“, die die veränderte soziale Zusammensetzung der Studentenschaft berücksichtigte. Damit wurde erstmals das Monopol, das die bürgerlichen Studentengruppen in der sozialen Interessenvertretung beanspruchten, durchbrochen.

Als mittelfristiges Ziel der fortschrittlichen Studentenbewegung wurde die Durchsetzung einer antimonopolistischen und antiimperialistischen Orientierung in der österreichischen Hochschülerschaft erklärt. Die erste Bewährungsprobe als politischer und organisatorischer Faktor bestand die Gruppe Kommunistischer Studenten in der gemeinsam mit der KPÖ und der KJÖ organisierten Demonstration anläßlich des Nixon-Besuches in Salzburg am 20. Mai 1972. Die Organisation der Vietnam-Solidarität in der Studentenbewegung stand mit am Beginn dieser neuen Etappe des Kampfes der Kommunistischen Studenten.

Zu Beginn des Wintersemesters 1972 waren die organisatorischen und programmatischen Vorarbeiten soweit gediehen, daß am 14. Oktober der KSV gegründet werden konnte. Der KSV war damit auch die einzige Studentengruppe, die überhaupt über ein Programm verfügte. Durch die gemeinsame ideologische Grundlage mit der KPÖ entzog es sich allen Spielarten des studentischen Opportunismus. Zum ersten Vorsitzenden des KSV wurde Michael Graber, als Sekretär Helmuth Fellner gewählt. — Abgesehen von einer Gruppe in Wien gab es anfangs nur Stützpunkte des KSV in Linz (Wolfgang Moringner), Salzburg (Franz Stadler) und Graz (Walter Kosmus). Die Auseinandersetzung mit dem Linksradikalismus und Maoismus in der Studentenbewegung in den Bundesländern hatte erst begonnen. Aber bereits nach einem Jahr verfügte der KSV über Gruppen in den wichtigsten Hochschulstädten. In Salzburg trat fast die gesamte VSSiÖ-Führung unter der Führung von Walter Silbermayr zum KSV über, in Graz stießen eine Gruppe von Studenten um das Zweite Grazer Straßentheater

sowie ehemalige VSStÖler (Franz Parteder, Ernst Kret) zum KSV, und in Wien löste sich der größte Teil des Klubs Slovenischer Studenten vom maoistischen Einfluß, worauf eine Gruppe Kärntner Slowenen um Mirko und Jože Messner und Vida Obid dem KSV beitrug. Positiv entwickelten sich auch die Kontakte zu antiimperialistischen Gruppen unter den ausländischen Studenten. Diese rasche organisatorische Konsolidierung wurde im Juni 1974 mit der ersten Bundeskonferenz des KSV und der Bildung einer Bundesleitung abgeschlossen, der Michael Graber als Vorsitzender, Helmuth Fellner (Wien) als Sekretär, Ernst Kret und Franz Parteder (Graz) sowie Siegfried Eichinger und Heinz Maderthaler (Salzburg) angehörten.

Die Ergebnisse der Wahlen für den Zentralausschuß der ÖH:
(Stimmen und Prozente für die VDS beziehungsweise den KSV)

VDS	1946	611	3,0%
	1948	575	3,4%
	1949	526	4,0%
	1951	332	3,0%
	1953	164	2,0%
	1955	156	2,0%
	1957	128	1,0%
	1959	169	1,0%
	1961	?	1,0%
	1963	255	1,0%
	1965	420	2,0%
	1967	—	—
	1969	254	1,0%
	1971	589	2,7%
	KSV	1974	764
1975		740	2,4%
1977		1091	3,0%
1979		1249	3,5%
1981		1712	3,8%

Anhang

ZEITAFEL

Die nachstehende Zeittafel entstand aus der Vorstellung, daß die in den Beiträgen erwähnten Ereignisse in einer übersichtlichen Zusammenschau dem Leser einen raschen Überblick ermöglichen, wobei das Bild durch einige zusätzliche Daten, vor allem aus der allgemeinen Geschichte, ergänzt wird. Die Schwierigkeit der Chronik besteht allerdings darin, daß zeitlich nicht zu fixierende Aktivitäten, trotz ihrer Bedeutung für die Organisation, nicht aufscheinen können. Dies gilt vor allem für die Periode der Illegalität: Die wenigen hier angeführten Aktionen der jungen Kommunisten sollen stellvertretend stehen für viele andere, die sich nicht mehr exakt zeitlich zuordnen lassen.

1914:

1. August Kriegsbeginn. Zerfall der (sozialdemokratischen) II. Internationale. Auch in Österreich: SP-Führung für imperialistischen Krieg — Bruch zwischen Opportunisten und Revolutionären unvermeidlich.

1915:

Anfang Sept. Der 1. Jugendtag findet statt. Devise „Krieg dem Krieg“.
September Internationale Zimmerwalder Konferenz.

1917:

8. März Februarrevolution in Rußland.
April Die Linken im VJA erringen bei der Wiener Kreiskonferenz die Mehrheit.

Mai Streikwelle in Österreich-Ungarn.

August Die Linken im VJA werden wieder aus ihren Positionen verdrängt.

September Der Wiener Verein „Bildung“ wird Forum der revolutionären Linken in Österreich.

Herbst Reichskonferenz der Zimmerwalder Linken in Österreich mit 32 Delegierten in St. Egyden (Niederösterreich).

7. November Oktoberrevolution in Rußland.

1918:

14. Jänner Ausbruch des Jännerstreiks, des größten Streiks in der österreichischen Geschichte. (Nach dem Jännerstreik werden drei Vereine der Linken aufgelöst: „Verein der Arbeiterjugend“, Verein „Bildung“ und „Freie Vereinigung sozialistischer Studenten“ [FVsS], gegr. 1893.)

1. Februar Matrosenaufstand in Cattaro (heute Kotor/Jugoslawien).

- Juni Neuerliche Streikwelle.
 30. Oktober Neukonstituierung der FVsS.
 3. November Gründung der KPÖ.
 8. November Gründung des KJV (offizieller Name: „Verband der Kommunistischen Proletarierjugend Deutschösterreichs“).
 12. November Ausrufung der „Republik Deutschösterreich“.
- 1919:**
 Jänner „Die kommunistische Jugend“ Nummer 1 erscheint. Herausgeber Maximilian Lazarowitz und Richard Schüller.
 15. Jänner In Berlin werden die Gründer der KPD, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, ermordet.
 9. Februar (Sonntag) Streik an den meisten Wiener Gewerbeschulen.
 21. März Ausrufung der Ungarischen Räterepublik (besteht bis 1. 8.).
 17. April „Blutiger Gründonnerstag“ in Wien — Polizei schießt auf kommunistische Demonstranten.
 2. Mai Massendemonstration aller Wiener Gewerbeschüler vor dem Wiener Rathaus.
 15. Juni 7 Jugendliche unter den 20 Toten beim Blutbad der Wiener Polizei in der Hörlgasse.
 Juni Eröffnung einer Jugendreferentenschule des KJV.
 21. Juli Große Kundgebung mit Räterußland und Räteungarn in Wien und anderen Städten Europas.
 30./31. August 1. Ordentliche Delegiertentagung des KJV in Wien. 47 Delegierte aus 11 Wiener und 6 Provinzgruppen repräsentieren zirka 750 Mitglieder.
 Zentralvorstand: Benesch, Hexmann, Schlamm, Kulcsar, Tichy, Schüller, Javourek, Hugo Zucker, Czerny.
 7. September 1. Internationaler Kommunistischer Jugendtag in Wien.
 3.—9. Nov. KJV veranstaltet die „Rote Agitationswoche“ für die Sowjetunion.
 20.—26. Nov. In Berlin findet nach neunjähriger Unterbrechung der IV. Kongreß der Jugendinternationale statt. Er stellte sich voll und ganz auf den Boden der Grundsätze der Komintern und vollzieht den Anschluß an sie. Er wird so zum I. Kongreß der KJL.
 1. Dezember Demonstration gegen Teuerung in Wien.
- 1920:**
 Der Mitgliedsbeitrag im KJV beträgt 1.20 Kronen/Monat. Die Einschreibgebühr kostet 80 Heller.
 15. Jänner Feier anläßlich des 1. Jahrestages der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg in Wien.
 18. April Außerordentliche Reichskonferenz des KJV. Es nehmen 22 Delegierte teil.
 19./20 Juni 2. Ordentlicher Delegiertentag des KJV, 33 Delegierte, davon 5 aus der Provinz.

- Sommer Verbandsleitung: Buchta, Dirniger, Feichterschlagler, Hexmann, Igel, Karl Kakuska, Kaplan, Schüller, H. Zucker.
 20. Oktober Beginn der „Kommunistischen Samstage“.
 Eröffnung einer Jugendbildungsschule.
- 1921:**
 23. Jänner Delegiertenkonferenz der Wiener KJV-Gruppen.
 Kreisleitung: Friedl Fürnberg, Josef Kalbac, Willy Kühn, Rosa Picha, Willy Schlamm, Mano Schwarz, Anton Smolik, Guido Zamiš.
 23.—25. Jänner 4. Parteitag der KPÖ: Kommunisten lehnen Anschluß an Deutschland ab (SPÖ dafür).
 19./20. März 3. Ordentlicher Delegiertentag des KJV. Im Mittelpunkt steht der „wirtschaftliche Kampf“. Gründung von Orts- und Betriebsgruppen.
 Verbandsleitung: Hexmann, Igel, Stern, Zak, Stein, Sprecher, Jäger, Schlamm.
 Bildungsausschuß: Schlamm, Suskleb, Kohaut, Deutschländer, Günter.
 Für die Bundesländer waren zuständig: Karl Kakuska (NÖ), Franz Vacek (Stmk), Franz Pöchlacker (K), Ferdinand Mezagg (T), Franz Schneider (V), Franz Jäger (S), Fritz Klein (OO).
 17./18. Sept. 4. Delegiertentag des KJV. 40 Wiener und 27 Provinzdelegierte. Max Stern spricht zum „wirtschaftlichen Kampf“.
 Losung: „Hinein in die Gewerkschaften.“
 Zentrale: Gebhardt, Fürnberg, Hexmann, Jäger, Schlamm, Spitz, Stern, Zicka.
- 1921 oder 1922:**
 Gründung des „Kostufra“ — Kommunistische Studentenfaktion.
- 1922:**
 Pfingsten Anläßlich des Internationalen Jugendtages findet das Pfingsttreffen der niederösterreichischen, oberösterreichischen und steirischen KJV-Gruppen am Naßkamm statt. Das Verbandsorgan des KJV erscheint unter dem neuen Namen „Die Proletarierjugend“.
 Juli Große Streikaktionen gegen die Politik der Seipel-Regierung, die zur Verelendung der Arbeiter führt.
 Sommer Internationales Jugendtreffen von österreichischen und tschechoslowakischen KJVlern in Hohenau.
 19./20. August 8. Internationaler Jugendtag. Kundgebung vor dem Parlament.
 3. September 5. Kreisdelegiertentag des KJV Wien.
 Kreisleitung: Ilse und Karl Fröhlich, Kunert, Mistinger, Panis, Quittner, Stern.

12. November Kreisdelegiertentag des KJV Oberösterreich.
Kreisleitung: Hans Bauer, Paroubek (beide Linz), Bilek, Feichtner (beide Wels), Fuchs, Schorn (beide Attnang).
24. November Nationalrat ratifiziert „Genfer Protokolle“, in denen Bundeskanzler Seipel Österreich dem Diktat des internationalen Finanzkapitals ausgeliefert hatte („Genfer Sanierung“).
- 1923:**
- Jänner—Mai Massenversammlungen und Demonstrationen gegen die Folgen der „Genfer Sanierung“: Lohnabbau, Arbeitslosigkeit.
14. Jänner Gedenkfeier für Luxemburg und Liebknecht im Wiener Dreherpark (12. Bezirk). Es sprechen Hexmann, Koritschner und Schlamm.
9. Februar Offizielle Gründung des „Verbandes der Proletarierjugend“. Den Antrag an die Vereinsbehörde stellten Franz Koritschner, Friedrich Hexmann, Franz Francsek, Arthur Deichler, Willi Pauliz.
17. Februar Erster faschistischer Arbeitermord in Österreich — die Mörder des SP-Betriebsrates Franz Birnecker kommen mit Strafen zwischen einer Woche und zwei Jahren davon. Weitere Arbeitermorde faschistischer Banden folgen.
20. Februar Gründung des Republikanischen Schutzbundes als Wehrorganisation der österreichischen Arbeiterklasse (im Herbst 1924 werden die Kommunisten angeschlossen).
12. März 5. Reichskongreß des KJV. 70 Delegierte.
Zentrale: Fürnberg, Grossmann, Herold, Hexmann, Karl, Kunert, Schlamm, Stern.
- Anfang Sept. 9. Internationaler Jugendtag.
Dezember 3. Kreisdelegiertentag des KJV Wien.
- 1924:**
- Gründung der Akademischen Legion, der Studentengruppe des Republikanischen Schutzbundes.
21. Jänner Tod W. I. Lenins.
30. März Betriebszellenkonferenz des KJV in Wien. Unter Anwesenheit von Kopenig (KPÖ) und dem Generalsekretär der KJL, Otto Unger, eröffnet Fürnberg. Im Präsidium sitzen: Lauscher, Suppinger, Widholm, Wolitschek, Erwin Zucker.
- Ende März 6. Reichskonferenz des KJV. Zentrales Thema sind die Fraktionskämpfe der KPÖ, Fürnberg spricht zur politischen Lage; Stern zum wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Kampf; er hält auch den Bericht der Sportkommission; Grossmann referiert zur Bildungsarbeit.
Zentrale: Fürnberg, Grossmann, Jackl, Luckenbauer, Pillik, Quittner, Reisinger, Skodak, Stern, Suppinger, E. Zucker.

- Kontrollkommission: Hawel, Gabriel, Reisberg. Hexmann scheidet aus dem KJV aus und wird zum Ehrenmitglied ernannt.
Schaffung einer „Plenarzentrale“, deren erste Sitzung im Anschluß an die Reichskonferenz stattfindet.
- Pfingsten Pfingsttreffen in Traisen und Leoben.
Juni Kampagne für den 4-Wochen-Urlaub.
Die Ortsgruppe Hietzing gibt die erste Nummer ihr Betriebszeitung mit dem Titel „Kampf“ heraus.
Es erscheint die Broschüre „Drei Forderungen der werktätigen Jugend“, verfaßt von E. Zucker. Herausgeber: Zentrale der Kommunistischen Proletarierjugend Österreichs.
10. Internationaler Jugendtag.
17. August Proletarischer Kunstabend in den Favoritner Eichensälen.
September 10. September Wiener Funktionärskonferenz des KJV.
11.—17. Sept. Streik von 85 000 Metallarbeitern in Wien und den Bundesländern (von SP-Führung abgewürgt).
- 14./15. Nov. Außerordentliche Reichskonferenz der KPÖ bestätigt Johann Kopenig als Parteivorsitzenden — damit ist die Voraussetzung für die Überwindung der Fraktionskämpfe in der KPÖ gegeben.
- 6./7. Dezember 4. Ordentlicher Kreisdelegiertentag des KJV in Wien. Kritik an der geringen Betriebszellenarbeit. Aufschwung der Organisation zu verzeichnen.
- 1925:**
- 15.—24. Jänner Lenin-Liebknecht-Woche.
15. März Versammlung der Arbeiterjugend in Grünbach. 200 Teilnehmer aus Wien und Niederösterreich. Es sprechen Honner, Hruby und E. Zucker.
- Mai Pfingsttreffen in Linz. 220 Verhaftungen. Gerichtsverfahren gegen 30 Beteiligte.
- Herbst 1. Arbeiterjugend-Delegation in die Sowjetunion.
10./11. Oktober Reichsausschuß des KJV tagt.
Zentrale Leitung: Bohl, Fürnberg, Grossmann, Hruby, Kaufmann, Kreindl, Lauscher, Neumayr, Puschmann, Quittner, Raab, Reisinger, Stein, Zweifelhofer.
- November Metallarbeiterkonferenz des KJV.
20. Dezember Von allen politischen Richtungen stark beschickter Jungarbeiter-Reichskongreß in der Volkshalle des Wiener Rathauses.
- 1926:**
- 16./17. Jänner 7. Reichskongreß des KJV.
Präsidium: Köhler, Liebscher, Hruby, Leitner, Reisinger, Fürnberg.
Ein Antrag auf Änderung des Namens auf „KJV“ wird angenommen.

- Zentralkomitee: Bohl, Farnberger (Linz), Grossmann, Hruby (Grünbach), Kaufmann (Graz), Köhler, Lauscher, Lieb-
scher, Marckl (Graz), Puschmann, Raab, Reisinger, Stein,
Täubel, Zwifelhofer.
- „Die Proletarierjugend“ führt ab nun den Untertitel: „Organ
des Kommunistischen Jugendverbandes Österreichs“.
- Frühjahr Österreichische Arbeiterdelegation fährt in die Sowjet-
union.
22. Mai Pfingsttreffen in Neunkirchen und Ternitz.
- 4.—11. Juli 1. Österr. Arbeiter-Turn-und-Sportfest.
30. Okt.—3. Nov. Programmparteitag der SPÖ in Linz („Linzer Programm“ —
eines der wichtigsten Dokumente des Austromarxismus).
- November Erste Schritte zum Aufbau einer revolutionären Kinderorga-
nisation („Rote Pioniere“).
- 1927:**
23. Jänner 1. Kongreß der „Roten Jungpioniere“ (RJP).
Parole: Kämpft gegen die Prügellehrer, gegen den Verdum-
mungsunterricht in der Schule, gegen die Verdummung
durch die Pfaffen.
30. Jänner In Schattendorf (Burgenland) ermorden Faschisten einen
achtjährigen Buben und einen Kriegsinvaliden.
8. März Offener Brief des ZK der KPÖ an SP-Parteivorstand: Wenn
SPÖ entschlossen gegen Faschismus kämpft, ist KPÖ
bereit, sie bei den Nationalratswahlen im April zu unterstüt-
zen. SPÖ lehnt ab.
- Mai Durch den Bescheid der Polizeidirektion Nr. 3043/1927 v.
27. 5. 27 an Herrn Otto Glanz wird das Komitee der Roten
Jungpioniere verboten.
- 5./6. Juni Pfingsttreffen in Grünbach.
15. Juli „Justizpalastbrand“: Polizei schießt auf Arbeiter, die gegen
den Freispruch der Schattendorfer Mörder durch ein
Wiener Gericht protestieren: 85 Tote.
- November Arbeiterdelegation in die Sowjetunion.
- 10./11. Dez. 8. Reichskongreß des KJV.
Der Mangel an Funktionären wird beklagt. Jugendschutzar-
beit ist zu verstärken.
Zentralkomitee: Robert Bohl, Hermes, Genia Lande, Lau-
scher, Otto, Rudi, Täubel, Harzmann, Leitner, Waldhäusl,
Smadiz, Luckenbauer.
Kandidaten: Thuner, Rabitsch, Nob.
- 1928:**
- Jänner Gründung des „Roten Jugendsturms“ als Wehrorganisa-
tion der revolutionären Arbeiterjugend.
15. April 1. Agitproparbeiterkonferenz des Kreises Wien. Es werden
Fragen der Agitation und der Bildungsarbeit behandelt.

10. Mai Beginn des Streiks im Bergwerk Hüttenberg (Kärnten), dem
sich weitere Betriebe des (von den deutschen Stahlmono-
polen kontrollierten) „Alpine“-Konzerns anschließen, um
gegen Terror der faschistischen Heimwehren in den Betrie-
ben zu protestieren. SP-Gewerkschaftsvorstand fällt Strei-
kenden in den Rücken und anerkennt die Heimwehr-
„Gewerkschaften“ („Hüttenberger Pakt“ — Beginn des
„Betriebsfaschismus“ in Österreich).
- 19.—27. Mai Internationale Kinderwoche.
- 26.—28. Mai Pfingsttreffen im Burgenland und in der Steiermark.
21. Okt.— 2. Reichsschule (Verbandsschule) des KJV in Grünbach
(Niederösterreich).
10. Nov. Reichskonferenz des KJV.
- 15./16. Dez. Kampf gegen den Faschismus und die Kriegsgefahr.
Verstärkung der Provinzarbeit gefordert.
- 1929:**
10. März Antifaschistische Demonstration der Roten Frontkämpfer
(Wehrorganisation der KPÖ) in Wien-Meidling.
- 15.—17. März 2. Leiterschule der Roten Jungpioniere.
14. April 3. Schülerrätekongreß in Wien.
21. April 1. Antifaschistischer Reichskongreß in St. Pölten.
1. Mai „Blutsonntag“ in Berlin: SP-Polizeipräsident Zörgiebel läßt
kommunistische Maidemonstranten zusammenschießen.
- 19./20. Mai Pfingsttreffen in Kapfenberg. Kampfansage gegen den
Heimwehrafaschismus in der Obersteiermark.
- Juli Gründung eines Antikriegskomitees in Wien.
- September (?) 9. Verbandskongreß des KJV.
- Oktober Ausbruch der Weltwirtschaftskrise.
- November Reaktion setzt Reform der österreichischen Verfassung in
ihrem Sinne (Notverordnungsrecht des Bundespräsidenten
u. ä.) durch.
- 1930:**
1. März KJV-Demonstration vor der griechischen Botschaft gegen
reaktionären Terror in Griechenland.
- August 4. Leninschule des KJV in Schrammbach/Traisental
- 1931:**
- „Der Rote Student“ — Organ des Roten Studentenbundes
erscheint erstmalig.
- Schlägereien an den Hochschulen nehmen zu.
5. Jänner KJV-Demonstration vor der jugoslawischen Botschaft ge-
gen das dortige faschistische Regime.
8. April KJV-Demonstration vor der deutschen Gesandtschaft.
28. August 3. österreichische Jugendarbeiterdelegation in die Sowjet-
union abgereist.

14. September Putschversuch des steirischen Heimwehrführers Pfrimer.
 23. September Der „Verband der Proletarischen Jugend Österreichs“, wie der KJV offiziell noch immer heißt, wird wegen dieser Doppelbezeichnung und Überschreitung der Statuten von der Behörde aufgelöst.
- 1932:**
 Juli „Lausanner Anleihe“: Ähnlich der „Genfer Sanierung“ (1922) liefert Bundeskanzler Dollfuß Österreich dem Diktat des ausländischen Finanzkapitals aus.
 1. September Letzte öffentliche Demonstration am Internationalen Jugendtag.
 Oktober Nazi-„Gautag“ in Wien; die Teilnahme Hitlers ist durch eine große antifaschistische Demonstration verhindert worden.
- 1933:**
 30. Jänner Hitler wird Reichskanzler. Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland.
 27. Februar Reichstagsbrand in Berlin (Naziprovokation) bildet Auftakt zu großangelegter Kommunistenverfolgung.
 4.—15. März Ausschaltung des österreichischen Parlaments durch die Austrofaschisten.
 1. Mai 1.-Mai-Aufmärsche in Österreich verboten.
 26. Mai Verbot der KPÖ.
 Herbst Relegierung von Studenten wegen Betätigung für die KPÖ (Freiberger, Langbein, Spira, Rettenbacher u. a.).
 Dezember XIII. Plenartagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) definiert den Faschismus an der Macht als „die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“.
- 1934:**
 12. Februar Beginn der Februarkämpfe.
 1. Mai Eine 15 Mitglieder starke SAJ-Gruppe aus Wien-Leopoldstadt tritt geschlossen dem KJV bei.
 26./27. Mai Illegale KJV-Demonstration in Wien.
 25. Juli Naziputschversuch in Österreich: Bundeskanzler Dollfuß ermordet.
 1. September Illegale Aktionen zum Internationalen Jugendtag in ganz Österreich (gegen Kriegsgefahr) — Verhaftung von Leo („Heini“) Gabler.
 7. Oktober Demonstration vor dem spanischen Konsulat in Graz.
 7. November Illegale Kundgebung des KJV, der RSJ und der „Wehrsportler“ in mehreren Wiener Bezirken mit den Parolen: „Heraus mit Thälmann!“, „Hoch die Helden des spanischen Proletariats!“, „Es lebe die Einheitsfront!“.

- Blitzkundgebungen auch in Leoben, Donawitz und Judendorf.
 8. November Solidaritätsaktion von revolutionären Jungarbeitern in Graz gegen den Terror der deutschen und der spanischen Regierung.
 Ende 1934 RSJ und KJV gehen Aktionsgemeinschaft ein.
 Dezember 1. Reichskongreß des Roten Studentenbunds mit 17 Delegierten.
- 1935:**
 Jänner RStB und „Rote Vorhut“ (RV) schließen sich zum „Geeinten Roten Studenten-Verband“ (GRSV) zusammen. Politischer Leiter des GRSV ist Siegfried Köhl.
 Februar Erste Ausgabe der theoretischen Zeitschrift der KPÖ „Weg und Ziel“ erscheint (regelmäßig ab August 1936).
 Februar Verbandskongreß des KJV in den Wölzer Tauern (Rottenmann), die Almhütte ist von E. Rabofsky organisiert worden, die politischen Vorbereitungen leitete Hermann Köhler. Die Delegierten sind auf 34 Vorkonferenzen in ganz Österreich gewählt worden.
 Februar Zum ersten Jahrestag der Februarkämpfe organisieren KJV und RSJ Gedenkminuten in den „Jugend-in-Not“-Heimen und führen verschiedene andere Aktionen durch.
 1. Mai Auf einer illegalen Kundgebung des GRSV im Wienerwald spricht Otto Langbein.
 Juni Die Polizei entdeckt beim Schriftsetzergehilfen Johann Keuschnigg in Wien eine Tiegeldruckpresse, mit der er die Juni-Nummer der Proletarierjugend herstellte.
 August VII. Weltkongreß der Komintern beschließt Politik der antifaschistischen Volksfront.
 Oktober VI. Kongreß der KJI.
 November Ein Teil der KJV-Gruppe Ottakring (zirka 12 Personen) wird festgenommen. Die Gruppe agierte auch außerhalb Wiens.
 Ende 1935 Die RSJ-Leitung stellt sich gegen die Fortführung der Kampfeinheit mit dem KJV.
- 1936:**
 Februar Internationale Friedenskonferenz der Jugend in Brüssel.
 Ende Februar 14 Kärntner KJVler stehen vor Gericht, sie werden des Hochverrates angeklagt und erhalten Strafen bis zu sechs Jahren (Alfred Rettenbacher).
 März Einheitsfrontübereinkommen zwischen KP und RS.
 April Eine größere Anzahl von Mitgliedern des antifaschistischen Mittelschülerbundes wird festgenommen.
 Mai Heinz Czerczwiczka und Gerti Schindel erhalten je fünf Jahre schweren Kerker.

11. Juli Bundeskanzler Schuschnigg und Hitler schließen das „Juliabkommen“: Österreich ist „zweiter deutscher Staat“.
18. Juli Faschistischer Putsch in Spanien — Beginn des „spanischen Bürgerkriegs“.
- August 1. Weltjugendkongreß in Genf. Der Aufruf sozialistischer, kommunistischer und katholischer Jugendvertreter: „Jugend der Welt, vereinige Dich zur Verteidigung des Friedens ... der das heiligste Gut der Menschheit unserer Generation ist!“
- 1937:**
- Anfang 1937 Die „Roten Falken“ treten geschlossen dem KJV bei.
- 10.—14. Jänner Konferenz des Wiener KJV in Mariazell (?). Man diskutiert über die Notwendigkeit der Arbeit in den legalen Organisationen und der Zusammenarbeit mit den katholischen Jugendlichen.
- Jänner Der KJV gibt die Nr. 1 seines „Katholikenbriefes“ heraus, mit dem er sich an das katholische Lager wendet und dazu aufruft, gemeinsam gegen den Nationalsozialismus zu kämpfen.
- 12.—14. März Die Reichskonferenz des KJV („Verbandskonferenz in Linz“) findet in Prag statt. Tagesordnungspunkte sind: 1. Bericht über die KJV-Tätigkeit seit dem VI. Weltkongreß der KJL; 2. Wahlen und Reorganisation des ZK des KJV; 3. Jugend in der Sowjetunion. Ferner beschäftigt sich die Konferenz mit der trotzkistischen „Janda-Gruppe“.
- März/April „Weg und Ziel“ veröffentlicht Beiträge Alfred Klahrs „Zur nationalen Frage in Österreich“.
31. Mai/1. Juni Radfahrerdemonstration vor dem Wiener Rathaus gegen die Fahrradsteuer, 80 Verhaftungen.
- August Reichskonferenz der KPÖ beschließt Politik des nationalen Abwehrkampfes gegen Bedrohung durch Hitler-Deutschland. Resolution zur Bedeutung des Kampfes der Jugend im Freiheitskampf des österreichischen Volkes.
- November 37 KJVler aus Floridsdorf werden von der Polizei verhaftet. Unter ihnen der Kreisleiter Anton Schneider, der Kreis-Lit-Mann Otto Böhm, der Kreis-Katholikenmann Leopold Wiesinger sowie die Leiterin der Mädchenzelle Hilde Czernobila.
- Hörerstreik an österreichischen Hochschulen.
- 1938**
- Jahresbeginn Der KJV verstärkt seine Aktivitäten. In seinen Weisungen stellt er die „Mobilisierung der Jugend gegen die Bedrohung der Unabhängigkeit Österreichs und des Friedens durch den Hitler-Faschismus“ als Kampfaufgabe.

- 11./12. März Einmarsch deutscher Truppen. Aufruf des ZK der KPÖ zum nationalen Freiheitskampf. Nach dem 11. März: Der KJV gibt als Tarnschrift die Nummer 1 der Zeitung „Jung-Österreich — Zeitschrift der österreichischen Jugend“ heraus. Die Zeitung wird als Fortsetzung der „Proletarier-Jugend“ verstanden. Der geänderte Titel soll ausdrücken, daß nicht nur die proletarische Jugend, sondern das ganze junge Österreich sich im Kampf gegen den Nationalsozialismus sammeln muß.
10. April „Volksabstimmung“: 99 Prozent für „Anschluß“. Tausende Österreicher bereits in Gefängnissen und Konzentrationslagern.
- August Plenartagung des ZK der KPÖ betont Notwendigkeit eines guten Verhältnisses zwischen Katholiken und Kommunisten im antifaschistischen Widerstandskampf gegen die Kriegspolitik, die Kulturbarbarei und den Antisemitismus der Nazis.
29. September Münchner Abkommen: Zerstückelung der ČSR. ZK der KPÖ verlegt Auslandsleitung von Prag nach Paris (später nach Moskau).
- November Verhaftung der ersten Gruppe der Roten Studenten (Haider, Hofmann, Köhl, Leberstorfer, Popper).
- Dezember Neuaufbau der Studentenorganisation durch Bauer und Zehetbauer. Konferenz sozialdemokratischer und kommunistischer Spanienkämpfer ruft Antifaschisten in der Heimat auf, die im spanischen Bürgerkrieg geschmiedete Einheit hochzuhalten.
- 1939:**
- 12.—16. März Die Hitler-Wehrmacht besetzt Böhmen und Mähren („Rest-Tschechei“) und verwandelt sie in deutsches Protektorat.
16. April UdSSR schlägt England und Frankreich vor, gemeinsam die Grenzen aller von Hitler bedrohten Staaten zu garantieren — die Westmächte betreiben eine Hinhaltetaktik, sie wollen die Aggressionen der Nazis gegen die UdSSR lenken.
- Mitte Juni „Amsterdamer Plenum“ des ZK der KPÖ fordert Verbindung des Kampfes des österreichischen Volkes gegen die Fremdherrschaft mit dem national-revolutionären Freiheitskampf der Völker der Tschechoslowakei und dem Kampf der deutschen Antifaschisten.
- Juli Gründung der „Mittelschichtenorganisation“.
23. August Deutsch-sowjetischer Nichtangriffsvertrag.
- 1940:**
11. Februar Die Universität Wien wird Berlin unterstellt.

10. Mai Auch „Mischlinge“ werden zum Studium nicht mehr zugelassen.
Einziehung Roter Studenten zum Militär. Übergabe ihrer Funktionen an Studentinnen.
- 1941:**
Frühjahr Walter Kämpf, Friedrich Mastny, Franz Reingruber, Johann Neubauer, Elfriede Hartmann u. a. beschäftigen sich mit der Herstellung von Brandplättchen, die man für Brandanschläge einsetzen wollte.
22. Juni Hitler überfällt die UdSSR.
Neugründung des KJV unter Mitwirkung Roter Studenten.
- Sommer und Herbst 1941 Der KJV stellt in großem Maß illegales Material her. Ein großer Teil davon ist für die Agitation unter den Soldaten bestimmt.
19. September/Sept./Nov. Beginn der Tätigkeit des Senders „Freies Österreich“. Verhaftung der zweiten Gruppe der Roten Studenten (Bauer, Hanacik, Lacina, Zehetbauer).
- November Spektakuläre Sabotageaktion in Wien: 450 für die Front bestimmte Lkw in Brand gesteckt.
- Winter 1941/42 Friedrich Muzyka, Alfred Rabofsky, Ernestine Diwisch, Anna Wola, Sophie Vitek und Ernestine Soucek stellen die Zeitung „Der Soldatenrat“ her und versenden sie an die Front. Die vier erstgenannten werden später hingerichtet.
- 1942:**
Mai Der KJV gibt als Organ die „Rote Jugend“ heraus. Gestapoaktion gegen den KJV-Wien. Es werden 19 Jugendliche festgenommen, die 1941 die Zeitung „Der Soldatenrat“ (Nr. 1—4) an Frontsoldaten sendeten. Unter anderen werden Friedrich Mastny, Walter Kämpf, Elfriede Mastny festgenommen und zum Tode verurteilt.
- 1943:**
Jänner Entscheidende Niederlage der Hitler-Wehrmacht in Stalingrad.
13. März Gründung der „Mischlingsliga Wien“ (Führende Funktionäre — Studenten).
- Oktober „Moskauer Deklaration“: Wiederherstellung Österreichs ist das Kriegsziel der Anti-Hitler-Koalition.
2. November Hinrichtung von Fenz, Hartmann, Kämpf und anderen.
- 1944:**
Jänner Gertrude Müller, Emil Homolka, Friedrich Lachnit und Wilhelm Fuhry werden in Wien hingerichtet. Sie hatten zwischen den Jahren 1938—1942 als KJVler im Gebiet 1 (20., 21., 9. Bezirk) kommunistische Schriften hergestellt und verbreitet sowie bei der Beschaffung des für die Herstellung von Brandplättchen notwendigen Zelluloids mitgeholfen.
- 10./11. Juni Parteikonferenz der KPÖ beschließt „Programm für die Wiedergeburt Österreichs“.
- Herbst Bildung des „KJV 44“ in Wien (wirkt im April 1945 bei der Befreiung Wiens mit und löst sich dann auf).
- 1945:**
8.—13. April Befreiung Wiens durch die Rote Armee. Bildung einer demokratischen Stadtverwaltung.
27. April Ausrufung der Zweiten Republik, Bildung der Provisorischen Regierung (SPÖ, ÖVP, KPÖ), vorerst nur in der sowjetischen Zone anerkannt.
Kapitulation Hitler-Deutschlands.
- 8./9. Mai Gründungskonferenz der FÖJ in der Glasergasse (9. Bezirk) in Wien. Unter dem Vorsitz von Heini Klein tagen 600 Jugendliche. Es konstituiert sich eine Stadtleitung unter dem Vorsitz von Franz Danimann. Man beschließt, bei den anstehenden Schutt-, Holz- und Ernteeinsätzen teilzunehmen.
16. Mai Aufruf zur Gründung einer Demokratischen Studentenschaft.
15. Juni Jugendfest der FÖJ in Grünbach am Schneeberg (Niederösterreich). Der Reinerlös von 2600 RM (die Schilling-Währung gab es erst später) wird an die Gemeindekasse abgeliefert.
1. Juli Das unter der Mitwirkung der FÖJ gegründete „Theater der Jugend“ hat im Renaissancetheater in Wien seine erste Vorstellung. Man spielt „Einen Jux will er sich machen“ von Nestroy.
30. Juli Wiener Jugendtag.
Schulungskurse der FÖJ für Lehrlinge, die durch den Krieg am Abschluß ihrer Lehrzeit behindert waren.
16. September Der Weltstudentenkongreß in Prag beschließt die Gründung des „Internationalen Studentenbunds“ (ISB).
- September Beginn der Weltjugendkonferenz in London. Die Delegation der FÖJ besteht aus Berta Brichacek, Franz Danimann, Herbert Steiner, Max Ungar. Die Konferenz beschließt die Gründung des Weltbundes der Demokratischen Jugend. Zum Vorsitzenden wird Guy de Boisson gewählt.
31. Oktober Erste Nummer der „Jugend“ (Zeitung der Freien Österreichischen Jugend) erscheint.
24. November Vorsitzender der FÖJ ist Otto Brichacek (zu dieser Zeit führt er noch seinen illegalen Namen Fritz Walter). Stellvertreter ist Franz Danimann, Bundessekretär ist Herbert Steiner. Die FÖJ zählt 4000 Mitglieder.
- Herbst Erste Nationalratswahl: ÖVP 85, SPÖ 76, KPÖ 4 Mandate.
25. November

- Sept.—Dez. Bis 1947 weiter Dreiparteienregierung, KPÖ übernimmt Energieministerium.
Erster Kontakt des ZK und der Stadtleitung mit den Studenten (Marie Hofmann, Karl Horkel, Eduard Rabofsky, Kurt Weihs).
- 1946:**
- Ab 1. Jänner Gruppe der Kommunistischen Studenten in der Kirchberggasse (Obmann: Hofmann).
- 12.—13. Jänner Bundesweite Arbeitstagung der FÖJ wählt Sekretariat: Brichacek — Vors., Danimann — Vizevors., Steiner — Sekretär sowie Weissenbeck, Kellner, Emmi Walter (Berta Brichacek), Flammer, Horak.
19. Jänner Erste Nummer der Wochenzeitung „Jugend voran“ erscheint. Verantwortlicher Redakteur: Georg Breuer.
6. März Gründungsversammlung der „Freien Demokratischen Vereinigung Österreichs — Kinderland“. Geschäftsführende Obfrau Marie Köstler.
10. März Slowenische Jugend Kärntens bekennt sich zur Zusammenarbeit mit der FÖJ.
- 21.—28. März Weltjugendwoche.
26. März „Vereinigung Demokratischer Studenten“ (VDS) gegründet. Sekretär ist Wolfgang Brassloff. Das Vereinslokal befindet sich in der Reichsratsstraße 15 im 1. Wiener Gemeindebezirk.
19. Mai Fritz Weissenbeck wird zum Leiter der Wiener FÖJ gewählt.
21. Juni Die Statuten der VDS werden von der Vereinspolizei nicht angenommen.
- 21.—23. Juni 1. Bundeskongreß der FÖJ im Theater der Wiener Scala bekräftigt überparteilichen Charakter der Organisation. Es sprechen Unterrichtsminister Hurdes (ÖVP), Stadtschulratspräsident Zechner (SPÖ) und Abgeordneter Fischer (KPÖ) zu den 500 Delegierten.
Zentrale Frage war die Schaffung eines Jugendschutzgesetzes. Die bestehende Leitung wird bestätigt.
19. Juli—5. Aug. In Paris findet die 1. Ratssitzung des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ) statt. Aus Österreich nehmen u. a. Otto Brichacek und Karl Kohl (dieser als Sekretär der Österreichischen Jugendbewegung) teil.
- August In Paris findet der 2. Kongreß der Demokratischen Studenten statt. Teddy Prager ist der Vertreter der VDS.
15. September Österreichischer Jugendtag. Er steht unter dem Motto: „Gemeinsam für ein neues Österreich.“
Im Wiener Künstlerhaus wird die Ausstellung „Niemals vergessen“ eröffnet.
In Tirol tagt eine Sportkonferenz der FÖJ unter dem Vorsitz von Rudi Pillmeier.

- Herbst Die FÖJ fordert die Schwerarbeiterlebensmittelkarte für Jugendliche.
Die Kommunistischen Studenten, bisher von Marie Tidl organisiert, wählen ihre Leitung. Obmann: Eduard Rabofsky, Sekretär: Fritz Hanacik.
- November Bei den ersten Wahlen der Hochschülerschaft ist Eduard Rabofsky Spitzenkandidat der Kommunistischen Studenten. In Graz kandidiert Alois Geschwinder.
Nummer 1 der „Österreichischen Hochschulblätter“ — Organ der Kommunistischen Studenten erscheint. Für den Inhalt verantwortlich zeichnet Lothar Kloimstein.
- Dezember Berufstätige Jugendliche von 14 bis 18 Jahren erhalten die Schwerarbeiterkarte.
- 1947:**
- Jahresbeginn FÖJ-Chor wird gegründet.
6. Jänner Nach Intervention des Alliierten Rats wird die VDS zugelassen. Konstituierung eines Vorstands: Obmann ist Ernst Ostersetzer, Sekretär Wolfgang Brassloff.
- Jänner FÖJ nimmt den Kampf um ein neues Jugendschutzgesetz auf.
- 21.—28. März Kampfwochen der Jugend. Man fordert: Jugendschutzgesetz, 40-Stunden-Woche, vier Wochen Urlaub für Jugendliche. Man ist gegen das „freiwillige“ Arbeitsjahr und für ein freies, unabhängiges Österreich.
Die FÖJ organisiert einen freiwilligen Arbeitseinsatz auf der Baustelle Kaprun.
Für ein neues Jugendschutzgesetz werden 50 000 Unterschriften gesammelt.
- Mai Landeskonferenz der FÖJ Wien — Landesleiter: Fritz Weissenbeck.
- Juni KPÖ veranstaltet 1. Österreichisches Volkskunsttreffen.
5. Juni 2. Landeskonferenz der FÖJ Steiermark — Landesleiter: Walter Kosmus, Landessekretär: Heinz Herget.
5. Juni Landeskonferenz der FÖJ Kärnten — Landesleiterin: Herma Sagmeister. FÖJ gegen jugoslawische Gebietsforderungen.
- Juli Landeskonferenz der FÖJ Niederösterreich — Landesleiter: Otto Branschovsky.
- Landeskonferenz der FÖJ Tirol — Landesleiter: Ernst Scharner.
- Landeskonferenz der FÖJ Vorarlberg — Landesleiter: Albert Valentinelli.
- Der Nationalrat beschließt den 4-Wochen-Urlaub für alle Jugendlichen unter 18 Jahren.

- August i. Weltjugendfestspiele in Prag. 600 Jugendliche aus Österreich nehmen daran teil.
Affäre Zimpernik. Der Bezirksleiter der FÖJ Bad Ischl wird von einem US-Militärgericht zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er eine Demonstration für eine verbesserte Milchzuteilung für Kinder und Jugendliche organisierte. Nach 8 Monaten Haft wird er nach massiven Protesten freigelassen.
- Oktober Tagung von Kinderland. Leiter: Walter Opferkuh. Er löst Karl Daubrawa ab, der Sekretär wird.
- 28./29. Oktober Bundesleitungssitzung der FÖJ.
Die FÖJ hat zirka 23 000 Mitglieder.
- 1948:**
- Anfang Februar 1. Konferenz der Landjugend der FÖJ.
- April Landeskonferenz der FÖJ Oberösterreich — Landesleiter: Sepp Brandner.
Nummer 1 der „Hochschul-Zeitung“ der VDS erscheint.
- Mai 1. Pfingstlager der FÖJ.
Landeskonferenz der FÖJ Salzburg — Landesleiter: Franz Schnöll.
Demonstration vor der griechischen Botschaft für die griechische Freiheitsbewegung.
Landeskonferenz der FÖJ Burgenland — Landesleiter: Helmut Mayerhofer.
Landeskonferenz der FÖJ Wien — Landesleiter: F. Weissenbeck.
Landeskonferenz der FÖJ Tirol — Landesleiter: Ernst Scharner.
Landeskonferenz der FÖJ Niederösterreich — Landesleiter: Heinz Altschul.
Landeskonferenz der FÖJ Vorarlberg — Landesleiter: Albert Valentinelli.
Landeskonferenz der FÖJ Kärnten — Landesleiter: Konrad Plasonig.
- Juni Ausbruch des Konflikts zwischen der Führung der KP Jugoslawiens und den übrigen kommunistischen Parteien Europas.
Abbruch der Beziehungen der FÖJ zum jugoslawischen Jugendverband und zur Slowenischen Jugend Kärntens.
21. Juni 2. Bundeskongreß der FÖJ im Konzerthaus. 800 Delegierte. Kampf gegen Marshallplan und gegen die Aufstellung einer österreichischen Armee, die von der ÖVP gefordert wurde. FÖJ profiliert sich als *linke* Jugendorganisation. Resolution „Österreich den Österreichern“, fordert Abzug der Besatzungstruppen.

9. Juli VDS-Obmann wird Wolfgang E. Brassloff, Sekretär wird Karl Heiserer.
- Sommer Sommerlager am Keutschacher See. In der Folge finden sie jedes Jahr statt. 1969 müssen sie eingestellt werden.
- September Jugendtag der FÖJ.
- 1949:**
- Februar Die 3. Bundesskimeisterschaften der FÖJ finden in Ebensee statt.
22. Februar Vollversammlung der VDS — Obmann: Thomas Schönfeld, Sekretär: Karl Heiserer. Präsidium: Schönfeld, Heiserer, E. Hofbauer, G. Löwy, A. Reisz, R. Rosner.
1. Bundeskongreß der „Jungen Garde“ im Rahmen des Bundeskongresses von Kinderland. Bundesvorsitzender: Otto Kubin.
VDS protestiert gegen die sie diskriminierende Hochschulwahlordnung.
- Pfingsten Zentrales Pfingstjugendtreffen in Wiener Neustadt (14 000 Teilnehmer). Pfingstlager und -treffen auch in anderen Bundesländern.
4. Mai Außerordentliche Vollversammlung der VDS zu den Hochschulwahlen.
26. Mai VDS und VSStÖ treten gegen die CV-Bummel-Provokation an der Uni Wien auf.
- Mai Landeskonferenz der FÖJ Oberösterreich — Landesleiter: Sepp Brandner.
Landeskonferenz der FÖJ Tirol — Landesleiter: Ernst Scharner.
Landeskonferenz der FÖJ Wien — Landesleiter: Fritz Weissenbeck.
Landeskonferenz der FÖJ Steiermark — Landesleiter: Walter Kosmus.
Landeskonferenz der FÖJ Vorarlberg — Landesleiter: Josef Witsch.
Landeskonferenz der FÖJ Niederösterreich — Landesleiter: Heinz Altschul.
Landeskonferenz der FÖJ Burgenland — Landesleiter: Karl Koller.
1. Oktober Fritz Weissenbeck verunglückt mit seinem Motorrad tödlich. F. W. kam von den sozialistischen Roten Falken zum KJV und gehörte zu den Jüngsten im spanischen Bürgerkrieg und verbrachte lange Zeit im KZ.
25. Oktober Vollversammlung der VDS. Man behandelt die Frage der Akademikerarbeitslosigkeit, das Naziproblem an der Hochschule und die Kandidatur des Bundes Unabhängiger Studenten, eines Vorläufers des RFS. VDS protestiert

- gegen Wiederbestellung der „gesäuberten“ Heinrich Srbik, Josef Nadler und Heinz Kindermann.
Karl Heiserer löst Thomas Schönfeld als Obmann ab. Sekretär wird Albert Reisz.
Hans Brenning wird Nachfolger für den tödlich verunglückten Landesleiter von Wien, F. Weissenbeck.
- Dezember Landesleiter der FÖJ Steiermark wird Loisl Schmiedbauer. Beschluß des Polbüros und des ZK der KPÖ „Über die Gewinnung der jungen Generation“ (am 2. Februar 1950 von der Bundesleitung der FÖJ als verbindlich für die Jugendorganisation erklärt).
- 1950:**
- Jänner Verfassungsgerichtshof erklärt die Hochschulwahlordnung (d. h. die Nichtzulassung der VDS) als ungesetzlich.
- Februar FÖJ tritt gegen den Versuch des VdU zur Gründung einer Jugendorganisation mit dem Namen „Junge Kameradschaft“ unter der Führung von Strachwitz auf.
12. Februar Konferenz der FÖJ-Gewerkschafter. Motto: „Unsere Arbeit in der Gewerkschaftsjugend“ und „Die Jugend im Kampf um höhere Löhne“.
- März VDS veranstaltet am Chem. Inst. eine Gedenkkundgebung für die ermordeten Widerstandskämpfer Dr. Horeischy und Dr. Vollmers.
Neuer Landesleiter der FÖJ in Niederösterreich: Kurt Oberhofer.
- April VDS warnt die akademischen Behörden vor dem Aufkommen des Neofaschismus. Ernst Wörz VDS-Sekretär.
- Ostern Aktivistentreffen der Jungen Garde in Graz.
15. April 1. Mädekonferenz der FÖJ zur „Wirtschaftlichen Lage der Mädchen“ und „Die Stellung in der Organisation“.
- Mai 5. Landeskonferenz der FÖJ Wien.
- Pfingsten Pfingsttreffen in Leoben.
10. Juni 1. Österreichischer Friedenskongreß.
- 17.—23. Juli Korea-Woche der FÖJ.
- August 2. Weltstudentenkongreß in Prag.
- September Landeskonferenz der FÖJ Kärnten — Landesleiter: Friedl Rasse.
- Sept./Okt. Streikbewegung gegen Lohn- und Preispaakt, von bürgerlichen und SP-Medien als „kommunistischer Putschversuch“ verleumdet.
19. November Internationaler Studententag in Wien.
- 1951:**
6. Jänner Die „Jugend voran“ erscheint nicht mehr im Zeitungsformat, sondern hat Journalformat.

- Jänner Die „Hochschul-Zeitung“ erscheint zum letztenmal.
- 12.—14. Mai Jugendtreffen der 50 000 für Frieden und Freiheit in Wien.
- Juni Walter Wachs wird neuer Chefredakteur der „Jugend voran“, er löst F. Dunner ab.
- 20./21. Oktober 3. Bundeskongreß der FÖJ. Neuer Vorsitzender ist Hubert Schwab, Sekretär: Herbert Steiner. Vertreter der VDS in der Bundesleitung: Ernst Wörz und Ilse Hruby. VDS-Sekretär: Edmund Fiala.
- 1952:**
- Jänner/Februar FÖJ organisiert die Lernbewegung „Gutes Wissen“. VDS-Tafelkundgebung gegen die geplante Erhöhung der Studiengebühren. VDS-Obfrau: Ilse Hruby. Sekretär: Bernhard Schabhiel.
- 9./10. April 4. Landeskonferenz der FÖJ Salzburg — Landesleiter: Georg Huber.
31. Mai—2. Juni Pfingsttreffen in Linz und Graz.
14. Juli—23. Aug. Internationales Jugendlager am Keutschacher See.
- 1953:**
- 7./8. März 7. Bundesskimeisterschaften der FÖJ in Müzzzuschlag.
- März Nummer 1 des 1. Jg. der „Schülerpost“ erscheint.
- August FÖJ führt eine Aktion „Arbeit der Jugend“ in Wien durch. 10 000 Jugendliche haben keine Lehrstellen und Arbeitsplätze.
Die Zeitung „Der Mollardschüler“ erscheint in einer Auflage von 1200 Stück.
- Oktober Landarbeiterjugendkonferenz der FÖJ in Neusiedl am See (Burgenland). 28 Delegierte beraten über die Gleichstellung der Landarbeiterjugend mit der Arbeiterjugend und die Verwirklichung der Bodenreform.
Die FÖJ führt ein Presseabzeichen „Guter Werber“ als Auszeichnung für gute Kolporteure der „Jugend voran“ und der „Schülerpost“ ein.
- 24./25. Oktober Konferenz „Für die Rechte der Jugend“ im Dreherpark (Wien-Meidling). Das Hauptreferat vor den 700 Delegierten hält der Vorsitzende des Komitees zur Verteidigung der Rechte der Jugend, Dr. Max Vorauer. Man erstellt ein Sofortprogramm: Verbilligte Wochenkarte (Lehrlingswochenkarte), S 150.— Weihnachtsbeihilfe, Erhöhung der Lehrlingsentschädigung.
- 1954:**
- Die FÖJ gibt den „Hamerlingschüler“ heraus.
Die Landesorganisation der FÖJ Niederösterreich gibt ein Mitteilungsblatt heraus.

- März Landeskonferenz der FÖJ Wien — Obfrau: Erni Dworak, Sekretär: Walter Pold.
Landeskonferenz der FÖJ Niederösterreich — Landesleiter: Kurt Oberhofer, Sekretär: Walter Opferkuh.
28. August FÖJ-Demonstration zum Innenministerium gegen die geplanten Soldatentreffen in Bad Ischl und Graz.
- August Ratstagung des WBDJ in Peking. Als österreichischer Delegierter nimmt Walter Wachs (Bundessekretär) teil.
9. Oktober Jugenddemonstration in Krems gegen die Rückgabe der Starhemberg-Güter.
15. Oktober Erste Vorstellung in der Scala im Rahmen des Jugend- und Studentenabos. Man spielt den „Verschwender“ von Ferdinand Raimund mit Wolfgang Heinz, Emil Stöhr und Lilly Schmuck.
- Herbst Unterschriftenaktion für die Lehrlingswochenkarte.
21./22. Nov. Konstituierende Versammlung des Bundesjugendringes.
- 1955:**
Jänner VDS-Obmann: Robert Kanfer, Sekretär: Karl Zerner. Freundschaftstreffen der Jugend in Bratislava. Kampf gegen die Aufrüstung Westdeutschlands.
12. Februar Jugenddemonstration in Wien gegen die Rückgabe der Starhemberg-Güter.
9. April 4. Bundeskongreß der FÖJ im Arbeiterklub („Wielandschule“) in Favoriten. Vorsitzender: Walter Wachs. Sekretär: Hans Brenning.
15. Mai Österreichischer Staatsvertrag.
Juli Nach jahrelangem Kampf der FÖJ wird die Lehrlingswochenkarte eingeführt.
12. Juli Kundgebung vor dem Wiener Rathaus für eine Volksabstimmung in der Bundesheerfrage. Die Regierung behandelt den Wehrgesetzentwurf.
26. Oktober Österreichische Neutralitätserklärung.
- 1956:**
Nach dem Anschluß der Sozialistischen Arbeiterpartei Erwin Scharfs an die KPÖ beschließen FÖJ und SAJ (SAP-Jugendorganisation) den Zusammenschluß.
- Okt./Nov. Konterrevolutionärer Umsturzversuch in Ungarn mit sowjetischer Militärhilfe verhindert. Österreichische Kommunisten Ziel heftiger (auch tätlicher) Angriffe.
VDS-Obmann: Dr. Karl Zerner, Sekretär: Wladen Badian.
Weihnachtspaketaktion der FÖJ für die ungarische Jugend.
- November
Dezember
- 1957:**
19./20. Jänner FÖJ-Bundesleitungssitzung spricht sich für eine höhere Lehrlingsentschädigung aus und für die 40-Stunden-Woche. Gegen A-Bomben-Versuche.

14. Oktober Erster Vortrag in der „Jugendakademie“, die von der FÖJ und der KPÖ in Wien mit monatlichen Vorträgen veranstaltet wurde.
- 7./8. Dezember 5. Bundeskongreß der FÖJ steht unter dem Motto „Verbot aller Atomwaffen“. Er findet im neuerbauten Globus-Haus (Wien XX) statt.
Bundesobmann: Walter Wachs.
Bundessekretär: Karl Reiter. Für die „Jugend voran“: Alfred Misak.
- 1958:**
Frühjahr Die österreichische Bundesregierung genehmigt die Durchführung der VII. Weltjugendfestspiele (1959).
Nummer 1 der Festivalzeitung erscheint.
Juli 1. Weltgewerkschaftskongreß der werktätigen Jugend.
13.—20. Juli Bundesleitungssitzung der FÖJ berät über die Vorbereitung des Festivals. Ferner tritt man neuerlich für die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche ein.
4.—6. Sept. Karl Tichy löst Peter R. Hautmann als VDS-Sekretär ab.
- Herbst
- 1959:**
14./15. März Betriebsaktivistenkonferenz der FÖJ in Wien, an der Aktivisten aus 37 Betrieben teilnehmen.
26. Juli Festivalbeginn im Wiener Stadion.
Dezember VDS-Obfrau: Rahel Hammermann.
- 1960:**
9./10. Jänner Bundesleitungssitzung der FÖJ beschäftigt sich mit den neofaschistischen Umtrieben in Österreich.
Jänner Gemeinsame antifaschistische Veranstaltung von Sozialistischer Jugend, Österreichischer Gewerkschaftsjugend und Freier Österreichischer Jugend im Wiener Messepalast. Es sprechen Heinz Nittel, Walter Wachs.
23. April 6. Bundeskongreß der FÖJ. Obmann: Karl Reiter, Sekretär: Walter Opferkuh.
„Kampf dem Neofaschismus.“ Der Bundeskongreß richtet ein Schreiben an die Bundesregierung, in welchem die Auflösung des Österreichischen Turnerbundes verlangt wird.
15. Mai Aus Anlaß des 15. Jahrestages der Befreiung nimmt die FÖJ an einer Gedenkkundgebung in Mauthausen teil.
6. August FÖJ-Flugblätter in Wien in Erinnerung des Atombombenabwurfs in Hiroshima durch die USA. „25 000 Menschen wurden mit einem Schlag getötet.“
September FÖJ-Festveranstaltung zum 15. Jahrestag der Gründung des WBDJ.

- Demonstration vor der französischen Botschaft gegen den „schmutzigen Krieg in Algerien“.
FÖJ sammelt Geld für den antikolonialen Befreiungskampf des algerischen Volkes.
- November Monarchistenkundgebung im Wiener Konzerthaus. Tausende Gegendemonstranten rufen: „Unser Motto, keinen Otto“. Gemeinsame Aktion von SJ und FÖJ. Polizei wird gegen die Demonstranten eingesetzt.
- 1961:
Die im Oktober 1960 eingeleitete Geldsammlung für Algerien erbringt bis Februar 100 000 Schilling für die algerische Jugend.
- Februar Protestdemonstration vor der belgischen Botschaft im Zusammenhang mit der Ermordung des fortschrittlichen Präsidenten der ehemaligen belgischen Kolonie Kongo (Zaire), P. Lumumba.
5. März Bundesskimeisterschaften der FÖJ in Schwaz (Tirol).
März Landeskonferenz der FÖJ Niederösterreich — Obmann: Rudi Slavik, Sekretär: Franz Mikolasch.
Landeskonferenz der FÖJ Steiermark — Obmann: Hans Peißl, Sekretär: Fritz Zapf.
Landeskonferenz der FÖJ Salzburg — Obfrau: Lore Rückl.
Landeskonferenz der FÖJ Kärnten — Obmann: Hans Moser, Sekretär: Hans Perdacher.
Landeskonferenz der FÖJ Wien — Obmann: Walter Pold, Sekretär: Hubert Friesenbichler.
Landeskonferenz der FÖJ Oberösterreich — Obmann: Fritz Wallner, Sekretär: Helmut Huber.
- Pfingsten In Steyr findet das Bundesjugendtreffen der Jungen Garde im Zeichen ihres 15jährigen Bestehens statt.
- Oktober Die 8. Schülerolympiade findet auf dem Wiener Cricketplatz im Prater statt. 350 Buben und Mädchen nehmen an der von Kinderland-Junge Garde durchgeführten Veranstaltung teil.
- 1962:
Jänner Das Bundessekretariat der FÖJ nimmt gegen die Naziumtriebe Stellung. In einem Brief an Innenminister Afritsch wird ein härteres Durchgreifen verlangt.
12. Februar Zum 28. Jahrestag der Februarkämpfe findet eine Demonstration gegen den Neofaschismus statt.
In der „Jugend voran“ zeichnet Hubert Friesenbichler für den Inhalt verantwortlich.
- 2./3. Juni Konferenz „Junge Menschen fordern ihr Recht“ in der Wiener Stadthalle. Veranstaltet vom Aktionskomitee Junger Kommunisten.

- Sommer 8. Jugendfestspiele in Helsinki.
- 1963:
13. März Gedenkmarsch von FÖJ, VDS, Junge Garde und Mittelschülerforum im Zeichen des Kampfes gegen den Faschismus.
15. April Aufruf zum „Ostermarsch“. „Gegen Atomwaffen.“
Ende April Demonstration vor der spanischen Botschaft wegen der Hinrichtung des Mitgliedes des ZK der KP Spaniens Julian Grimau (20. 4.).
29. September 10. Schülerolympiade von Kinderland-Junge Garde.
- 1964:
Gemeinde Wien läßt an der Alten Donau (Gänsehäufel) das FÖJ-Bad räumen.
5. April Ostermarsch gegen Atomwaffen: Korneuburg-Klosterneuburg-Nußdorf-Innenstadt.
- 16.—18. Mai 7. Bundeskongreß der FÖJ. Bundesobmann: Karl Reiter, Bundessekretär: Walter Opferkuh. FÖJ verlangt die Einführung eines Nationalfeiertages.
- August Demonstration der FÖJ vor der US-Botschaft wegen Aufnahme des Bombardements auf Nordvietnam.
- 1965:
Februar Vietnam-Demonstration der FÖJ vor der US-Botschaft.
13. März VDS-Vollversammlung im Vereinsheim. Der bisherige Vorsitzende Heinz Hampejs wird durch Tony Scholl abgelöst. Zweiter Vorsitzender wird Hans Mum, Sekretärin: Lisl Hedrich.
31. März Große antifaschistische Demonstration gegen den Naziprofessor Taras Borodajkewycz, bei der der Kommunist Ernst Kirchweger von einem Neonazi erschlagen wird. Beim Begräbnis marschieren 20 000 über die Wiener Ringstraße.
- Mai Landeskonferenz der FÖJ Wien — Obmann: Walter Pold, Sekretär: Walter Pesek.
Nummer 1 des „trend — Diskussionsblatt der VDS“ erscheint. Für den Inhalt verantwortlich zeichnet Heinz Hampejs.
Am 19. Parteitag der KPÖ gründet sich eine „KPÖ-Bewegung der Jungen“. Hans Margulies wird der ZK-Verantwortliche für die Jugend.
13. Juni Friedensmarsch von Perchtoldsdorf nach Wien.
„Hiroshima warnt: Stopp dem Krieg in Vietnam.“
- Oktober VDS erstellt Programmwurf.
- 1966:
Ostern Ostermarsch von Baden-Mödling nach Wien.
24. November Beschluß der Plenartagung des ZK der KPÖ zur Gründung einer „KPÖ-Bewegung der Jungen“.

- Herbst FÖJ-Sammlung: „Ein Lazarettwagen für Vietnam“.
- 1967:**
 Mai 8. Bundeskongreß der FÖJ. Obmann: Fritz Zapf, Landesobmann von Wien und Niederösterreich wird Walter Pesek. VDS wird reaktiviert. Vorsitzender: Paul Kolm.
- Oktober
- 1968:**
 Februar Beim Opernball in der Wiener Staatsoper werfen Angehörige der VDS von der Galerie Flugblätter in den Ballsaal, auf denen sie unter anderem gegen den Vietnam-Krieg protestieren.
 VDS-Vorsitzender ist Ernst Berger.
27. April Ostermarsch.
 FÖJ-Sekretär der Bundesleitung ist Franz Mikolasch.
22. August FÖJ verurteilt Intervention von Truppen des Warschauer Vertrags in der ČSSR.
- 23./24. Nov. Bundeskonferenz von Kinderland-Junge Garde. 150 Delegierte aus ganz Österreich treffen einander in Wien. Forderungsprogramm: Einführung der allgemeinbildenden Einheitsschule bis zum 15. Lebensjahr; Demokratisierung der Schulordnung unter Berücksichtigung der Schülermitverantwortung.
 Präsident: Albert Stark, Obmann: Franz Fragner, Bundessekretär: Bruno Guth, Verantwortlicher für die Junge Garde: Kurt Hahn.
10. Dezember Jugendkonferenz von FÖJ, VDS, Forum der Mittelschüler und KPÖ-BdJ.
- 1969:**
 Jänner 20. Parteitag der KPÖ: Führung der FÖJ mehrheitlich auf der Seite der revisionistischen Kräfte.
- Juni VDS-Vollversammlung beschließt Arbeitsprogramm. Man gibt wieder eine Zeitung heraus: „Wandzeitung“.
 Vorsitzender: Michael Graber, Stellvertreter: Paul Kolm, Ernst Berger.
- Juli Das Kinderland-Feriendorf am Turnersee wird eröffnet.
27. Oktober ZK der KPÖ beschäftigt sich mit der Frage der FÖJ. Das 7. Plenum des ZK wählt ein Komitee zur Vorbereitung der Gründung einer kommunistischen Jugendorganisation.
18. November Das Komitee zur Vorbereitung der Gründung einer KJ hält eine Beratung ab.
22. November Bundesleitungssitzung der FÖJ lehnt den Beschluß der KPÖ ab und fordert das ZK auf, den Beschluß zurückzunehmen.
 Ein Konzept für die Neuformierung der Jugendbewegung wird erarbeitet.

- Der Chor der FÖJ ändert seinen Namen auf „Kleines Wiener Ensemble“.
22. Dezember Besprechung zwischen Polbüro der KPÖ und FÖJ — Abbruch der Beziehungen.
 Mit Jahressende wird die Zeitschrift „Jugend voran“ eingestellt.
- 1970:**
 1. Februar Beratung des Vorbereitungskomitees der Kommunistischen Jugendbewegung. Das Komitee gibt eine Zeitung mit dem Titel „kjb-informationen“ heraus.
25. März Plattformentwurf der KJÖ.
- April Große Solidaritätsdemonstration mit Kambodscha in Wien.
- 9./10. April Gründungskongreß der KJÖ. 160 Teilnehmer aus ganz Österreich. Vorsitzender: Otto Podolsky, Sekretär: Willi Rau. Bundessekretariat: Walter Heil, Vera Hirsch, Karl Lerch, Josef Möbs, Brigitte Oftner.
7. Mai Jahresdelegiertenkonferenz der Wiener Organisation von Kinderland-Junge Garde.
- Mai Vollversammlung der VDS — Vorsitzender: Ernst Schwager.
 7. Internationales Freundschaftstreffen von Kinderland in Mödling mit ungarischen und slowakischen Kindern.
 Kinderlandheim Gösselsdorf (Kärnten) eröffnet.
- Juni Bundesleitungssitzung der KJÖ.
5. September KJÖ-Aktionen für die Anerkennung der DDR.
24. Oktober KJÖ-Tafelmarsch gegen das Bundesheer. „Lieber Schulen als Kasernen.“
29. November Außerordentliche Vollversammlung der VDS. Grund dafür sind die ideologischen Auseinandersetzungen. Die VDS distanziert sich von der Schreibweise des „Tagebuchs“ und strebt ein Bündnis mit der KPÖ an.
 Leitung: Kleinert, Lindner, W. Löwenstein. Der rechte Flügel verläßt die VDS. Es erfolgt eine Umbenennung in Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation (MLS).
- Dezember KJÖ Steiermark konstituiert sich.
11. Dezember Demonstration an der Uni Wien gegen die Blutjustiz im Iran und in Spanien.
- 1971:**
 Jänner Bei den Wahlen zur Österreichischen Hochschülerchaft erreicht die VDS an der Uni Wien vier Prozent der Stimmen. An der Philosophischen Fakultät sechs Prozent.
- Februar KJÖ setzt die Antibundesheerkampagne vor den Kasernen fort.
- März Kinderland-Junge Garde feiert ihr 25jähriges Bestehen.

September
November
MLS-Unterstützungserklärung für die KPÖ zur NR-Wahl. Die MLS gleitet in den Linksradikalismus (Maoismus) ab. Es bildet sich die „Gruppe Kommunistischer Studenten“ (GKS).

1972:

Jänner
Februar
20. Mai
Juni
14. Oktober
26. Oktober
November
Nummer 1 der KJÖ-Zeitschrift „explosiv“ erscheint. Landeskonferenz der KJÖ Wien — Obmann: Willi Rau. Landeskonferenz von Kinderland-Junge Garde in Wien — Landesobmann: Ossi Reichenberger.
Vietnam-Demonstration anlässlich des Nixon-Besuchs in Salzburg: mehrere tausend Teilnehmer, Besetzung des Flughafens.
Jugendkonferenz von KPÖ, KJÖ, Kinderland-Junge Garde und der Gewerkschaftlichen Einheit. Bildung eines „Österreichischen Nationalkomitees Vietnam“ — Bundesregierung sagt Verdopplung der gesammelten Hilfsgelder zu.
Die Vietnam-Sammlung der KJÖ erbringt 68 000 Schilling. Konstituierende Versammlung des KSV. Michael Graber wird zum Vorsitzenden gewählt.
„Steinhauser Konferenz“ von Kinderland-Junge Garde.
15. Landeskonferenz Steiermark von Kinderland-Junge Garde. Landessekretär: Jürgen Rossoll.
Nummer 1 der „Roten Perspektive“ — Organ des KSV, erscheint.

1973:

Jänner
18. Jänner
26. Jänner
11. September
6./7. Oktober
Oktober
24. November
Die Mehrheit der Leitung des VSStÖ Salzburg tritt zum KSV über.
Große Indochina-Demonstration in Wien: „Amis 'raus aus Vietnam!“
Kuba-Ausstellung des KSV an der Uni Wien.
Faschistischer Militärputsch in Chile. (Im November Bildung der „Chile-Solidaritätsfront“ aus christlichen, sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen.)
Beratung kommunistischer Jugendverbände Westeuropas in Paris.
Gründungsversammlung des KSV Graz.
Bundeskonferenz der KJÖ in Wien zur Vorbereitung des I. Bundeskongresses.

1974:

19. Jänner
Die ÖH-Wahlen bringen einen Erfolg für den KSV. KSV warb mit „Marx an die Uni“. Zur Koordinierung der Aktionen gegen geplante Heimpreis-erhöhung konstituiert sich die „Heimplattform“ in den Studentenheimen.

März
1. Landeskonferenz der KJÖ in Oberrösterreich. 37 Delegierte wählen in Linz Leopold Furtlehner zum Landesvorsitzenden.

April
KSV und VSStÖ organisieren als Antwort auf die steigenden Mensapreise einen Mensaboykott.

20./21. April
I. Bundeskongreß der KJÖ. Vorsitzender: Willi Rau. Sekretariat: Christian Feldmann, Helmuth Jordan, Ernst Laschober, Josef Möbs, Helmut Rieder.

25. April
Chile-Demonstration in Wien.

30. April
KSV zeigt den Chile-Film „Venceremos“.

15./16. Juni
I. Bundeskonferenz des KSV.

1975:

12. Mai
KSV und Kommunistischer Kulturkreis veranstalten an der Wiener Uni einen Jura-Soyfer-Abend. Unter anderen wirken mit: „Schmetterlinge“ und Helmut Qualtinger; Regie: Götz Fritsch. Über 1000 Teilnehmer — Beginn der Jura-Soyfer-Renaissance.

ABKÜRZUNGEN:

Aleg	Akademische Legion (Studentengruppe im Schutzbund)
BDM	Bund Deutscher Mädel (Naziorganisation für Mädchen)
FÖJ	Freie Österreichische Jugend
FVsS	Freie Vereinigung sozialistischer Studenten
GRSV	Geeinter Roter Studentenverband
HJ	Hitler-Jugend (Naziorganisation für Buben)
KJI	Kommunistische Jugend-Internationale
KJV	Kommunistischer Jugendverband
Komintern	Kommunistische (oder III.) Internationale
ÖH	Österreichische Hochschülerschaft
RFB	Roter Frontkämpferbund
RS	Revolutionäre Sozialisten
RSJ	Revolutionäre Sozialistische Jugend
RStB	Roter Studenten-Bund
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
VDS	Vereinigung Demokratischer Studenten
VdU	Verband der Unabhängigen (Vorläufer der FPÖ)
VJA	Vereinigung Jugendlicher Arbeiter
VSStÖ	Verband Sozialistischer Studenten Österreichs

LITERATURHINWEISE:

Allgemeines zur kommunistischen Bewegung in Österreich

Aus der Vergangenheit der KPÖ. Aufzeichnungen und Erinnerungen zur Geschichte der Partei, Wien 1961.

Hans Hautmann: Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutsch-Österreichs, Wien 1971.

Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs. 1918—1955. Kurzer Abriss, Wien, 1977.

Die KPÖ im Kampf für Unabhängigkeit, Demokratie und sozialistische Perspektive (Dokumentensammlung), Wien 1978.

Zur Geschichte des KJV 1918—1945

Die Jugend der Revolution. Drei Jahre proletarische Jugendbewegung 1918—1920, Berlin 1920. Abschnitt über Österreich: S. 151—185.

Walter Göhring: Der illegale Kommunistische Jugendverband Österreichs, phil. Diss., Wien 1971.

Friedrich Hexmann: Auf den Barrikaden von Wien, in: Unter dem Banner der dritten Jugendinternationale. 10 Jahre KJI, Berlin, o. J., S. 92—100.

Leopold Hornik: Die Zimmerwalder Linke und die Linksradikalen in Österreich, in: Weg und Ziel 1955, S. 655ff.

Franz Kunert: Die ersten Kampffahre des Kommunistischen Jugendverbandes, in: Aus der Vergangenheit der KPÖ, Wien 1961.

Linksradikale und Jännerstreik, in: Weg und Ziel 1953, S. 55f.

Herbert Steiner: 1917 und die Arbeiterjugend, in: Weg und Ziel 1957, S. 275ff.

Herbert Steiner: Bruno Dubber, in: Aus der Vergangenheit der KPÖ, Wien 1961.

Max Stern: Aus der Vergangenheit des KJV, in: „explosiv“, 3—5/1977.

Friedrich Hexmann: Wie ich die Oktoberrevolution erlebte, in: „explosiv“, 10/1977.

Zur Geschichte der Kommunistischen Studenten 1918—1945

Hugo Huppert: Die angelehnte Tür, Halle/Saale, 1976.

Otto Horn: Die Frage des Pilatus, Wien 1967.

Georg Tidl: Die sozialistischen Mittelschüler Österreichs, Wien 1977.

Marie Tidl: Die Roten Studenten 1938—1945, Wien 1976.

Helge Zoitl: Kampf um Gleichberechtigung. Die sozialistische Studentenbewegung in Wien 1914—1925, phil. Diss., Salzburg 1976.

Zur Geschichte der FÖJ 1945—1970

Günther Grabner: Geschichte der Freien Österreichischen Jugend als politische Jugendbewegung in Österreich, geisteswiss. Diss., Salzburg 1978.

EINE ZEITUNG FÜR DICH UND
DEINEN BOSS GIBT ES NICHT!



explosiv
SCHREIBT NUR FÜR DICH!

rap
rote
perspektive

kommunistisches studentenmagazin preis S 8

LIEBER EINE
ROTE ALS TOTE
PERSPEKTIVE!

Wir zerbrechen uns nicht den Kopf der Herrschenden, da ist auch viel zu wenig drinnen. Schon gar nicht reden wir ihnen nach dem Maul, weder bei der SS-20, noch bei Polen. Eine Geschichte der Klassenkämpfe braucht Geschichte in unserer Zeit, noch bevor es beschloß, mit Europa umzugehen. Auch die's uns rechts macht. Wir sind moskau- und muhrhörig, damit wir sie so wiedergeben, wie sie's auch meinen: wie sie's nicht meinen, steht in den anderen Blättern ohnehin. Und der 8. März ist für uns kein linker Muttertag, an welchem wir 355 emunzptionslose Tage in die Vergessenheit schreiben wollen. Sozialkämpfe waren unser Dogma, nach vor den Hausbesetzungen.

Anschrift: KSV, 1030 Wien, Kolbfgasse 18/1